

exklusiv in der WELT:



Wer sich mit der Sicherheit des Westens befaßt, der muß - so schreibt Helmut Schmidt in diesem Teil der WELT-Serie aus seinem Buch "Eine Strategie für den Westen" - sechs militärstrategische Prinzipien beachten.

POLITIK

Brief: Moskau hat das Schreiben erhalten, in dem US-Präsident Ronald Reagan den Abbau aller amerikanischen und sowjetischen Mittelstrecken-Raketen in Europa bis zum Jahr 1989 als ersten Schritt zu umfassender Abrüstung empfiehlt. (S. 12)

Anreise: Politische Motive werden seltener, persönliche Beweggründe überwiegen, wenn Pfarrer sich dazu entscheiden, aus der "DDR" in den Westen übersiedeln. (S. 5)

Peru: 2500 Personen sind in Lima während einer Großkundgebung festgenommen worden - Reaktion der Regierung auf die Attentatswelle vom vergangenen Wochenende, bei der auch die deutsche Botschaft abgefragt wurde. (S. 12)

Libanon: Im vorwiegend von Christen bewohnten Ostteil von Beirut hat die Explosion einer Autobombe fünf Menschenleben gefordert. Zwölf Personen wurden verletzt. (S. 12)

WIRTSCHAFT

Kohlepreissenkung: Die neue Lage am Energiemarkt führt zu Diskussionen darüber, ob und in welchem Umfang der Kohlepreissenkung erhöht werden sollte. Die Bundesregierung wird aufgefordert, "möglichst bald zu entscheiden". (S. 13)

Börse: Mit einem flauen Geschäft begann die Woche an den Aktienmärkten. In guter Verfassung präsentierte sich weiterhin der Rentenmarkt. WELT-Aktienindex 276,98 (277,36), BHF-Rentenindex 106,166 (105,80), BHF-Performance Index 101,966 (101,875). Dollar:



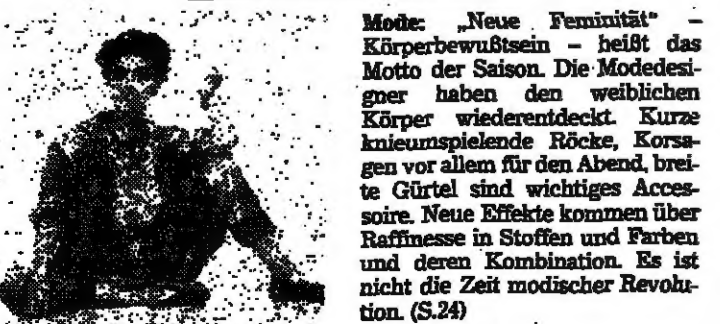
KULTUR

Ergreifend: Stille, gedankenvoll, ideenhaft - so präsentiert die Berliner Schaubühne Platons Fassung des "Phaidon". Wolf Redl führt Regie. (S. 23)

SPORT

Segeln: Jörg und Eckart Diesch (Kiel/Friedrichshafen) wurden vor Rio de Janeiro Segel-Weltmeister in der olympischen Flying-Dutchman-Klasse.

AUS ALLER WELT



Mode: "Neue Femininität" - Körperbewußtsein - heißt das Motto der Saison. Die Modedesigner haben den weiblichen Körper wiederentdeckt. Kurze knielange Röcke, Korsetts, Gürtel sind wichtige Accessoires. (S. 24)

Leserbriefe und Personalien Seite 10
Umwelt - Forschung - Technik Seite 20
Fernsehen Seite 22
Wetter: Kalt S. 24

Schnee und Glätte behindern den Vertrieb der WELT. Wir bitten die Leser für mögliche Verzögerungen bei der Zustellung um Verständnis.

Corazon Aquino vor dem Ziel. USA: Marcos muß abdanken

Übernimmt die Oppositionsführerin heute die Präsidentschaft der Philippinen?

DW, Manila Der Herrschaftsbereich des philippinischen Präsidenten Marcos ist gestern offenbar auf den Präsidentsipalast Malacanang zusammengeschmolzen. Nachdem der stellvertretende Generalstabschef Fidel Ramos und Verteidigungsminister Juan Ponce Enrile sich am Samstag gegen Marcos auflehnten, laufen immer mehr ehemalige Anhänger des Präsidenten zur Opposition über. In einem Hilferuf während eines Telefoninterviews mit einer Fernsehgesellschaft versuchte Marcos gestern noch einmal, seine Anhänger zu mobilisieren. Er rief sie auf, ihm bei der Verteidigung des Präsidentenpalastes mit Waffengewalt zur Hilfe zu kommen.

Auch die Vereinigten Staaten haben gestern die Bildung einer neuen Regierung in Manila gefordert. In seiner bisher deutlichsten Stellungnahme forderte das Weiße Haus Marcos heute morgen um 8.00 Uhr Ortszeit zum Präsidenten und ihr Mitstreiter im Wahlkampf, Salvador Laurel, zum Vizepräsidenten gewählt werden. Offenbar hat die Opposition im philippinischen Parlament jetzt die Mehrheit der Wahlmännerstimmen, so daß die Wahl von "Cory" Aquino gesichert scheint.

Auch die Vereinigten Staaten haben gestern die Bildung einer neuen Regierung in Manila gefordert. In seiner bisher deutlichsten Stellungnahme forderte das Weiße Haus Marcos heute morgen um 8.00 Uhr Ortszeit zum Präsidenten und ihr Mitstreiter im Wahlkampf, Salvador Laurel, zum Vizepräsidenten gewählt werden.

Die Machtverschiebung auf den Philippinen wurde gestern morgen ungewollt im Fernsehen dokumentiert, als die Sendung mit einer Rede von Marcos, in der er den Ausnahmezustand über das Land verhängt und die rebellierenden Streitkräfte Vergeltung angedroht hatte, plötzlich abgeschaltet wurde. Generalleutnant Fidel Ramos hatte die Fernsehstation mit seinen Leuten übernommen. Am Nachmittag wurde bereits eine Erklärung verlesen, in der Ramos den Streitkräften für ihre Zurückhaltung dankte und zum Verzicht auf Gewalt aufrief.

SEITE 3: Weitere Beiträge

indirekt zum Rücktritt auf. Versuche, das Leben des gegenwärtigen Regimes mit Gewalt zu verlängern, sind nutzlos", sagte der Sprecher von Präsident Reagan, Larry Speaks, in Washington. Wie erst jetzt bekannt wurde, hatten die Amerikaner bereits am Samstag damit begonnen, alle 35 auf dem philippinischen US-Luftwaffenstützpunkt Clark stationierten Kampfflugzeuge nach Südjapan zu verlegen.

Einer der prominentesten Überläufer gestern war der offizielle Sprecher von Marcos, Adrian Cristobal. Die Entscheidung, alle seine Ämter aufzugeben, sagte er gestern in Manila, habe er getroffen, nachdem Marcos darauf beharrt hatte, am Dienstag den Amtseid für eine weitere sechsjährige Amtszeit als Präsident leisten zu wollen. Aus dem Präsidentsipalast verlautete jedoch, die Arbeiten einer Tribüne für die geplante Verteidigung Marcos' seien eingestellt worden.

SPD-Linke gegen Wiedervereinigung

Vorstoß für Grundgesetz-Änderung / Engelhard warnt vor Angriff auf die Verfassung

PETER PHILIPPS, Bonn Die jüngste Tagung der im "Frankfurter Kreis" zusammengeschlossenen SPD-Linken in Oer-Erkenschwick hat eine Gruppe um den Kölner Bundestagsabgeordneten Konrad Gilges offenbar auf die Idee gebracht, die Vorstellungen von Gilges, daß es "notwendig" sei, "auf Dauer von der Existenz zweier deutscher Staaten auszugehen", um "eine europäische Friedensordnung zu schaffen", traf partiell auf positive Resonanz. Gilges hat jetzt in der "Neuen Presse" (Hannover) angekündigt, für den SPD-Bundestag am 1. August den Antrag zu stellen: "Die Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands muß als Ziel aufgegeben werden", das Grundgesetz geändert werden.

Aber wie bereits im Oktober, als Gilges erstmals an die Öffentlichkeit trat, zeigte sich auch jetzt: Unterstützung erhält der Kölner nur aus dem zweiten und dritten Glied der Partei. Lediglich der Lübecker Bundestagsabgeordnete Hiller hatte im Mai 1985 auch gefordert, das Wiedervereinigungsgebot durch ein "Friedensgebot" zu ersetzen. Der heutige Präsident der EKD-Synode, Jürgen Schmude (SPD), hatte hingegen zur gleichen Zeit zwar mit Blick auf die Grundgesetz-Präambel gefordert, "aus den Erfahrungen der 40 Jahre Konsequenzen zu ziehen" und als Wegmarke den Grundgesetzvertrag genannt. Doch bereits am nächsten Tag war von Schmude dies dahingehend ausgelegt worden, daß es ihm nicht um Änderung des Grundgesetzes gehe, sondern um "eine weite Interpretation der Präambel". Eine Verfassungsänderung wäre "erst die äußerste Konsequenz". Und auf Gilges' erste Präsentation im Oktober vergangenen Jahres sagte Schmude zur WELT: "Gilges steht sehr oft in einer Einzelposition".

Jetzt meldete sich nur der Stellvertretende Vorsitzende der zur Zeit ohnehin desolaten Berliner SPD, Norbert Meisner als Unterstützer der Gilges-Position zu Worte. Meisner: "Die Forderung nach der staatlichen Ein-

heit Deutschlands verhindert eine sichere Friedensordnung in Europa."

In allen West- und Ostverträgen der Bundesrepublik Deutschland wird von der derzeitigen Grenzen in Europa ausgegangen - ohne eine friedliche Änderung auszuschließen. Dies bezieht sich auf ein Zusammenwachsen in der Europäischen Gemeinschaft wie auf die Chance der deutschen Wiedervereinigung. Und nun fordert Gilges zur Untermäuerung seiner Forderung, "ohne Wenn und Aber die bestehenden Grenzen anzuerkennen". Er sieht "zunehmenden Opportunismus in dieser Frage" und meint, daß es auf "überschaubarer Zeit" keine Chance zur Wiedervereinigung gebe.

Justizminister Engelhard warnte: "Die Präambel erhebt die Wiedervereinigung des deutschen Volkes zum unantastbaren verfassungsrechtlichen Gebot." Sie genieße als "Staatsziel ersten Ranges Dauergarantie" und könne auch nicht mit zwei-Drittel-Mehrheit abgeschafft werden.

Dollinger bedauert Diskussion um Ruhnau

„Im Augenblick keinerlei personelle Frage“ bei der Deutschen Lufthansa / WELT-Gespräch

HANS-J. MAHNKE, Bonn Bei der Deutschen Lufthansa stellt sich für Bundesverkehrsminister Werner Dollinger „im Augenblick keinerlei personelle Frage“. So reagierte der Minister in einem Gespräch mit der WELT auf die Spekulationen, daß der Vertrag mit dem Vorstandsvorsitzenden der Lufthansa, Heinz Ruhnau, der im nächsten Jahr ausläuft, nicht verlängert würde. Anlaß dafür, daß die Lufthansa und Ruhnau ins Gerede gekommen sind, ist eine "Schieflegung" bei der Wechselkursabsicherung. "Ich bedaure, daß man daraus sofort Personalfragen abgeleitet hat", betonte Dollinger.

Anfang vergangenen Jahres hatte die Lufthansa 13 Flugzeuge, davon drei Jumbos, bei der amerikanischen Fluggesellschaft Boeing bestellt, die in diesem Jahr ausgeliefert werden sollen. Da der Dollarkurs damals stieg, beschaffte sich die Lufthansa bereits vor einem Jahr für die Hälfte des Kaufpreises die amerikanische Währung. Die Rechnung ging nicht auf, nachdem der Dollarkurs in den folgenden Monaten nach unten rutschte. Ohne die Absicherung hätte die Lufthansa nach Angaben von Dollinger die Maschinen zu den heutigen Wechselkursen um 220 bis 230 Millionen Mark billiger beziehen können.

Zu diesen Zahlen, kann "Dollinger noch keine Auskunft geben. Denn der Aufsichtsratsvorsitzende, der Vorstandsvorsitzende der Landesbank Schleswig-Holstein, Gerd Lausen, lasse im Zusammenhang mit dem Jahresabschluss aus diesem von der Prüfungsgesellschaft Treuhand untersuchen. "Wenn diese Zahlen vorliegen, dann kann ich mir näheres darüber sagen." Angesprochen sei das Unternehmen nicht. "Denn der Jahresabschluss für 1985 wird nach allen Auskünften des Vorstandsvorsitzenden ein sehr guter sein." In der vergangenen Woche hatte Dollinger Ruhnau und Lausen sowie seinen Staatssekretär Alfred Bayer, der Mitglied des Aufsichtsrats ist, zu sich nach Bad Wörzshofen gerufen, wo er bis zum Wochenende kurte.

Auf die Frage, ob nach dem, was er

bisher wisse, ein schuldhaftes Handeln vorliege, antwortete Dollinger: "Darüber habe ich noch kein Urteil." Und weiter: "Im Augenblick gibt es für mich keinen Schuldanspruch und es gibt für mich auch keine Personalfrage in diesem Zeitpunkt." Bei den Prüfungen, die jetzt angestellt werden, handle es sich um ganz normalen betriebswirtschaftliche Überlegungen. Und wieder: "Ich bedaure, daß man daraus sofort Personalfragen abgeleitet hat." Ein Wechselkursrisiko gebe es bei allen Auslandsgeschäften.

Über die Vertragsverlängerung für Ruhnau sollte auf der nächsten Aufsichtsratsitzung Anfang April entschieden werden. Denn es gibt eine Regelung, so Dollinger, daß ein Jahr vor Ablauf des Vertrages "man wissen läßt, wie man denkt." Auf die Frage, ob es bei dem Termin bleiben werde, antwortete Dollinger: "Ich nehme an, daß sich an diesem Datum nichts ändern wird." Allerdings seien in seinem Haus Personalfragen bisher nicht erörtert worden. "Wir haben ja noch etwas Zeit."

Für die SED ist Rosenthal nicht Spitze

HANS-K. KARUTZ, Berlin "Dalli-Dalli" ist den Propagandisten in Ost-Berlin nicht geheuer. Mit einem Rundumschlag wettete jetzt die Sektion Journalismus an der Leipziger Universität gegen westliche Showmaster - Lieblingskinder auch der "DDR"-Zuschauer. In einer Analyse von TV-Unterhaltungssendungen in der Bundesrepublik Deutschland - drüben in der Regel mittlere "Straßenfeger" - wird heftig der ständige Versuch kritisiert, eine "gesamtdeutsche Zuschauergemeinde" zu konstituieren. Keiner der großen Showmaster vergibt, in jeder Sendung auch die Zuschauer in der DDR direkt anzusprechen und zu grüßen.

Das größte Mißfallen bei den Genossen erregt offenkundig der Berliner Hans Rosenthal, von dem der westliche (und nicht minder auch das festliche) TV-Publikum als den beliebtesten Showmaster ansieht. Der "Dalli-Dalli"-Chef aber habe 1978 auf einer Tagung gefordert, sich mit den "Verhältnissen im Ostblock" auseinander-

zusetzen. Dies finde nicht statt, habe Rosenthal kritisiert. Hier habe sich gezeigt, donnert der Autor, daß "das derart beliebte 'Hänschen' als Unterhaltungschef des Hetzsenders RIAS von den Amerikanern" gesprochen habe. Zitat: "Hinter der Maske des immer gut gelaunten, temperamentvollen und angeblich witzigen Hans-Dampf auf allen Fernsehkanälen verbirgt sich ein reaktionärer Ideologe und fanatischer Antikommunist."

Was den Ideologen im Osten nicht paßt, aber den "DDR"-Zuschauern offenkundig immer wieder Freude bereitet, fällt der Leipziger Autor in fünf Punkten zusammen. Darin heißt es unter anderem: "Die 'Vergnügungsmaschine' Rosenthal ist in den Händen imperialistischer Meinungsmanipulatoren eine ideologische Waffe mit Tiefenwirkung."

Gleichviel - die Zuschauer zwischen Rostock und Zittau suchen weiter die westlichen TV-Unterhaltungskanäle - Hänschen Rosenthal & Co. ...

DER KOMMENTAR

Pazifische Krise

HERBERT KREMP

Die Amerikaner haben Marcos mit einem imperativen Satz zum Rücktritt aufgefordert. Die Herrschaft seiner Familie über die 7100 Inseln der Philippinen scheint beendet. Die Bischöfe halten mahndend den Krummstab über die Szene. Ob der Autokratie nun die Demokratie folgt, ist fraglich.

Wer das rassengemischte Volk der Philippinen kennt, schätzt seine Lebensart. Kriegerische Tugenden sind selten. Zehn seiner zwanzig Jahre regierte Marcos unumschränkt. Zu seinen Anhängern gehörten auch die Generale, die nun die Seite wechseln. Marcos besaß die Armee, ließ aber die Sicherheitskräfte unter dem Kommando des Revolutionsgenerals Ramos die Kellerei verrichten. Manila ist ein kochender Wasserkopf. Austragungs- oder asiatischer Schlachtfeld war die Stadt nie.

Nach Marcos haben die USA mit Frau Aquino zu tun. Auch

sie stammt, wie ihr ermordeter Mann, aus einer "Familie". Ihre Bewegung ist nicht kommunistisch, aber niemand weiß, welche Einflüsse den Weg der unpolitischen Witwe begleiten. Die kommunistische Guerilla und die muslimische Sezession im Süden binden große Teile der Armee. Die mangelhafte Vorbereitung der Opposition und die Auseinandersetzungen, die jetzt in der Umgebung von Frau Aquino aufbrechen werden, verstärken die Unsicherheit.

Für die USA sind die Philippinen ein wichtiger Stützpunkt. Wenn sie unter der neuen Ägide Subic Bay und Clark Field verlieren, bieten andere Inseln Ersatz. Das kostet Zeit. Entscheidend ist jedoch, wenn die Philippinen sich in Zukunft öffnen, wenn sie sich verschließen. Washington sieht sich im Pazifik zum erstenmal seit langem einer schweren Krise gegenüber, die Kräfte der Aufmerksamkeit und Strategie von anderen Plätzen abziehen.

Hussein wendet sich von Arafat ab

DW, New York König Hussein von Jordanien hat erstmals Yassir Arafat als Führer der palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) in Frage gestellt. Er schlug vor, "das palästinensische Volk" solle selbst über seine Vertreter entscheiden. In einem von der "New York Times" veröffentlichten Interview erklärte Hussein, er werde eine Entscheidung durch das palästinensische Volk "respektieren", mit der die PLO zum einzigen legitimen Vertreter der Palästinenser erklärt würde.

Sozialisten zum KPdSU-Parteitag

DW, Moskau In Anwesenheit der gesamten Ostblockführung beginnt heute in Moskau der 27. Parteitag der KPdSU. Wie der stellvertretende Leiter der Auslandsabteilung des ZK, Sagladin, mitteilte, sind zum ersten Mal auch eine Reihe von sozialistischen, sozialdemokratischen und Labourparteien eingeladen worden. Die sozialistische Partei Frankreichs repräsentiert auf dem Parteitag die Sozialistische Internationale. Die SPD schickt keine Delegation nach Moskau.

Plädoyer für Markt im Arbeitsrecht

Mt, Bonn Mehr und sichere Arbeitsplätze können nur durch weniger und nicht durch mehr arbeitsrechtliche Schutzvorschriften geschaffen werden. Dies weist der Kronberger Kreis, ein Zusammenschluß namhafter liberaler Wirtschaftswissenschaftler, in seiner jüngsten Schrift "Mehr Markt im Arbeitsrecht" nach. Er fordert eine tiefgreifende Reform. Die jetzige Arbeitsrechtspolitik sei nicht mehr zu vertreten. Seite 13: Mehr Markt

GEW ruft Lehrer zum Protest auf

DW, Frankfurt Der Vorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), Dieter Wunder, fordert alle Mitglieder auf, am "Protesttag" des DGB gegen den unumstrittenen Paragraphen 116 teilzunehmen. Die Aktionen sollen am 6. März um 13 Uhr beginnen. Dabei müssen gegebenenfalls auch "Unterrichtsausfall in Kauf genommen" werden. Niemandem stehe geschrieben, daß das Demonstrationsrecht erst ab 16 Uhr oder nur am Wochenende gelte, heißt es in dem Aufruf. Seite 5: Amtseid oder Aktionen

Lohnnebenkosten um 1000 Mark gestiegen

DW, Köln Die durchschnittlichen Lohnnebenkosten pro Beschäftigten sind in der deutschen Industrie 1985 um 1000 Mark auf 24 800 Mark gestiegen. Das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) berichtet, die Zusatzkosten setzten sich überwiegend aus den Aufwendungen für arbeitsfreie Tage, Sonderzahlungen (Weihnachts- und Urlaubsgeld) und für Vorsorgeeinrichtungen zusammen. Je 1000 Mark Entgelt für geleistete Arbeit betrugen die Nebenkosten 90,20 Mark.

Bei Reemtsma nur mangelhaft ermittelt

ub, Hamburg Die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft und Steuerfahndung in der Spendenaffäre um den Reemtsma-Konzern waren offenbar so mangelhaft, daß die Ergebnisse für eine steuerliche Nachverurteilung nicht ausreichen. Dies ergaben die Aussagen zweier Finanzbeamter vor dem Hamburger Landgericht. Andererseits baute die Staatsanwaltschaft auf diesen Ermittlungen ihre Anklage auf. Seite 5: Zweifel wächst

Nur jedes vierte Umweltdelikt führte auch zu einer Anklage

Geldstrafen haben kaum abschreckende Wirkung

DW, Berlin Bei fast 80 Prozent der Umweltdelikte ist 1981, dem Zieljahr einer jetzt vom Umweltbundesamt (UBA) vorgelegten Studie, keine Anklage erhoben worden, während die Einstellungsquote bei allen anderen Straftatbeständen etwa 30 Prozent betrug. Der Präsident des Amtes in Berlin, Heinrich von Lersner, erläuterte dies als ein Ergebnis der Studie über Umweltdelinquenz. Vor Gericht sei, wie die Auswertung von 1036 Umweltstrafverfahren weiter ergab, dann dieser hohe Prozentsatz an Verfahren eingestellt oder durch Freisprüche erledigt worden.

Die Geldstrafen bewegten sich "in der durchweg bescheidenen Rahmen", heißt es weiter. In 85 Prozent der Fälle habe der Schadensersatz weniger als 1000 Mark betragen. Die Strafe dürfe insbesondere für industrielle Umweltsünder kaum abschreckende Wirkung haben, faßte das UBA zusammen. Die steigende Zahl von polizeilich registrierten Umweltdelikten führt das Amt auf ein erhöhtes Umweltbewußtsein zurück. Zwei Drittel

der Delikte werden von speziell ausgerüsteten Polizeibehörden entdeckt und ein Drittel wird von Verwaltungsbehörden erfaßt. Es wird vorgeschlagen, die "wenig entwickelte Anzeigebereitschaft der Verwaltungen" zu verbessern.

Werner Rütger vom Kriminologischen Seminar der Universität Bonn, der die Untersuchung für das UBA durchführte, erklärte die "enorme Einstellungsquote" bei den Verfahren mit dem hohen Anteil von Bagatelldelikten, die im Grenzbereich zur Ordnungswidrigkeit lägen.

Die Zahl der Umweltdelikte entwickelt sich nach Rütgers Angaben rasant nach oben. 1985 lag sie bei über 10 000 Fällen. Wurden 1979 erst 4330 Fälle festgestellt, so stieg die Zahl 1981 auf 5850 und erreichte 1983 7500 Fälle. Die Verteilung über das Bundesgebiet ist sehr unterschiedlich. Während in Nordrhein-Westfalen "die Zahlen im Keller bleiben", werden in Niedersachsen, Schleswig-Holstein und den Stadtstaaten Hamburg, Bremen sowie in Berlin immer mehr Delikte angezeigt.

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Honeckers kleine Helfer

Von Enno v. Loewenstern

Es mußte wohl so kommen: Nachdem Sindermann ein paar unverbändliche Andeutungen ausgestreut hat, beißt sich die SPD-Linke mit einem besonders unappetitlichen Vorlesungsversuch. Der Antrag wird gestellt werden, das Wiederwahlgebot aus der Präambel zu streichen.

Die Tendenz ist nicht neu; Schmutz und andere haben es schon damit versucht. Bisher wurden sie von der Partei zurückgepfiffen, soweit sie sich nicht selbst angesichts der öffentlichen Empörung zurückpfeifen. Jetzt aber soll anscheinend nicht mehr steter Tropfen den Stein höhnen, sondern ein Wasserfall. Daß diese Anbiederer auch noch das Festhalten an der Wiedervereinigung als - man glaubt es nicht - Opportunismus bezeichnen (SPD-MdB Gilges: Es müsse Schluß sein „mit dem zunehmenden Opportunismus in dieser Frage“), gehört wohl zur Technik der Fälschung. Ein anderes Beispiel dafür ist: „Das Akzeptieren von Realitäten in der Bevölkerung ist viel weiter fortgeschritten, als viele Politiker heute meinen“ (dito Gilges).

Die Bevölkerung des freien Teils Deutschlands sieht ganz im Gegenteil mit zunehmender Beunruhigung, wie die Opportunisten um die Sindermann scharwenzeln und Freiheitsrechte aufgeben nicht etwa für ein Linsengericht, sondern für Versprechungen eines Linsengerichts. Was Sindermann hier den Politikern vorgegaukelt hat, nämlich, es werde Reiseerleichterungen geben, das hat die SED-Presse sorgfältig aus ihren Hoffberichten über seine Reise herausgestrichen.

Denn da wird es sehr wenig geben. Die SED versucht gerade, durch hektische Kontakte mit Bonn die zunehmende Unruhe in Mitteldeutschland abzulenken. Aber, auch wenn die „A-Leute“, die Antragsteller, im Augenblick apertur: Der Druck ist ungebrochen. Die neuen prominenten Überwacher aus Regimekreisen sind nur der äußere Hinweis darauf. In dieser Lage will der maßgebliche Flügel der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (noch immer Deutschlands?) unsere Landsleute nahelegen, alle Hoffnung auf die freien Deutschen fahren zu lassen. Gewiß, diese Kräfte werden scheitern. Aber die Art, wie sie der Diktatur in die Hände zu spielen suchen, muß unsere Landsleute bitter treffen.

Das Gegenangebot

Von Cay Graf Brockdorff

Es ist zu früh, ein abschließendes Urteil über das Rüstungskontrollangebot Ronald Reagans zu fällen. Der Wortlaut seiner Vorschläge ist nicht bekannt. Mit diesem Vorbehalt kann gesagt werden, daß allen Anzeichen nach die Einwände der Verbündeten, nicht zuletzt Japans, gegen die „modifizierte Null-Lösung“ ihre Wirkung in Washington hinterlassen haben. Ob aller jetzt entstehender Jubel gerechtfertigt ist, muß sich erst erweisen.

Die Diskussion um das Raketen Thema wurde überwiegend emotional geführt. Sie hat den Blick dafür verstellt, daß Rüstungskontrolle kein Wert an sich ist. Sie muß eine Funktion der Sicherheitspolitik sein. Der Slogan „Frieden schaffen mit immer weniger Waffen“ ist kein Ersatz für eine auf Frieden und Sicherheit gerichtete Politik.

Beruhigend wirkt die Mitteilung, daß Washington den Abbau von Mittelstreckenwaffen nur proportional zu sowjetischen Reduzierungen vorsehen will. Beunruhigend hingegen wirkt die Information, daß es am Ende der Sowjetunion gestattet sein soll, eine bestimmte Anzahl von SS-20-Raketen in Zentralasien zu behalten. Sie sind mobil und auf Kommando verlegbar. Die Rückführung von US-Systemen nach Europa würde einen umständlichen politischen Konsultationsprozeß voraussetzen.

Die Einbeziehung der Kurzstreckensysteme in Reagans Offerte ist für die Europäer von fundamentaler Bedeutung: Mit ihnen könnte, blieben sie unbeeinflusst von Abrüstungsmaßnahmen, die Sowjetunion Westeuropa, die Bundesrepublik besonders, bedrohen, ohne einen Gegenschlag auf ihr Territorium befürchten zu müssen. Darin liegt außerdem die Gefahr, falls Moskau, wo auch immer, eine begrenzte Zahl SS 20 behalten dürfte: Der Kreml hat schon immer danach getrachtet, Westeuropa zu einem strategisch zweitklassigen Gebiet zu degradieren, sich selbst aber zum schutzbedürftigen Staat erster Klasse zu proklamieren. Man wird noch sehen, ob die laute Zustimmung nicht vielleicht etwas gedämpft werden muß, wenn alle strategischen Implikationen voll verstanden worden sind.

Lehrer und Recht

Von Peter Philipps

Die Lehrergewerkschaft leidet seit ihrer Gründung daran, daß sie von den gestandenen Industriegewerkschaften im DGB nicht so recht für voll genommen wird. Sie hat dies regelmäßig schmerzhaft gespürt, wenn sie Unterstützung für ihre Ziele einforderte und gar nicht oder nur halbherzig erhielt. Die Folge ist Streben nach Zuneigung um fast jeden Preis.

Der schlimme Band an Unterrichtsmaterialien, mit dem die Schüler für den gewerkschaftlichen Einheitskampf gegen die Novelle des Neutralitäts-Paragrafen 116 im Unterricht indoktriniert werden sollen, gehört ebenso hierher wie der Aufruf des GEW-Vorsitzenden Wunder, den Unterricht ausfallen zu lassen, um sich an DGB-Demonstrationen zu beteiligen. Dies ist eindeutiger Aufruf zum Rechtsbruch. Im vergleichbaren Agitations-Beispiel gegen die NATO-Nachrüstung ist das manchem allzu eifrigen GEW-Anhänger in Lehrerkollegien bereits gerichtlich schmerzhaft klargemacht worden. Die GEW hindert dies nicht, zu Wiederholungstaten aufzufordern.

Der baden-württembergische Kultusminister Mayer-Vorfelder hat nun in der ihm eigenen klaren Sprache gegenüber dieser Zeitung dafür gesorgt, daß sich niemand auf einen Verbotsirrtum berufen können. Wer Schulstunden streicht, um streiken zu können, wird jedenfalls in diesem Bundesland disziplinarrechtlich belangt werden.

Da hilft auch Wunders nonchalante Formulierung nicht, daß nirgendwo geschrieben stehe, daß das Demonstrationsrecht erst ab 16 Uhr gelte. Denn es steht sehr wohl geschrieben, wie die Rechte und Pflichten von Beamten aussehen, von Lehrern insbesondere im sensiblen Schulbereich allzumal. Und es gibt auch einen Dienstzeit, an den Mayer-Vorfelder noch einmal erinnert hat.

Im übrigen sei der GEW ins Gedächtnis gerufen: So sehr sie sich auch jedes Mal auf - disziplinarrechtliche - Kosten von Mitgliedern für die DGB-Kollegen in die Bresche geworfen hat, die Unbeliebtheit unter gestandenen Gewerkschaftern ist damit für die Lehrer nicht geringer geworden.



KLAUS BÖHLE

Abrechnung - und dann?

Von Carl Gustaf Ströhm

Der XXVII. Parteitag der KPdSU in Moskau fällt fast auf den Tag genau mit dem dreißigsten Jahrestag des historischen XX. Kongresses der sowjetischen Kommunisten zusammen, auf dem Nikita Chruschtschow 1956 die „Entstalinisierung“ mit ihren inneren und äußeren Erschütterungen (ungarischer Volksaufstand, polnischer Oktober) einleitete. Auch diesmal weht ein Wind der Veränderung durch den Krenel.

Denn noch wird sich in der beginnenden Ära Gorbatschow die Geschichte nicht wiederholen. Im Gegensatz zu damals, als Chruschtschow die Parteitagsgesandten so eindringlich mit den monströsen Verbrechen Stalins konfrontierte, daß einige von ihnen in Ohnmacht fielen und aus dem Saal getragen werden mußten, wird es diesmal wohl kaum solche dramatischen Zwischenfälle geben. Die Abrechnung mit der Breschnew-Ära wird sich gedämpfter und „angepaßter“ vollziehen. Allerdings, das seit Stalins Tod übliche Ritual, wonach jeder neue sowjetische Parteichef seine Macht damit festsetzt, daß er zunächst seine Vorgänger in Grund und Boden verdammt, wird auch diesmal zelebriert werden.

Der energische Gorbatschow hat das Politbüro bereits jetzt so weit gesäubert, daß nur noch drei alte Kämpfer aus der früheren Ära - der außenpolitisch entmachtete Gromyko und die beiden trotz Kritik und Selbstkritik wiedergewählten Parteichefs von Kasachstan und der Ukraine, Kunajew und Schtscherbikow - ihm dort gegenüberstehen. Der neue Parteichef hat die Bürokratie beunruhigt und den Einfluß der Armee zurückgedrängt, was ihm in beiden Gruppenungen wenig Zuneigung eingetragen haben dürfte. Schon bei der Beurteilung der Ergebnisse des Genfer Treffens mit Reagan sind zwischen den politischen und den militärischen Spitzen erhebliche Differenzen sichtbar geworden. Allein die unterschiedlichen Akzente in den Gorbatschow unterstehenden Partei- und Regierungszeitungen „Prawda“ und „Iswestija“ gegenüber der Armeezeitung „Roter Stern“ sprechen hier für sich.

Was kann Gorbatschow ändern, ohne das System in seinen Grundfesten zu erschüttern oder einen solchen Widerstand zu provozieren, daß am Ende er selber auf der

Strecke bleibt? Es ist richtig, daß Alkoholismus, Korruption und Schandrian ein Krebsulcer der sowjetischen Wirtschaft und Gesellschaft darstellen. Wenn aber Gorbatschow jetzt im Fernsehen Bilder aus den sowjetischen Zuchthäusern zeigen läßt, in denen kahlschorene Kalfaktoren den zum Tode verurteilten Schwarzhändlern eine Suppe in die Zelle reichen, dann schmeckt das eher nach politischem Psychoterror als nach Aufklärung und Liberalität.

Auch der Reformar Peter der Große, mit dem eifrige westliche Kommentatoren Gorbatschow manchmal vergleichen, wollte Reformen durch Gewalt und Schrecken in die russischen Köpfe einblenden. Das Ergebnis war letzten Endes negativ. Rußland kam aus seiner Misere nicht heraus, weil es eine freie, fürchtlose Gesellschaft kennenlernte.

Gorbatschow mag die Wirtschaft stromlinienförmiger gestalten, Bürokratie abbauen und alt gewordene Funktionen durch ehrgeizige jüngere Leute ersetzen. Aber auch Stalins neue Männer, die damals die in der Lubjanka hingerichteten oder im Gulag verschwundenen alten Bolschewiken ersetzten, waren einmal jung und energisch. Gromyko etwa, der heute als Inbegriff der Greisenherrschaft gilt, war in den dreißiger und vierziger Jahren ein begabter Jüngling in Stalins Laufstall. Wie werden die Männer in Gorbatschows Umgebung, die heute so energisch ihrem Mei-



Mit Gewalt allein geht es nicht auf die Dauer: Peter der Große
FOTO: CAMERA PRESS

ster nacheifern, in den kommenden Jahren auf die westliche und die eigene Öffentlichkeit wirken?

Bisher jedenfalls hat Gorbatschow der sowjetischen Gesellschaft außer einem Schnapsverbot, das an die fatale US-Prohibition erinnert, und Personalnachschub nichts geboten. Die Versorgung ist unter ihm nicht besser geworden - und wie lange sich das Volk durch immer neue Aufdeckung von Korruption von den wirklichen Problemen ablenken läßt, bleibt abzuwarten. Disziplin und Ordnung sind gewiß notwendige Elemente einer Gesellschaft, aber sie können nicht allein durch den Polizeiknüppel durchgesetzt werden. Daß die „Prawda“ ausgerechnet am Vorabend des KPdSU-Kongresses Stalins Kultur-Einpeitscher Andrej Schdanow feiert, ist jedenfalls ein ominöser Auftakt.

Wie will Gorbatschow die Technologie gegenüber dem Westen verringern, die von Jahr zu Jahr größer wird und die Sowjetunion in eine immer hoffnungslosere Position treibt? Wie will er mit den nicht-russischen Nationen innerhalb und den Bundesgenossen außerhalb der Grenzen verfahren, die nicht länger Satelliten sein wollen? Wie will er mit den USA zu einer irgendwie tragbaren Rüstungskontrolle und Rüstungseindämmung kommen - ohne diese hätte er gar nicht die Mittel, um seine Wirtschaft zu modernisieren - wenn ihm die Militär immer wieder in den Arm fallen?

Eine oberflächliche westliche Öffentlichkeit mag sich vom neuen Mann, seiner verhältnismäßig gepflegten Aufmachung und seiner in Peize gehüllten Ehefrau Raisa zeitweise ablenken und beschwichtigen lassen. In der sowjetischen Innen- und Wirtschaftspolitik gelten andere Kriterien. Hier wird sich bald zeigen, ob Gorbatschow überhaupt die Trinksitten seiner Landsleute, geschweige denn die Struktur des Regimes zu ändern vermag. Nicht die Korruptionisten sind am Elend des Systems schuld, auch nicht der den Deutschen wohlbekannte Botschafter Abramow, der jetzt beim Schmuggel auf dem Moskauer Flughafen erwisch worden sein soll, sondern das System produziert und reproduziert sein eigenes Versagen.

IM GESPRÄCH Donald Hodel

David schlug zu

Von Fritz Wirth

Hunderte von Romanen und Filmen lebten von der Story: die Geschichte vom kleinen Mann, der dem „Big Boy“ einen Fuß stellt. Für den kleinen Mann ergeben sich zwei Möglichkeiten: Er wird entweder fürchterlich verhaßt, oder er profitiert sich als furchtloser David.

Es ist bis heute noch ungewiß, welche der beiden Möglichkeiten Donald Hodel, der Innenminister im Kabinett Ronald Reagans, vor Augen hatte, als er den aufregenden und aufgeregten Lee Iacocca als Vorsitzenden des Berater-Ausschusses für die Restauration der Freiheitsstatue auf die Straße setzte. Denn der Chrysler-Sanierer und Bestseller-Autor Iacocca ist selbst ein Denkmal geworden, ein Denkmal des Erfolgs, Leitbild und Wegweiser auf dem Weg nach oben. Wer diesen Mann tritt, verwundet zugleich Millionen seiner Verehrer.

Donald Hodel tat es nicht nur mit Wucht, sondern auch mit sehr bestimmter Endgültigkeit: „Ich habe beschlossen, daß diese Sache nicht mehr länger ein Gegenstand von Debatten ist.“ Und nun tobt nicht nur Lee Iacocca, sondern eine breite öffentliche Meinung. Der erzürnte Iacocca nannte die Weigerung Hodels, mit sich reden zu lassen, „beinahe unamerikanisch“.

Wer also ist dieser „Fliegengewichtler“, der dem „Super-Schwergewicht“ über alle Gewichtsklassen hinweg einen Uppercut verpaßt? Was ihn vor allem für die Rolle des David prädestiniert: Er ist ein weitgehend unterschätzter Mann. Hodel studierte Recht an der Universität in Oregon und in Harvard und sah weder in seiner Karriere als Rechtsanwalt noch als Politiker jemals eine Notwendigkeit, zum öffentlichen Schlagabtausch in die Arena zu steigen. Er war bisher eher ein Mann der kleinen Geste und des unauffälligen Amtes. Einzig sind sich Bewunderer und Gegner dieses Mannes einig: In dem Urteil: Er ist ein exzellenter Administrator. Hodel bewies es von 1981 bis 1982 als stellvertretender In-



Der Mann, der Lee Iacocca abschloß: Hodel
FOTO: CAMERA PRESS

nenminister, von 1982 bis 1984 als Energieminister und seit einem guten Jahr als Innenminister.

Sein etwas dünn gewortenes Haupthaar und seine hohe Stirn lassen ihn älter erscheinen, als er mit seinen fünfzig Jahren ist. Hinter diesem etwas blaß und unauffällig wirkenden Mann versteckt sich ein sehr harter Kämpfertyp und exzellenter Sportler. Er ist fast täglich in der Turnhalle seines Ministeriums anzutreffen und gilt als der schnellste amerikanische Politiker auf Skiern.

Die Theorie, daß er als Handlanger der Iacocca-Gegner innerhalb der Administration vorgeschickt worden sei, den Erfolgsmenschen aus Detroit öffentlich stracheln zu lassen, ist kaum zu halten. Hodel schwing sich nämlich über seinen Coup aus in der Furcht, daß ihm das Weiße Haus in den Arm fallen könne. Er handelt also im Alleingang. Daß Lee Iacocca sich wehren würde, hatte er einkalkuliert. Daß er es so polterhaft laut tun würde, hat ihn überrascht.

Das Ergebnis jedenfalls ist eine Delle im Stolz des Lee Iacocca und eine deutliche Farbänderung im Image des Donald Hodel. Man nimmt es nicht mehr als selbstverständlich hin, daß Beamte blaß sein müssen.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

LE QUOTIDIEN DE PARIS

In der Philippinen-Frage sieht die Zeitung einen Erfolg Reagan:

Paradoxerweise sieht man unter Reagans Herrschaft einige Länder, in denen es als einzige Alternative nur eine faschistische Tyrannei oder eine noch schrecklichere, totalitäre marxistisch-leninistische zu geben schien, sich zur Demokratie oder zu Formen entwickeln, die unseren Vorstellungen von Demokratie näher kommen. Gestern war es Haiti. Heute scheint dies auf den Philippinen zu geschehen. Unter Carter rührten sich die argentinischen, brasilianischen und uruguayischen Generale nicht. Sie kehrten unter Reagans Schirm in die Kasernen zurück. Der Kampf für die Demokratie und die Menschenrechte setzt, wenn man aufrichtig ist, Stärke voraus.

NORDSEE-ZEITUNG

Das Bremerhavener Blatt kommentiert die Lage der CDU in Niedersachsen:

Nach der Rede Albrechts auf dem Parteitag in Hannover gab es zwar viel Beifall, aber keinen Jubel. Dazu war auch kein Anlaß. Die Probleme, denen sich auch eine künftige, von der CDU geführte Regierung in Niedersachsen gegenübersteht, sind groß. Die immer noch hohen Arbeitslosenzahlen, die schwierige Situation in der Landwirtschaft und die fehlenden Möglichkeiten, junge Menschen in das Berufsleben zu integrieren, fordern eine überzeugende Politik mit Engagement und Verantwortungsbe-wußtsein.

HESSISCHE ALLGEMEINE

Zu Wehners Seite bemerkt das Kasseler Blatt:

Eine Woche lang hat sich die Öffentlichkeit mit dem Bundeskanzler beschäftigt: Da kam Hilfe. Von oben. Der Altvater der SPD, Herbert Wehner, schiederte - wie in seinen besten Zeiten - wie Gottvater Zeus zornige Blitze gen Bonn. Und zum Entsetzen aller, die ihn verehren und achten, nicht auf den gebeutelten Helmut Kohl, sondern auf die eigenen Genossen. Und insbesondere auf seinen Intimfeind Willy Brandt. Das erinnert an das Jahr 1974, als der damalige SPD-Fraktionsvorsitzende Wehner von Moskau aus den Kanzler demonstrierte. Eben jenen Willy Brandt. Der bade gerne lau. Das leitete damals die Phase von Brandts Rücktritt ein... Da schimmert die Sorge durch, daß das Hessen-Modell auch in Bonn Schule machen könnte. Und es sieht damit sein Lebenswerk, das Godesberger Programm, gefährdet...

Süddeutsche Zeitung

Das Münchner Blatt meint zum Sindermann-Besuch:

Sindermanns Besuch hat in breiter Weise verdeutlicht, daß der 40jährige Teilungsprozeß kurz vor dem Abschluß steht. War schon die Begegnung von Bundeskanzler Kohl und Staatsratsvorsitzenden Honecker bei der Moskauer Trauerfeier für Tschernenko nach Ansicht Sindermanns „ein Meilenstein“, so wird Honeckers Besuch in Bonn der Schlüsselstein werden. In den Augen der Weltöffentlichkeit wird das vollständige Anerkennen der DDR durch die Bundesrepublik sein. Dafür kommt die DDR der Bundesregierung mit etwas erweiterten Reiseerleichterungen für die Bürger entgegen, die erleichtert Austauschprozesse auf verschiedenen Gebieten.

Südkorea: Präsident Chun muß Freilassungen anordnen

Noch ein asiatischer Staat, wo die Opposition sich rührt / Von Fred de La Trobe

Die Regierung des südkoreanischen Präsidenten Chun Do Hwan sorgt sich offenbar, daß ihr scharfes Einschreiten gegen die Opposition als Schuß nach hinten wirken könnte. Die oppositionelle Neue Demokratische Partei Koreas (NKDP) hatte eine Kampagne zur Sammlung von zehn Millionen Unterschriften für eine Verfassungsänderung gestartet, die auf eine Direktwahl des Präsidenten durch das Volk hinauslaufen soll. Das kritische Echo aus dem westlichen Ausland auf die Turbulenzen der letzten Tage hat Seoul jetzt zu vorsichtigerem Taktieren bewogen.

Mit der Freilassung der meisten von über hundert festgenommenen Oppositionellen hat die bisherige Hochspannung etwas nachgelassen. Zwar dauert der Hausarrest für den Dissidenten Kim Dae Jung noch fort, doch der für den anderen bekannten Regierungsgegner, Kim Young Sam, wurde aufgehoben.

Die Regierung pocht darauf, daß Petitionen zwar nicht grundsätzlich verboten sind, daß aber eine Verfassungsänderung nur durch

den Präsidenten oder eine Mehrheit des Parlaments beschlossen werden könne. Die Unterschriftensammlung sei daher illegal. Die Opposition, der die nötige Mehrheit fehlt, kontiert, daß die entsprechenden Verfassungsbestimmungen vor sechs Jahren unter Kriegsrecht zustande kamen, als Grundrechte wie Rede- und Pressefreiheit ausgesetzt waren.

Die Opposition will die Unterschriftenkampagne fortsetzen. Die Warnung Chuns, Nordkorea könne Unruhen im Süden für einen Überfall ausnützen, nimmt sie nicht ernst. Sie verweist auf die Präsenz amerikanischer Truppen im Lande und den deutlichen Widerwillen der Sowjets und Chinesen, ein militärisches Abenteuer Pjöngjongs zu unterstützen. Präsident Chun machte am Montag einen Anfang zum Dialog, als er mit den Führern der beiden größten Oppositionsparteien zusammentraf. Außerdem hat sich die Regierungspartei jetzt bereit erklärt, die Frage einer Verfassungsänderung im Parlament zu besprechen.

Die Opposition ist kein kleines Grüppchen. Bei den letzten Parlamentswahlen im Februar 1985 erhielt die regierende Demokratische Gerechtigkeitspartei nur 35,3 Prozent der Stimmen. Die Hauptoppositionspartei, die NKDP, bekam 29,2 Prozent, den Rest teilten sich die Nationalpartei Koreas und die Unabhängigen. Auf Grund einer Verfassungsklausel bekommt die größte Partei ein Drittel der Sitze im Parlament zusätzlich. So hat die Regierungspartei 148 Sitze von insgesamt 276.

Die NKDP hatte bis vor kurzem 102 Sitze, zwölf spalteten sich ab, so daß die Partei jetzt mit neunzehn Abgeordneten nicht mehr ein Drittel aller Mandate und somit nicht mehr die Möglichkeit hat, das Haus zu einer Sitzung einzuberufen oder die Vertrauensfrage zu stellen. Dabei kam es bei den letzten Wahlen zu verschiedenen Manipulationen, so daß die Opposition sicherlich stärker ist, als es ihre Zahl im Parlament andeutet.

Der Rückhalt der Opposition ist in den Städten besonders groß. Die

NKDP ist eine konservative Partei, die aber einen linken Flügel hat, der etwa den deutschen Sozialdemokraten entspricht. Unter den Studenten ruht es schon seit Jahren. Demonstrationen und Zusammenstöße mit der Polizei haben in letzter Zeit zugenommen. Gegenwärtig sind allerdings die Semesterferien; das neue Semester beginnt im März.

Ein neomarxistischer Flügel der Studenten ist nicht nur gegen die Regierung, sondern auch gegen die Oppositionsparteien, die ihm zu konservativ sind. Bis auf einige Agenten gibt es aber keine Anhänger Nordkoreas unter den Studenten. Hielt sich die Polizei bisher mit dem Eindringen in den Campus der Universitäten zurück, so hat sich das seit Anfang dieses Monats geändert. In den letzten beiden Wochen drang die Polizei in insgesamt 193 Universitätsgelände ein und durchsuchte sie nach aufrührerischen Schriften und Waffen.

Die wirtschaftlichen Erfolge Südkoreas in den letzten beiden Jahrzehnten sind sprichwörtlich;

gegenwärtig ist die Wirtschaftslage aber nicht allzu günstig. Die Exporte stagnieren, und Korea hat beträchtliche Handelskonflikte mit den USA, die sich gegen die Flut billiger Importe aus Korea zu schützen suchen. Die koreanische Wirtschaft hängt sehr stark von den Exporten ab. Wegen der Stagnation kam es während der letzten Monate zu einer Welle von Konkursen, die das Bankensystem des Landes sehr bedrängt haben. Auch das trägt zu einer unruhigen Stimmung bei.

Freilich spielt in Korea die Furcht, daß der Norden jedes Nachlassen an Wachsamkeit und Einigkeit im Süden ausnützen könnte, immer eine große Rolle; andererseits aber stehen die Koreaner an Bildung und politischer Reife kaum den Japanern nach - und sind den meisten asiatischen Nationen voraus - so daß eine gewisse Ungeduld mit dem paternalistischen System um sich greifen muß. Es ist Chuns Sache, diesen Tendenzen rechtzeitig und angemessen entgegenzukommen.

Das Regime des Ferdinand Marcos geht zu Ende - Washington forderte seinen Rücktritt und bot Flugzeug zur Flucht an

Sie feiern ein Volksfest am Rande des Bürgerkriegs

Von JOCHEN HEHN

Montag morgen 7.00 Uhr, auf der Avenue Epifanio de Los Santos in Manila herrscht Siegesstimmung. Wildfremde Menschen liegen sich in den Armen, lachen und weinen in einem, tanzen vor Freude. „We won, we won“ (Wir haben gesiegt, wir haben gesiegt). Die Massen skandieren: „Cory, Cory: Ramos, Ramos.“ Andere wieder sinken auf die Knie und beten - Dankgebete.

Die Nachricht, Präsident Ferdinand Marcos habe das Land verlassen, verbreitet sich wie ein Lauffeuer unter den rund 100 000 Menschen, die die ganze Nacht ausgeharrt haben und seit dem Wochenende einen lebenden Schutzwall um die beiden Militärlager Aguinaldo und Crame bilden, in denen sich Verteidigungsminister Juan Ponce Enrile und der stellvertretende Generalstabschef Fidel Ramos mit ihren ergebenen Truppenteilen verschanzt halten. Sie haben ihre offene Gegnerschaft gegenüber Marcos erklärt.

Die Siegesmeldung war kurz vor 7.00 Uhr von General Ramos in einer eilig einberufenen Pressekonferenz im Lager Crame verkündet worden: „Das philippinische Volk hat gesiegt. Das Regime Marcos ist gestürzt. Wir sind die Sieger.“ Der Freudentaumel, der dieser Erklärung auf den Straßen vor den besetzten Militärlagern folgte, währte jedoch nicht lange. Die falsche Information war von Angehörigen der philippinischen Luftwaffe an Ramos und Enrile übermittelt worden. Marcos und seine gesamte Familie hätten sich nach Guam abgesetzt. Enrile bleibt es schließlich vorbehalten, die Siegesfeier mit einer über den katholischen Rundfunksender Veritas ausgestrahlten Erklärung zu dämpfen. Sein Dementi enthüllt, Marcos halte sich noch immer im Malacanang-Palast auf. Doch der friedliche Kampf gegen den Diktator gehe weiter.

Himmelhochjauchend, zu Tode betäubt. Die Massen, gerade durch ein Wechselbad der Gefühle gegangen, weichen enger zusammen um die beiden Militärlager, um sie vor Angriffen Marcos-loyaler Truppen zu schützen.

9.15 Uhr. Malacanang-Palast, knapp fünf Kilometer Luftlinie von den beiden besetzten Camps entfernt: Präsident Ferdinand Marcos hat die Auslandspresse zu einer Pressekonferenz gerufen - seiner dritten innerhalb der letzten 24 Stunden. Marcos tritt nicht allein auf. Um das Gerücht von seiner Flucht Lügen zu strafen, ist die gesamte Familie (Ehefrau Imelda, Kinder und Enkelkinder) aufgebunden worden. Während Marcos den nationalen Notstand verkündet und den beiden Abtrünnigen Enrile und Ramos scharfe Konsequenzen androht, sitzt die First Lady Imelda sichtlich nervös neben dem Präsidenten und spielt mit den Enkelkindern. „Wir haben die Situation völlig unter Kontrolle“, verkündet Marcos.

Die Kameras sind auf das müde Gesicht des Staatschefs gerichtet. Plötzlich erweitert sich der Blick-

winkel. Neben Marcos erscheint Armeeführer General Fabian Ver, der „starke Mann“ des Regimes. Der General ist sehr erregt. Mehrmals schneidet er dem Präsidenten das Wort ab. Die Stimme des Staatschefs ist schwach, der Tonfall schleppend. „Herr Präsident“, schreit General Ver, „wir müssen Hubschrauber einsetzen.“ Doch Marcos scheint am Ende seiner Kraft. „Ich weiß, daß der General Ver Hubschrauber einsetzen will“, sagt er zu seinem bis dahin treuesten Verbündeten und Vetter. „Aber ich sage nein, nur Handfeuerwaffen.“ Dann verschwindet das Bild der beiden Männer, die über zwanzig Jahre lang mit eiserner Hand die Philippinen regierten.

9.54 Uhr. Der noch amtierende Staatspräsident wird auf seiner eigenen Fernsehstation, die die Pressekonferenz landesweit ausstrahlen sollte, ausgeblendet. Etwa hundert von den rebellierenden Soldaten hatten kurz zuvor den Regierungssender gestürmt. Der Widerstand einer kleinen Gruppe Marcos-loyaler Soldaten ist schnell gebrochen. Einige Schüsse fallen, doch gibt es kein Blutvergießen. Während des Überraschungs-coups sendet Kanal 4 Jazzmusik. Die Übernahme des Regierungssenders war offenbar gut geplant. Schon wenige Minuten später bilden sich Menschenketten um das Gebäude, um vor einer Rückeroberung zu schützen. Über Radio Veritas und Kanal 7 - letzterer ebenfalls ein Rundfunksender der Opposition - gehen beschwörende Appelle an die Bevölkerung, die Zufahrtsstraßen zum Sender zu blockieren.

10.28 Uhr. Der rebellierende Verteidigungsminister Enrile erklärt über den Radiosender DZRB, es sei eine provisorische Regierung mit Corazon Aquino als Staatspräsident und Salvador Laurel als Vizepräsident gebildet worden. Enrile fordert seine Landsleute auf, zu den beiden Militärcamps zu strömen, um jeden Angriffsvorhaben von Marcos' Truppen schon im Keime zu ersticken. Einen ersten Versuch hatte Marcos kurz vor Morgengrauen unternommen. Sieben Kampfhubschrauber überraschten die im Militärlager Crame verschanzten Truppen. Doch der Kampf blieb aus. Die Marcos-Soldaten legten ihre Waffen nieder und liefen zu den Rebellen über.

13.26 Uhr. Ein neuer Sender Radio und Fernsehen Filipino meldet sich über die Kanäle, über die wenige Stunden vorher noch die Programme der Regierung liefen. Eine Gruppe von vier Laienansagern verkündet freudestrahlend, das philippinische Volk habe die Kontrolle über Kanal 4 übernommen und würde von nun an nur noch Tatsachen verkünden. Eine Sprecherin ruft alle Fernsehtechniker, Direktoren, Ansager und Ansa-gerrinnen auf, sich mit der Schattene-gierung zu solidarisieren und sich dem neuen Sender zur Verfügung zu stellen.

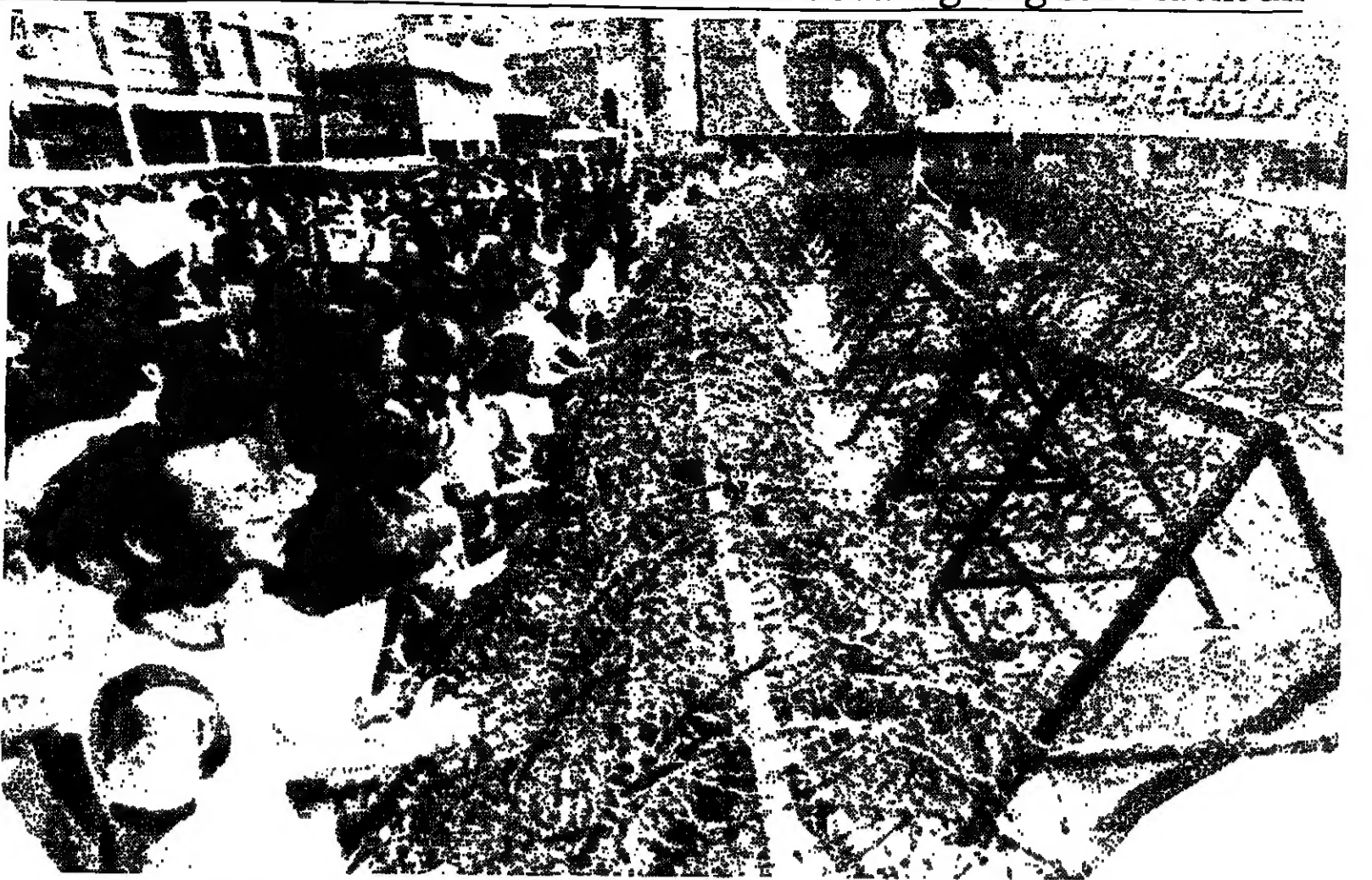
Die ersten neuen „Fernsehtags“ sind Militärs. Sie geben einen Über-

blick über die verworrene militärische Lage in der Hauptstadt. Jede Erfolgsmeldung der Rebellen wird mit lautem Jubel begleitet. Der Flughafen Manilla sei von Truppen Enriles und Ramos' besetzt worden. Eine Erklärung des Direktors der philippinischen Luftfahrtgesellschaft, Roman Cruz jun., wird verlesen. In seinem Schreiben, adressiert an „Dear Madam President“, bietet der ehemals stramme Marcos-Gefolgsmann der „neuen Staatspräsidentin Cory Aquino“ seinen Rücktritt an. Freimütig bekennt er, daß er Marcos zwar viel verdanke, doch hätten es ihm die Ereignisse während der letzten Wahlen unmöglich gemacht, weiterhin loyal zu Marcos zu stehen.

Die Nachrichten von Ergebnissen adressieren an General Ramos und Verteidigungsminister Enrile häufen sich. Sie kommen aus allen Waffen-gattungen. Mittlerweile dröhnen Jagdflugzeuge über die Radio- und Fernsehstation, um den Luftraum zu sichern. In den Straßen um die Sender drängen sich Tausende. Sie feiern den Erfolg an der Medienfront mit Tänzen und Gesängen. Auch die überwältigten Soldaten, die den Sender schützen sollten, beteiligen sich an den Feiern.

15.00 Uhr. Aus dem Provisorium des eroberten Senders ist ein professionelles Programm entstanden. Politik, Nachrichten, Interviews und Pop-musik wechseln einander ab.

15.50 Uhr. Vor dem hermetisch abgeriegelten Malacanang-Palast von Ferdinand Marcos ziehen Tränengas-schwaden über die dort versammelten Demonstranten. Zwischen 4000 und 5000 Menschen, meist Jugendliche und viele in weiß gekleidete Priester und Nonnen, rufen Anti-Marcos-Parolen. Die für die Sicherheit von Marcos verantwortlichen Truppen-einheiten bilden hinter Stacheldraht-verbunden einen engen Kordon. Allzu-



Ein Präsident schützt sich vor seinem Volk: Um den Malacanang-Palast in Manila hat Ferdinand Marcos Barrikaden errichten lassen. FOTO: AP

kesse Demonstranten werden mit Schlagstöcken abgewehrt.

17.00 Uhr. Die Aufrufe der Oppositionssender an die Bevölkerung, die Zufahrtsstraßen zu den beiden besetzten Militärlagern zu blockieren, haben eine überwältigende Zustimmung gefunden. Über eine Million Menschen drängen und schieben durch die Avenue Epifanio de Los Santos und durch die Seitenstraßen. Den Aufruf von Marcos, die nähere Umgebung der Camps zu räumen, haben sie mißachtet. Sie sind gekom-

men um die beiden Militärlager vor Überraschungsangriffen des General Fabian Ver und seiner Gefolgsleute zu schützen.

Und sie wollen die Siegesansprache von Corazon Aquino hören, die über Radio Veritas ausgestrahlt wird. Die Ansprache, über zahlreiche Transistorradios und Lautsprecher in die Menge übertragen, löst Jubel aus, als „Cory“ verkündet, sie würde am nächsten Morgen vom philippinischen Parlament, in dem die Opposition nun durch zahlreiche Überläufer

die Mehrheit besitze, zum rechtmäßigen Sieger der Präsidentschaftswahlen erklärt. Beifall brandet auf, als „Cory“ Aquino die Tatsache würdigt, daß zum erstenmal in der Geschichte „Zivilisten erfolgreich Militärs besetzten“.

19.00 Uhr. Ferdinand Marcos verkündet über seinen Fernsehsender „Kanal 9“ eine Ausgangssperre von 18.00 Uhr bis 06.00 Uhr. Die Macht, diese Ausgangssperre auch durchsetzen zu können, ist Marcos aber offensichtlich abhanden gekommen. Poli-

zisten sind seit zwei Tagen aus dem Straßenbild Manillas verschwunden. Auch sie haben sich loyal gegenüber den Rebellentruppen erklärt.

Um die Militärbasen hat sich inzwischen eine unübersehbare Menschenmenge eingefunden. Viele sind schon am Nachmittag aus den umliegenden Provinzen in die Hauptstadt geströmt. Manche haben geschmückte Madonnenfiguren mitgebracht als Zeichen ihrer friedfertigen Absichten. Die Szenerie gleicht einem Volksfest. Es wird gesungen und getanzt zu den Klängen jugendlicher Musikanten. Kleine Garküchen und Getränkeverkäufer versorgen diejenigen, die sich für die lange Nacht nicht selbst mit Nahrungsmitteln eingedeckt haben.

Auch die rebellierenden Militärs werden versorgt. Aus Spendenmitteln der Bevölkerung finanziert, werden Reis, Zucker, Tee, Getränke und Dosenahrung auf Jeeps, bunte jeepähnliche Taxis, die das Straßenbild Manillas prägen, zu den Eingängen der Camps gebracht.

20.30 Uhr. Im Militärlager Crame appellieren Minister Enrile und General Ramos an alle Offiziere und Soldaten der Gegenseite, sich ihrer Bewegung anzuschließen. Enrile verliest die Stellungnahme des Weißen Hauses, in der Marcos und General Ver aufgefordert werden, sich jede Angriffe auf die Rebellentruppen zu enthalten. Marcos selbst wird gedrängt, eine friedliche Übergabe der Regierung zu ermöglichen.

Wenig später geht wie ein Lauffeuer eine Nachricht durch die Stadt: Marcos-Truppen sollen den katholischen Sender Radio Veritas angegriffen haben.

Die Entwicklung eines politischen Dramas

3. November 1985: Marcos kündigt eine außerplanmäßige Präsidentschaftswahl an, um der Kritik im Inland den Boden zu entziehen und den amerikanischen Verbündeten zu zeigen, daß er politisch auf festen Füßen stehe. Die von seiner Partei, der Bewegung für eine neue Gesellschaft (KBL), beherrschte Nationalversammlung legt als Termin den 7. Februar 1986 fest.

2. Dezember 1985: Nach einem Jahr endet der Prozeß gegen den Stabschef der Streitkräfte, General Fabian Ver, und 25 weitere Angeklagte wegen des Mordes an Oppositionsführer Benigno Aquino mit dem Freispruch aller Beschuldigten.

3. Dezember 1985: Corazon Aquino, die Frau des ermordeten Oppositionsführers, gibt ihre Kandidatur bekannt. Die Opposition ist zu-nächst zersplittert. Auch Senator Salvador Laurel tritt als Präsi-

denkandidat auf, erklärt sich aber später zum Zusammengehen mit Frau Aquino bereit und wird Vizepräsident-Kandidat.

18. Januar 1986: Der Erzbischof von Manila, Jaime Kardinal Sin, beschuldigt die Marcos-Partei, sie betriebe eine Verleumdungskampagne gegen Frau Aquino und nötige die Wählerschaft. Sin erklärt, wer sich mit solchen Methoden den Sieg verschaffe, habe kein moralisches Anrecht auf die Regierungsgewalt.

5. Februar 1986: Zwei Tage vor der Wahl spricht Frau Aquino in einem Park in Manila bei der größten politischen Kundgebung, die das Land je gesehen hat, zu rund einer Million Menschen. Eine „Nationale Bewegung für freie Wahlen“ (NAM-FREL) kündigt an, sie werde Wahlbeobachter einsetzen, um Wahlbetrug zu verhindern.

7. Februar 1986: Wahltag. NAM-

FREL-Beauftragte und amerikanische Beobachter berichten, sie seien Zeugen vieler Fälle von Wahlbetrug, Gewaltanwendung und Nötigung von seiten der Marcos-Anhänger geworden.

8. Februar 1986: Frau Aquino geht bei den von NAMFREL bekanntgegebenen Zwischenergebnissen in Führung. Die Ausschließung durch die Behörden geht langsamer vor sich; ihre Ergebnisse zeigen Marcos vorn.

15. Februar 1986: Die für die Feststellung des Endergebnisses zuständige Nationalversammlung, in der Marcos die Zweidrittelmehrheit hat, spricht Marcos einen Stimmenvorsprung von 1,5 Millionen zu und proklamiert ihn zum Präsidenten.

16. Februar 1986: Frau Aquino, die sich um den Wahlsieg betrogen fühlt, fordert die Bürger zu gewaltlosem Ungehorsam auf, um Marcos

zum Rücktritt zu zwingen. US-Präsident Ronald Reagan, der vier Tage zuvor andernfalls beiden Seiten Wahlbetrug angelastet hatte, vertritt jetzt die Ansicht, das Marcos-Lager habe derart massive Wahl-fälschung betrieben, daß die Wahl leicht nicht mehr gültig sei.

20. Februar 1986: Marcos klagt über ausländische Einmischung in innere Angelegenheiten der Philippinen und droht den Oppositionsführern wegen der Ungehorsamskampagne mit Strafverfolgung.

22. Februar 1986: Verteidigungsminister Juan Ponce Enrile und der stellvertretende Stabschef Generalleutnant Fidel Ramos stellen mit der Erklärung, daß ihnen die Verhaftung drohe, ihre Ämter zur Verfügung und verschanzen sich im Verteidigungsministerium. Sie fordern, Marcos solle zugunsten von Frau Aquino zurücktreten. (AP)

„Jetzt ist die Zeit für den Frieden“

Die philippinische Oppositionsführerin Corazon Aquino gab gestern folgende Erklärung ab:

„Wir haben unsere Freiheit, unsere Rechte und unsere Würde mit viel Mut und Gott sei Dank mit wenig Blutvergießen wiedergewonnen. Ich rufe unser Volk dazu auf, den Geist des Friedens zu bewahren, fest und leidenschaftlich zu bleiben, während wir die letzten Wurzeln der Tyrannei ausreißen. Laßt uns jetzt, wo wir gewonnen haben, nicht auf das Niveau der bösen Kräfte herabsinken, die wir besiegt haben.“

Ich habe immer gesagt, daß ich im Sieg sehr großzügig sein kann - kein Haß mehr, keine weiteren Kämpfe. Ich appelliere an alle Filipinos auf beiden Seiten. Jetzt ist die Zeit des Friedens, die Zeit Wunden auszuheilen. Den letzten Anhängern von Marcos rufe ich zu: Helfen Sie mir, das Land wieder aufzubauen, anstatt die Hand gegen das Volk und seine Armee zu erheben. Da das Militär die körperliche Unversehrtheit des Volkes respektiert hat, fordere ich das Volk auf, mit dem letzten Soldaten Marcos' ebenso schonend umzugehen. Wie ich schon sagte: Jetzt ist die Zeit für den Frieden. Die einzige Weise, auf die wir unser Land wieder aufbauen können, ist die des Miteinanders. Ich dehne diesen Appell auf die Offiziere und Soldaten aus, die noch immer gegen die neue Ordnung kämpfen. Ich lade sie alle dazu ein, gemeinsam mit dem Volk Cory (Corazon) Aquino und Doy (Salvador) Laurel zu unterstützen.

Der Sieg der Freiheit durch friedliche Mittel über eine Armee, die eine Tyrannei hinter sich hat, ist selten in der Geschichte; ein Sieg der Freiheit durch das Volk, das das Militär schützt, aber ist noch nicht dagewesen... (dpa)



Serge und Zuvor: Schwerbewaffnet und geschützt von Anhängern zieht der rebellierende Verteidigungsminister Juan Ponce Enrile in das nationale Hauptquartier der Polizei. FOTO: DPA



Präsident Ferdinand Marcos mit Familie: ein Fernsehbild, das die Nation beruhigen soll. Die Töchter Irene und Imee, Sohn Ferdinand und Frau Imelda (v.l.) FOTO: AP

Für das Weiße Haus ist Marcos schon Vergangenheit

Von FRITZ WIRTH

Ronald Reagan hatte Festkleidung angelegt. Auf dem Programm stand „Dinner mit den Gouverneuren im Blue Room des Weißen Hauses“. In seinem Gesicht war zu lesen, daß er eine protokollarische Pflicht erfüllte mit seiner Anwesenheit, in Gedanken aber in seinem Dienstraum im „Oval Office“ war. Über dem Dinner-Tisch riefen Journalisten ihm zu, ob er Marcos zum Rücktritt auffordern werde. Reagans leicht verlegene Antwort: „Kein Kommentar.“

Das war am Sonntagabend um zehn. Was weder die anwesenden Journalisten noch die rund 40 amerikanischen Gouverneure zu diesem Zeitpunkt wußten: Die Entscheidung über das politische Schicksal des philippinischen Präsidenten Marcos war, soweit sie von Washington aus mitbestimmen war, bereits gefallen. Die Reagan-Administration hatte Marcos fallengelassen.

Es war eine lange, mühsame, doch am Ende keine schwierige Entscheidung mehr. Die Zeiten, da Marcos noch mit Pomp im Weißen Haus empfangen wurde und Vizepräsident Bush Elogen auf sein Demokratieverständnis sang, sind lange vorbei. Die Betroffenheit und das Unbehagen über Marcos in der Reagan-Administration begannen lange vor den von ihm gefälschten Wahlen.

Reagan hatte schon im letzten Jahr seinen Freund, den Senator Laxalt, zu Marcos geschickt und ihn dringend zu Reformen aufgefordert. Die Mission Laxalts verlief unbefriedigend. Der Ärger über Marcos in Washington wuchs. Er wurde nach der gefälschten Wahl zu einer politischen Belastung. Bereits unmittelbar nach der Wahl herrschte in der Administra-

tion Einigkeit, daß es für Marcos keine politische Zukunft mehr gebe. Uneinigkeit gab es lediglich über das Ausmaß des Druckes, den Washington ausüben sollte, ihn zum Abgang zu bewegen. Im State Department plädierte man für einen härteren Kurs als im Weißen Haus.

Ronald Reagan hoffte, daß der Druck im eigenen Lande ausreichen würde, Marcos von der Aussichtlosigkeit seiner Position zu überzeugen. Für den Präsidenten gab es in seinem Philippinen-Kurs nur eine Priorität: nichts zu unternehmen, was zum offenen Ausbruch von Gewalt und zum Bürgerkrieg führen könnte. Es wäre für die Philippinen und für die USA die schlechtestmögliche Lösung.

Man setzte also auf Zeit im Weißen Haus, operierte mit zurückhaltenden und teilweise schon übertrieben vorsichtigen öffentlichen Erklärungen und entsandte Peter Habib als Sonderbotschafter auf die Szene.

Am Samstag verließ Habib Manila, um Präsident Reagan einen Zwischenbericht zu geben. Drei Stunden nach seiner Abreise begann in Manila die Rebellion des Juan Enrile und Fidel Ramos. Zufall? Ramos und Enrile versichern: Wir sind zu unserem Schritt nicht von amerikanischer Seite ermutigt worden. In Washington bestätigt man: Habib hat nichts von den Dingen geahnt, die am Samstag passierten.

Am Sonntag morgen berichtete Habib in Washington Außenminister Shultz und Sicherheitsberater Poindexter über die Lage. Shultz und Poindexter aber hatten schon am Samstag in telefonischem Kontakt mit Präsident Reagan in Camp David gestanden. Das Ergebnis war eine Erklärung des Weißen Hauses, die zum ersten Mal unmißverständlich

die Wahl von Marcos als Fälschung verurteilte und sich in dieser Hinsicht dem Urteil der Rebellen Enrile und Ramos anschloß. Das Dokument des Weißen Hauses sagte es nicht in diesen Worten, doch die Botschaft war unmißverständlich: Das Kapitel Marcos war fürs Weiße Haus beendet.

Der Mann mußte weg, möglichst ohne Blutvergießen. Am Sonntagmittag ließ Präsident Reagan durch den amerikanischen Botschafter an Marcos die Warnung weiterleiten, gegen die Rebellen keine Gewalt zu brauchen. Als dennoch Nachrichten von Schießereien aus Manila kamen, drohte Larry Speakes, der Sprecher des Weißen Hauses, die Streichung amerikanischer Militärhilfe an. „Unsere Militärhilfe ist nicht für solche Zwecke gedacht.“

Um Mitternacht, kurz nach dem Ende des „Dinners der Gouverneure“ im Weißen Haus, das nach außen hin den Eindruck erweckte, als herrsche „business as usual“, ließ man endgültig alle diplomatischen Floskeln und Warnungen fallen. Das Weiße Haus legte Marcos den Rücktritt nahe und bot ihm ein Militärflugzeug zur Flucht aus den Philippinen an.

„Werden wir Marcos Asyl anbieten?“ wurde Larry Speakes gefragt. „Mr. Marcos hat bisher nicht darum gebeten, doch ich bin sicher, daß der Präsident bereit ist, einem alten Freund und Alliierten zu helfen.“

„Und wenn Marcos sich weigert zu gehen?“ Speakes: „Es könnte eine gefährliche Situation entstehen. Wir wollen einen ruhigen und friedlichen Machtwechsel. Die letzte Entscheidung liegt beim philippinischen Volk. Wir sind nicht gewillt, unsere beträchtlichen militärischen Reserven auf den Philippinen ins Spiel zu bringen.“

Von R.-M. BORNGÄSSER

Zu Beginn des 27. Parteitag der KPdSU bietet die Moskauer Führung unter Michail Gorbatschow, flankiert von seiner hochgeheulten Technokraten-Mannschaft, ein optisch verjüngtes Bild. Eine Mannschaft präsentiert sich der Welt, die jenseits der Ära Stalins, jenseits des Krieges steht, sie sind keine Kinder der Revolution, sondern nur noch des Systems. Aber Gorbatschow, dieser Disziplinierer und Modernisierer, wie er sich so mediengerecht der Welt präsentiert, trägt schwer an der Last, das Sowjetreich zu regieren, außen- wie innenpolitisch. Moskaus große Gegenspieler, die Amerikaner, sind unter ihrem Präsidenten Reagan zur politischen Offensive übergegangen.

Gorbatschows anvisiertes, großes Ziel, die Amerikaner zu bewegen, ihr Projekt SDI fallen zu lassen, ist bisher mißlungen. Auch mit Japan schwelen weiterhin ungelöste Konflikte, trotz des kürzlichen Besuches von Außenminister Schewardnadse. In Europa hat sich das sowjetische Imperium als brüchig erwiesen.

Euphorie früherer Parteitage ist verflogen

Gorbatschow ist mit Reagans Offensive konfrontiert / Das Programm verknüpft stärker Innen- und Außenpolitik

Überall gärt es. Die scharfe Gängelung Bulgariens trägt nicht zur Harmonie bei. Polen mag zwar äußerlich gebändigt erscheinen, doch tragfähig ist dieses Fundament gewiß nicht.

Dann der über sechs Jahre andauernde Afghanistan-Krieg, den die Sowjetunion führt. Ein Krieg, der seine Wunden bereits ins eigene Land schlägt. Man bekennt längst, daß dies ein großer Fehler war. Innenpolitisch sieht die Situation noch düsterer aus. Die Sowjetbevölkerung, so haben Statistiker errechnet, lebt an der Armutsgrenze in der Welt.

Die Hürden scheinen fast unüberwindbar für Parteichef Gorbatschow, dem Verweser einer Weltpolitik, die nur auf Festigung ihres Besitzstandes und Wahrung der strategischen Sicherheitsinteressen fixiert ist.

In der Neufassung des Parteiprogramms ist daher längst keine Rede mehr von „einem großen reinigenden Gewitter, das über die Welt braust

und den Frühling der Menschheit kündigt“, wie es das Parteiprogramm von 1961 jauchzend verhieß. Jetzt weht Moskau der Wind eher scharf ins Gesicht und zwingt zur Revision.

So gilt im Unterschied zur Chruschtschow-Fassung im neuen Programm ein Weltkrieg denn auch nicht nur vermeidbar. Vielmehr wird ausdrücklich betont, daß es in einem solchen Krieg „weder Sieger noch Besiegte geben würde, daß die Weltzivilisation untergehen könnte“. Die Bewahrung der historischen Errungenschaften... der militärstrategischen Parität zwischen UdSSR und USA ist nun die Garantie zum Frieden.

Zwar wird in dieser Fassung nicht verkannt, daß „der jungen, zukunftsreichen Welt des Sozialismus noch immer die starke und gefährliche Welt der kapitalistischen Ausbeutung gegenüberstehe“. Doch vertieft sich die „allgemeine Krise des Kapitalismus“, er sei zum Untergang verur-

teilt. Sein Herrschaftsbereich verenge sich unausweichlich, immer deutlicher trete seine historische Überlebensfähigkeit zutage. „Der Imperialismus ist ein faulender Kapitalismus, der Vorabend der sozialistischen Revolution“, wird suggeriert.

Doch gleichzeitig verkennt man nicht, daß er „immer noch stark und gefährlich“ sei, über „gigantisch gewachsene Produktivkräfte“ verfüge und sich an verändernde Umstände anpasse. „Die Hauptbedrohung der internationalen Reaktion ist der USA-Imperialismus“. Von ihm gehe vor allem die Kriegsgefahr aus.

Große Bedeutung mißt das Programm „einer friedlichen, guten Nachbarschaft in Europa“ bei. Unabhängige Voraussetzung für die Stabilität positiver Prozesse sei aber „die Achtung der im Ergebnis des Zweiten Weltkrieges entstandenen territorialen und politischen Realitäten“. Die Partei würde entschieden gegen

alle Versuche einer Revision treten, ganz gleich unter welchen Vorwänden „und jeglichem Revanchismus eine Abfuhr erteilen“.

Zum asiatischen Komplex heißt es, man würde konsequent danach streben, gemeinsam mit anderen interessierten Staaten, die Sicherheit in Asien zu gewährleisten. „Asien, Afrika, Lateinamerika, der Stille und der Indische Ozean können und müssen Zonen des Friedens und guter Nachbarschaft werden.“

In der Zusammenarbeit mit den sozialistischen Ländern strebt das überarbeitete Programm „feste kameradschaftliche Beziehungen und eine allseitige Zusammenarbeit der UdSSR mit allen Staaten des sozialistischen Weltsystems an“. Die Neufassung richtet im Gegensatz zum Programm von 1961 zum Beispiel keine Vorwürfe an Jugoslawien. Diesmal wird Belgrad nicht des „Revisionismus“ bezichtigt. Betont wird, daß es, um Mei-

nungsverschiedenheiten zu vermeiden, „eines tiefen Verständens der nationalen und der gemeinsamen internationalen Interessen in ihrer organischen Wechselverbindung“ bedürfe.

Mit dieser Tour d'horizon tritt nun die Krennführung vor den Parteitag. Stärker als früher betont das neue Programm die enge Verknüpfung der sowjetischen Innenpolitik mit der Außenpolitik, die „günstige Bedingungen für die Vervollkommenheit der sozialistischen Gesellschaft gewährleisten müsse“.

Die Entwürfe für die „Neufassung des Programms der KPdSU“, für „die Hauptrichtungen der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung im 12. Fünfjahresplan (1986-1990) und bis zum Jahre 2000“, sowie Änderungen am Parteistatut zeigen hohe Ziele auf und wecken große Erwartungen. Doch auch sie bleiben letztlich wieder an den alten Rezepten gebunden. Vergleiche mit dem Westen, den die Sowjetunion an Produktion und Produktivität gemäß Programm längst schon hätte überholen müssen, sucht man vergebens. Da ist Gorbatschow realistischer als seine Vorgänger.

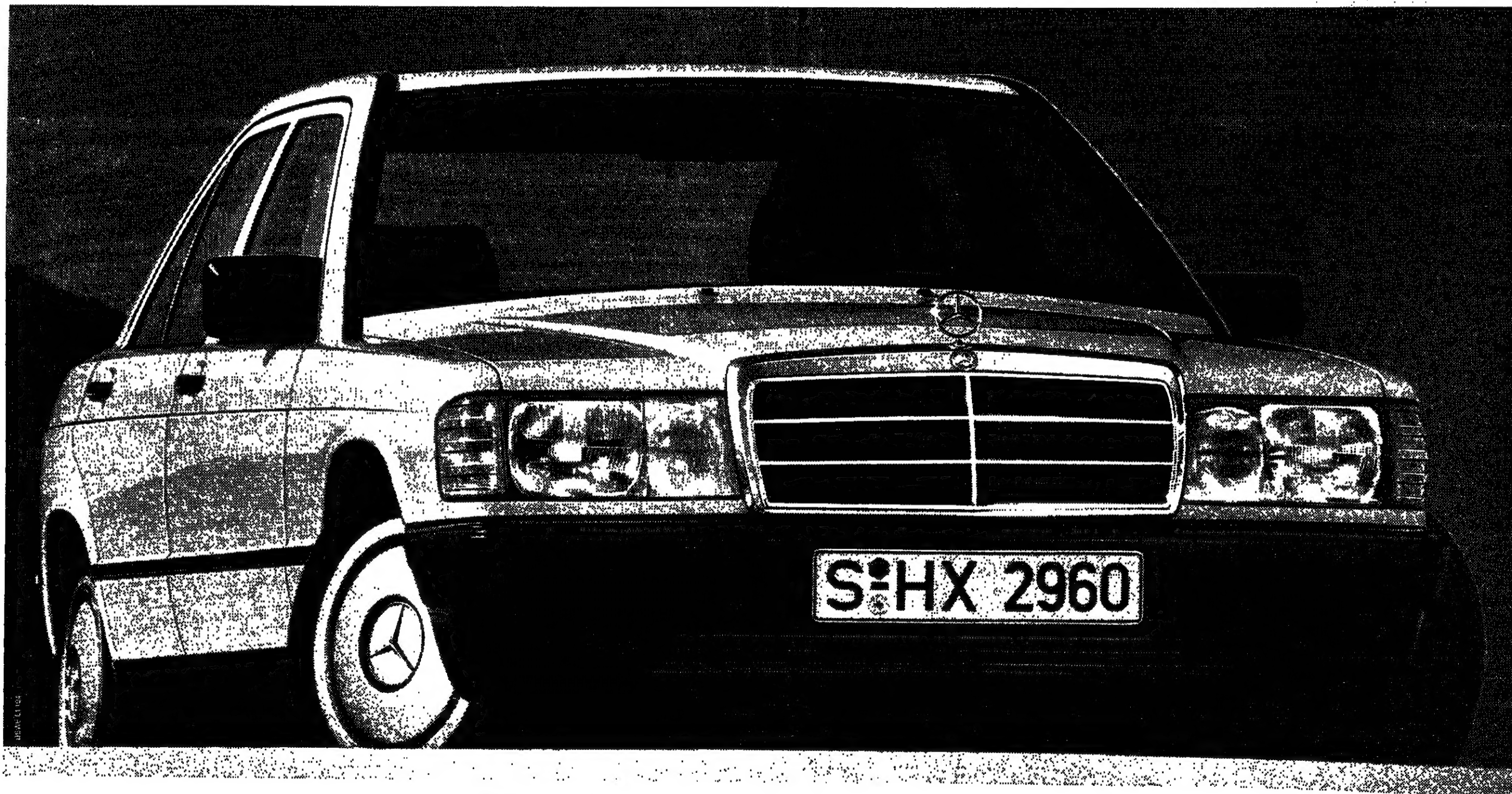
Kulturpapst der Stalin-Ära gelobt

dpa, Moskau

Andrej Schdanow, der führende Kulturpapst der Stalin-Ära, ist in einem Jubiläumsartikel des Parteiorgans „Prawda“ als „bedeutender Theoretiker und Propagandist der Idee des wissenschaftlichen Kommunismus“ gepriesen worden. Der 1948 verstorbene Altbolschewist wäre am 28. Februar 90 Jahre alt geworden. Die „Prawda“ verwies auch auf Schdanows „aktiven Kampf für die Geschlossenheit der internationalen Arbeiterbewegung“.

Als Politbüromitglied und ZK-Sekretär für Propaganda, Ideologie und marxistisch-leninistische Theorie hatte Schdanow eine ganze Generation sowjetischer Künstler, Philosophen, Historiker und Naturwissenschaftler auf das strenge Prinzip der Parteilichkeit festgelegt. Er war es, der beispielsweise den Dichter und Schriftsteller Boris Pasternak und den Komponisten Dmitri Schostakowitsch gemäßregelt hatte.

Werte-Paket.



Kommen Sie nach vorn.
Zur Kompaktklasse von
Mercedes-Benz.

Die Spitzenposition der Mercedes 190er in ihrer Klasse ist das natürliche Ergebnis eines klaren Konzepts: kompakte Abmessungen mit dem vollen Maß Mercedes-typischer Eigenschaften. Technische Führung perfekt realisiert. Diesen Anspruch erfüllen alle sieben 190er-Modelle - vom temperamentvollen 190 D bis zum „Sechzehnventiler“ 190 E 2.3-16. Er reicht von den großen technischen Leistungen bis zu den einzelnen, intelligenten Lösungen. Von dynamischen Fahreigenschaften bei beruhigender aktiver Sicherheit über geräuschgekapselte Dieselantriebe bis zum Panorama-Scheibenwischer (86% Wischfeld).

den elektronisch gesteuerten Gurtstraffern - oder der elektronisch gesteuerten Benzineinspritzung. Fortschritte, die ihresgleichen suchen - selbst bei größeren Fahrzeugen. Dies alles in Mercedes-Qualität mit gesicherter Lebensdauer und Funktion. Ein Vorzug, der auch für den hohen Wiederverkaufswert sorgt und die handliche Beweglichkeit dieser Fahrzeuge zum unbeschwernten Vergnügen macht.

Zusammen mit der besonderen Qualität der Betreuung ein Werte-Paket, das Freunde kompakter Fahrzeuge offenbar zu schätzen wissen.

Die Benzin-Modelle sind mit dem multifunktionalen System für wahlweisen Betrieb mit bleifrei „Super- oder „Normal-“ lieferbar. Oder von Anfang an als Katalysator-Fahrzeuge. Auch die Diesel-Modelle sind als „schadstoffarm“ anerkannt.



MERCEDES-BENZ
Ihr guter Stern auf allen Strä

Zweifel an Anklage im Reemtsma-Prozess wächst

Zeuge: Finanzamt konnte bisher keine Steuern nachfordern

UWE BAHNSEN, Hamburg
Im Parteispender-Prozess gegen drei Top-Manager des Reemtsma-Konzerns vor der Großen Strafkammer 22 des Hamburger Landgerichts haben Zeugen Aussagen gestern erneut zu massiven Zweifeln an der Ermittlungstätigkeit der Staatsanwaltschaft und der Steuerfahndung in dieser Sache geführt. Beamte des Finanzamtes Hamburg-Altona, das für die Veranlagung des Unternehmens Reemtsma zuständig ist, erklärten im Zeugnis, eine von der Firma gewünschte Nachveranlagung der Spenderzahlungen, die Gegenstand des Strafverfahrens sind, sei bislang nicht vorgenommen worden.

Nachbericht in Arbeit

Zugleich räumte der Steuerfahnder Lothar Schwarz vom Finanzamt für Prüfungsdienste, der ebenfalls als Zeuge vorgeladen worden war, auf eine entsprechende Frage der Verteidigung ein, daß er zur Zeit in der Sache Reemtsma mit einem Nachbericht für die Veranlagungsfinanzamt Hamburg-Altona beschäftigt sei. In diesem Zusammenhang wurde am Rande des Verfahrens bekannt, daß ein solcher Bericht von diesem Finanzamt bei der Steuerfahndung angefordert worden war, da sonst eine Nachveranlagung nicht möglich sei.

Aus beiden Aussagen sowie aus der Tatsache, daß die Firma Reemtsma dem Veranlagungsfinanzamt die Anklageschrift zugeleitet hatte, um eine Nachveranlagung zu erreichen, ergibt sich: Steuerfahndung und Staatsanwaltschaft haben in der Spenderaffäre Reemtsma so mangelhaft ermittelt, daß die Ergebnisse für eine steuerliche Bereinigung des Falles nicht zu gebrauchen waren. Gleichwohl dienten sie der Staatsanwaltschaft als Rohstoff für die Anklage und der Strafkammer als Grundlage für die Eröffnung der Hauptverhandlung.

Die Aussagen der Steuerbeamten wurden von den Verteidigern der drei angeklagten Manager Horst Wiedrich, Professor Ernst Zander und Klaus Teubner als eine sachliche Bestätigung dafür gewertet, daß der zum Beginn des Verfahrens von der Verteidigung gestellte Antrag, den Prozeß aussetzen, sachlich gerechtfertigt gewesen sei und vom Gericht nicht hätte zurückgewiesen werden dürfen. Die Kammer hatte stattdes-

sen die auch von den Richtern erkannten sachlichen Mängel der Anklageschrift durch eigene Ermittlungen auszugleichen versucht und sich damit den Vorwurf eingehandelt, sie habe die Arbeit geleistet, die eigentlich Sache der Anklagebehörde gewesen wäre.

Es geht in dem Verfahren, wie berichtet, um den Vorwurf der Staatsanwaltschaft, die drei Beschuldigten hätten, von 1965 bis 1981 fortgesetzt und gemeinschaftlich handelnd durch die Abgabe falscher Steuererklärungen 2,53 Millionen Mark an Körperschaftsteuer und rund 242000 Mark an Gewerbesteuer verkürzt. Begangen haben sollen die Angeklagten dieses Steuerdelikt, indem sie zu Unrecht Zahlungen von insgesamt 3,9 Millionen Mark mit Spendenbescheinigungen an zehn politische Vereinigungen steuerlich geltend gemacht hätten.

Urteil am 6. März?

Zum Auftakt des Prozesses hatten die Anwälte dazu unter Hinweis auf die einschlägige Literatur und Rechtsprechung erklärt, zur Aussetzung des Strafverfahrens zwingen allein schon der Umstand, daß die zuständigen Finanzämter bislang in Kenntnis aller Fakten die ergangenen Steuerbescheide nicht geändert oder gar aufgehoben haben. Dies dokumentiere, die steuerrechtlichen Zweifel der Finanzverwaltung. Die Aussagen des gestern im Zeugnis abgegebenen Steuerfahnders Lothar Schwarz bestätigten nach Auffassung der Verteidiger diese Begründung.

In diesem bislang größten Parteispender-Verfahren der Hamburger Justiz steht die Beweisführung vor dem Abschluß. Experten rechnen damit, daß es im Hinblick auf bestimmte Teilbereiche der Prozessmaterie zu einem Einstellungsbescheid der Kammer kommen wird. Damit würden sich die Summen, die in der Anklageschrift als Ergebnis der angeblichen Steuerverkürzung genannt werden, ganz beträchtlich verringern. Für den Fall einer Verurteilung der drei Angeklagten würde das vermutlich zur Verhängung von Geldstrafen führen. Nach den Plädoyers der Staatsanwaltschaft und der insgesamt sechs Verteidiger wird die Strafkammer voraussichtlich am 6. März das Urteil verkünden.

Parteispender: Die meisten „Sünder“ bleiben straffrei

Verschulden nicht nachzuweisen / Warten auf Bundesfinanzhof

dpa, Bonn
Rund fünf Jahre nach der Einleitung von insgesamt 1568 Ermittlungsverfahren wegen illegaler Parteispender durch die Staatsanwaltschaft in Bonn zeichnet sich ab, daß die meisten Sünder ohne Strafen davonkommen werden. Dies ergibt sich aus einer Umfrage der Deutschen Presse-Agentur (dpa) bei Landesjustizverwaltungen und Staatsanwaltschaften.

Allein in der Bundeshauptstadt wurden 910 Verfahren eingestellt, darunter 406, weil ein Verschulden nicht nachzuweisen war, und 489 wegen geringer Schuld. Bei zehn Beschuldigten laufen ohnehin andere Verfahren wegen Steuerhinterziehung, gegen die der Vorwurf ungesetzlicher Spenderpraktiken nicht ins Gewicht fiel. Drei Betroffene starben vor Abschluß ihrer Verfahren.

Viele Fälle verjähren bald

Von den aus Bonn an andere Staatsanwaltschaften abgegebenen insgesamt 509 Ermittlungsverfahren – die Masse davon nach Hamburg (201) – wurden ebenfalls bereits mehr als 140 ohne Folgen für die Beschuldigten eingestellt. In Baden-Württemberg, wo noch gegen rund 300 Personen (zum Teil mehrere Beschuldigte pro Verfahren) Ermittlungen anhängig sind, wird mit der Einstellung in 250 Fällen gerechnet. In zahlreichen Fällen droht überdies Verjährung. Gar keine Spenden-Verfahren gibt es im Saarland, in Niedersachsen und Schleswig-Holstein.

In Hessen lauten noch 50, in Bremen 47, in Bonn 22, in Bayern 20 und in Hamburg 10 Verfahren. Die spektakulärsten Fälle sind in Bonn der Prozeß gegen die beiden früheren FDP-Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff und Hans Friderichs wegen Bestechlichkeit sowie gegen den früheren Flick-Manager Eberhard von Brauchitsch wegen Bestechung, und in Hamburg die gerichtliche Auseinandersetzung gegen drei Reemtsma-Manager wegen Steuerhinterziehung.

Anklage erhoben wurde auch schon gegen den Chef des Duisburger Handelshauses Klöckner, Jörg Henle, wegen Steuerhinterziehung in Höhe von rund 1,4 Millionen Mark. Auf der Anklagebank in Essen werden vom 8. April an auch die beiden Karstadt-Bosse Walter Deuss und Theodor Althoff sitzen, die gegen Strafbefehle von 400 000 und 720 000 Mark Einspruch eingelegt haben. Kassiert hat der Staat auch schon: Bekannt wurden vier Verurteilungen von Unter-

nehmern wegen Steuerhinterziehung in Nordrhein-Westfalen zu insgesamt rund knapp 590 000 Mark. Ferner erdeten allein in Bonn 85 Verfahren mit der Zahlung von Geldbußen, deren Gesamthöhe 540 000 Mark beträgt. Gezahl haben auch zwei CDU-Funktionäre in Berlin, nämlich 20 000 und 18 000 Mark, ebenso der bayerische CSU-Landtagspräsident Franz Heubl (20 000 Mark).

In Bremen und auch andernorts wartet man aber zunächst auf ein Urteil des Bundesfinanzhofs in München. Noch in diesem Jahr soll dort in zweiter Instanz über einen Spruch des Finanzgerichts Münster vom Oktober 1985 verhandelt werden, wonach der Einsatz von Treu und Glauben im Einzelfall Geldgeber von politischen Parteien vor späteren Steuernachforderungen bewahren könne.

Keinen genauen Aufschluß ergab die dpa-Umfrage, welche „Spendenwaschanlagen“, über die nach den Ermittlungen hunderte von Millionen Mark vor allem an CDU/CSU und FDP flossen, geschlossen wurden. Nach Angaben des Stuttgarter Finanzministeriums haben dort seit 1982 vier Wirtschaftsverbände und -vereinigungen ihre Anerkennung als steuerbegünstigt verloren, einem weiteren Wirtschaftsverband sei die Gemeinnützigkeit aberkannt worden.

Steuern nachbezahlt

Der FDP-Schatzmeister in Nordrhein-Westfalen, Hans Gattermann, antwortete auf die Frage nach Spendenvereinen: „Seit Februar 1981 ist keiner mehr aktiv – jegliche Tätigkeit wurde eingestellt. Damals haben wir die Liquidation beschlossen – ob sie schon in allen Fällen vollzogen ist, weiß ich nicht. Diese Vereine haben mittlerweile sämtliche von den Finanzämtern nachgeforderten Steuern bezahlt und zwar – darauf lege ich Wert – nach ihren eigenen Angaben. Das Finanzamt glaubte also den Vereinen.“

Unlängst hat Bundestagspräsident Philipp Jenninger (CDU) die Parteivorsitzenden zur Mitteilung aufgefordert, ob wenigstens seit Geltung des neuen Parteiengesetzes Anfang 1984 die Bestimmungen eingehalten wurden, daß Einzelspenden von 30 000 Mark und mehr in den jährlichen Rechenschaftsberichten ausgewiesen werden müssen. Geschieht dies nicht, wird das Doppelte der Spende von der Wahlkampfpflicht abgezogen. Antworten der Parteien wurden noch nicht bekannt.



Das spanische Königspaar in Bonn

König Juan Carlos I. und Königin Sofia von Spanien haben gestern einen fünftägigen Staatsbesuch in der Bundesrepublik Deutschland angetreten. Nach der Ankunft auf dem Flughafen Köln/Bonn, wo das Königspaar von Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher empfangen wurde, begrüßte Bundespräsident Richard von Weizsäcker die Gäste vor der Villa Hammerschmidt (Bild). Es ist der erste offizielle Aufenthalt des Königs in

einem EG-Land seit der Mitgliedschaft Spaniens in der Europäischen Gemeinschaft. Juan Carlos wird in Bonn auch mit Bundeskanzler Helmut Kohl sowie mit Vertretern aller im Bundestag vertretenen Parteien zusammentreffen. Nach Bonn wird das Königspaar auch die Städte Köln, Düsseldorf, Berlin und München sowie das Volkswagenwerk in Wolfsburg besuchen.

FOTO: POLY-PRESS

Mit einer eigenen Lobby wollen die Bundesländer in Brüssel Fuß fassen

Hamburg, Saar und NRW bauen Regionalbüros aus / Sorge um Einfluß auf die EG

WILHELM HADLER, Brüssel
Französische oder britische EG-Kommissare hatten schon immer Mühe, mit den Feinheiten des deutschen Föderalismus zurechtzukommen. Seit sich die bayerische Landesregierung zur Anführerin einer Art Fronte gegen die Bonner Europapolitik gemacht hat, müssen in Brüssel auch manche deutsche Beamte umlernen. Der Protest der Bundesratsmehrheit gegen die Art und Weise, in der die Revision der Europäischen Verträge ausgehandelt wurde, ist symptomatisch für die Sorge der Länder, im politischen Entscheidungsprozeß künftig an Einfluß zu verlieren. Sie äußert sich auch in dem offenen oder versteckten Bemühen um eine stärkere Präsenz der Länder am Sitz der Gemeinschaft.

Es gehörte zwar schon immer zu den Gewohnheiten deutscher Landesvertreter, den europäischen Behörden von Zeit zu Zeit einen Besuch abzustatten. Erinnerung ist zum Beispiel, wie schwer es dem französischen Euraatom-Präsidenten Pierre Chatenet in den sechziger Jahren klarkam, daß ein Bremer Bürgermeister in der Bundesrepublik durchaus politisches Gewicht haben kann.

In der letzten Zeit hat sich das Gewicht Brüssels jedoch so vergrößert, daß sich die Landespolitiker gegenseitig beinahe die Knie in die Hand geben. Immer mehr Regierungen geben sogar dazu über, am Sitz der EG eine ständige Interessenvertretung einzurichten.

Den Anfang machte vor gut einem Jahr Hamburg. Es gewann den langjährigen EG-Vizepräsidenten Wilhelm Haferkamp dafür, in Brüssel gegen eine beschlossene Aufwandsentschädigung ein „Hanse-Office“ zu

gründen. Haferkamps Erfahrungen und persönliche Kontakte haben den sonst eher nach Übersee blickenden Hanseaten traglos Vorteile gebracht, die auf der offiziellen Schiene nicht zu haben gewesen wären. Unter anderem bemüht sich Haferkamp darum, Forschungsaufträge nach Hamburg zu ziehen. Als nächstes folgten die Saarländer. Sie holten sich nach dem Regierungswechsel gleich einen EG-Beamten als Minister für Bundes- und Europa-Angelegenheiten. Auch Ottokar Hahn machte sich schnell seine Erfahrungen zunutze und gründete nicht weit von der Kommission ein „Saarland-Büro“. Er sieht sich nicht nur als Lobbyist im Kampf um die Genehmigung von Beihilfen für die Stahlindustrie, sondern auch als Promotor für eine grenzüberschreitende Regionalpolitik mit Lothringen und Luxemburg.

Schaufenster für das kulturelle Leben

Die saarländische Vertretung soll nach und nach auch Schaufenster des kulturellen Lebens im Lande Oskar Lafontaine werden.

Eines früheren Brüsseler Mannes versicherte sich schließlich auch der Berliner Bürgermeister Eberhard Diepgen. Er will allerdings vorerst noch keine ständige Vertretung am Sitz der Gemeinschaft errichten. Diepgens EG-Berater war früher Generaldirektor für Forschung bei der Kommission. Dagegen hat Nordrhein-Westfalen einen Disseldorfer Ministerialbeamten als Beobachter entsandt. Über die im Grundgesetz beschlossene bayerische Präsenz ist noch nichts Näheres bekannt.

Fest steht, daß die „Länder-Lobby“ keine offiziellen Verhandlungen mit der EG-Kommission oder mit Beamten des Ministerrates führen kann. Die Vertretung der deutschen Interessen in den europäischen Institutionen ist ausschließlich Sache der Bundesregierung. In Bonn wird die Europapolitik von einem Staatssekretärsausschuß koordiniert. Die Weisungen werden dann von der Brüsseler EG-Botschaft (einer Behörde mit Abgesandten der einzelnen Bonner Ministerien) ausgeführt.

In der Praxis freilich können Vertreter der Länder durchaus auf Gesetzgebungsvorhaben oder Finanzentscheidungen Einfluß nehmen. Auch die Wirtschaft macht sich die Erkenntnis zunutze, daß immer mehr Befugnisse auf die Europäische Gemeinschaft übergehen, und die Kommission ermuntert sie offen, in Brüssel vorstellig zu werden. Manche Beamter wird daher auch der Versuchung nicht widerstehen können, Bundes- und Länderinteressen von Fall zu Fall gegeneinander auszuspielen.

Die Besorgnis der Länder vor einer Beeinträchtigung des innerstaatlichen Machtgleichgewichts durch die europäische Integration muß also das Gesamtinteresse der Bundesrepublik an einer möglichst starken Verhandlungsposition gegenübergestellt werden. Manche Brüsseler Experten führen denn auch bereits „dänische Zustände“.

Der Wunsch des Bundesrates, nach dem Vorbild des „Marktausschusses“ Kopenhagen bereits vorher über wichtige Entscheidungen in Brüssel konsultiert zu werden, so meinen sie, könne Beschlüsse in der EG künftig noch schwieriger und komplizierter machen, als sie heute schon sind.

Wehners Abrechnung mit den Genossen

Die Grünen werden nur kurze Zeit leben!

DW, Bonn
Mit tiefer Verbitterung hat sich Herbert Wehner, der frühere Fraktionsvorsitzende der SPD, in einem Interview mit seinem ehemaligen Pressesprecher Knut Torgler über die gegenwärtige Führung von SPD und FDP geäußert. Aus dem Interview, das in der März-Ausgabe der Hamburger Zeitschrift „Tempo“ erscheint, zitiert die WELT die entscheidenden Aussagen:

Zu Willy Brandt: Ich kenne Brandt. Ich kenne seine Art und Weise, wie er andere Leute behandelt, und so habe ich mich von ihm ferngehalten und nichts mit ihm gemacht. Ich habe ihn das machen lassen. Ich habe auch nicht den Ehrgeiz gehabt, ihn rauszuschreiben zu lassen. Das ist ein Mann – nun kann er ja wohl noch einmal ein paar Jahre seine Position behalten –, der nichts zu tun hatte mit jemandem, der die ganze Arbeit im Parlament gemacht hat, der das organisiert und realisiert hat. Der Brandt kennt nur sich und läßt nur die Leute rankommen, mit denen er kann. Das ist sein Eigenart.

Zu den Grünen: Das ist ein Verein, der sich gegründet hat, und der das eine Weile machen und wieder auseinandergehen wird. Es gibt Leute bei uns, die wollen diesen Burschen alle Macht in die Hände geben, wie sie es schon einmal versucht haben. Grün ist jetzt die Mode, nicht? Vorher gab es auch schon viele solche Gruppen – ich scheiß darauf, ich sage nicht: Nur die, nur die, nur die. Die werden einige Zeit eine Rolle spielen und sich wieder selbst zerfasern, zerfasern, gegeneinander bringen.

Zum Verhältnis SPD und Grüne: Die Grünen werden genauso mies sein wie manche frühere Gruppierungen oder frühere Organisationen. Das hilft nichts, jetzt plötzlich mit den Grünen zu operieren.

Zu Hans-Dietrich Genscher: Wenn Sie mir mit Genscher kommen, muß ich Ihnen sagen: Das ist der schlimmste Mann in der deutschen ... Das ist ein ganz fürchterlicher Mensch, ein schlimmer Manipulator und Egoist. Das ist ein Mann, den ich zutiefst unterschätze, was seine Werte betrifft. Das ist ein Mann, der nichts anderes im Kopf hat, als die Sozialdemokratie kaputtgehen zu lassen und es auch jetzt noch in seinen ganzen Regierungspraktiken nicht sein läßt, sondern weiter so macht, bis er einmal umfallen wird, ich weiß es nicht, er ist ja noch nicht so alt.

Zu Martin Bangemann: Ja, das ist ein Mann, der seine eigene Klientel bedient, dem es immer nur darauf ankommt, so weit vorn zu stehen, wie es überhaupt geht, sonst ist mit ihm nichts.

Zu Hans-Jochen Vogel: Ich sage nur, daß er mich ganz schlimm behandelt hat. Und daß er mir nie auch nur eine einzige Information gegeben hat – weder als Minister noch später.

Zu Franz Josef Strauß: Strauß bewertet ich persönlich so, daß er im Grunde genommen der einzige ist, der Führung in Anspruch nehmen kann.

Zum Zustand der SPD und der Rückkehr in die Regierungsverantwortung: Die SPD ist gezwungen, sich künftig allein als Kraft durchzusetzen. Das ist alles. Das dauert, ich weiß nicht, vielleicht zehn Jahre. Ich sehe in der SPD nicht die, die so sind, daß man sagen kann: Gut, das dauert noch ein paar Jahre, dann geht es wieder voran. Das sieht man noch nicht.

Zunächst müssen anständige Sozialdemokraten die Kraft aufbringen, wieder systematisch mit den sogenannten Gewerkschaften wirklich zusammenzuarbeiten. Die Gewerkschaften spielen ja zur Zeit kaum eine Rolle und sind nicht sehr eindrucksvoll.

Zum künftigen SPD-Parteivorstand: Ich werde mich doch nicht hinstellen und ein paar von diesen Leuten, die jetzt eine Rolle in der SPD spielen, nennen! Die müssen zunächst einmal aus dieser Rolle raus und durch Sozialdemokraten ersetzt werden, die sich wirklich um die Arbeiterschaft und die Angestellten kümmern.

Zu Helmut Schmidt: Die Zusammenarbeit mit Helmut Schmidt funktioniert reibungslos und ohne Eifersucht und ohne Verärgerung. Ich kannte ihn ja aus der Hamburger Sozialdemokratie. Der Schmidt ist ein sehr intensiver Mann gewesen. Manchmal war er auch äußerst ironisch. Verständigungsmöglichkeiten im eigentlichen Sinne waren so einfach nicht zu betreiben. Ich hatte mit dem Schmidt ein ganz ordentliches Verhältnis, muß ich sagen – trotz seiner Art, sich sehr bedeutend zu halten, sehr wichtig zu halten und sich entsprechend wie ein Offizier zu verhalten, indem er kommandierte, was ich ihm nicht übelgenommen habe.

Stoph-Vertrauter will in den Westen ausreisen

Fall wurde während des Sindermann-Besuches besprochen

WERNER KAHL, Bonn
Hermann von Berg, der „DDR“-Unterhändler für das erste Passierscheinabkommen, das West-Berlinern nach dem Mauerbau den Besuch ihrer Verwandten im Ostsektor der Stadt ermöglichte, hat einen Ausreiseantrag gestellt. Der 53-jährige Professor für Wirtschaftswissenschaften an der Berliner Humboldt-Universität gehörte zu dem engsten Kreis um „DDR“-Ministerpräsident Willi Stoph. Er war seit Anfang der sechziger Jahre auf dem deutschlandpolitischen Feld tätig. Der ehemalige hohe SED-Funktionär machte sich damals für die SED-Parole „Deutsche an einen Tisch“ stark.

Nach Angaben unterrichteter Kreise ist der stellvertretende Vorsitzende der Liberaldemokratischen Partei Deutschlands (LDPD), Manfred Grabig, von einem Besuch West-Berlins nicht mehr in den Ostteil der Stadt zurückgekehrt. Der 37-jährige Jurist will, wie es hieß, künftig mit seiner Familie, die er in der „DDR“ zurückgelassen hat, im Westen leben.

Der Vorsitzende des Parteibezirks von Ost-Berlin, Fritz Krausch, hatte von Ost-Berlin den Auftrag, Grabig zur Rückkehr in den Osten zu bewegen, was offenbar nicht gelang.

Auch Vorgänger reiste aus

Grabig, der seit etwa fünf Jahren stellvertretender Vorsitzender des Bezirks Ost-Berlin war, und im Gebäude des Hauptvorstands der Ost-LDPD unmittelbar an der Mauer arbeitete, hat sich zu seinem Wechsel bisher nicht geäußert. Bereits sein Parteivorgänger, Ulrich Dirksen, war vor fünf Jahren in die Bundesrepublik Deutschland gekommen.

Vor einigen Wochen ist, wie erst jetzt bekannt wurde, der Stiefsohn des „DDR“-Botschafters in Athen, Horst Brä, nach West-Berlin übergesiedelt. Der 39-jährige Wissenschaftler Werner R. will künftig an der Freien Universität Berlin arbeiten. Sein Stiefvater gilt als enger Vertrauter von SED-Chef Erich Honecker.

„Gesichtsverlust“?

In der Ostberliner Führung zeigt man sich offenbar geneigt, einer Übersiedlung des Funktionärs in den Westen zuzustimmen, nachdem der Fall am Rande der Begegnung des „DDR“-Volkskammerpräsidenten Horst Sindermann mit SPD-Politikern besprochen worden war. Vertreter des linken SPD-Flügels vertreten die Ansicht, daß ein Übertritt des überzeugten Sozialisten Berg in den Westen für Ost-Berlin nützlich sein könnte. Dieser Aspekt sei höher zu bewerten als ein möglicher „Gesichtsverlust“ für die Ostberliner Führung, falls der ehemalige Passierschein-Unterhändler die „DDR“ ver-

„Es bleibt nur die Wahl Amtseid oder Aktionen“

Kultusminister Mayer-Vorfelder warnt Lehrer vor Streiks

PETER PHILIPPS, Bonn

Die Lehrer-Gewerkschaft GEW hat ihr Ziel erreicht. Der Streik um den Paragraphen 116 Arbeitsförderungs-gesetz gerät in die Schranken. Nach den umstrittenen „Unterrichtsmaterialien“, die von der GEW-Zentrale an die Lehrer verschickt wurden, hat nun der GEW-Vorsitzende Dieter Wunder auch in einem Rundschreiben an alle Funktionäre dazu aufgefordert, alles zu tun, das sich möglichst viele Lehrer an den DGB-Demonstrationen am 6. März gegen die Verabschiedung des § 116 beteiligen. „Es geht um die Wahrnehmung des gesetzlich verbrieften Demonstrationsrechts.“ Wir wissen, wir haben Recht, aber wir wissen auch, daß die Gefahr besteht, bei Behörden und Gerichten nicht Recht zu bekommen.

Daran ist nicht zu denken. Denn der baden-württembergische Kultusminister Gerhard Mayer-Vorfelder, der GEW seit Jahren im Streit verbunden, hat gestern gegenüber der WELT angekündigt: „Die Lehrer haben die Wahl, ob sie ihrem Dienstleid oder dem Gewerkschafts-Aufruf folgen wollen. Auf jeden Fall wird es in jedem Einzelfall zu Disziplinarmaßnahmen kommen, wenn dem Aufruf der Lehrergewerkschaft zum Bruch des Dienstes Folge geleistet wird. Es ist erschreckend, wie hemmungslos und zynisch die Scharfmacher in der Lehrergewerkschaft Staatsbeamte zum Bruch ihres Dienstes aufzufordern.“

Mayer-Vorfelder bezog sich damit auch auf Wunders Satz, daß gegebenenfalls „Unterrichtsausfall und die Unterbrechung anderweitiger Aufgaben in Kauf genommen werden“ müßten. Der Gewerkschaftschef: „Nirgendwo steht geschrieben, daß das Demonstrationsrecht erst ab 16 Uhr oder nur am Wochenende gelte.“ Bereits in der vergangenen Woche

hätte der Stuttgarter Kultusminister den GEW-Landesvorsitzenden Siegfried Vergin gewarnt: Er werde weder die Aktion hinnehmen, den Streik um den § 116 mit umstrittenen Materialien in den Unterricht zu tragen, noch die in einem GEW-Flugblatt angeordnete „kollegiale und menschliche Isolierung der Fachleiter, sofern sie dem neuen Erlaß, der ihre Aufgaben beschreibt, Folge leisten“. Mayer-Vorfelder: Beide Aktionen laufen „auf eine Aufforderung zu rechtswidrigem Handeln“ hinaus.

In dem Erlaß zur Aufgabenbeschreibung der Studiendirektoren als Fachleiter zur Koordinierung schulischer Aufgaben an Gymnasien“ sieht die GEW, die Wende direkt im Lehrerzimmer exekutiert. Die Kontrolle von uns Lehrern wird jetzt direkter, unmittelbarer ausgeübt werden können.“ Dagegen hat der baden-württembergische Landesverband in einem Flugblatt seine Mitglieder aufgefordert, „deutlich zu machen“, daß sie „für Unfrieden im Kollegium sorgen werden“, wenn Fachleiter „ihre Weisungsbefugnis entsprechend anwenden“.

Mayer-Vorfelder hat der GEW klargemacht, daß „die Schule unserer pluralistischen Gesellschaft verpflichtet ist und daß einer berufsständischen Organisation grundsätzlich nicht die demokratische Legitimation zukommt, die Thematik des Unterrichts zu bestimmen“. Genauso unzulässig sei es auch, daß das Ministerium darauf bestehen müsse, daß „die geltenden Erlasse eingehalten werden“. Denn: „Die Loyalität der Beamten gegenüber der gewählten Regierung ist keineswegs eine Begrenzung demokratischer Handlungsmöglichkeiten, sondern sie gibt im Gegenteil der Amtsführung des Beamten erst die demokratische Legitimation.“

Mülheim-Kärlich geht ans Netz

Nea, Mainz

Mit der 8. Teilerrichtungsgenehmigung hat der rheinland-pfälzische Wirtschaftsminister Rudi Geil (CDU) gestern das letzte Hindernis für die Inbetriebnahme des Kernkraftwerks Mülheim-Kärlich bei Koblenz aus dem Weg geräumt. Die Genehmigung gestattet dem Betreiber (RWE) zunächst die Aufnahme des nuklearen Probetriebs (Beginn in den nächsten Wochen) sowie anschließend den sogenannten Leistungsbetrieb bis zu einem Kernabbrand von 20 000 Megawatt-Tagen pro Tonne Uran (etwa für ein Jahr) sowie den Umgang mit unbestrahlten und bestrahlten Brennelementen und radioaktiven Stoffen.

Die Entscheidung des Ministers stützt sich auf mehrere Sicherheitsgutachten des TÜV Rheinland und der Gesellschaft für Reaktorsicherheit, ferner auf Beratungsergebnisse der Reaktorsicherheits- und der Strahlenkommission des Bundes, und sieht den sofortigen Vollzug vor.

Der Minister begründet dies unter anderem mit dem „großen Misverhältnis zwischen Stromerzeugung und Stromverbrauch in Rheinland-Pfalz“, das 87 Prozent seines Strombedarfs außerhalb der Landesgrenzen decken muß.

Das Kernkraftwerk Mülheim-Kärlich ist auf eine Kapazität von 1200 Megawatt (Leistung: ca. 8 Milliarden Kilowattstunden pro Jahr) ausgelegt.

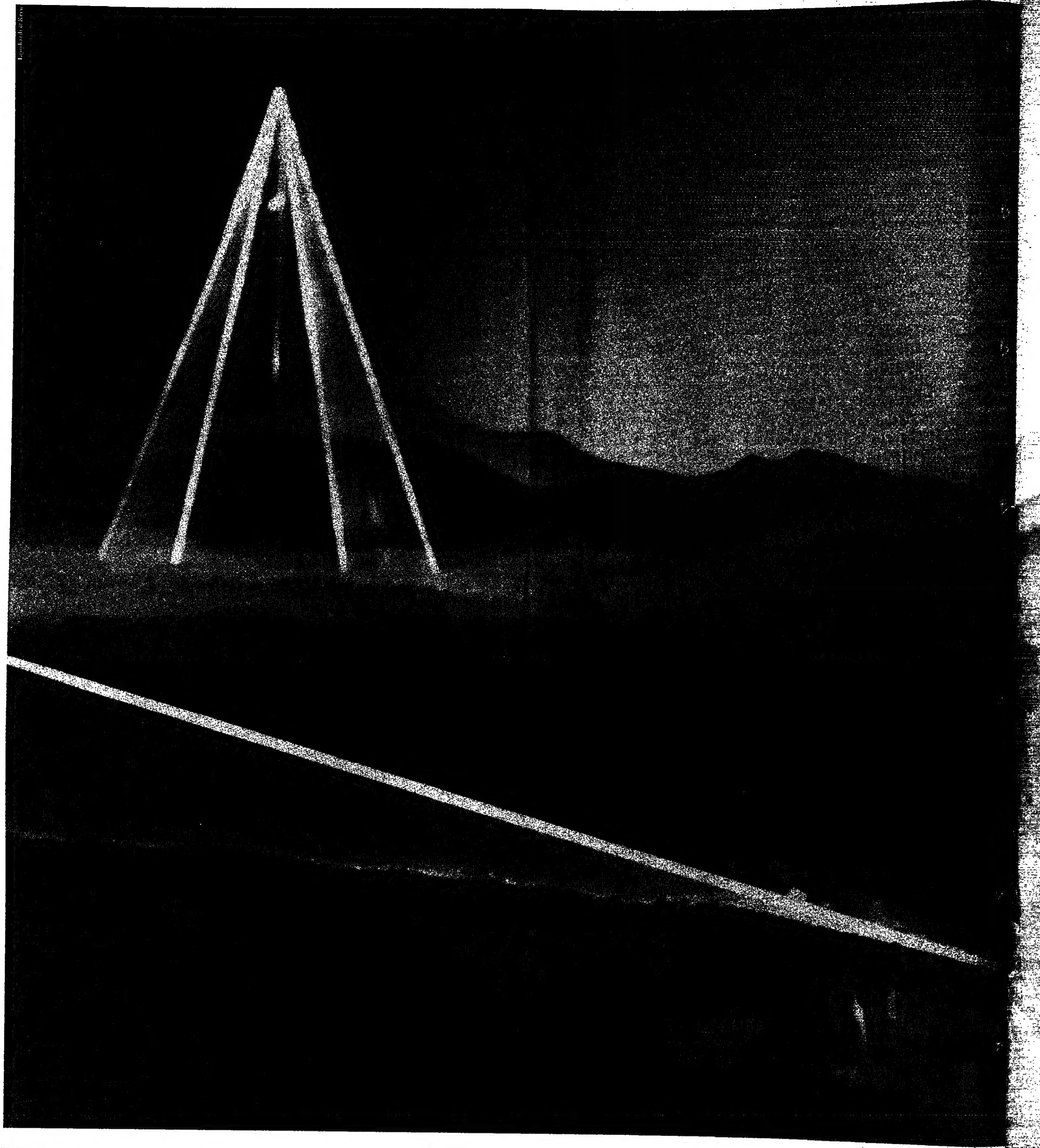
Hüttendorf wurde geräumt

dpa, Osterholz-Scharmbeck

Die Polizei hat gestern morgen auch das zweite von Demonstranten gegen den Bau einer Panzerstraße errichtete Hüttendorf bei der Ortschaft Garlstadt (Niedersachsen) geräumt. Dabei wurden zwölf „Bewohner“ weggetragen und die drei Hütten wenig später abgerissen. Zu Zwischenfällen kam es nicht. Wie ein Sprecher der Bürgerinitiative betonte, habe sich die Polizei zurückgehalten, habe Initiativen kündigt aber weitere Aktionen an. Bereits am Samstagabend war das erste „Dorf“ von der Polizei geräumt und abgetragen worden.

Die Rodungsarbeiten für den Bau einer Gleisstraße, auf der in Zukunft amerikanische Panzer einer in Garlstadt stationierten Brigade transportiert werden sollen, hatten am Mittwoch begonnen. Die neun Kilometer lange Trasse wird etwa 30 Millionen Mark kosten. Bis Anfang März sollen 12,5 Hektar Wald gerodet werden. Das Oberverwaltungsgericht Lüneburg hatte Einwände gegen die Planungen abgewiesen.

DIE WELT (USPS 405-590) is published daily except Sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar \$66.00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 540 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07632 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 540 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.



EIN NEUES ZEISS ALTER IN-DE

Wann immer Zeiss der Mikroskopie auf den Grund gegangen ist, haben die Ergebnisse für Aufsehen gesorgt:

1846 begründete Carl Zeiss den Ruf seiner Werkstatt für Feinmechanik und Optik mit Mikro-

skopen von bis dahin unbekannter Präzision und Zuverlässigkeit.

1866 verfaßte Ernst Abbe in seinem Auftrag die »Theorie der Abbildung im Mikroskop«, die eine Serienfertigung erst ermöglichte.

1986 beginnt nun ein weiteres

Kapitel in der Geschichte der Zeiss Mikroskopie: Zeiss präsentiert Mikroskope mit völlig neu gerechneter »ICS-Optik« und unendlicher Bildweite, die es durch eine neuartige, systemintegrierte »SI-Bauweise« endlich ermög-

liche
ohne
dure
schle
Fl
Wiss
indu

5



rga-
Ju-
rae-
ent-
ung
nge-
der
rael

JSA
uch
ines
chts
icht-
Jah-
ngen
, der
nern
anla-
42 in
aten
eten.
e" in
seher
vo er
eiter
r die
gkeit
wie-
ht in
, bei
ziali-
egen
USA
aus:
raun-
repu-
bruar
roati-
tuco-

I daily
ription
er an-
Publ-
wood
s paid
al mai-
chan-
PUBL-
Engle-

lichen, alle Mikroskopieverfahren ohne komplizierte Umbauten durchzuführen. Bei konstant fehlerloser Bildqualität.

Für Biologie, Medizin, Materialwissenschaft und Halbleiterindustrie etwa bringen die

»Pyramiden von Zeiss«, die neuen
Mikroskope Axioplan, Axiophot
und Axiotron, damit sehr
aussichtsreiche Aspekte für die
Zukunft.

**Carl Zeiss, D-7082 Oberkochen,
Geschäftsbereich Mikroskopie.**

ZEISS
West Germany

Die Pyramiden von Zeiss: Die neue Geometrie für Mikroskope.

Welche Ursachen hat der Verlust an politischem Einfluß, den Europa in den letzten zehn Jahren, insbesondere aber in den allerletzten Jahren hinnehmen mußte? Können diese Ursachen überwunden werden, angesichts nicht nur beharrlicher, sondern auch neuer und zukünftiger Probleme? Wie stehen die Aussichten für Europa und seine weltpolitische Rolle, während wir uns dem Ende des 20. Jahrhunderts nähern und in die fernere Zukunft blicken? Diese Fragen beantwortet der ehemalige Bundeskanzler Helmut Schmidt in drei Schritten: in der heutigen dritten Folge der neunteiligen Serie widmet er sich dem militärischen und Rüstungskontrollbereich; die wirtschaftlichen und finanzpolitischen Fragen sowie der historische und politische Rahmen werden im vierten Teil erörtert.

Helmut Schmidt: Abschreckung, Glaubwürdigkeit und Gleichgewicht

Nachdem ich die aus der Geschichte ablesbare expansionistische Stofrichtung der sowjetischen Politik skizziert habe, will ich nicht ein detailliertes Bild von der konkreten sowjetischen militärischen Bedrohung (und ihrem Potential) zu geben versuchen; ich rufe lediglich ein paar zentrale Tatsachen über die militärische Bedrohung Westeuropas in Erinnerung.

Zum ersten ist die Sowjetunion im Hinblick auf Truppenstärke, Panzer, Artilleriegeschütze, Kampfflugzeuge, Raketen, Abfangjäger und so weiter dem Westen überlegen. Dem steht in dem Gebiet zwischen der Sowjetunion und der Atlantikküste Europas, was die Zahl von Mannschaften und Waffen anlangt, kein gleichgewichtiges militärisches Arsenal gegenüber.

Zum zweiten besteht ein noch größeres Ungleichgewicht, wenn man nicht nur die auf dem mitteleuropäischen Kriegsschauplatz vorhandenen Truppen, sondern auch die großen mobilisierbaren Mannschaftenreserven im sowjetischen Hinterland berücksichtigt, die innerhalb von vierzehn Tagen ins Feld gebracht werden können. Der Westen besitzt zweitens eine viel geringere Truppenreserve. Es gibt in den Vereinigten Staaten oder in Großbritannien keine Wehrpflicht, so daß diese beiden Staaten überhaupt keine nennenswerten Reserven mobilisieren können. Sie würden zwei Jahre brauchen, um Reserven aufzubauen, wie es schon einmal in den beiden Weltkriegen der Fall war. Frankreich und die Bundesrepublik haben zwar eine große Zahl von Reservisten, doch hat Frankreich seine gesamten Truppen, einschließlich der Reserven, aus dem militärischen Verband der NATO herausgenommen.

Wie soll Westeuropa verteidigt werden?

Deshalb besteht in Europa bezüglich der Reserven zwischen sowjetischer und westlicher Seite ein beträchtliches Ungleichgewicht bei den konventionellen Streitkräften. Zum dritten sind seit den siebziger Jahren neue Bedrohungen entstanden, nämlich die SS-20- und die SS-22-Raketen. Im besonderen verfügen die SS-20-Mittelstreckenraketen gegenwärtig über ungefähr eintausend getrennt steuerbare atomare Gefechtsköpfe; daneben stehen noch mehrere tausend Nuklearwaffen kürzerer Reichweite, die allesamt auf westeuropäische Ziele gerichtet sind.

Westeuropa verfügt lediglich über eine begrenzte Zahl französischer und britischer Nuklearwaffen, die gegenüber der unermesslichen sowjetischen Anzahl ohne große Bedeutung sind. Dazu kommen ein paar hundert amerikanische atomare Gefechtsköpfe auf Mittelstrecken-Raketen und Marschflugkörpern, außerdem etwa 5000 Atomwaffen sehr viel kürzerer Reichweite, die übrigens nahezu ausschließlich auf deutschem Boden stationiert sind.

Mit anderen Worten: Auf dem Feld der Nuklearwaffen ist auf dem potentiellen europäischen Kriegsschauplatz ohne die Präsenz der amerikanischen Komponente kein Gleichgewicht möglich. Dies wird sich auch in Zukunft nicht ändern, da die europäischen Nationen, außer Frankreich und England, aber einschließlich der Bundesrepublik Deutschland sich durch die Unterzeichnung und Ratifizierung des Vertrags über die Nichtverbreitung von Atomwaffen verpflichtet haben, keine Atomwaffen zu kaufen, zu produzieren oder zu besitzen.

In dieser Situation lautet die erste Frage: Wie soll Westeuropa im Falle eines verlängerten konventionellen

Angriffs, bei dem alle mobilisierbaren sowjetischen Reserven eingesetzt sind, verteidigt werden? Bis zu Robert McNamaras Athenen Richtlinien von 1962, oder richtiger: Bis zur formalen Revision der NATO-Doktrin im Jahre 1967 bestand die strategische Antwort darin, im Falle eines solchen sowjetischen Angriffs „massive atomare Vergeltung“ zu üben. 1962 wurde McNamara klar, daß diese Strategie nicht länger praktikabel war, und spätestens seit 1967 teilte der Rest des Bündnisses diese Ansicht. Und da das westliche Bündnis selber diese Strategie nicht für geeignet hielt, erschien es auch den Russen nicht glaubwürdig.

Seit 1967 hieß die offizielle Strategie des Bündnisses „flexible Erwidern“. Gemeint ist der Versuch, die Russen wenigstens ein paar Tage lang – ich hoffe, eher ein paar Wochen lang – durch konventionelle Verteidigung aufzuhalten und dann aber doch ziemlich früh zum westlichen Einsatz sogenannter taktischer Atomwaffen überzugehen. (Ich sage ausdrücklich „sogenannt“, weil es sich für die deutsche und polnische Bevölkerung, die auf diesem Kriegsschauplatz lebt, tatsächlich um todbringende Waffen handeln würde. Persönlich widerstrebt mir eine Terminologie, die nur solche Waffen, welche Ameri-

nen und sollten von den Amerikanern geteilt werden.

1. Das erste Prinzip ist das Prinzip der Abschreckung. Abschreckung ist keine Erfindung des 20. Jahrhunderts. Als strategisches Prinzip besitzt es schon seit der Zeit der Griechen und Römer Geltung: Den potentiellen Angreifer abschrecken, indem man ihm ein Übel androht, das den erreichbaren Gewinn übersteigt.

Ständig neue Beweise für das Akzeptanz-Defizit

2. Das zweite Prinzip ist das Prinzip der Plausibilität oder Glaubwürdigkeit. Der Gegner muß überzeugt sein, daß man wirklich tun wird, was man zu tun androht. Hier liegt heute das Kernproblem aller unserer Nuklearstrategien. In dem Maße, wie im Westen Zweifel an der Glaubwürdigkeit unserer Militärstrategie aufkommen, vermindert sich auf sowjetischer Seite die Glaubwürdigkeit unserer Drohung.

3. Das dritte Prinzip nenne ich das Prinzip der Verhältnismäßigkeit der Mittel. Die unsere Verteidigungsstrategie anwenden will. Die Debatte über die Frage, was angemessen ist (oder: Wieviel ist genug?), ist ernster

Die Prinzipien der Strategie

1. Abschreckung: Dieses Prinzip ist ganz und gar keine Erfindung des 20. Jahrhunderts. Griechen und Römer wußten schon, daß man den potentiellen Angreifer abschreckt, indem man ihm ein Übel androht, das den erreichbaren Gewinn übersteigt.

2. Glaubwürdigkeit: Der Gegner muß überzeugt sein, daß man wirklich tun wird, was man zu tun androht. Hier liegt das Kernproblem aller unserer Nuklearstrategien. Westliche Zweifel an der eigenen Strategie vermindern die Glaubwürdigkeit unserer Drohung.

3. Verhältnismäßigkeit der Mittel: Die Debatte über die Frage, was angemessen ist (oder: Wieviel ist genug?), ist heute gewichtiger denn jemals seit 1945.

4. Neubewertung: Wir müssen unsere Bewertungen fortwährend revidieren, weil auch die Lage sich fortwährend ändert. Die

Strategie-Diskussion der letzten Jahrzehnte belegt diesen Anpassungs-Prozess.

5. Gleichgewicht: Das Prinzip des Gleichgewichts umschreibt den Zustand ungefähr gleicher Sicherheit für beide Seiten. Zu den Fragen, die in Rüstungskontrollverhandlungen auftauchen, gehören diese: Was ist angemessen? Was wird morgen angemessen sein? Wie kommen wir zu einem Gleichgewicht? Wie stabilisieren wir dieses Gleichgewicht?

6. Akzeptabilität: Ein Prinzip, das eng mit dem Satz von der Glaubwürdigkeit verbunden ist. Die Zweifel an unserer militärischen Haltung wie an unseren Absichten sind gewachsen. Die gegenwärtige militärische Struktur und Strategie haben weder für die westliche Öffentlichkeit noch für die Politiker und die politischen Eliten des Westens eine ausreichende Überzeugungskraft.

kaner und Russen töten, als „strategisch“ und Waffen, die „nur“ Polen oder Deutschen töten, als „taktisch“ bezeichnet. Das sind verarmende Begriffe für eine Waffenkategorie, die in großer Zahl eingesetzt, den größeren Teil der mitteleuropäischen Völker töten oder zu Krüppeln machen würde.)

In den Jahren seit 1967 rückte die Problematik einer Strategie des „frühen Ersteinsatzes“ der westlichen atomaren Waffen immer deutlicher ins Bewußtsein; vor allem stellte sich die Frage, ob eine derartige Strategie für die am stärksten Betroffenen akzeptabel sei. Eine solche Militärstrategie für Europa zu akzeptieren, mag leicht sein für jemanden, der selber in Kalifornien wohnt oder in Georgia. Es ist weniger leicht – eigentlich fast unmöglich – diese Strategie zu akzeptieren, wenn man in der Mitte Europas lebt.

Die Frage der Akzeptabilität – oder, sagen wir, das Prinzip, daß die eigene Strategie für die Nation akzeptabel sein muß, die man verteidigen will – ist meiner Ansicht nach eines der sechs wichtigsten militärstrategischen Prinzipien, die es zu berücksichtigen gilt, wenn man die Szene vom europäischen Standpunkt aus beurteilt. Diese sechs Prinzipien kön-

nen wichtiger geworden; sie spielen heute eine größere politische Rolle als in irgendeiner der früheren Phasen westlicher Strategie seit 1945.

4. Das vierte Prinzip besteht in der regelmäßigen oder fortwährenden Neubewertung, weil sich die Lage ständig verändert. Wir müssen unsere Bewertungen fortwährend revidieren. Wie die Geschichte der ersten fünfundsiebzig Jahre der NATO zeigt, haben wir von Zeit zu Zeit unsere militärische Strategie revidiert, und wir werden dies auch in Zukunft tun müssen.

5. Das fünfte Prinzip ist das Prinzip des Gleichgewichts – oder der ungefähr gleichen Sicherheit für beide Seiten. Dieses Prinzip führt zu der Anstrengung, beiderseitig vereinbarte Rüstungsbegrenzungen zu erreichen. Ende der sechziger Jahre begannen, hatte diese Politik in der ersten Hälfte der 70er Jahre erhebliche Erfolge, zu denen seitdem aber nichts hinzukam. SALT 2, 1979 ausgearbeitet, wurde von den Vereinigten Staaten nicht ratifiziert und deshalb auch von den Russen nicht. Alle anderen Rüstungskontrollverhandlungen der letzten zwölf Jahre, an all den verschiedenen Tischen in Wien und Genf, sind gescheitert. Zu den Fragen, die in Rüstungsbegrenzungsverhandlungen auftauchen, gehören die

folgenden: Was ist angemessen? Was wird morgen angemessen sein? Wie kommen wir zu einem Gleichgewicht? Wie stabilisieren wir das Gleichgewicht, nachdem wir es definiert oder gefunden haben? Was sind die notwendigen Bestandteile eines Abkommens?

Selbstverständlich würde keine Supermacht, aber auch keine kleine Macht wie die Bundesrepublik Deutschland ein Abkommen unterschreiben, das der anderen Seite insgesamt größere Vorteile zu bieten scheint als der eigenen. Und natürlich würde die andere Seite kein Abkommen unterschreiben, das unserer Seite größere Vorteile böte als ihr selbst. Also ist das Prinzip des Gleichgewichts der Natur der Sache nach allen Bemühungen inhärent, ein Rüstungsbegrenzungsabkommen, zwischen beiden Seiten zu erzielen. Es ist einfach, dies festzustellen, aber für einige Politiker offenbar sehr schwer, es zu verstehen und zu akzeptieren.

6. Schließlich gibt es also das sechste Prinzip der Akzeptabilität, das eng mit dem zweiten Prinzip der Glaubwürdigkeit verbunden ist. Die Zweifel an unserer militärischen Haltung und unseren Absichten wachsen heute tatsächlich. Um es anders auszu- drücken: Es besteht ein zunehmender Mangel an Akzeptanz innerhalb

Kurzum, die gegenwärtige westliche militärische Struktur und Strategie hat weder für unsere Öffentlichkeit, noch für unsere Politiker, noch für unsere eigenen politischen Eliten hinreichende Überzeugungskraft.

Dies ist von entscheidender Bedeutung: Wenn wir unsere eigene Öffentlichkeit, unsere eigenen Parlamente nicht überzeugen können, dann gehen wir das Risiko sehr gefährlicher Mißverständnisse und Fehlkalkulationen darüber ein, was wir tatsächlich im Falle einer Erpressung oder Aggression oder Verletzung unserer Grenzen tun würden. Unsere eigenen Kontroversen und Zweifel können sogar unter Umständen von ihnen als Aufforderung zum Handeln mißverstanden werden.

So sind heute die Fragen der Akzeptabilität und der Verhältnismäßigkeit der Kern des europäischen Sicherheitsproblems. Unsere Strategien sind nur dann glaubhaft – und werden es nur dann bleiben –, wenn wir sie selbst akzeptieren und wenn es in unseren eigenen Ländern keine ernstzunehmende abweichende Meinung gibt, welche diese Strategien nicht akzeptieren. Jetzt, da all diese Probleme der Öffentlichkeit bewußt geworden sind, wage ich die Voraussage, daß für den Rest dieses Jahr-

ne Streitkräfte und danach – hoffentlich – über Reduzierungen auf ein niedrigeres Niveau auf beiden Seiten. Dieses Ziel wird unter dem Namen „beiderseitige und ausgewogene Truppenverminderungen“ („Mutual Balanced Forces Reduction“, MBFR) am Verhandlungstisch in Wien seit über zwölf Jahren ohne Ergebnis angestrebt. Die Aussicht, ein MBFR-Abkommen zu erzielen, ist derzeit nicht sehr groß.

Die höchste Priorität gilt den Soldaten

In den Vereinigten Staaten scheinen viele Leute der Überzeugung zu sein, daß man, um sich selbst zu verteidigen, zu können, soviel Geld wie möglich für Verteidigung ausgeben müsse. Meiner Ansicht nach ist das keine richtige Perspektive. Wenn unser Hauptproblem in der sowjetischen konventionellen Überlegenheit liegt, so brauchen wir nicht mehr Geld für Atom- oder Weltraumwaffen, sondern angemessene Truppenstärken und konventionelle Waffen auf unserer Seite. Am wichtigsten ist die Notwendigkeit, uns mit konventionellen Mitteln verteidigen zu können.

ein viel größeres individuelles Opfer bedeutet, als das Geld der Steuerzahler auszugeben.

Weil die kontinentalen europäischen Staaten diesen „politisch schwierigen Kurs beibehalten“, während die Vereinigten Staaten ihn aufgegeben haben, halte ich die amerikanische Kritik an den angeblich zu geringen Verteidigungsausgaben der europäischen Länder für ungerecht. Als noch weniger legitim betrachte ich die amerikanischen Drohungen, die Zahl der amerikanischen Truppen in Europa zu reduzieren, um die europäischen Regierungen zu zwingen, mehr Geld auszugeben.

Offensichtlich werden die Vereinigten Staaten ihre militärische Denkweise und ihre Prioritätensetzung kurzfristig nicht ändern. Deshalb müssen die Engländer selber ihre Lage prüfen.

Dabei gibt es besonders ein zentrales Problem, das einer effektiven europäischen Verteidigungsanstrengung im Wege steht. Wenn Frankreich seine konventionellen Streitkräfte und seine Reserven in die gemeinsame Struktur der westlichen Verteidigung einbringen würde, so wäre hinsichtlich der konventionellen Streitkräfte ein zufriedenstellendes Gleichgewicht zwischen Westeuropa und der Sowjetunion leicht zu erreichen. Nach der Mobilisierung hätten wir dann etwa achtzehn deutsche Divisionen, etwa fünfzehn bis achtzehn französische Divisionen und mehrere Benelux-Divisionen – insgesamt annähernd vierzig westeuropäische Divisionen sowie einige britische Truppen. Solch eine Streitmacht müßte natürlich einem französischen Oberbefehlshaber unterstellt werden.

Wir dürfen nicht zerstören, was wir verteidigen wollen

Eine der Ungeheuerlichkeiten der gegenwärtigen Situation in Europa besteht darin, daß vielen Hunderttausenden europäischen Soldaten, die unter amerikanischem Oberbefehl stehen, immer wieder gesagt wird, sie könnten nicht sehr lange erfolgreich kämpfen, so daß der Westen gezwungen sein würde, taktische Nuklearwaffen einzusetzen, was auf die Zerstörung ihrer Heimatländer hinausläuft.

Wenn wir diese mißliche Situation ändern wollen, so erhebt sich die weitere Frage: Wie überzeugt man die politische Führung Frankreichs, deren Einschätzung strategischer Angelegenheiten noch im alles beherrschenden geistigen Schatten von Charles de Gaulle steht, den Schritt zu tun, den ich vorgeschlagen habe? De Gaulle war überzeugt, Frankreich müsse selbständig handeln können. Dabei hegte er die Hoffnung – die er aber öffentlich nicht aussprach –, daß andere Staaten bei der Verteidigung Europas (und damit auch Frankreichs) die Hauptlast übernehmen würden. Aber nur wenn sich die Franzosen für eine neue Politik entscheiden (wobei sie beispielsweise durch einen immerhin möglichen Rückzug der Vereinigten Staaten aus Europa dazu gezwungen würden), nur dann würden zusätzliche Haushaltsmittel zur Verfügung stehen, um die notwendigen Waffen, Fahrzeuge, Munition und so weiter für die dann mobilisierbaren Reserven zu kaufen.

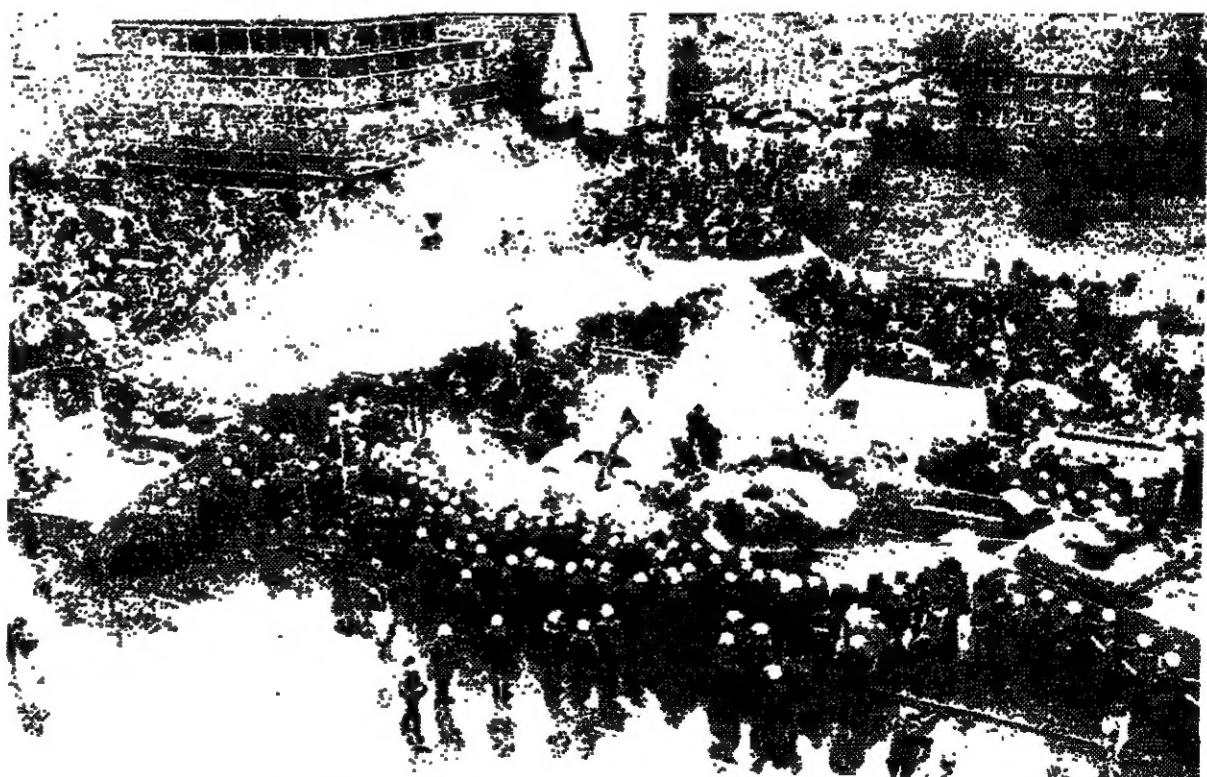
Morgen in der Welt: Wie gemeinsam ist der Gemeinsame Markt? – Warum Mitterrands Wirtschaftspolitik scheitern mußte – Die drei Schritte in eine bessere Zukunft – Wer Amerikas übermächtigem Druck widerstehen will, muß das Europäische Währungssystem stärken

Wenn Sie einzelne Folgen dieser Serie versäumt haben sollten, oder nachlesen wollen, rufen Sie an: 02054/101541. Frau Karin Kuhlmann schickt sie Ihnen gerne zu.



Bundeswehr-Soldaten vor einem Appell: Ohne amerikanische Präsenz kein Gleichgewicht in Europa

FOTO: MANFRED VOLLMER



November '85: Nachrüstungsgegner demonstrieren in Bonn

FOTO: SVEN SIMON

unserer eigenen öffentlichen Meinung. Ob in unseren Parlamenten – im Senat der Vereinigten Staaten, im Deutschen Bundestag, im Britischen Unterhaus –, ob in unseren Kirchen oder unseren Universitäten, ob bei denen, die sich als Experten betrachten, oder in der breiten Öffentlichkeit: In vielen Sektoren unserer öffentlichen Meinung gibt es ständig neue Beweise für das Akzeptanz-Defizit.

Mißverständnisse und Fehlkalkulationen

Das manifestiert sich in den verschiedenen Vorschlägen zum Einfrieren der Atomwaffen („freeze“), einschließlich der Forderung nach einseitigem Einfrieren, ebenso in der Ablehnung von Strategien des Ersteinsatzes („No first use“) oder des „frühen Ersteinsatzes“ („No early first use“). Ähnliches gilt für die Auseinandersetzungen um die Stationierung von Pershing-II-Raketen und bodengestützten Marschflugkörpern (Ground Launched Cruise Missiles). Schließlich gehört in diesen Bereich mangelnder Akzeptanz die Kontroverse über Präsident Reagans Strategische Verteidigungsinitiative (SDI).

hundert und sogar im nächsten Jahrhundert des Westens nie wieder in der Lage sein wird, eine militärische Strategie zu beschließen – oder eine militärische Struktur –, die von unserer eigenen Öffentlichkeit aus dem Grunde nicht akzeptiert wird, weil sie unausweichlich das zu zerstören scheint, was wir verteidigen wollen.

Wenn aber der frühe Ersteinsatz von Atomwaffen eine zunehmend inakzeptable militärische Strategie für jene europäischen Nationen ist, die auf dem potentiellen Kriegsschauplatz leben, dann erhebt sich unausweichlich die Frage: Wie kann eine Situation geschaffen werden, in der der frühe Ersteinsatz von Atomwaffen überflüssig ist? Wie kann eine Situation herbeigeführt werden, in der die Entscheidung, als erste Atomwaffen anzuwenden, der sowjetischen Seite zufällt?

Die Antwort lautet im ersten Fall, daß man bei den konventionellen Streitkräften ein Gleichgewicht herstellen muß – entweder durch eine Vergrößerung der westlichen Streitkräfte (und nicht etwa durch deren Reduzierung, wie es Senator Mike Mansfield vor etwa zwanzig Jahren vorgeschlagen hat und Senator Sam Nunn es noch heute vorschlägt), oder durch Abkommen zwischen West und Ost über beiderseitig ausgewoge-

Dabei gilt die höchste Priorität den Soldaten, nicht dem Geld. Die zweite Priorität gilt der Motivation unserer Soldaten, also wieder nicht dem Geld. Die dritte Priorität lautet: Ausbildung, militärisches Training und Können unserer Soldaten – auch dies ist keine Geldfrage. Erst die vierte Priorität – Stiefel, Gewehre, Fahrzeuge, Panzer und was sonst noch nötig ist, um diese Soldaten auszurüsten – kostet wirklich Geld.

Die Menschen sind am wichtigsten, nicht nur im pragmatischen Sinne tatsächlicher Kriegserfahrung, sondern auch in einem ethischen und philosophischen Sinn. Es ist meine Überzeugung, daß eine Demokratie bei ihrer Verteidigung gegen fremde Gewalt sich nicht auf Freiwillige oder Söldner verlassen darf; vielmehr sollte jeder Bürger begreifen, daß er selber sein Leben einsetzen muß, wenn er eine sichere Verteidigung will. Ich verstehe die Ansicht vieler Amerikaner, daß das Prinzip der Wehrpflicht während des Vietnam-Krieges mißbraucht wurde. Aber die Wehrpflicht darf nicht auf Freiwillige oder Söldner verlassen werden; vielmehr sollte jeder Bürger begreifen, daß er selber sein Leben einsetzen muß, wenn er eine sichere Verteidigung will. Ich verstehe die Ansicht vieler Amerikaner, daß das Prinzip der Wehrpflicht während des Vietnam-Krieges mißbraucht wurde. Aber die Wehrpflicht darf nicht auf Freiwillige oder Söldner verlassen werden; vielmehr sollte jeder Bürger begreifen, daß er selber sein Leben einsetzen muß, wenn er eine sichere Verteidigung will.

Die SPD hat sich, seitdem sie in Bonn nicht mehr in der Regierungsverantwortung ist, in der Beurteilung der Sicherheitspolitik grundlegend geändert. Dies stellt Bundesverteidigungsminister Manfred

Wörner (CDU) in seinem Beitrag für die WELT fest. Wörner analysiert die Haltung der Sozialdemokraten zur Strategischen Verteidigungsinitiative SDI Präsident Reagans und setzt damit die Diskus-

sion um die Sicherheitspolitik aus seiner Sicht fort. Das Fazit Wörners: Eine Logik in der Argumentation sei nicht mehr zu erkennen, die SPD in dieser Sache innerlich zerrissen. Trotzdem führe die Partei

den Kampf gegen SDI verbissen. Als Grund nennt Wörner den bei den Sozialdemokraten seit langem gepflegten „Anti-Reaganismus“, der sich nun auch gegen „Reagans Erfindung“ SDI richten müsse.

SDI und die sicherheitspolitische Volte der SPD

Von MANFRED WÖRNER

Die Zeiten ändern sich – und mit ihnen auch politische Parteien. Manchmal geht letzteres so schnell, daß selbst der Zeithistoriker in Atemnot gerät.

Ein Beispiel hierfür ist der Wandel der sicherheitspolitischen Rhetorik der SPD seit dem 23. März 1983, als der amerikanische Präsident Ronald Reagan seine Strategische Verteidigungsinitiative (SDI) vorstellte.

Es beginnt damit, daß die SPD im Zuge ihres Kampfes gegen SDI heute stillschweigend, aber unübersehbar, das System gegenseitiger Abschreckung durch nukleare Vergeltung akzeptiert, das sie noch vor wenigen Jahren als unmoralisch, instabil und daher als „zu überwinden“ bezeichnete. Abschreckung, so hieß es damals, könne im „Zeitalter des nuklearen Wahns“ keine Bedingungen schaffen, „die uns eine Überlebenschance lassen“.

Seit dem 23. März 1983 ist das nun alles anders. SDI, so heißt es jetzt, destabilisiere das gegenwärtige System auf gefährliche Weise – woraus man nach den Gesetzen sprachlicher Logik doch wohl schließen muß, daß nach dem gegenwärtigen Stand sicherheitspolitischer Erkenntnis der SPD das gegenwärtige System stabil ist. Natürlich will die SPD dies nicht wahrhaben – und noch weniger öffentlich festgestellt wissen. Deshalb versucht sie, ihr Dilemma, in das sie durch SDI offenkundig geraten ist, durch die Aussage zu überbrücken, sie wolle das System nuklearer Abschreckung „politisch überwinden“. Das Problem hierbei ist nur, daß dies keine Antwort auf die militärische Frage ist, wie unter den gegenwärtigen internationalen Bedingungen, die eine „nur“ politische Lösung nicht zulassen – und auch zu Regierungszeiten der SPD nicht zugelassen haben – die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland gewährleistet werden kann. Der Ausweg in die unendliche ferne Utopie einer „politischen Überwindung“ des Systems nuklearer Abschreckung beantwortet daher nicht die Frage, welches strategische System für die Zeit bis zur Realisierung dieser Utopie die Sicherheitspolitik bestimmen soll: das bisherige System nuklearer Abschreckung oder ein Konzept konventioneller strategischer Defensive (SDI).

Vor dieser unausträgliehen Alternative ergibt sich aus der Tatsache des unerbittlichen Kampfes der SPD

„Die SPD hat ihren – zugegebenermaßen stillen – Frieden mit dem System der Abschreckung durch nukleare Vergeltung gemacht.“

gegen SDI die Antwort von selbst: Die SPD hat ihren – zugegebenermaßen stillen – Frieden mit dem System der Abschreckung durch nukleare Vergeltung gemacht.

Illustriert wird diese sicherheitspolitische Volte durch das Schicksal der als Fortsetzung der Nachrüstungsdebatte vorgesehenen Kampagne gegen den „Krieg aus Versehen“. Kaum begonnen, mußte diese Kampagne gegen den „Krieg aus Versehen“ als ein unvermeidbares Produkt eines instabilen und daher „unverantwortbaren“ Abschreckungssystems schleunigst abgebrochen werden, als mit der Option eines auch nur begrenzt wirksamen strategischen Defensivsystems sich die Möglichkeit eröffnete, den „unautorisierten Einsatz“ nuklearer Offensivsysteme zu neutralisieren.

Die SPD hat während der Nachrüstungsdebatte nicht nur klar gesagt, was sie will – nämlich die Beibehaltung des Systems gegenseitiger Abschreckung durch nukleare Offensivmittel –, sie hat auch formuliert, wie das alternative Ziel ihrer sicherheitspolitischen Wünsche aussehen müßte. Im einstimmig beschlossenen Leitartikel des Parteivorstandes der SPD anläßlich des Parteitages in Essen vom Mai 1984 heißt es: „Ein neues Sicherheitssystem muß von der nuklearen Abschreckung wegführen und schrittweise eine defensive konventionelle Struktur herstellen, so daß langfristig eine strukturelle Nichtangriffsfähigkeit erreicht wird.“

Was aber ist SDI, das die konventionelle Bekämpfung nuklearer Offensivsysteme vorsieht und zum Aufbau eines beiderseits aus Defensivsystemen bestehenden Systems führen soll, wenn nicht die geradezu klassische Inkarnation dieser sozialdemokratischen Forderung nach allgemeiner struktureller Nichtangriffsfähigkeit? Das Argument, dies sei jedoch nur dann der Fall, wenn der Aufbau eines vollkommenen konventionellen Defensivsystems bei gleichzeitiger Abkehr aller Offensivpotentiale gelinge, kann hier ernsthaft nicht ins Feld geführt werden. Schon der Aufbau begrenzt wirksamer strategischer Defensivsysteme beider Supermächte reduziert – unter der Annahme rationalen Entscheidungsverhaltens – die

Angriffsfähigkeit drastisch. Je wirksamer strategische Defensivsysteme auf beiden Seiten werden, desto stärker nähern sich die Supermächte dem Ziel gegenseitiger „struktureller Nichtangriffsfähigkeit“ an.

Doch ist der „kooperative“ Ansatz von SDI realistisch? Kann man dem amerikanischen Präsidenten glauben, daß er den Aufbau strategischer Defensivsysteme auf beiden Seiten und unter Verzicht auf einseitige Vorteile wirklich will? Die SPD hat hier große Zweifel; manche formulieren ein unmißverständliches Nein. Das ist um so erstaunlicher, als die SPD seit Jahrzehnten nicht nur Abrüstung und Rüstungskontrolle fordert, sondern als Vorstufe hierzu die „kooperative Rüstungssteuerung“ als „unverzichtbaren Bestandteil der Entspannungspolitik“ ins Spiel gebracht hat. Was aber ist SDI anderes als der Versuch, „kooperative Rüstungssteuerung“ im strategischen Bereich? Was sollen dann aber die vielfachen und lautstarken Forderungen der SPD, der Bündnispartner möge doch nun endlich „kooperative Rüstungssteuerung“ bilateral einleiten, wenn der erste umfassende Versuch dieser Art ohne beweisbare Zweifel an der Ernsthaftigkeit des amerikanischen Präsidenten als unglaubwürdig dargestellt wird?

Auch hinsichtlich der Bewertung der NATO-Strategie der „Flexible Response“ hat sich in der SPD als Folge des mit absoluter Priorität geführten Kampfes gegen SDI ein drastischer Wandel vollzogen. Noch vor zwei Jahren war man der Meinung, die „Flexible Response“ sei „nicht mehr glaubwürdig“, „nicht mehr konsensfähig“ und daher allenfalls noch als Übergangslösung tauglich. „Der Weg von der Strategie der Massiven Vergeltung zur Strategie der Flexiblen Antwort wollte die Abschreckung lückenlos machen, aber er hat zur Regionalisierung des Risikos geführt, zu Lasten Europas“, schrieb Egon Bahr Ende 1983. Im Zentrum der damaligen Kritik standen dementsprechend diejenigen nuklearen Waffen, die nicht nur als nukleare Vergeltungssysteme in Frage kommen konnten, „nukleare Kriegsführungswaffen“. Sie sollten erstlos beseitigt und Kernwaffen generell wieder in die Rolle strategischer Abschreckung zurückversetzt und auf das zur Mindestabschreckung notwendige reduziert werden.

Nun aber beklagt die SPD, daß beim Aufbau eines sowjetischen strategischen Defensivsystems – als Folge einer amerikanischen „Vorrückung“ – die NATO die Option des selektiven und flexiblen Einsatzes nuklearer Waffen verliere und damit die „Flexible Response“ an Glaubwürdigkeit einbüße. Zwar hat die SPD mit dieser Feststellung über die Auswirkungen beiderseits vorhandener strategischer Defensivsysteme nicht ganz unrecht, es bleibt allerdings erstaunlich mitzusehen, wie die SPD heute über den Verlust einer militärischen Option trüben vergißt, die sie noch vor zwei Jahren als „nukleare Kriegsführungsoption“ demonstriert hatte.

Doch dies ist in diesem Zusammenhang noch lange nicht alles. Die Zitate sind Legion, in denen prominente SPD-Politiker die „Konventionalisierung der NATO-Strategie“ gefordert hatten. Nukleare Waffen sollten wieder ausschließlich „politische Waffen“ werden, quantitativ auf Minimalabschreckung ausgelegt. Daß dies die Eliminierung der nuklearen Kurz- und Mittelstreckenraketen der NATO sowie die faktische Neutralisierung des strategischen Nuklearpotentials der USA in Krise und Konflikt bedeutete, war der SPD nicht nur klar, sondern erwünscht. Heute nun beklagt die SPD, daß durch SDI die Bedeutung konventioneller Streitkräfte wieder zunehme und der konventionelle Krieg wieder führbar und gewinnbar würde. Zwar ist in der Tat unbestreitbar, daß unter einem bilateralen „SDI-Regime“ der Supermächte den konventionellen Streitkräften steigende Bedeutung zukommt, verblüfft fragt man sich jedoch, was die „moderne“ SPD eigentlich erwartet hat, als sie die „Konventionalisierung der NATO-Strategie“ zur programmatischen Forderung erhob. Dies um so mehr, als die „konservativen“ Sicherheitspolitiker Schmidt und Apel noch 1983 ihre Partei daran erinnerten, daß es eine „kriegsverhindernde Funktion von Nuklearkraften“ gibt, die nicht kompensierbar ist und deren Fehlen „insbesondere konventionelle Kriege in Europa dann wieder denkbar macht“.

Angesichts der Tatsache, daß mit SDI versucht wird, die auf Menschen gerichteten sowjetischen Raketen schon im Flug zu neutralisieren und damit ausschließlich Waffen, aber keine Menschenleben zu vernichten, hätte die SPD über SDI geradezu in Jubelrufe ausbrechen müssen. Doch weit gefehlt. Derselbe Egon Bahr, der die Neutronenwaffe als eine „Perversion des menschlichen Denkens“ bezeichnet hat, verurteilt heute SDI als „schlicht verrückt“.

Der inhaltlich unbedeutendste und doch zugleich bezeichnendste Aspekt des Wandels sozialdemokratischer Rhetorik im Verlauf der SDI-Debatte ist der Umgang mit politischen Visionen Andersdenkender. Obwohl eine Partei, deren Programmatik bewußt visionär angelegt ist, hat die SPD heute keine Skrupel, die Vision des amerikanischen Präsidenten von einer Welt ohne nukleares Offensivpotential wider besseres Wissen zur konkret und kurzfristig beabsichtigten Politik umzudefinieren und sie dadurch – weil nicht unmittelbar realisierbar – unglaubwürdig zu machen. Die SPD tut also genau das, wogegen sie sich hieselbe immer massiv gewehrt hat: Daß ihr die programmatischen Visionen als kurzfristig erreichbar

„Die SPD kann die Vision des amerikanischen Präsidenten von einer Welt ohne nukleares Offensivpotential ja gar nicht für verwertlich halten.“

bare und gewollte politische Absichten unterstellt und im politischen Tageskampf entsprechend genutzt wurden. Mit der Manipulation der Vision des amerikanischen Präsidenten entwertet die SPD damit zwangsläufig ihr traditionelles politisches Grundverständnis, daß eine nur pragmatische Politik immer zu kurz greifen müsse, wenn sie nicht auf langfristige Ziele, ja Visionen ausgerichtet sei. Der Einwand, es müsse legitim sein, „falsche“ Visionen rechtzeitig zu bekämpfen, ist in diesem Zusammenhang irrelevant. Denn die SPD kann die Vision des amerikanischen Präsidenten von einer Welt ohne nukleares Offensivpotential ja gar nicht für verwertlich halten. Schließlich heißt es in ihrem 1984 verabschiedeten sicherheitspolitischen Programm nicht ohne Grund: „Strategie und Rüstung müssen auf eigene Offensivoptionen verzichten und Offensivoptionen des Gegners mit einem untragbar hohen Risiko belegen.“

Man erinnere sich: Anfangs war die SPD auch gar nicht gegen SDI. Am 24. März 1983 lobte Egon Bahr den amerikanischen Präsidenten, er habe ein Tabu gebrochen und die Perspektive zur Abschaffung der Abschreckungsstrategie eröffnet; ja sogar die Sicherheitspartnerschaft mit der Sowjetunion sah Bahr näherücken.

Was also ist in diese SPD gefahren, die nun entgegen allen bisherigen Aussagen plötzlich das System nuklearer Abschreckung für stabil erklärt, „strukturelle Nichtangriffsfähigkeit“ für gefährlich hält, „kooperative Rüstungssteuerung“ ablehnt, die Erhaltung der Option des selektiven und flexiblen Einsatzes von weitreichenden Nuklearkraften annimmt, von der „Konventionalisierung der NATO-Strategie“ nichts mehr wissen will, ein menschenbedrohendes System einer ausschließlich materialisierenden Konzeption vorzieht und visionäre Programmatik bewußt demonstriert?

Läßt man die Argumentation der SPD gegen SDI Revue passieren, dann stößt man gleich auf die im Mittelpunkt der Aussagen stehende Feststellung, SDI setze einen „neuen Rüstungswettlauf“ in Gang – einen „neuen Rüstungswettlauf nicht nur auf Erden“, sondern auch im „Himmel“ (so der Abgeordnete Gansel am 13. 12. 1985 vor dem Deutschen Bundestag). Doch diese an sich gewichtige Aussage verliert schnell an Dramatik, wenn man sie in den Kontext der bisherigen programmatischen Aussagen der SPD stellt. So hat die SPD anläßlich ihres außerordentlichen Parteitages von 1983 in Köln unzweideutig beschlossen, „das Ziel der Kriegsverhütung (erfordere) das Abgeben von einer Politik und Strategie der nuklearen Konfrontation, die den Rüstungswettlauf in immer gefährlichere Höhen treibt“. Es ist also das von der SPD einst bekämpfte, heute zumindest stillschweigend akzeptierte System gegenseitiger Abschreckung durch nukleare Vergeltung, das aus der Sicht der SPD „den Rüstungswettlauf“ antreibt. Soll nun auch SDI als strategische Alternativlösung ebenfalls einen „Rüstungswettlauf“ auslösen, dann kann dies nach der Logik aller Aussagen der SPD doch nur heißen, daß beide strategischen Systeme dasselbe Defizit haben. Und nicht nur dies. Da es sich – um in der programmatischen Terminologie der SPD zu bleiben – beim alten System um einen „Rüstungswettlauf“ bei Offensivwaffen, bei SDI aber allenfalls um einen „Rüstungswettlauf“ im defensiven Bereich handelt, müßte die SPD nach ihrem bisherigen Selbstverständnis ohne Zögern für den „defensiven Rüstungswettlauf“ als das kleinere Übel votieren.

Ist die Folge einer Realisierung von SDI aber nicht vielleicht eine Art „doppelter Rüstungswettlauf“, das heißt eine offensive und defensive Rüstungskonkurrenz mit gigantischen Kosten? Die Aussagen der

SPD zielen in diese Richtung. Doch ganz so einfach, wie hier vielfach argumentiert wird, liegen die Dinge nicht. Die Regierung der USA hat immer und unmißverständlich deutlich gemacht, daß SDI nur realisiert werden wird, wenn eine Nutzen-Kosten-Analyse eindeutige finanzielle und militärische Vorteile des strategischen Defensivkonzepts ergibt. Wenn aber Defensivwaffen unter Abwägung aller politischen, militärischen und finanziellen Faktoren erkennbar kostengünstiger wären als Offensivwaffen, dann würde sich der „Rüstungswettlauf“ automatisch immer mehr in den Defensivbereich verlagern. Die von der SPD befürchtete Addition eines offensiven und defensiven „Rüstungswettlaufs“, der auch – so wird ja suggeriert – doppelt so teuer ist wie der gegenwärtige, ist also eine Chimäre. Im übrigen dürften eventuelle Mehrkosten in einem begrenzten Umfang für die SPD in diesem Zusammenhang kein unüberwindliches Hindernis darstellen. Denn ihr müßte, wenn sie ihre Programmatik ernst nimmt, der Aufbau eines umfassenden Systems „struktureller Nichtangriffsfähigkeit“ ja doch wohl mehr wert sein als die Erhaltung des Systems „nuklearer Konfrontation“ zu gegenwärtigen Preisen.

Damit bleibt nur noch die Frage offen, ob ursächlich für das Abweichen der SPD von langjährigen programmatischen Aussagen nicht vielleicht die Tatsache ist, daß der „neue Rüstungswettlauf“ in einer neuen Dimension, „im Himmel“ stattfindet. In der Tat nimmt das Argument der „Militarisierung des Weltraums“ nicht nur einen prominenten Platz auf der verbalen Anti-SDI-Skala der SPD ein, es findet sich im beschlossenen Leitartikel des Kölner Parteitages von 1984 auch der Passus, „die Bundesregierung soll sich innerhalb des Bündnisses für das Prinzip 'keine Rüstung im Weltraum' einsetzen'. Ist

also – um die zweite Eingangsfrage wieder aufzunehmen – die Programmatik der SPD vielleicht doch nicht so eindeutig, wie das bisher dargestellt wurde?

Untersucht man die sicherheitspolitische Programmatik der SPD auf Ambivalenz insbesondere hinsichtlich möglicher Anwendung auf das Problem SDI, dann wird man schwerlich einen positiven Befund melden können. Die Programmatik der SPD hat sich zwar unter dem Einfluß der Nachrüstungsdebatte etwas verändert – insbesondere aber aktualisiert –, es gibt jedoch keine logischen Brüche dergestalt, daß man ein programmatisches Für und Wider die Konzeption von SDI begreifen könnte. Der Weltraum im allgemeinen und die Weltraumrüstung im besonderen spielen in der Programmatik der SPD vor 1984 praktisch keine Rolle. Auch die schon über viele Jahre laufenden und für jeden Interessierten erkennbaren Forschungsanstrengungen der Sowjetunion für ein strategisches Defensivsystem im allgemeinen und für weltraumgestützte Strahlenwaffen im besonderen haben die SPD offenbar wenig beeindruckt. Es bedurfte der Initiierung eines fünfjährigen Forschungsprogramms über die Realisierbarkeit eines strategischen Defensivsystems durch die USA, um die SPD nicht nur weltraumbewußt zu machen, sondern die Partei an die Spitze eines mit nahezu missionarischem Eifer betriebenen Kreuzzugs gegen dieses amerikanische Projekt zu setzen.

Es muß daher festgestellt werden, daß ein zunächst befristetes Forschungsprogramm SDI auch aus der Sicht der SPD nichts qualitativ Derart Dramatisches an sich haben konnte, daß die SPD ihre einschlägige sicherheitspolitische Programmatik stillschweigend obsolet hätte werden lassen müssen. Warum dann aber dennoch die Entscheidung gegen SDI?

Die Antwort ist vergleichsweise einfach. Eine Zustimmung der SPD zu SDI hätte zugleich ein Ausmaß an positiver Identifizierung der SPD mit dem „Erfinder“ von SDI, dem amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan, bedeutet, daß der seit Jahren kunstvoll aufgebaute und gepflegte „Anti-Reaganismus“ der SPD nicht mehr glaubhaft und wirksam hätte fortgeführt werden können. Dieser Preis aber war und ist für die SPD zu hoch. Sie braucht das „Feindbild Reagan“ einerseits als gemeinsamen Nenner der verschiedenen sicherheitspolitischen Strömungen in der SPD: Anti-Reaganismus als Instrument der inneren Befriedung und Konsolidierung der Partei. Sie braucht das „Feindbild Reagan“ andererseits, um die Linke jenseits der

„Also wird die SPD den indirekten Kampf gegen Ronald Reagan mittels des Vehikels SDI um so intensiver führen.“

SPD über ein potentiell annehmersfähiges Interessengebiet, die Sicherheitspolitik, an die SPD heranzuführen bzw. wieder einzugliedern: Anti-Reaganismus als Instrument der Re-Integration der Protestbewegung in ihre „natürliche“ Mutterpartei. Schließlich braucht die SPD das „Feindbild Reagan“, weil sie es sich nicht leisten kann und will, auf die Unterstützung der linken und linksliberalen Presse zu verzichten, die – komme, was da wolle – ihr irreführendes und widersprüchliches Diktandum als Instrument der Sicherung genereller publizistischer Unterstützung.

Die Entscheidung der SPD gegen SDI ist daher keine eigentlich sicherheitspolitische, sondern eine ausschließlich parteitaktische. Die Füh-

rung der SPD stand im März 1983 vor der Alternative, entweder mit einem Ja zum Konzept des amerikanischen Präsidenten die sicherheitspolitische Agonie fortzuführen zu lassen – und damit die SPD auf unabsehbare Zeit regierungsunfähig zu halten –, oder das sicherheitspolitische Programm der Partei weitgehend zu negieren.

Vor dem Hintergrund dieser Motivstruktur der SPD ist es unschwer vorherzusehen, daß eine veränderte Haltung der SPD zu SDI nicht zu erwarten ist. Im Gegenteil: Der direkte Angriff auf den amerikanischen Präsidenten ist inopportun geworden, seitdem Reagan durch seine staatsmännische Leistung in Genf den Kritikern viel Wind aus den Segeln nahm, und seitdem der eigene Kanzlerkandidat sich um Hofffähigkeit in Washington bemüht; also wird die SPD den indirekten Kampf gegen Ronald Reagan mittels des Vehikels SDI um so intensiver führen. Angesichts der Tatsache, daß sie um des Kampfes gegen SDI willen nahezu alle zentralen Aussagen ihres sicherheitspolitischen Programms verleugern muß, heißt dies nichts anderes, als daß die SPD verstärkt eine Politik betreiben wird, die ihr zwar manche bisher ausgegrenzten Wähler zurückbringen kann, die aber eine Vielzahl konservativer Sozialdemokraten vor Identifikationsproblemen stellen muß. Daß die SPD hierbei Leute wie den ehemaligen amerikanischen Verteidigungsminister McNamara zu Kronzeugen ihrer Politik anruft, vergrößert das Ausmaß der Ungereimtheiten und Widersprüche vollends. Denn es war ja doch wohl McNamara, der zwischen 1961 und 1968 den Aufwuchs der strategisch-nuklearen Gefechtsköpfe der USA von 16 000 auf ca. 32 000 beaufsichtigte und die Vermehrung der taktisch-nuklearen Waffen in Europa von 2500 auf 7000 veranlaßte.

Bundesschatzbriefe sind Stufen zum Erfolg.

Sie können zwischen den Bundesschatzbrief-Typen A und B wählen. Typ A läuft 6 Jahre, die Zinsen werden jährlich ausbezahlt. Typ B läuft 7 Jahre, Zins und Zinseszinsen werden angesammelt. So wachsen DM 1.000,- in 7 Jahren auf DM 1.560,-.

Typ A hat 6,20% Rendite, Typ B 6,56%. Beide lassen sich nach dem 31. 12. 1986 jederzeit zu Bargeld machen. Zum vollen Wert plus Zinsen, bis zu DM 10.000,- mit Bundesschatzbriefe sind bei allen Banken und Sparkassen gebührenfrei erhältlich.

Kundinnen: Stand 24. 2. 1986, Ausgabe 1986/1 und 2.

4.00% 5.50% 6.00% 7.00% 7.50% 8.00%

Näheres über die Bundesschatzbriefe erhalten Sie vom Informationsdienst für Bundeswertpapiere, Postfach 23 28, 6000 Frankfurt 1, die aktuellen Konditionen unter der Telefon-Nr. 0 69 / 9 7 0 1 4 1.



Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 864, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Griff in die Regale

„Finger frei“: WELT vom 13. Februar

Sehr geehrter Herr von Loewen-

stern,

Sie haben recht: Der Ladendiebstahl darf nicht verharmlost werden. Aber auch seine Behandlung durch die Staatsanwaltschaft darf nicht verzerrt dargestellt und dadurch ebenfalls verharmlost werden. Es kann keine Rede davon sein, daß das Eigentum der Kaufleute „vogelfrei“ und „der Griff in die Regale“ mit keinem Risiko mehr verbunden ist. Richtig ist vielmehr, daß gegen jeden Ladendieb, der zur Anzeige gebracht wird, auch ein staatsanwaltschaftliches Ermittlungsverfahren eingeleitet wird. Das weiß jeder gefasste Ladendieb, und daraus allein ergibt sich für ihn schon ein wirksamer „Denkzettel“, der in aller Regel eine Wiederholung verhindert. Das muß aber auch die Öffentlichkeit wissen, damit das Risiko des „Griffs in die Regale“ allgemein richtig eingeschätzt wird und damit auch der generalpräventive Zweck des Strafrechts nicht durch Darstellungen, wie sie etwa in Ihrem Artikel enthalten sind, unterlaufen wird.

Eine andere Frage ist, ob und welche weitergehende strafrechtliche Sanktion auf den einzelnen Ladendiebstahl zu erfolgen hat. Diese Sanktion muß sich unter Prüfung der Umstände des Einzelfalles an den gesetzlich typisierten Schuldmerkmalen orientieren, wozu in erster Linie auch die Höhe des verursachten Schadens gehört. Jedenfalls wäre es unzulässig – was Ihr Artikel aber nahelegt – jeden einzelnen Täter sozusagen gesamtschuldnerisch für den durch das Phänomen Ladendiebstahl verursachten volkswirtschaftlichen Gesamtschaden haften zu lassen.

Früher wurden bei dem Ladendiebstahl die Fälle geringen Schadens in der Regel nur als Minderdelikt einer Übertretung mit geminderter Straferwartung, erfaßt. Seit der Abschaffung des Minderdeliktsbestandes im Jahre 1974 handelt es sich jetzt auch im Bagatelbereich um ein Vergehen des Diebstahls. Deshalb hat der Gesetzgeber – gerade um nach Wegfall des Minderdeliktsbestandes unverhältnismäßige Reaktionen zu vermeiden – den Bagatelbereich durch Änderung des Paragraphen 248 a StGB und – als notwendige verfahrensrechtliche Ergänzung dazu – durch Reform der Paragraphen 153, 153 a StPO neu geregelt.

Danach entspricht es – früher wie

heute – nicht dem Auftrag des Gesetzgebers an Staatsanwaltschaften und Gerichte, beispielsweise wegen des Diebstahls eines Stücks Käse im Werte von 1,20 DM, in jedem Falle eine Verurteilung wegen eines Vergehens des Diebstahls herbeizuführen. Die Strafverfolgungsorgane sind vielmehr zu einer differenzierten Reaktion aufgerufen, die von der Einstellung wegen Geringfügigkeit (Paragraph 153 StPO) über die Einstellung gegen eine Geld- oder sonstige Auflage (Paragraph 153 a StPO) bis hin zur Verurteilung reicht. Daß dabei gegen erkannte Wiederholungstäter, die sich die erstmalige Einleitung eines Ermittlungsverfahrens nicht haben zur Warnung dienen lassen, wie auch gegen Täter, die Sachen von erheblichem Wert gestohlen haben, nachdrücklich und strafend eingeschritten wird, ist selbstverständlich.

Bei der dargestellten Regelung hat sich der Gesetzgeber nicht nur vom Prinzip der Verhältnismäßigkeit und der Theorie der „flexible response“ leiten lassen. Ausweislich der Gesetzesmaterialien war auch der Gesichtspunkt der Arbeitsbelastung der Justiz und der Umstand, daß auch deren Ressourcen nur begrenzt sind, maßgebend. Nichts anderes besagt meine Äußerung, daß wir „unsere Leute dringend für zeitraubende Wirtschaftsverfahren brauchen“. Es wird sicher auch von Ihnen bejaht werden können, daß die Bekämpfung von Wirtschaftsverfahren – u. a. wegen der damit in der Regel verbundenen erheblichen Schäden – ein wichtiges Anliegen der Allgemeinheit ist. Bei Wirtschaftsverfahren liegen die Schäden schon in vielen Einzelfällen weit über der von Ihnen angegebenen Zahl von 37 Mill. DM Gesamtschaden durch Ladendiebstahl in einem Jahr.

Deshalb muß die Strafrechtspflege von den Möglichkeiten beschleunigter und vereinfachter Verfahrenserledigung nach Paragraph 154, 153 a StPO vermehrt Gebrauch machen. Wenn darauf in anderen Bundesländern mehr und in anderen weniger hingewirkt wird, so liegt dies nicht zuletzt daran, daß es auch hier eine Art „Nord-Süd-Gefälle“ gibt: So sind beispielsweise 1983 im Lande Bayern 7,4 Prozent aller Ermittlungsverfahren gemäß Paragraph 153 a StPO eingestellt worden, im Lande Nordrhein-Westfalen jedoch nur 4,5 Prozent. Mir ist nicht bekannt, daß deshalb die

Quote der Ladendiebstähle in Bayern

höher als in Nordrhein-Westfalen ist. Ich glaube nicht, daß Sie mit Ihrem Artikel dem Einzelhandel im Ergebnis einen guten Dienst erwiesen haben, und stelle Ihnen anheim, mein Schreiben als Leserbrief zu veröffentlichen.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Geißel,
Generalstaatsanwalt,
Hamm 1

Nichts Neues?

„Schriftweise verliert der Krebs sein ökonomisches Gesicht“: WELT vom 12. Februar

Sehr geehrte Damen und Herren, ohne die journalistische Arbeit zu schmälern muß ich feststellen, daß die vorgelegten Darstellungen mich in keiner Weise als „Neuerung“ überzeugen konnten.

Die Vorgehensweise mit Stahl oder Stahl, selbst mit gezielter Strahleneinwirkung, stellt doch keine revolutionäre Neuerung dar. Neu wäre es, wenn über Interleukin-2 berichtet worden wäre. Mit diesem Präparat wurde vor einiger Zeit Präsident Reagan behandelt. In Deutschland wird mit diesem Präparat noch in Labors experimentiert.

Ein weiterer Schwachpunkt in Ihrer Darstellung ist doch wohl die bekanntermaßen erforderliche Psychohygiene des Krebspatienten nach operativen Eingriffen. Wie erforderlich die entsprechende Nachbehandlung ist, wurde während des Kongresses der Gesellschaft für Krebsnachsorge Ende 1985 in Bad Nauheim dargestellt. Beim Internationalen Kongress für biologische Krebsabwehr 1985 in Mainz haben zu diesem Thema Krebspatienten gesprochen. Aussagen wurden dort gemacht, die den anwesenden Fachleuten sicherlich das Blut in den Adern gefrieren ließen.

Mit freundlichen Grüßen
Rolf Beutel,
Heilpraktiker, Limburg

Wort des Tages

„Jede Generation lächelt über die Väter, lacht über die Großväter und bewundert die Urgroßväter.“

William Somerset Maugham,
englischer Autor (1874–1966)

Schlamm Schlacht

„Geldern Blackout“: WELT vom 21. Februar

Sehr geehrte Damen und Herren, es ist schon recht interessant, wie in einer parlamentarischen Demokratie ein Verfassungsorgan wie der Bundeskanzler zum medialen Spielball degradiert wird. Da werden unnötige Mutmaßungen und Spekulationen laut, die der politische Gegner zum Bestandteil seiner verbalen Schlamm Schlacht macht.

Warum müssen Vorverurteilungen, die völlig aus der Luft gegriffen sind, Kampagnen einleiten, die nur den einen Zweck erfüllen sollen, die Öffentlichkeit davon zu überzeugen, daß grüne Politik noch politischfähig ist?

Ferner ist zu fragen, ob der Generalsekretär der CDU es für sinnvoll erachtet, mit Begriffen zu operieren, die auch nach langen Dementis nicht zu entschuldigen sind? Auch ein Bundeskanzler hat in einer Demokratie das moralische Recht, der eigenen Partei Grenzen zu setzen, die eingehalten werden sollten, um eine gute Politik, die immerhin einen Aufschwung gebracht hat, nicht in Mißkredit zu bringen.

Mit freundlichen Grüßen
Albert Alten jr.,
Bardowick

Verschleierung

„Beamtinnen erhalten 3,5 Prozent mehr“: WELT 13. Februar

Sehr geehrte Damen und Herren, mit einer kleinen Meldung wird die Öffentlichkeit darüber informiert, daß die Besoldung im öffentlichen Bereich um 3,5 Prozent erhöht wird. Gleichzeitig mahnt der Beamtenebund „Einkommensrückstände“ um 15 Prozent an, die noch zu bereinigen seien und spricht von „ungerechtfertigten Sparmaßnahmen“ der vergangenen Jahre (WELT vom 13. 2. 86).

Warum erfährt die Öffentlichkeit nicht endlich etwas über die seit mehr als einem Jahr im Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung vorliegende Studie über die tatsächlichen Unterschiede zwischen Arbeitnehmerlohn und Beamteneinkommen? Es drängt sich die Vermutung auf, und sie wird durch die Zurückhaltung dieser Ergebnisse von Infratest durch das Ministerium bestätigt, hier liegt etwas im argen; hier liegen offensichtlich Zahlen vor, die der „gewünschten“ öffentlichen Darstellung abträglich sind.

Nicht anders ist es doch bei der Altersversorgung. Für die Sozialrentner wird eine Bundestagssitzung erforderlich, um über die „Renten-anpassung“ zu beschließen; bei den Pensionen erledigt das die „Automa-

tik“ im Nachgang zur Besoldungserhöhung.

In den unteren Einkommensgruppen hinkt der Sozialrentner den Pensionären im Nettoeinkommen um 15 Prozent hinterher, im gehobenen und höheren Dienst sogar um 25 Prozent.

In der Durchschnittsrechnung liegt laut Infratest-Studie das Nettoeinkommen der Sozialrentner um rund 780 DM unter dem der Pensionäre. Es gibt danach auch keinen Pensionärs-Haushalt, der unter der 1000-DM-Grenze liegt, wo immerhin knapp 20 Prozent der Rentnerhaushalte liegen.

Mit freundlichen Grüßen
Bruno Schulte-Wewers,
Hamburg 90

Weimar?

Sehr geehrte Herren,

das Interview zwischen Professor Theodor Eschenburg und Armin Reck behandelt mit wissenschaftlicher Sachlichkeit klar und verständlich ein heißes Eisen. Hoffentlich trägt es im Interesse des sozialen Friedens dazu bei, für beide Seiten einen tragbaren Ausgleich zu schaffen.

Mit Sorge ist das Anwachsen der Werbeaktivitäten einiger politischer Splittergruppen für die kommenden Wahlen zu beobachten (Zentrum, „Patrioten“ in Niedersachsen usw.). Wenn diese Parteien auch kaum die 5 Prozent-Hürde erreichen, so kann es für die etablierten Parteien unter Umständen den Stimmverlust bedeuten, der zur absoluten Mehrheit erforderlich ist.

Müßten sich nicht alle großen Parteien gegen diese Entwicklung stärker engagieren? Die Weimarer Republik ist sicherlich nicht zuletzt wegen der Vielzahl der sich bekämpfenden politischen Parteien gescheitert.

Mit freundlichen Grüßen
Wolfgang Brunk,
Delligen

Freibrief

Sehr geehrte Damen und Herren,

es ist bezeichnend, wie man mit dem geflohenen Diktator Haitis, Duvalier, umgeht. Hätte man nicht den Mann, der in seinem Land gemordet und gefoltert und noch große Reichtümer in seinen Besitz brachte, vor ein internationales Gericht stellen müssen? Jetzt kann er, weil er reich ist, in der Welt herumfliegen, bis er eine Unterkunft gefunden hat. Gegen oder mit Geld ist ja bekanntlich alles möglich.

Mit freundlichen Grüßen
Johann Müller,
Elmlohe

Personalien

GEBURTSTAGE

75 Jahre alt wird heute der Schriftsteller und Publizist Kurt Ziesel, Mitbegründer der Deutschland-Stiftung und Herausgeber des „Deutschland-Magazins“. Die Deutschland-Stiftung verleiht seit 1967 den Konrad-Adenauer-Preis für Wissenschaft, Literatur und Publizistik. Ziesel, Innsbrucker, gründete nach dem Kriege zunächst in München den „Europäischen Kulturdienst“. Erfolg hatte er auch als Romandichter. Bekannt wurden unter anderen seine Bücher „Der endlose Tag“, „Daniel in der Löwengrube“, „Das verlorene Gewissen“. In dieser letzten Publikation wandte er sich gegen die Einseitigkeit im Pressegeschäft und Literaturbetrieb, gegen politische Denunziation und Totschweigtaktik zahlreicher Publizisten. Es wurden Untersuchungen, die ihm bald den Haß der Linken eintrugen. Franz Josef Strauß sagte einmal zu Ziesel und seinen Arbeiten: „Man darf nicht sagen, was ankommt, sondern muß aussprechen, worauf es ankommt.“

Der Verleger und Druckereibesitzer Dr. Günther Neufang feiert heute in Gelsenkirchen 60. Geburtstag. Der Volkswirt, der in Sachsen geboren ist, gibt eine Vielzahl von Fachzeitschriften und mehrere Schriftreihen heraus. Er ist Inhaber des Verlages Dr. Neufang KG für den Bereich Luftfahrt, des Verlages Th. Mann für den Bereich Land- und Milchwirtschaft und des Damm Verlages für den Bereich Post- und Fernmeldewesen. Neufang hat ein großes Hobby: Er ist aktiver Flieger.

EHRUNGEN

Der Schweizer Journalist und Schriftsteller Fritz René Allemann erhielt das Bundesverdienstkreuz Erster Klasse. Der 75jährige Publizist nahm den Orden in Würzburg aus der Hand des bayerischen Staatssekretärs Heins Rosenbauer entgegen. In der Laudatio hieß es, Allemann habe „über Jahrzehnte hinweg in der Schweiz und weltweit zur Objektivierung des Deutschlandbildes beigetragen“.

Der Münchner Landschaftsökologe Professor Dr. Wolfgang Haber bat von Bundespräsident Richard von Weizsäcker das Bundesverdienstkreuz Erster Klasse erhalten. Professor Haber ist Ordinarius für

Landschaftsökologie an der Technischen Universität München in Weihenstephan. Haber vertritt in zahlreichen Gremien die Interessen des Natur- und Umweltschutzes. Er ist Sprecher des Naturschutzbundes beim bayerischen Umweltministerium und Vorsitzender des Rates der Sachverständigen für Umweltfragen, die die Bundesregierung berät. Den Orden überreicht hat in München der bayerische Staatsminister für Landesentwicklung und Umweltfragen Alfred Dieck.

Die Stadt Münster wird einen ihrer bekanntesten Bürger ehren, den mehrfachen Olympiasieger, Welt- und Europameister im Dressurreiten, Dr. Reiner Klimke. Am 11. März soll der international bekannte Sportler im historischen Rathaus von Münster die Ehrenbürgerrechte erhalten. Oberbürgermeister Dr. Jörg Twerinowill den Ehrenbürgerbrief persönlich aushändigen. Dr. Willi Daume, Präsident des Nationalen Olympischen Komitees, wird die Festansprache halten.

Nikolaus Schimmel, Vorsitzender des Verbandes Deutscher Musikschulen, ist mit dem Bundesverdienstkreuz am Bande ausgezeichnet worden. Schimmel hat in den zurückliegenden 20 Jahren das Musikleben in Deutschland in ganz besonderer Maße mitgeprägt. Niedersächsischer Wissenschaftsminister Johann-Tenjes Cassens hat Nikolaus Schimmel in der Musikschule Hannover den Orden überreicht.

Hans Wilke, Geschäftsführer der Messe- und Ausstellungs-Gesellschaft in Köln, wurde mit dem Bundesverdienstkreuz am Bande ausgezeichnet. Den Orden, den Bundespräsident Richard von Weizsäcker verlieh, überreichte der Oberbürgermeister der Stadt Köln, Norbert Burger.

Das im vergangenen Jahr vom Sender Freies Berlin ausgestrahlte Fernsehspiel „Sie rüsten zur Reise ins Dritte Reich“ von Hans Preischer ist von der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft mit dem DAG-Fernsehpreis 1986 in Gold ausgezeichnet worden. Der Preis ist mit 10 000 Mark dotiert. Den Preis in Silber, der mit 5000 Mark dotiert ist, erhalten Maria Matray, Thomas Hartwig und Nataniel Guttman für das Drehbuch „Im Schatten von gestern“. Die Preisverleihung findet am 28. April in Köln statt.



Die Tage sind kurz, die Bremswege lang.

Das elektronische Anti-Blockier-System (ABS) von Bosch macht das Bremsen sicherer. Das Fahrzeug bleibt auch bei einer Vollbremsung auf nasser und glatter Fahrbahn lenkbar und richtungsstabil.

Schneematsch, Frost, Glätte. Auf nasser, verschneiter oder vereister Fahrbahn blockieren die Räder oft schon bei leichtem Bremsen. Auch wenn der Fahrer nicht voll bremst, kann das Auto ins Schleudern kom-

men oder in einer Kurve von der Fahrbahn geraten.

Bosch ABS verhindert das Blockieren der Räder. Kurz davor läßt die Elektronik die Bremse bis zu zehnmal pro Sekunde für jedes Rad einzeln „stottern“.

Das Fahrzeug bleibt lenkbar und richtungsstabil. Zugleich wird es optimal abgebremst. Die gleichen Vorteile bietet das Bosch ABS auch auf trockener Fahrbahn. Dabei wird zusätzlich der

bei blockierenden Rädern auftretende gefürchtete Reifenprofil-Abrieb vermieden.

Somit macht das elektronische Bosch ABS das Bremsen zu jeder Jahreszeit sicherer.



BOSCH

Traum-Renditen machen schlaflose Nächte.

Echte Wunder gibt es in der Wirtschaft nicht. Es ist nach wie vor nichts umsonst. Wo sich überdurchschnittliche Gewinnchancen auftun, ist auch überdurchschnittlicher Einsatz angesagt. Der meist zur Hälfte in bar entrichtet wird, zur anderen Hälfte in den Nerven, die Risiko nun mal kostet. Wer so anlegt, muß also von beidem mehr als genug haben.

Wir sind allerdings der Ansicht, daß man mit Geld und Nerven Besseres anfangen kann, als sie aufs Spiel zu setzen. Deshalb setzen wir lieber unsere Kreativität ein, um in vernünftigen Anlagekompromissen das Risiko auf ein Minimum und den Gewinn auf ein Maximum zu bringen.

Und wenn Sie dabei ein paar Prozente vermissen, dann rechnen Sie uns doch bitte die 100% an, die Sie sich auf uns verlassen können.

Wir lassen uns etwas für Sie einfallen.



Die HYPO. Eine Bank - ein Wort.



Raimund Zikeli
HYPO-BANK

150

3
5

e

ndi-
die
den
chts-
lte-
ner
au-
den
Vor-
stel-
Chr-
die
fer-
ini-
vofür

auß.
ich
Orga-
irt-
in Ju-
hen
israe-
Tä-
ent-
ilung
inge-
s der

Israel

t

USA

bruch

mal

eines

ichts

echt-

ilte

Jah-

ugen

Ge-

t, der

lort

mern

anla-

42 in

raten

eten.

ie" in

seher

die

wo er

weiter

hne

die

Stie-

gkeit

ält

wie-

ht in

bei

an-

zuali-

iegen

USA

aus-

den

raum-

repu-

en-

bruar

elte

roati-

oß:

tuco-

and

nen

du-

Je

ing

Die

em

ien-

ind

ach

eln

der

ner

om-

us-

Be-

übe

so

oft

riet

ost

auf

ich

ge-

der

kei-

An-

kei-

mo-

ach

iso-

vie-

ste,

up-

„DDR“-Presse übergeht Aussagen Sindermanns

AP, Berlin Die „DDR“-Presse hat gestern über den Abschluß des Besuchs von Volkskammerpräsident Horst Sindermann in der Bundesrepublik Deutschland ausführlich berichtet, politische Aussagen des Politbüromitglieds jedoch weitgehend unerwähnt gelassen.

Sindermanns Ankündigung vor Journalisten im Saarland, daß Hoerner noch in diesem Jahr die Bundesrepublik besuchen wird, wurde vom SED-Zentralorgan „Neues Deutschland“ und der (Ost-)„Berliner

ANZEIGE WBB International Limited zum Thema Geldanlage:

ÖL Kommt die neue OPEC? Wo Sie mehr darüber erfahren können, lesen Sie unten rechts

Zeitung“ nur verkürzt wiedergegeben. Dort wurde Sindermann in indirekter Rede mit den Worten zitiert, „er sei davon überzeugt, daß es zu einem solchen Besuch kommen werde“.

Die Aussage Sindermanns, daß es weitere Reiseerleichterungen geben werde, blieb unerwähnt. Nicht gedruckt wurden auch die Bemerkung des führenden SED-Mitglieds, er sehe keine Probleme darin, auch die West-Berliner Bundestagsabgeordneten in die von Ost-Berlin und der SPD angestrebten Beziehungen zwischen dem Bundestag und der Volkskammer einzubeziehen. Breiten Raum nahm die Berichterstattung über den Sindermann-Besuch im Geburtshaus von Karl Marx in Trier ein.

Gesamtmittel wendet sich gegen Bendas These

„Arbeitgeber setzen bei Aussperrung nicht auf Drittwirkung“

dpa/DW, Köln Der Arbeitgeberverband Gesamtmetall hat gestern indirekt den Vorwurf des ehemaligen Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts, Ernst Benda, zurückgewiesen, mit dem Regierungsentwurf zum sogenannten Streikparagrafen 118 Arbeitsförderungssetz bekämen die Arbeitgeber ein Arbeitskampfmittel in die Hand, mit dem sie mittelbare Aussperrungsfolgen herbeiführen könnten. Ohne auf Bendas Stellungnahme für die bevorstehende Anhörung des Bundestagsausschusses für Arbeit und Soziales einzugehen, erklärte Gesamtmetall-Geschäftsführer Dieter Kirchner in einem Interview mit dem „Handelsblatt“, eine auf Drittwirkung gerichtete Arbeitgeberstrategie wäre in einer Arbeitskampsituation absurd.

Die These, die Arbeitgeberverbände könnten durch eine auf maximale Fernwirkung bedachte Auswahl der zur Abwehraussperrung auferlegten Betriebe das Risiko der IG Metall unerwünscht erhöhen, übersieht nach Darstellung Kirchners den entscheidenden Gesichtspunkt: „Der durch eine solche Taktik verursachte Produktionsausfall trifft Unternehmen, die aus den Unterstützungskassen der Arbeitgeberverbände – anders als die direkt vom Arbeitskampf betroffenen Unternehmen – keine Hilfe erwarten können“, erklärte Kirchner. Jede Drittwirkung löse bei den Unternehmen „starken innenverbandlichen Druck zur Kompromißfindung aus“. Eine Kampfstrategie, die auf Drittwirkung setze, wäre nach Meinung Kirchners auf der Arbeitgeberseite daher „völlig absurd“.

Der Gesamtmetall-Geschäftsführer vertritt die Auffassung, daß die intensive Produktionsverflechtung insbesondere in der Autoindustrie der IG

Bonn hofft nach Reagans Antwort auf Beseitigung aller Mittelstreckenwaffen

Die Unionsfraktion hat ihre Bedenken ausgedrückt / Bahr kritisiert die CDU/CSU

RÜDIGER MONIAC, Bonn Die umfassende Antwort, die US-Präsident Reagan dem sowjetischen Parteichef Gorbatschow auf dessen Abrüstungsvorschläge im Januar gegeben hat, ist von der Bundesregierung als „bedeutsamer Schritt in die Richtung auf die baldige Beseitigung aller sowjetischen und amerikanischen landgestützten Mittelstreckenflugkörper großer Reichweite“ begrüßt worden. Mit diesen Worten reagierte Regierungssprecher Ost auf den Brief Reagans, der vergangenen Sonntag dem Krenl-Chief übermittelt worden war. Ost fügte hinzu, über dessen Inhalt sei die Bundesregierung schon vorab unterrichtet worden.

Die von Ost vorgetragene Erklärung der Bundesregierung geht auch auf das in der vergangenen Woche in Bonn hart umstrittene Problem einer allein auf Europa bezogenen Beseitigung der Mittelstreckenwaffen ein. Darin heißt es: Reagans Vorschläge zielen darauf ab, das zentrale Verhandlungsziel der weitverbreiteten Beseitigung der Mittelstreckenwaffen zu erreichen.

Stufenprogramm bis 1989

Der Präsident habe dafür ein konkretes Stufenprogramm bis Ende 1989 vorgelegt. Im übrigen, so Ost weiter, orientiere sich die Antwort der USA an die Sowjetunion an den folgenden für die Sicherheit des Westens wichtigen Kriterien: Die Notwendigkeit gleicher Rechte und globaler Begrenzung, keine Einbeziehung von Waffensystemen dritter Staaten in eine Vereinbarung (womit die französischen und britischen Nuklearwaffen gemeint sind) sowie auch Reduzierungen bei den Mittelstreckenwaffen kürzerer Reichweite und schließlich die Forderung nach Verifizierbarkeit eines Abkommens.

Die Kumpel wandern in den Süden ab

AP, Düsseldorf

Noch immer zieht es Arbeitnehmer von Rhein und Ruhr nach Süden. 1985 verlor das bevölkerungsreichste Bundesland Nordrhein-Westfalen rund 14.000 Einwohner an die neuen Industriestandorte in Baden-Württemberg und Bayern. Nur gegenüber dem Saarland konnte das traditionelle Industrieland zwischen Rhein und Weser einen Wanderungsgewinn verzeichnen. Das geht aus dem Jahresbericht des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik in Nordrhein-Westfalen hervor.

Trotz steigender Ausländerzahlen sank die Bevölkerungszahl im Berichtsjahr um 17.000 auf rund 17,7 Millionen. Auslöser für diese Entwicklung war den Angaben zufolge neben der Abwanderung in andere Bundesländer vor allem die Geburtenentwicklung. Während 1985 an Rhein und Ruhr 189.000 Sterbefälle registriert wurden, erblickten im gleichen Zeitraum nur 160.000 Kinder das Licht der Welt.

Spendenaffäre bei Saar-Grünen

dpa, Saarbrücken

Eine parteinterne Spendenaffäre ist bei den Grünen im Saarland aufgedeckt worden. Gegen den ehemaligen Landesvorsitzenden der Partei, Henning Burger, ist deswegen ein Parteiausschlußverfahren eingeleitet worden. Dies teilte der Landesvorsitzende der Grünen-Saar, Jürgen Berthold, mit. Rechnungsprüfer hatten festgestellt, daß Burger und vier andere Personen Ende 1984 insgesamt 11.200 Mark in größeren Teilbeträgen als Spenden eingezahlt hatten. Wenige Tage später waren sie an denselben Personenkreis als Aufwandsentschädigungen für den Wahlkampf wieder ausgezahlt worden.

Raphael Keppel lebt in Paraguay

W. K. Wiesbaden

Der unter mysteriösen Umständen verschwundene Mitarbeiter der hessischen Grünen-Landtagsfraktion, Raphael Keppel, hält sich nach WELT-Informationen in Paraguay auf. In einem Schreiben aus Südamerika hat Keppel geäußert, seitdem er die Grünen verlassen habe, fühle er sich von allen Zwängen befreit. Aus Protest gegen die rot-grüne Koalition war Keppel aus der Öko-Partei ausgestiegen. Keppel hatte 1979 eine Flugzeugentführung inszeniert. Nach Verbüßung einer Haftstrafe war er von den Grünen als Mitarbeiter eingestellt worden.

Rodungen für Salzhalde begonnen

AP, Gießen

Die Rodungsarbeiten für die große Salzhalde im niederrheinischen Gießen haben gestern ohne Zwischenfälle begonnen. Diese Salzhalde entsteht in der Nähe des geplanten Endlagers für Atommüll. Durch die Bohrungen soll das Gelände auf seine Eignung dafür untersucht werden.

ANZEIGE Wählen Sie: 0211/ 31 40 86

WBB, Ihr Berater in Sachen dynamischer Geldanlage mit computer-gesteuerten Termingeschäften. Oder schicken Sie den Coupon ein. Aktuelle Informationen folgen.

Name Vorname _____
Straße/Nr. _____
PLZ Ort _____
Telefon _____ W 9
WBB Marketing Agency GmbH
Brunnenstr. 31 - 4000 Düsseldorf

Die Halde soll auf einer Fläche von 17 Hektar entstehen, rund 35 Meter hoch werden und 1,7 Millionen Kubikmeter Salz aufnehmen.

Rau schreibt Kohl wegen Schnellbahn

rt, Düsseldorf

Der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Johannes Rau hat sich in einem Schreiben an Bundeskanzler Helmut Kohl für die baldige Verwirklichung der geplanten Schienenstrecke Paris-Brüssel-Köln ausgesprochen. Die geplante Schnellbahn könnte die wirtschaftliche Entwicklung Europas insgesamt positiv beeinflussen, schrieb Rau. Dies werde um so mehr der Fall sein, je eher der Rhein-Ruhr-Raum als bedeutender Wirtschafts- und Ballungsraum mit der geplanten Schnellstrecke Köln-Paris an die Verbindung Paris-London angeschlossen werde. Rau forderte, daß der Bau der Schnellstrecke Vorrang haben müsse.



Die schönste Form von Eigentum ist das eigene Heim.

Wohneigentum zählt sicher zu den schönsten Formen der Geldanlage, weil man diese Art der Investition im wahrsten Sinne des Wortes erlebt. Da sieht man, was man hat und später einmal haben wird: als sinnvolle Ergänzung der Altersversorgung zum Beispiel. Wichtig ist beim Finanzieren der erfahrene Partner. Und richtig der Grundsatz, erst mal mit der Sparkasse zu sprechen. Sie können auf den Service Ihrer Spar-

kasse bauen. Auf die Empfehlung Ihres Geldberaters, der alle Varianten kennt und bei Bedarf kombiniert finanziert: Sparkasse und LBS. Beides zusammen führt zu einer zeit- und nicht selten auch kostensparenden Finanzierung aus einer Hand. Damit Ihre Rechnung wirklich aufgeht:

Sprechen Sie mit unserem Geldberater über die Baufinanzierung.

Wenn's um Geld geht - Sparkasse

Wählt Bayern früher?

Diskussion in der CSU / Der Konflikt um Minister Lang

PETER SCHMALZ, München Der CSU-Landesvorsitzende diskutierte gestern über die Frage, ob angesichts der Weigerung der SPD-Opposition, an Parlamentswahlen mit Justizminister Lang weiterhin teilzunehmen, die Landtagswahlen vorgezogen werden sollten. Als bisheriger Wahltermin wurde der 12. Oktober festgelegt. Die Aussprache verlief kontrovers, ein Beschluß wurde noch nicht gefaßt.

Als Befürworter einer Vorverlegung trat CSU-Generalsekretär Gerold Tandler auf, der befürchtet, wegen der SPD-Weigerung sei bis zur Sommerpause eine reguläre Parlamentswahl nicht mehr möglich. Hier stehe man vor einer einmaligen Situation in der deutschen Parlamentsgeschichte, die neu überdacht werden müsse.

Parteichef Franz Josef Strauß verteidigte eine gegenseitige Auffassung und begründete seine Haltung mit dem Hinweis, vorgezogene Wahlen würden bedeuten, daß die Auflösung des Parlaments durch die Opposition erzwungen werden könne. „Man regt sich auf über einen Satz, verlangt dann den Widerruf, und wenn der nicht erfolgt, stellt man die Mitarbeit ein.“ In Erinnerung an seine 28jährige Tätigkeit im Bundestag fügte Strauß hinzu: „Wenn ich jemals die Mitarbeit eingestellt hätte, wenn ich beleidigt wurde, dann wäre ich kaum nach Bonn gekommen.“

Der Fall Wackersdorf

Anlaß der Kontroverse zwischen CSU und SPD war der Vorwurf des bayerischen Justizministers August Lang an die Sozialdemokraten, sie verbanden sich bei ihrem Widerstand gegen die atomare Wiederaufarbeitungsanlage bei Wackersdorf mit Chaos und Kriminalität. Strauß will sich zumindest vorerst mit diesem Konflikt nicht befassen. Mit der Erklärung, „das ist nicht Sache des Vorstands“, begründete er, weshalb sich die Parteispitze nicht

mit der Frage befaßte, ob der Minister die von der SPD geforderte Entschuldigung abgeben soll. Er werde diese Frage auch nicht im Kabinett behandeln. „Das muß Lang selber entscheiden.“ Zumindest indirekt solidarisierte sich der Ministerpräsident jedoch mit seinem Justizminister, indem er meinte: „Tatsache ist, daß sich die SPD mit ihren Wackersdorfer Kumpeln in ganz schlechter Gesellschaft befindet.“

Kritik an Staatsanwälten

Auf der „sehr farbigen“ Sitzung habe man sich auch über das „Gesellschaftsthema vom Blackout bis zum totalen Quatsch“ unterhalten. Er sei leider nicht der Psychoanalytiker und nicht der Psychotherapeut des Herrn Geißler, meint Strauß, deshalb sei ihm die Deutung nicht möglich, ob es ein Lapsus linguae oder ein mißglücktes Entlastungsmanöver für seinen Parteivorsitzenden war. Wörtlich fuhr der CSU-Vorsitzende fort: „Daß er seinem Parteivorsitzenden damit keinen Gefallen erwiesen hat, das wissen wir, denn einem Taxifahrer nimmt man einen Blackout nicht übel, aber wenn das ein Generalsekretär über seinen Parteivorsitzenden auch in bester Meinung sagt, dann wird das automatisch vom politischen Gegner aufgenommen und dann bei allen Anlässen als Argument benutzt.“ Die CSU habe dies erlebt, als Friedrich Zimmermann vor über 25 Jahren in einem Justizverfahren eine momentane Gedächtnisschwäche zugestanden worden sei.

Kritisch äußerte sich Strauß zu der bei einigen Staatsanwältschaften um sich greifende Praxis, aufgrund einer Anzeige in jedem Falle ein Ermittlungsverfahren einzuleiten, gleich, ob die Anzeige plausibel begründet sei oder nicht, und erwähnte als positives Beispiel, die Staatsanwaltschaft Bonn habe nach einer gegen ihn von Schily erstatteten Strafanzeige das Ermittlungsverfahren erst gar nicht eingeleitet.

Künftig weniger Zivildienstler

idea, Bonn

Die Zahl der Zivildienstleistenden wird aufgrund der Bevölkerungsentwicklung in den 90er Jahren stark zurückgehen. Damit rechnet der Bundesbeauftragte für den Zivildienst, Peter Hintze. Vor allem der Dienst an alten, kranken und behinderten Menschen habe dann bei der Verwendung von Ersatzdienstleistenden Vorrang, erklärte er. Hintze geht aber nicht davon aus, daß die sozialen Dienste der Kirchen erheblich eingeschränkt werden müssen. Durch den Rückgang von „Zivis“ würden vielmehr „neue Formen der Hilfe“ Platz greifen, um die Lücken auszufüllen. Gegenwärtig verdrängen die hohen Zahlen von Zivildienstleistenden, – mehr als 50.000 sind zur Zeit im Einsatz –, zumindest in den Kirchen keine arbeitsplatzsuchenden Jugendlichen. Man bemühe sich um einen „arbeitsplatzneutralen“ Einsatz der Wehrdienstverweigerer. Die Mehrzahl, so Hintze, betrachte ihren Dienst „in erster Linie als eine Pflicht an der Gemeinschaft“.

Deutscher Soldat Patron in Polen

JGG, Köln

Die im vergangenen Jahr gegründete polnische Bewegung „Freiheit und Frieden“ hat den früheren Wehrmachtssoldaten Otto Schmek zu ihrem Patron ernannt. Die Bewegung will am 5. Mai anlässlich seines Geburtstages an Schmek's Grab in Mähren bei Tarnow eine große Friedensdemonstration veranstalten. Der aus einer österreichischen katholischen Arbeiterfamilie stammende Schmek hatte es am Ende des Zweiten Weltkrieges abgelehnt, an der Exekution polnischer Zivilisten teilzunehmen. Er war daraufhin standrechtlich erschossen worden. Das Grab steht heute unter besonderem Schutz des Bischofs von Tarnow. Verschiedene Führungsmitglieder der polnischen Friedensbewegung sind in den vergangenen Tagen verhaftet worden. Außerdem nahm die Regierung 29 Wehrpflichtige fest, die den Wehrdienst unter anderem mit der Begründung verweigert hatten, sie könnten kein Treuegelöbnis ablegen, die Sowjetunion ablegen.

Dollar und Zins

ed. - Der Dollar hat gestern mit einem Rückgang auf zeitweilig 2,2850 Mark erstmals seit vier Jahren die Marke von 2,30 deutlich unterschritten. Es waren nicht nur zwei große kommerzielle Verkaufsorder, die gestern auf die US-Währung drückten, sondern vor allem die Aussagen der fünf amerikanischen Wissenschaftler, die den Dollar trotz der gewaltigen Kurskorrektur um fast 1,20 Mark seit März letzten Jahres immer noch für überbewertet halten.

Ob dieses Urteil zutreffend ist oder nicht, mag dahingestellt bleiben. Für den Markt ist allein die Tatsache, daß namhafte Professoren solches äußern, ein Datum. Das um so mehr, als sich die Meinung mit offensichtlichen Intentionen des Schatzamtes deckt, mit einer Dollarabwertung die außenwirtschaftliche Schieflage der USA zu korrigieren. Wo schon bei nur geringem lautem Gerücht alles nach Wunsch verläuft, kann es sich die Reagan-Mannschaft eigentlich schenken, sich ernsthaft über die Einführung von "Zielzonen" den Kopf zu zerbrechen. Denn die Diskussion über dieses Thema hatte ja nicht zuletzt den Zweck, der ob des hohen Dollarkurses besorgten Protektionisten Wind aus den Segeln zu nehmen.

Niemand kann freilich ausschließen, daß der Dollar bei seiner Ab-

wärtsbewegung über das Ziel hinauschießt. Um dem entgegenzuwirken, wird die Bundesbank wohl in der kommenden Woche den Diskontsatz senken und damit dem Zinssenkungsprozeß auch offiziell grünes Licht geben. Den USA, die auf mehr Wachstumspolitik ihrer Partner drängen, dürfte das nur recht sein.

Harmonie

J. G. - Doppelt so hoch wie in den USA und dreimal so hoch wie in Frankreich sei mittlerweile die Betriebskostenlast aus Umweltschutz im Umsatz der deutschen Chemieindustrie. Drei Jahresraten der gesamten Gesamtinvestitionen müssen man in der eigenen Firma für eine Dünnsäure-Recycling-Anlage aufwenden, weil die Bundesregierung das Auskippen dieses Produktionsrückstands in die Nordsee ab 1990 auch unter dem Druck der "Greenpeace"-Protestler verboten hat. Die Duisburger Schächtele Chemie hat abseits vom Stolz auf den in eigenen Konzern gefundenen neuen Verfahrensweg des Rohstoffrecycling alles Anlaß, auf solche Relationen zu verweisen. Ihre Konkurrenten auch in Europa dürfen mit dem gleichen Rückstand noch munter ständigen Harmonie in den Umweltschutzaufgaben wenigstens in Europa müssen endlich kommen, mahnt die Firma. Sonst geht's den Arbeitsplätzen daheim doch noch an den Kragen. Hilft da Einsicht oder wieder einmal nur "Greenpeace"?

Knüppel des Kartellamtes

Von HANNA GIESKES

In seinem Kampf gegen die Konzentration im Handel steht dem Bundeskartellamt ein unangenehmes Gefecht bevor. Am 26. Februar wird das Kammergericht in Berlin prüfen, ob der Knüppel des Kartellverbots, den die Wettbewerbsbehörden vor einem Jahr gegen die Einkaufsvereinigungen Selex+Tania aus dem Sack geholt haben, eine angemessene Waffe ist. Doch wie sich immer die Richter entscheiden mögen: Am Ende werden sich die Kartellbeamten zwischen allen Stühlen wiederfinden.

Wenn das Gericht der amtlichen Untersuchung von Selex+Tania widerspricht - ein Versuch der Behörden, diese Kooperation über die Fusionenkontrolle aufzubrechen, was schon 1983 gescheitert - dann wird die Industrie gleiches Recht für sich verlangen. Ihr sind Kartelle grundsätzlich verboten, und sie wird nicht einsehen wollen, warum Handelsunternehmen - auch mächtigen - nicht untersagt werden kann, was Herstellern verwehrt ist.

Weit unangenehmer wird es allerdings für die Wettbewerbsbehörden, wenn sie das Verfahren gewinnen. Sie stehen dann vor der Notwendigkeit, ihren Knüppel auch gegen jene zu schwingen, die sie gar nicht treffen wollen: die mehr oder minder mittelständischen Einkaufszusammenschlüsse und Genossenschaften wie zum Beispiel Rewe oder Aldi.

Immer wieder hat das Amt Kartell Wohlwollen gegenüber Einkaufskooperationen kleiner und mittlerer Handelsunternehmen geäußert, obwohl hier kartellrechtlicher Sprengstoff verborgen ist, nicht alle sind so klein, daß ihr gemeinsames Auftreten als Nachfrager eine zu vernachlässigende Größe im Wettbewerb wäre.

Zur Entschärfung des Problems hat die Behörde einen Maßstab entwickelt, der anzeigen soll, wann das Mitglied eines Kartells mit behördlicher Gunst nicht mehr rechnen kann: Wenn es in der Lage ist, ohne Verlust an Wettbewerbsfähigkeit selbstständig einzukaufen. Den Anspruch an einen Verband werden die Beamten in diesem Fall lediglich als Mittel zur Erzielung noch besserer Einkaufskonditionen, die dann zwecks Verdrängung kleinerer Wettbewerber eingesetzt werden können. Nach Auffassung des Amtes gehört der Zusammenschluß der ehemals

selbstständigen Kontore Selex und Tania in diese Kategorie: Rund 70 Prozent des gesamten Umsatzes von Selex und Tania werden mit nur zehn der über hundert Kartellmitglieder abgewickelt. Auf der schwarzen Liste des Kartellamtes stehen aber unter anderen auch die Einkaufsgemeinschaften H&M und Gefel - diese wegen ihrer Mitglieder Alkauf, Hürer und Karstadt - und jüngst stießen Asko und Edels hinzu.

Alle diese Fälle mögen bedenklich sein; die Art und Weise indes, in der das Kartellamt erwünschte und unerwünschte Kooperationen auseinander sortiert, ist nicht minder bedenklich, denn sie ist im Gesetz nicht vorgesehen. Das Recht macht keinen Unterschied zwischen guten und schlechten Kartellen; wenn eines fällt, dann müssen alle mit.

Das wäre nicht einmal ein großes Unglück, denn das Wettbewerbsrecht kennt ja die Einrichtung des Mittelstandskartells - die Industrie muß schließlich auch damit leben. Allerdings ist es unschön, den gesamten Handel mit einem Geflecht von Kartellen zu überziehen, die anschließend genehmigt und der Mißbrauchsaufsicht unterstellt wurden. Zu diesem Zweck müßte über das Gesetz geändert werden, denn die einschlägige Bestimmung paßt zwar auf Hersteller, aber nicht auf den Handel.

Was wäre wohl eleganter, aus der Bauwirtschaft die Idee der Arbeitsgemeinschaft zu übernehmen: Wettbewerbsbeschränkungen zwischen den Mitgliedern sind möglich, wenn ein Unternehmen eine bestimmte Leistung mangels Kapazität nicht allein erbringen kann. Und schließlich gibt es die Möglichkeit, eine "Spürbarkeitsgrenze" einzuziehen, nach dem Motto: Wenn zwei Kleinsie zusammen tun, ist niemandem weh.

Wo aber soll sie gezogen werden - bei zwei Milliarden Mark Umsatz oder schon bei einer? Ist eine Milliarde, die mit 200 000 Artikeln liefert wird (Warenhaus), dasselbe wie eine Milliarde aus 650 Artikeln (Aldi)? Die Antwort kennt man wohl auch im Amt Kartell - vermutlich wird sich also der Knüppel, mit dem die Wettbewerbsbehörden so effektiv gedroht haben, demnächst selbständig machen.

KOHLEPFENNIG / Diskussion um Anhebung durch neue Lage am Energiemarkt

Der sinkende Ölpreis kann die Subventionen in die Höhe treiben

HEINZ HECK, Bonn
Zum Schutz der deutschen Steinkohle bedarf es trotz sinkenden Ölpreises und Dollarkurses keiner neuen Maßnahmen, erst recht keine neuen Steuern, erklärte der CDU-Abgeordnete Ludwig Gerstein, energiewirtschaftlicher Sprecher seiner Fraktion, gegenüber der WELT. Zugleich forderte er aber die Bundesregierung auf, "möglichst bald zu entscheiden, in welchem Umfang der Kohlepfennig erhöht werden muß".

Gerstein vertritt die Auffassung: Je früher der Kohlepfennig, also der prozentuale Zuschlag auf jede Stromrechnung, erhöht wird, desto geringer kann diese Erhöhung ausfallen. Mit den Milliardenentnahmen aus dieser Abgabe wird unter anderem die Preisdifferenz zum schweren Heizöl für 22 Millionen Tonnen Steinkohle jährlich erstattet. Das ist im "Jahrhundertvertrag", der bis 1995 gelten soll, festgeschrieben. Der bis 1995 geltende Absatz-Vertrag zwischen Steinkohlenbergbau und Elektrizitätswirtschaft, festgelegt mit der Tarifahrt des Ölpreises wächst daher der Finanzbedarf für den Preisausgleich.

1985 waren angesichts der noch hohen Ölpreise nur etwa 20 Millionen Mark zu zahlen. Wirtschaftsminister Martin Bangemann entschloß sich daher, den Kohlepfennig zum 1. Januar 1986 von 3,5 auf 3,3 Prozent (Bundesdurchschnitt) zu senken. Legt man jedoch die Ölpreismotivierung für Januar 1986 zugrunde, so ergibt sich - auf das ganze Jahr 1986 gerechnet - schon ein Zuschußbedarf von etwa 1,1 Milliarden Mark.

Der Minister steht nun vor der heiklen Frage, wenige Monate nach der Senkung wieder eine Erhöhung zu beschließen. Er hat die Befugnis, bis

auf 4,5 Prozent zu gehen. Bei darüber hinausgehenden Erhöhungen bedarf es der Zustimmung des Parlaments (seit Einführung des Kohlepfennigs 1975 hat er nur einmal, von Januar bis September 1979, mit 6,2 Prozent oberhalb dieses Satzes gelegen). Schließlich steht dem aus dem Kohlepfennig gespeisten Verstromungsfonds noch ein Kreditrahmen von einer halben Milliarde Mark zur Verfügung.

Im Wirtschaftsministerium zögert man offenbar, über die "Schallmauer" von 4,5 Prozent hinauszugehen. Ein entsprechender Antrag würde, so lauten Befürchtungen, eine größere kohlepolitische Debatte auslösen, in der es nicht nur Befürworter der jetzt verfolgten Kohlevorrangspolitik gibt - nicht zuletzt deshalb, weil der Hauptnutzmießer, das Land Nordrhein-Westfalen, mit seiner Haltung in Fragen der Kernenergiepolitik wachsende Verunsicherung bei anderen Bundesländern auslöst. Um der öffentlichen Auseinandersetzung im Bundestag aus dem Wege zu gehen, ist im Wirtschaftsministerium sogar schon erwogen worden, hilfsweise auf die höheren Referenzpreise für leichtes Heizöl auszuweichen. Diese Maßnahme findet im Vertrag keine

Stütze und dürfte bei den Betroffenen auf Ablehnung stoßen.

Gerstein ist demnach zuversichtlich. Er betont zwar, daß Ölpreiserfall und sinkender Dollarkurs "die Rahmenbedingungen, die wir in der Bundesrepublik zum Schutz der deutschen Steinkohle haben, einer erneuten Bewährungsprobe aussetzen". Er fügt jedoch hinzu: "Ich bin sicher, daß diese Bewährungsprobe bestehen werden." Dadurch sei gewährleistet, daß es weder in der Stromwirtschaft noch bei der Stahlindustrie Absatzrückgänge geben werde. "Im Gegenteil: Der durch den Ölpreiserfall erzeugte zusätzliche Konkurrenzdruck wird auch einen zusätzlichen Energieverbrauch auslösen, der letztendlich auch der Kohle zugute kommen wird." Im Vergleich zur Entlastung der deutschen Volkswirtschaft durch die Ölpreissenkung mit 25 bis 35 Milliarden Mark werde die Inanspruchnahme der Verbraucher durch Kohlepfennig und Kohlebeihilfe begrenzt und vertretbar sein", Gerstein spricht von 2 bis 3 Milliarden Mark.

Bangemann hingegen hält sich zurück. In seinem zwölf Seiten-Schreiben an Bundestagsabgeordnete zur Ölpreiserhöhung heißt es hierzu lediglich, daß der Absatz heimischer Kohle an die Elektrizitätswirtschaft im Jahrhundertvertrag abgesichert sei. Allerdings könnte die Belastung des Verstromungsfonds bei weiterer sinkendem Preis wieder ansteigen.

AUF EIN WORT



In einer sozialen Marktwirtschaft muß es auch Grenzen geben. Es geht hier nicht darum, einen Schutzraum zu errichten oder notwendige Strukturänderungen zu blockieren. Vielmehr geht es allein darum, daß im Wettbewerb nur die bessere Leistung entscheidet, nicht aber leistungsfremde oder unlautere Praktiken den Ausschlag geben.

Anton Jaumann, Bayerischer Staatsminister für Wirtschaft und Verkehr
FOTO: FRIEDRICH SCHÖLLHORN

Ministererlaubnis wurde verweigert

dpa/WVD, Bonn
Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann hat es abgelehnt, der Vereinigten Elektrizitätswerke AG (VEW), Dortmund, die Erlaubnis für den Erwerb der Societe Nouvelle Sidexar S.A. (Sidexar), Paris, zu erteilen. Der Zusammenschluß war bereits vom Bundeskartellamt in Berlin untersagt worden. Mit dem Erwerb hätten die Vereinigten Elektrizitätswerke ihren Anteil an der Ruhrkohle AG (RAG) um die von der Sidexar gehaltenen rund acht Prozent auf rund 30 Prozent aufgestockt. Den Antragstellern steht jetzt noch eine Beschwerde beim Berliner Kammergericht offen.

FERNMELDEDIENSTE

Wirtschaft wehrt sich gegen Bevormundung durch Post

Go, Bonn
Die Wirtschaft will sich nicht länger von der Bundespost vorschreiben lassen, in welchen Bereichen und zu welchen Bedingungen sie die Fernmeldedienste - und diese in Anspruch nehmen darf. Vielmehr verlangt sie von der Post gerade bei der Einrichtung der neuen Fernmeldedienste (Stichwort ISDN) mehr Flexibilität und mehr privatwirtschaftliche Mitwirkung insbesondere im Endgerätesektor.

In diesem Sinne äußert sich der Deutsche Industrie- und Handelsstag (DIHT) in einem am Montag bekannt gewordenen Positionspapier zur Fernmeldepolitik. Seine Auffassung deckt sich, wie zu hören ist, in wesentlichen Punkten mit der internen Meinungsbildung beim Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI).

Wie es in dem Papier unter ande-

rem heißt, werde der Wirtschaft und speziell den Nutzern der künftigen Technik Zurückhaltung bei ihren Umstellungsentscheidungen zugebilligt werden müssen, solange die wesentlichen Rahmenbedingungen für die benutzungs- und gebührenrechtliche Seite der künftigen ISDN-Dienste noch ungeklärt seien.

Auf jeden Fall wollen die Anwender nicht genötigt werden, vollständig standardisierte Dienste oder "überregulierte" Endeinrichtungen in Anspruch zu nehmen, wenn sie dafür keinen Bedarf hätten. Ob die neue Telekommunikationsordnung (TKO) Anschluss- und Benutzungsbedingungen präzisieren werde, könne noch nicht beurteilt werden, da der Wirtschaft keine Gelegenheit gegeben wurde, am Verordnungsentwurf mitzuarbeiten.

FINANZMÄRKTE

Dollarkurs eher abwärts und Sorgen an der Schuldenfront

ed. Luxemburg
Der Dollarkurs wird nach Einschätzung von Hilmar Kopper, Vorstandsmitglied der Deutschen Bank, in den nächsten Monaten unter möglicherweise hektischen Schwankungen eher noch etwas sinken als steigen. Es erscheine zweifelhaft, ob es gelingen wird, den Dollarkurs auf einem allen Seiten getragenen mittleren Niveau zu stabilisieren. Auch für das Pfund sieht der Bankier wegen des Ölpreisschlags und der britischen binnenwirtschaftlichen und politischen Probleme keinen Anlaß zu Optimismus. Für nicht akut hält Kopper die Frage einer Wechselkurskorrektur im EWS.

Wie schon andere Bankiers warnt auch Kopper vor den Risiken mancher Finanzinnovationen, und er begrüßt daher Initiativen für eine internationale koordinierte Aufsicht über solche Geschäfte. Nationale Allein-

gänge oder Abstinenz in dieser Frage, die zu Wettbewerbsverzerrungen führen, müßten allerdings vermieden werden. Dennoch wären Einschränkungen nur in der Bundesrepublik und in einigen anderen Ländern ein kleineres Übel als überhaupt keine Aktivitäten der Aufsichtsbehörden.

Besorgt äußerte sich Vorstandsmitglied Werner Blessing zur internationalen Schuldenkrise. Er hält es für völlig ausgeschlossen, daß die privaten Banken allein den von Mexiko wegen des Ölpreiserfalls angemessenen zusätzlichen externen Kreditbedarf von 3 Milliarden Dollar decken. Er zweifelt daran, daß sich die Leistungsbilanzen der Ölmportierenden Entwicklungsländer durch die Ölentlastung nennenswert verbessern können. Die Vorteile, so fürchtet er, werden teilweise durch das Nachziehen anderer Importe wieder aufgezehrt.

EG/EFTA-ABKOMMEN

Iberische Länder nun einbezogen

Fa. Brüssel
Die EG und die EFTA-Staaten (Schweden, Norwegen, Finnland, Island, Österreich und die Schweiz) haben sich auf eine Reihe von Handelsregelungen verständigt, mit denen die 1973 abgeschlossenen Freihandelsabkommen schrittweise auf die neuen EG-Mitgliedsländer Portugal und Spanien ausgedehnt werden sollen.

Während Portugal als früheres EFTA-Land keine Zollessenken vornehmen muß, wird Spanien seinen Außenschutz für gewerbliche Waren im gleichen Rhythmus (sieben Jahre) senken wie gegenüber den EG-Partnern. Ebenso bauen auch die EFTA-Staaten ihre Einfuhrabgaben gegenüber Spanien ab.

In den viermonatigen Verhandlungen wurde außerdem sichergestellt, daß bei verarbeiteten Agrarprodukten die bisherigen Handelsvorteile der beiden neuen EG-Staaten in der EFTA aufrechterhalten und gleichzeitig die der Zehneregemeinschaft gewährten Präferenzen auf Spanien und Portugal ausgedehnt werden. Dadurch können die traditionellen Handelsströme gewahrt bleiben.

Schwierigkeiten machten vor allem die künftigen Textilexporte Portugals. Die Portugiesen verpflichten sich, sich bei Marktstörungen mit ihren Textilexportierungen zurückhalten. Auch über die künftigen Käseausfuhren der Schweiz in die erweiterte EG sowie über die (bisher nur Spanien und Portugal eingeräumten) Fischereirechte bei Spitzbergen wurde Einvernehmen erzielt.

AUSSENHANDEL

Kritik an Preisprüfungen

Mk. Bonn
Die Exportpreisprüfungen breiten sich in der Bundesrepublik wie ein Krebsgeschwür aus. Kurz bevor im April die Genehmigungen für die Prüfungsgesellschaften, die auf deutschem Boden tätig sind, auslaufen, hat der Bundesverband des Deutschen Exporthandels (BdEX) seine grundsätzliche Kritik noch einmal zusammengefaßt. Im Bundeswirtschaftsministerium wird davon ausgegangen, daß die betreffenden Prüf-Firmen im Auftrag der jeweiligen Länder Anträge auf unbefristete Genehmigung stellen werden.

Nach Angaben des BdEX versuchen gegenwärtig bereits 15 afrikanische Länder, sieben lateinamerikanische Staaten und Indonesien ihre Verschuldung, den Devisenmangel und die Kapitalflucht dadurch einzugrenzen, daß sie Prüf-Firmen damit beauftragen, die Angebote deutscher Firmen zu untersuchen. Eine Reihe von Ländern wie Nigeria, Mexiko, Indonesien und Bolivien, die zu diesem Instrument gegriffen haben, gehörten zu den Ländern, in denen in Hamburg die Kapitalflucht am höchsten ist.

Nach Ansicht des Verbandes können die gewünschten Effekte durch diese Verfahren nicht erreicht werden. Immerhin kostet die Exportpreisprüfung Devisen, die von dem Land getragen werden müssen, das den Auftrag erteilt. Nigeria habe die größten Devisenverluste in einer Zeit erlitten, in der die Prüfgesellschaft schon zwei Jahre tätig war.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Bangemann setzt sich für ECU ein

Bonn (AP) - In einem Schreiben an Finanzminister Gerhard Stoltenberg hat sich Wirtschaftsminister Martin Bangemann dafür ausgesprochen, die Beschränkungen für eine private Verwendung der europäischen Währungseinheit ECU in der Bundesrepublik fallen zu lassen. Dies bestätigte das Wirtschaftsministerium. Angesichts der zunehmenden Verwendung des ECU im privaten Zahlungsverkehr innerhalb der Europäischen Gemeinschaft habe die deutsche Wirtschaft durch die Beschränkungen Wettbewerbsnachteile.

Bund senkt Zinsen

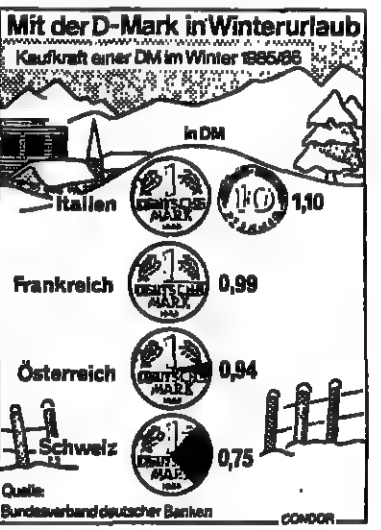
Bonn (AP) - Zum zweiten Mal innerhalb einer Woche hat der Bund die Zinsen für Bundesobligationen gesenkt. Wie das Finanzministerium mitteilt, wird der Verkauf der 8,25-Prozent-Bundesobligationen, Serie 60 von 1986 (1991), mit einem Verkaufskurs von zuletzt 101,00 Prozent und einer Rendite von 6,01 Prozent mit Ablauf des Tages eingestellt. Ab heute werden die neuen 8,00-Prozent-Bundesobligationen, Serie 61 von 1986 (1991), zum Verkaufskurs von 100,10 Prozent und einer Rendite von 5,98 Prozent verkauft.

Höherer Güterumschlag

Hamburg (dpa/WVD) - Der Güterumschlag in den 13 wichtigsten deutschen Seehäfen ist 1985 um vier Prozent gestiegen. Wie das Bundesverkehrsministerium mitteilt, wurden 135,4 Mill. Tonnen umgeschlagen, das sind 5,2 Mill. Tonnen mehr als im Vorjahr. Die einzelnen Häfen schnitten dabei unterschiedlich ab. Hamburg erreichte mit 67,2 Millionen Tonnen einen Zuwachs von 11,2 Prozent. In Bremen stieg der Umschlag um 4,6 Prozent auf 27,9 Millionen Tonnen.

Gegen UWG-Novelle

Bonn (AP) - "Schwerste Bedenken" hat der Zentralschluß der Werbewirtschaft (ZAW) gegen die geplante Änderung des Gesetzes gegen unlauteren Wettbewerb erhoben. Der Zentralschluß wandte sich gegen



Der Winterurlaub ist für die Bundesbürger ein relativ teures Vergnügen. Denn in drei von vier klassischen Winterurlaubsländern erhöhen sie in dieser Saison für ihre D-Mark weniger als zu Hause und weniger als im Winter 84/85. Eine Ausnahme bildet Italien: Hier stieg der Wert der Urlaubsmark gegenüber der vorherigen Wintersaison, so daß der Kaufkraftvorteil nunmehr 10 Pfennige je Mark beträgt. QUELLE: CONCORD

die vorgesehene Bestimmung, wonach bei der Vergütung von Wettbewerbsverstößen der Beschwerdeführer die Kosten für die erste Abmahnung aus eigener Tasche zahlen soll. Der ZAW meinte dazu, die Neuregelung würde auch seriösen Vereinen und Mitbewerbern das Vorgehen erheblich erschweren.

BfH: Bezeichnung wichtig

München (KL) - Ein Steuerbescheid ist nur dann wirksam, wenn das Finanzamt den Steuerschuldner richtig bezeichnet. Fehler in der Bezeichnung des Steuerschuldners können nach Auffassung des Großen Senats des Bundesfinanzhofs (GrS 48/84) nicht durch Richtigstellung im weiteren Verfahren geheilt werden. Der Bundesfinanzhof hielt aus diesem Grund die an eine GmbH gerichteten Kraftfahrzeugsteuerbescheide für rechtsunwirksam, weil die Gesellschaft bei Erlass der Bescheide infolge Umwandlung in eine KG erloschen war.

INSTITUT DER DEUTSCHEN WIRTSCHAFT

Personalzusatzkosten stiegen auf eine neue Höchstmarke

ep. Bonn
Die Personalzusatzkosten im produzierenden Gewerbe haben 1985 mit 24 800 DM je Arbeitnehmer im Jahr einen neuen Höchststand erreicht. Damit stiegen sie gegenüber 1984 um 1000 DM, heißt es in einer Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW).

Während 1984 die zusätzlichen Aufwendungen 79,60 DM betrugen, zahlten die Unternehmen je 100 DM Entgelt für tatsächlich geleistete Arbeit im vergangenen Jahr 80,20 DM drauf. Die Zusatzkosten machten inzwischen 44,5 Prozent der gesamten Personalkosten und 80,2 Prozent des Direktentgeltes aus.

Die gesetzlichen Personalzusatzkosten (zum Beispiel Sozialversicherungsbeiträge) sind vor allem wegen der höheren Beitragsbemessungsgrenzen in der Sozialversicherung

und der erhöhten durchschnittlichen Beitragssätze in der Krankenversicherung um 0,4 Prozentpunkte auf jetzt 35,8 Prozent gestiegen. Der Anstieg der tariflichen und betrieblichen Personalzusatzkosten um 0,2 Prozent ist hauptsächlich auf die höheren Sonderzahlungen - Tantiemen, erfolgsabhängige Prämien, Gratifikationen - zurückzuführen.

Die langfristige Tendenz, daß die Personalzusatzkosten stärker zunehmen als das Entgelt für geleistete Arbeit, blieb nach IW-Berechnungen auch 1985 ungebrochen: Von 1966 bis 1985 stiegen die Zusatzkosten jährlich um 10,1 Prozent, das Direktentgelt nahm jährlich nur um 6,6 Prozent zu. Das IW schätzt, daß höhere Beiträge zur Sozialversicherung die Personalzusatzkosten in diesem Jahr auf über 80,5 Prozent des Direktentgeltes hochtreiben.

ARBEITSRECHT / Schutzvorschriften bewirken eher Nach- als Vorteile

Kronberger Kreis fordert mehr Markt

HANS-J. MAHNKE, Bonn
Das Arbeitsrecht wirkt nach Ansicht des Kronberger Kreises, einem Zusammenschluß liberaler Wirtschaftswissenschaftler, nicht zum Nutzen, sondern zum Nachteil der Arbeitnehmer. "Mehr und sichere Arbeitsplätze können nur durch weniger und nicht durch mehr arbeitsrechtliche Schutzvorschriften geschaffen werden", heißt es in der neuen Schrift "Mehr Markt im Arbeitsrecht". Das Beschäftigungsförderungsgesetz enthält einige Elemente, die in die richtige Richtung weisen. Aber die Verkürzungen am Arbeitsmarkt seien damit nicht nachhaltig beseitigt worden. Deshalb schlägt der Kronberger Kreis im Bereich des Individualarbeitsrechts vor:

- Die Bestimmungen im Betriebsverfassungsgesetz über den Sozialplan sollten gestrichen werden.
- Die Befristung von Arbeitsverhältnissen und der gewerkschaftlichen Arbeitnehmerüberlassung sollten auf bis zu drei Jahre angehoben werden.
- Das Monopol der Bundesanstalt für Arbeit zur Vermittlung von Arbeitnehmern sollte beseitigt werden.

Im Bereich des kollektiven Arbeitsrechts befürwortet der Kronberger Kreis, daß durch eine Änderung des Tarifvertragsgesetzes den Unternehmern und den Betriebsräten die Möglichkeit eingeräumt wird, durch Betriebsvereinbarungen von den tarifvertraglichen Regelungen abzuweichen. Überdies sollte der Gesetzgeber eine verbindliche und vor allem klare Rahmenordnung für den Ablauf von Arbeitskämpfen schaffen, so daß der Streik wirklich zur ultima ratio einer Tarifauseinandersetzung wird. Dies setze sowohl die in der

Praxis aufgeweckte Neutralität der Bundesanstalt für Arbeit als auch die Bindung der Arbeitskampfmittel an das Gebot der Verhältnismäßigkeit und der Erforderlichkeit voraus. Konkret wird ein zwingendes Erfordernis von Urabstimmungen, eine Festlegung bestimmter Quoten, die Einhaltung von Friedenspflichten, ein Verbot von Warnstreiks und die Möglichkeit, unter bestimmten Voraussetzungen eine Abkühlphase vorzuschreiben, gefordert.

Der Kronberger Kreis unterstützt das Bemühen der Bundesregierung, den Neutralitätsparagrafen 116 Arbeitsförderungsgezet klarer zu formulieren. Er hält den eingeschlagenen Weg allerdings für wenig geeignet. Er plädiert dafür, aus dem Paragraphen lediglich die Ermächtigung zum Erlass der Neutralitätsanordnung zu beseitigen. Dieses legislative Signal würde von den Sozialgerichten beachtet werden.

Nach den Stadtmusikanten nun ein neues Bremer Märchen.

Wunderbare Warenstände. Es klingeln Märchen, ist aber wahr. Sie lassen sich so, zu zweit oder nur der ganzen Familie in einem feinen Hotel-Prag-Cass-Hotel verwöhnen, das durch seine hochregale Glaspassage sogar eine kleine Shopping-Back in der Hanse-Stadt ist - im Bremer Platz direkt am grünen Waldrand mit der alten Flugmühle. ■ Das romanische Rathaus, der ringelackte Roland, der doppeltürmige Dom, Böttcherstraße, das chinesische Schnitzwerk - Bremers Sehenswürdigkeiten liegen dann für Sie nicht hinter den hohen Bergen, sondern ganz wenige Fußminuten mehr. Und im Hotel finden Sie es was Herz und Gaumen begehren, was Sie sich noch etwas mehr für diesen anspruchsvollen Kulturtag können Sie oder Ihren Gastessen ruhig im Haus lassen. Dann per Übernachtungsgesellschaft in der Stadt, die Sie zum 99. Deutschen Markt, nicht Bremers, Gültig von Freitag bis Sonntag.

Hotellkultur der feinen Lebensart:
GP Hotels
1899-1985
Bremen Plaza
Hillmannplatz 20, 2800 Bremen 1, Telefon (04 21) 17 67-0

ITALIEN / Camping-Geschäft mit hohem Zuwachs

Gutes Touristikjahr erwartet

Die italienischen Fremdenverkehrs-Offiziellen sind fest entschlossen, die Stellung Italiens als größtes Urlaubsland Europas weiter zu festigen. Der italienische Fremdenverkehrsminister Lello Lagorio erwartet, wie er auf der in Mailand stattfindenden Touristik-Messe BIT erklärte, für 1986 „ein gutes Touristikjahr, sobald wir das US-Loch gestopft haben“. Die einzigen Schatten, die die sonst guten Aussichten derzeit etwas verdunkeln, sind die zahlreichen Abmeldungen aus den USA, wo die Angst vor dem Mittelmeer-Terrorismus die Lust am Mittelmeer-Tourismus verdorben hat.

Die Ausfälle, die sich hier abzeichnen, werden vor allem die First-Class- und Luxusotels betreffen, deren Gäste sich zu rund einem Drittel aus US-Touristen zusammensetzen. Demgegenüber erwarten das mittlere Beherbergungsgewerbe und die Campingbetriebe eine weitere Zunahme der Übernachtungen sowohl von Ausländern als auch Einheimischen. Große Hoffnungen werden nicht nur in die deutschsprachigen Urlauber gesetzt, die das Gros der Ausländertouristen stellen, sondern auch in die Nordeuropäer.

Im Jahre 1985 nahm Italien aus dem Auslandstourismus 17 000 Mrd. Lire (knapp 25 Mrd. DM) ein, 13 Prozent mehr als im Vorjahr, während für 1986 ein Devisenzustrom von 18 000 bis 20 000 Mrd. Lire erwartet wird. Dabei rechnen Fremdenverkehrs-Offizielle fest damit, daß die Li-

ra im Rahmen einer Wechselkursanpassung innerhalb des Europäischen Währungssystems gegenüber der Mark mindestens sechs bis acht Prozent ihres Wertes einbüßen wird. Da die Inflationsrate in Italien 1986 nicht mehr als sechs Prozent betragen dürfte, erwarten italienische Touristik-Experten, daß ein Italienaufenthalt an Attraktivität gewinnen könnte.

1985 wurde Italien von 50 Mill. Ausländern besucht, wovon aber 26 Mill. Tagesausflügler waren. Das Touristikgeschäft wird auf insgesamt 60 000 Mrd. Lire geschätzt, während die Zahl der Übernachtungen 341 Mill. erreichte (plus 2,9 Prozent). Davon entfielen 159 Mill. auf das Beherbergungsgewerbe, der Rest auf private Zimmervermietungen und Campingbetriebe, deren Anteil am Touristikgeschäft ständig zunimmt.

Gegenüber der Zahl der Franzosen und Westdeutschen, die 1985 im Ausland Urlaub machten (elf bzw. 18 Mill.), ist die der Italiener mit vier Mill. noch relativ bescheiden. Sie steigt aber ständig an, und zwar nicht nur in Richtung Übersee, sondern auch mit Ziel Europa. Auch die Bundesrepublik bekommt ihren italienischen Touristen ab: 1985 waren es immerhin 2,5 Mill. Übernachtungen.

Nach Schätzungen der Mailänder Vertretung der Deutschen Zentrale für Fremdenverkehr gaben die italienischen Touristen 1985 in der Bundesrepublik 1,2 Mrd. DM aus. Sie standen damit in der Ausländerskala an fünfter Stelle.

US-GETRÄNKEMARKT / Aufweichung der Antitrustgesetze fördert Konzentration

Coca und Pepsi halten achtzig Prozent

H.A. SIEBERT, Washington
Der US-Markt für alkoholfreie Getränke, auf dem jährlich 26 Mrd. Dollar umgesetzt werden, ist kräftig durchgeschüttelt worden. Das Ergebnis ist, wenn die Antitrustbehörden in Washington ihr Plazet geben, eine fast klassische Duopol-Situation: Der Marktanteil von Coca-Cola und Pepsi steigt von 39 auf 46 beziehungsweise 28 auf 35 Prozent. Von der nationalen Konkurrenz bleibt kaum etwas übrig: es folgen Royal Crown Cola und Reynolds Industries (jeweils 4,6) sowie viele Kleinbetriebe (9,8 Prozent).

Das Beben ausgelöst hat die Pepsi-Co Inc. unter ihrem Vorstandsvorsitzenden Donald M. Kendall, dem es Anfang der 70er Jahre mit Hilfe von Präsident Richard Nixon gelang, Coca-Cola den Rang abzulaufen und seine braune Brause in der Sowjetunion zu etablieren. In der letzten Januarwoche erwarb er von der Philip Morris Companies Inc. für 380 Mill. Dollar die Seven-Up Co., die Nummer drei unter Amerikas Limonadenherstellern. Damit hätte Pepsi sich sehr nah an den ewigen Ersten Coca-Cola heranrücken können.

Für Kendall waren die Aussichten, sich an die Spitze zu setzen, deshalb günstig, weil Seven-Up über ein weltweites Franchisensystem – besonders in den Niederlanden, Kanada, Mexiko, Argentinien und den Philippinen – verfügt. Auf den wichtigsten ausländischen Märkten erreichte sein Anteil am Absatz von

Zitronenbrause, deren Nachfrage außergewöhnlich stark zunimmt, bereits 60 Prozent. Massiv einsetzen wollte Kendall auch Pepsicos globale Marketingorganisation – ein Instrument, das Philipp Morris, die Seven-Up 1978 für 520 Mill. Dollar kaufte, nicht besitzt. Der Zigarettenkonzern braut zwar Bier, darunter Löwenbräu in Milwaukee, wußte aber mit „Soft-Drinks“ nichts anzufangen.

Jedoch dauerte es nicht einmal einen Monat, bis die Coca-Cola Co., die auch Lebensmittel und Spielfilme herstellt, die drohende Gefahr mit einem überraschenden Coup parierte: Der Konzern übernahm für 470 Mill. Dollar von der Forstman Little & Co., eine New Yorker Investitionsgesellschaft, die Dr. Pepper Co., die vor allem im Südwesten der USA bekannt ist. Das Getränk mit würzigem Kirschgeschmack wird seit fast 100 Jahren zusammengeköpft; mit 6,9 Prozent Marktanteil ist „Dr. Pepper“ nach Seven-Up (sieben Prozent) die Nummer vier in den USA.

Mit Coca-Colas Schachzug ist der alte Abstand zwischen den Kontrahenten wiederhergestellt. Beide werden größer, indem sie die nachgeordneten Firmen schlucken. Sowohl Coca-Cola als auch Pepsicos Aktien schossen nach oben. Von den Zusammenschlüssen nicht betroffen sind die Abfüllfirmen, die „mit der Marke gehen“ und deren Zahl in den USA von 1950 bis 1983 von 6330 auf 1500 gesunken ist. Jeder Amerikaner hat 1985 jedoch mehr als 150 Liter „So-

das“ zu sich genommen, verglichen mit 61 Liter 1965.

Sturm gegen die Kontrolle des US-Marktes durch die Giganten läuft Royal Crown. Aber schon bisher haben Antitrustklagen keinen Erfolg gehabt, weil es die Einordnung der Marktsegmente ankommt. Wegen des umfangreichen Auslandsgeschäfts spricht die von Präsident Reagan vorgeschlagene Entschärfung der Antitrustgesetze einen Kaufvertrag. Wie die R. J. Reynolds Industries Inc. (Canada Dry, Hawaiian Punch und Sunkist) bleibt Royal Crown ein entfernter Mitbewerber.

Die größten Gewinner sind indes die 15 US-Bürger und zehn betrieblichen Pensionsfonds, die an der Forstman Little & Co. beteiligt sind. Die Investoren, die im Februar 1984 die Dr. Pepper Co. erwarben, erhalten das Zehnfache ihres Einsatzes zurück. Daran setzen sie 30 Mill. Dollar ein, während vom Kaufpreis abzüglich 170 Mill. Dollar Schulden 300 Mill. Dollar übrigblieben.

Das funktioniert so: Die Gruppe kaufte die Pepper-Aktien für 650 Mill. Dollar auf. Außer den Eigenmitteln borgte sie sich 620 Mill. Dollar. Das Pepper-Management übernahm 14 Prozent des Sachvermögens. Forstman Little & Co. verkaufte dann Dr. Peppers Canada Dry für 175 Mill. Dollar an die Reynolds Industries. Weiter 275 Mill. Dollar wurden durch den Abstoß von Anlagevermögen ersetzt. Die Restschulden zahlt Coca-Cola.

WGZ-BANK / Gutes Testat für das Kreditportefeuille

Dickes Liquiditätspolster

Py. Düsseldorf
Neben einer seit Jahren betriebenen Politik der inneren Stärkung und hohen Risikovorsorge hat die Westdeutsche Genossenschafts-Zentralbank eG (WGZ), Düsseldorf, 1985 ihr Eigenkapital beträchtlich aufgestockt. Nach den Worten von Vorstandsmittglied Werner Thiemann war dies durch die günstige Geschäftslage begünstigt, die eine Vorwegnahme von 50 (46) Mill. DM in die offenen Rücklagen ermöglichte.

Aber auch die 658 Mitgliedsinstitute haben ihren Teil mit einer Rekordzeichnung von 61 Mill. DM an Geschäftsanteilen beigetragen, was Thiemann als einen „klaren Vertrauensbeweis für die geschäftspolitische Linie der Bank“ ansieht. Dieser ergiebige Liquiditätsaufbau erlaubte den Zuwachs der Verbindlichkeiten gegenüber anderen Banken zu drusseln (siehe Tabelle).

Die Verbindlichkeiten gegenüber anderen Gläubigern haben sich bei gesunkenem Sparbriefabsatz auf 1,6 Mrd. DM reduziert. In richtiger Zinsentschätzung wurden die umlaufenden eigenen Schuldverschreibungen stark „zurückgefahren“. Auf der Aktivseite wurden die zugeflossenen Mittel von 1,2 Mrd. DM für Anlagen bei anderen Banken und für die Aufstockung der Wertpapierbestände (5,34 nach 4,67 Mrd. DM) verwendet. Zusammen mit den Bankengeldern verfügt das Institut über ein ansehnliches Liquiditätspolster.

Im Kundenkreditgeschäft gab es

einen kleinen Rückgang, unter Ausklammerung von Verkäufen und Fälligkeiten von Schuldscheinen hat jedoch das eigentliche Kundenkreditgeschäft trotz Tilgungsaufkommen von knapp 500 Mill. DM um fast ein Prozent zugenommen. Die Kreditrisiken, so betonte Thiemann, sind generell mit großer Sorgfalt bewertet. Das gelte für Einzel- wie für Länderkrisen. Der eigene Prüfungsverband Treuverkehr und die staatliche Treuarbeit haben vor dem Hintergrund der Vorgänge um die Bayerische Raiffeisen Zentralbank auf Wunsch der WGZ das Kreditgeschäft geprüft und der WGZ ein „breit gestreutes, konventionelles, ordentliches Engagement“ testiert.

Zu dem um 20 Prozent auf 250 Mill. DM gestiegenen Betriebsergebnis haben zinsabhängiges Geschäft und Provisionsüberschuß ebenso beigetragen wie der Wertpapier-Eigenhandel. Die Zinsspanne stieg auf 1,13 (1,08) Prozent.

WGZ-Bank	1985	±%
Kredite (Mill. DM) an		
Mitgliedsbanken	6 981	+ 0,7
Nichtbanken	3 113	+ 3,8
Schlagen von		
Mitgliedsbanken	12 093	+ 12,8
sonstige Banken	5 555	+ 3,6
Nichtbanken	1 524	+ 2,3
Bilanzsumme	22 456	+ 3,8
Geschäftsvolumen	24 082	+ 5,8
Zinsüberschuß	288	+ 7,1
Provisionsüberschuß	80	+ 11,5
Jahresüberschuß	84	+ 18,9
Eigenkapital	788	+ 15,5
in % d. Bilanzsumme	3,41	(3,09)

KONJUNKTUR / Briten erwarten kräftiges Wachstum

Inflationsrate soll sinken

Au. London
Zum ersten Mal seit 1964 könnte das Wirtschaftswachstum in Großbritannien im kommenden Jahr über der Inflationsrate liegen. Diese Entwicklung hält jedenfalls die angesehenen London Business School (LBS) in ihrer jüngsten Konjunkturanalyse durchaus für möglich. Sie begründet ihren Optimismus mit den stark gestiegenen Ölpreisen und einer entsprechend abgeschwächten Pound-Parität gegenüber den Währungen der wichtigen Wettbewerbsländer wie etwa Deutschland.

Gegenwärtig liegt die Jahresinflationsrate bei 5,5 Prozent. Sie wird, so die LBS, im Jahresdurchschnitt 1987 nur 3,3 Prozent betragen. Von einem Anziehen der weltweiten Nachfrage aufgrund der Ölpreisseise wird insbesondere die britische Wirtschaft mit einem günstigen Wechselkurs-

veau profitieren. Damit könnte das Bruttoinlandsprodukt im kommenden Jahr um mehr als 3,3 Prozent wachsen, nachdem sich das Wachstum den LBS-Prognosen zufolge in diesem Jahr gegenüber 1985 von 3,8 auf 2,4 Prozent abschwächen wird.

Nicht minder optimistisch ist das Ergebnis der jüngsten Umfrage des britischen Unternehmerverbandes CBI ausgefallen. Gegenüber den vergleichsweise pessimistischen Antworten der Januar-Umfrage wird ein regelrechter „Vertrauens-Sprung“ deutlich. So rechnen 34 Prozent der Befragten in den kommenden vier Monaten mit einer Produktionsausweitung. Nur elf Prozent erwarten eine Abschwächung. Schon jetzt ist eine Verbesserung der Auftragslage sowohl aus dem Inland als auch bei Exporten nicht zu übersehen.

GROSSBRITANNIEN / Verluste durch Ölpreisverfall erschweren Steuergeschenke

Nettokreditaufnahme relativ gering

WILHELM FURLER, London
Die Überraschung in der Londoner City war riesengroß: Über nur 3,2 Mrd. Pfund (10,7 Mrd. DM) lautete der Betrag der staatlichen Nettokreditaufnahme in den ersten zehn Monaten des Finanzjahres 1985/86 (es endet Anfang April). Für das ganze Finanzjahr liegt der Neuverschuldungsrahmen der Regierung in London bei 8 Mrd. Pfund. Selbst Pessimisten sind überzeugt, daß es der Regierung, trotz der zu erwartenden hohen Kreditaufnahme während der verbleibenden zwei Monate gelingen wird, unter diesem Ansatz zu bleiben.

Die extrem niedrige Nettokreditaufnahme in den ersten zehn Monaten resultiert in erster Linie daraus, daß die Regierung wegen erheblich über den Erwartungen liegender Steuereinnahmen (hohe Unternehmensgewinne, stark gestiegene Mehrwertsteuereinkünfte) im Januar immerhin 4,5 Mrd. Pfund an Nettorückzahlungen leisten konnte. Dieser Betrag ist mehr als doppelt so hoch wie der allgemein erwartete.

Exporte werden erleichtert

Für die Regierung kommt diese Nachricht genau zur rechten Zeit. Sie hat in den letzten Monaten mit rapid fallenden Ölpreisen und entsprechend niedrigeren Steuereinnahmen aus Nordseeöl ihren Spielraum für fiskale Geschenke dahinschmelzen sehen. Dabei sind Steuergeschenke gerade im kommenden März-Budget nach den empfindlichen Blessuren, die die Thatcher-Mannschaft mit der

Westland-Affäre davongetragen hat, eine Notwendigkeit.

Ursprünglich, das heißt vor dem Einsetzen des Ölpreisverfalls, lag der Spielraum für fiskale Justierungen im Budget, das vom Schatzkanzler am 18. März vorgelegt wird, bei zwischen drei und 3,5 Mrd. Pfund, wenn die Höhe der Staatsverschuldung beibehalten werden sollte. Dieser Betrag wird nach Modellrechnungen des Schatzkanzlers im Verlauf des kommenden Finanzjahres durch Mindereinnahmen aus Nordseeöl mehr als aufgebraucht, falls die Ölpreise nicht wieder steigen.

Doch die Kehrseite der Medaille ist eine zu erwartende Wirtschaftsbelebung gerade auch in Großbritannien, die zu höheren Einnahmen für die Regierung in London führen wird. Der Ölpreisverfall hat das Pfund auf ein Niveau gedrückt, das britische Produkte in Europa und weltweit erheblich wettbewerbsfähiger macht.

Reduzierte Ölrechnungen in den Industrieländern bei einhergehender Inflationsdämpfung beleben allgemein die Nachfrage, von der die britische Wirtschaft, deren Exporte zu 50 Prozent in westeuropäische Länder gehen.

So gesehen sind die Aussichten für die Regierung, doch noch Steuerkonzessionen in ihr Budget einzubauen, nicht schlecht, zumal die überraschend niedrige Nettokreditaufnahme während der ersten zehn Monate des jetzt auslaufenden Finanzjahres zusätzlichen Spielraum schafft. Er könnte durch eine inflationsneutrale Anhebung der Benzinsteuern nach

dem jüngsten Rückgang der Benzinpreise noch ausgeweitet werden. Hohe Beamten im Schatzamt prüfen gegenwärtig die Möglichkeiten, im Budget eine Besteuerung der finanziellen Dienstleistungen, insbesondere eine Steuer auf Banktransaktionen, einzuführen.

Denkbar ist auch, daß Regierungschef Thatcher zur raschen Wiederherstellung ihrer angeknacksten Popularität diesmal bereit ist, den Verschuldungsrahmen von 8 Mrd. Pfund um bis zu 1 Mrd. auszuweiten. Dies wäre möglich. Eine staatliche Nettokreditaufnahme im kommenden Finanzjahr von 9 Mrd. Pfund würde 2,25 Prozent des Bruttoinlandsproduktes ausmachen.

Ausgaben für den Bau

Die Frage, wo Steuererleichterungen ansetzen sollten, hat Frau Thatcher in den letzten Tagen bereits selbst beantwortet. Sie möchte die Steuerlast für die unteren 50 Prozent der Lohn- und Einkommensbezieher durch eine Anhebung der Freibeträge und Eintrittsgrenzen deutlich über die Inflationsrate hinaus erleichtern.

Durchaus denkbar ist darüber hinaus auch ein im Budget vorgelegtes Programm zusätzlicher Staatsausgaben, unter anderem in den Bereichen Haus- und Wohnungsrenovierung, Arbeitsprogramme der Gemeinden für Arbeitslose oder Infrastruktur, um entschiedener als bisher und insbesondere wahlwirksam das Problem der extrem hohen Arbeitslosigkeit direkt anzugehen.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Fielmann-Optik kauft zu

Hamburg (Rel.) - Die Fielmann-Optik, größte Kette von Optiker-Fachgeschäften in der Bundesrepublik mit Sitz in Hamburg, übernimmt per 1. März den Branchen-Fünften, Optik Lühmann, ebenfalls Hamburg. Als Kaufpreis wurde „eine zweistellige Millionensumme“ genannt. Wie Jürgen Lühmann gestern in Hamburg sagte, habe er auch mit Kapitalgesellschaften verhandelt, sich dann aber doch entschlossen, zur Wahrung des mittelständischen Charakters der Branche an Günther Fielmann zu verkaufen, der in 13 Jahren mit modischen Kassenbrillen und flotter Werbung an die Spitze der Branche gelangt war. Durch die Übernahme kommen 22 Fachgeschäfte zu den schon vorhandenen 85 von Fielmann hinzu. Mit 1470 Mitarbeitern will Fielmann 1986 einen Umsatz von 235 (1985: 198) Mill. DM erreichen. Jede zehnte der voraussichtlich zwölf Millionen Brillen, die 1986 verkauft werden, soll aus einem Geschäft der Fielmann-Kette stammen.

LSI Logic spaltet Aktien

Hannover (dos) - Die LSI Logic Corp., Milpitas/Kalifornien, einer der führenden Hersteller von Anwenderspezifischen Schaltkreisen, will ihren Aktionärskreis über den Weg des Aktien-Splittings erweitern. Nach Angaben des Unternehmens, das in Braunschweig bis 1987 eine Fertigungsstätte errichtet, wird die Zahl der Aktien von derzeit 26 Mill. Stück auf 39 Mill. erhöht. Eine Kapitalerhöhung ist damit nicht verbunden. Die registrierten Aktionäre erhalten für jeweils zwei Stammaktien drei neue. Die

LSI-Aktien werden in den USA im Freihandel verkauft. Das Unternehmen erwirtschaftete 1985 bei einem Umsatz von 140 Mill. Dollar einen Reingewinn von 10,1 Mill. Dollar.

Rechnungszins erhöht

Düsseldorf (Py.) - Als erstes Unternehmen hat jetzt die Vereinigte Sozial Lebensversicherung AG, München, einen Tarif mit einem auf 8,5 (vorher 8) Prozent erhöhten Rechnungszins eingeführt. Es handelt sich um eine Pflanzversicherung. Die Erhöhung des Zinssatzes, über den die Lebensversicherer zur Zeit mit dem Bundesaufsichtsamt verhandeln, wird bei der Vereinigten Sozial zu Beitragssenkungen um bis zu 20 Prozent führen.

Lettiers bessert Gewinn

Düsseldorf (J. G.) - Das Bielefelder Textil- und Modehausunternehmen Lettiers AG hat seinen Umsatz 1985 um 7,1 (17,4) Prozent auf 556 Mill. DM erhöht. Das hinter den Erwartungen zurückgebliebene Plus erklärt der Vorstand auch mit der Aufgabe des Heimtextilgeschäfts in vier der sieben Filialen. Die Gesamtkosten seien um 7,3 Prozent gestiegen, darunter der Aufwand für die im Jahresdurchschnitt um 6 Prozent auf 1077 vermehrten „Vollbeschäftigten“ um 9,8 Prozent auf 41,2 Mill. DM. Die Investitionen wurden auf 17 (38,1) Mill. DM zurückgenommen. Besserer Rohgewinn und nur umsatzproportionaler Kostensteigerung lassen den Vorstand einen höheren Ertrag als 1984 erwarten. Damals hatte dies zur Reduzierung der Stammaktien-Dividende auf 7,50 (11) DM geführt.

Technik, mit der man sich versteht.

ANT Nachrichtentechnik auf der Hannover Messe CeBIT: 12. bis 19. März, ein neuer wichtiger Termin

Die Hannover Messe CeBIT '86 - internationaler Treffpunkt der Informations- und Kommunikationstechnik; eine in dieser Form wohl einzigartige Konzentration zukunftsweisender Spitzentechnologie.

Was auch immer diese erste CeBIT-Messe an fortschrittlichen Lösungen zeigen wird - die

Nachrichtentechnik spielt eine zentrale Rolle in dem Zusammenspiel der Informations- und Kommunikationssysteme. Aus Multiplexeinrichtungen, Kupfer- und Glasfaser-Kabelanlagen, Richtfunk- und Nachrichtensatelliten-Systemen wird die Übertragungstechnische Infrastruktur gebildet.

Bei der ANT Nachrichtentechnik sind diese Kernbereiche der Übertragungstechnik unter einem Dach vereint. Auf der neuen Hannover Messe CeBIT '86 zeigen wir einen repräsentativen Querschnitt aus unserem umfangreichen Produktprogramm: Digitale Multiplex- und Richtfunksysteme (u.a. eine neue

Muschelantenne), Monomode-Glasfasersysteme mit Splitter- und Meßtechnik, Betriebsmittel-systeme, spezielle Nachrichtensysteme für Industrie- und Versorgungsunternehmen, Automation und Leittechnik, Nachrichtensysteme für dünn besiedelte Gebiete, Bildfernprechsysteme, Funkrufsysteme, Funklärmsprechsysteme (S 900 D).

Planen Sie für Hannover einen Besuch bei uns ein. Wir bieten beste Voraussetzungen für eine gute Verständigung und

Kompetenz in Kommunikation

ANT Nachrichtentechnik

ANT Nachrichtentechnik GmbH
Gerberstraße 33, D-7150 Backnang
Tel. (0 71 91) 13-1, Telex 724406-0



„Diskussion über Kartellnovelle wäre verfrüht“

hg. Stuttgart
„Politiker müssen Werte setzen und nicht immer die Professoren fragen.“ Wolfgang Kartte, Präsident des Bundeskartellamts, hält nichts vom Glauben an selbständig ablaufende Mechanismen in der Marktwirtschaft. Soziale Marktwirtschaft sei eine Wertordnung, unterstrich er in Stuttgart während eines Symposiums über die Kartellnovelle. „und deshalb müssen die Politiker darüber nachdenken, was sie in ihr verwirklichen wollen.“

Für den Kartellamtspräsidenten ist auch die Vielfalt der Handelslandschaft ein „Wert an sich“ ebenso wie der Erhalt selbständiger Existenzen. Doch sieht er keinen Anlaß zu einer „voreiligen Diskussion“ über die nächste Kartellnovelle. Zur Zeit seien die Gerichte damit beschäftigt, das geltende Recht auf seine Anwendbarkeit im Handel auszuloten, „und Novellen entmühen die Richter“.

Die Monopolkommission sieht ebenfalls wenig Handlungsbedarf für den Gesetzgeber. Ihr Generalsekretär Horst Greiffenberg hält allerdings einige Folgen der Konzentration im Handel für besonders schädlich, „weil eine Vielzahl miteinander verbundener Märkte betroffen ist, die in ihrer Gesamtheit sowohl für die Hersteller als auch für die Verbraucher unersetzlich sind“. Wie weit dieser Prozeß fortgeschritten ist, wird dadurch verdeutlicht, daß 0,1 Prozent der Unternehmen im Lebensmittelhandel 33 Prozent des gesamten Umsatzes in diesem Bereich auf sich vereinigen. Hier kann nach Ansicht der Monopolkommission eine Absenkung der Eingriffsschwelle bei der Fusionskontrolle in Betracht gezogen werden. Bisher unterliegt der Erwerb von weniger als 25 Prozent dieser Kontrolle nicht.

Erwin Teufel, Vorsitzender der CDU-Fraktion im baden-württembergischen Landtag, sieht mit „großer Sorge“ den Rückgang der selbständigen Existenzen im Einzelhandel, „dann eine freie Gesellschaft lebt entscheidend von der Dynamik beruflicher Selbstständigkeit“. In Gefahr gerate auch die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in Stadt und Land.

BASF / Der Chemiekonzern peilt junge, dynamische Zielgruppe an – Nur Sportarten mit internationaler Resonanz

Lohnender Griff auf die Werbeflächen an den Pisten

JOACHIM WEBER, Frankfurt
Auch Werbung ist manchmal Glückssache: Im Frühjahr 1985, als Boris Becker noch „ein vielversprechender und sympathischer junger Spieler war – aber nicht mehr“, nahm ihn die BASF für zwei Jahre unter Werbevertrag. Auf welches Rassepferd der Chemiekonzern gesetzt hatte, wurde erst ein halbes Jahr später offenbar, als fast über Nacht aus dem Nachwuchsspieler ein Tennis-Champion geworden war. Zufällig wohnt auch Axel Gietz, bei der BASF mit der Sportwerbung betraut, in Leimen und spielt dort Tennis wie auch Fußball ...

Ein Neuling in den großen Sportarten

So gelang der Glücksgriff einem Unternehmen, das selbst noch ein Neuling in den großen Sportarten ist. Erst 1983, nachdem Hans Albers die Führungsspitze des Konzerns übernommen hatte, gab die BASF ihre langjährige Abstinenz in Sachen Sport auf. Zwar beschränkt sich das Endverbrauchergeschäft (und nur hier lohnt sich der „sportliche Einsatz“) der Ludwigshafener mehr oder minder auf einen einzigen Produktbereich, die Audio- und Video-Magnetbänder. Doch immerhin trägt dieses relativ kleine Segment heute zu den rund 40 Milliarden Mark Weltumsatz des Chemieriesen bei.

Und schon seit Jahren zeigt es sich sehr dynamisch, arbeitet in einem hart umkämpften Markt und peilt eine Zielgruppe an, bei der die Merkmale „jung“ und „überproportional stark am Sport interessiert“ besonders hervorstechen. Der Griff zu den Werbeflächen an den Pisten, in Städten und Hallen lag also nicht fern. Freilich: Die Sportart sollte sorgfältig gewählt sein. Denn sie hatte einige Voraussetzungen zu erfüllen:

- Ihr Image sollte zum Image der Produkte passen.
- Da die BASF ihr Video-Geschäft weltweit betreibt, sollte es sich auch um Sportwettbewerbe mit internationaler Resonanz handeln.
- Die Ereignisse sollten auch keine



Skirennläuferin Marina Kiehl

FOTO: BASF

„Eintagsfliegen“ sein, sondern sich über einen längeren Zeitraum erstrecken.

In diesem Sieb blieb zunächst der Skisport hängen. 1983 schloß die BASF mit dem Internationalen Skiverband einen Vertrag ab, der sie zum Titelsponsor des „Ski World Cup“ machte, der fortan „BASF Ski World Cup“ hieß. Für einen Preis, den die Ludwigshafener wie alle anderen sportwerbenden Unternehmen diskret verschweigen, erhielten die festsitzenden Werbeflächen: bei allen Läufen das Zielbanner, eine bestimmte Zahl von Bändern und – beim Eröffnungs- und Schlußrennen sowie einer Zahl ausgewählter Rennen zwischendurch – die Flächen auf den Startnummern der Läufer.

Wollte sich der Ski-Einsatz als erfolgreich erwiesen, gingen die Chemie-Werker bald auf die Suche nach einer regionalen und auch saisonalen Er-

gänzung. Wieder wurden sie fündig: Tennis sollte es sein, und das möglichst hoch angesiedelt. Der Davis Cup war fest in japanischer Hand, so beschied man sich mit dem zweitbesten und wohl auch etwas verschissenen Ereignis, dem einstigen King's Cup.

Titelsponsor des einstigen King's Cup

Aus ihm wurde – erstmals Anfang dieses Jahres – der „BASF European Cup“. Damit verzichteten die Veranstalter zwar auf die 50jährige Tradition des „King's“, hatten es aber sehr viel leichter, den neuen Sponsor an den Mann zu bringen. Der Cup, ausgerichtet vom Europäischen Tennisverband, wird in vier Divisionen in vier verschiedenen Städten Europas

ausgetragen. London, Helsinki, Bordeaux und Bergen sind für 1986 ausgewählt. Und überall wird es viel Eindruck machen, wenn sich die Spieler mit großbedruckten BASF-Handtüchern den Schweiß von der Stirn wischen ...

Im Blickfeld will der Chemiekonzern auch sein, wenn es im Spätsommer 1986 um die Leichtathletik-Europameisterschaften geht. Die Werbeflächen auf den Startnummern sind schon geübt. Doch nicht nur bei den großen Ereignissen mischt der europäische Magnetband-Marktführer mit, wenn auch hier die größte Medienresonanz zu erreichen ist.

Auch der Nachwuchs läuft für BASF, und das wozu? Denn 180 deutsche Mannschaften der Fußball-A-Jugend bekommen alle Jahre wieder ein dickes Paket (und einen kleinen finanziellen Zuschuß) aus Ludwigshafen: zwei Sätze Trikots mit dem Magnetband-Emblem, für einen kleinen Verein häufig schon eine spürbare Hilfe. Vormalig im Jahr erhalten die Jugendfußballer zudem eine eigene Zeitschrift mit Informationen aus ihrem Interessenkreis.

Was die ganze Sportwerbung die „Aniliner“ kostet, verschweigen sie ebenso wie die Summen der Einzelverträge. Geschätzt wird das Budget auf sechs bis sieben Millionen Mark. Und die sind gut angelegt, meint Axel Gietz mit dem Blick auf die Meldungen der Erfolgskontrolle. Allerdings: „Für die Sportwerbung braucht man einen langen Atem. Das ist keine Sache, die sich innerhalb eines Jahres bezahlt macht.“

BANKEN / Dienstleistungen gewinnen an Bedeutung

Die Versicherungen werden zu gefährlichen Konkurrenten

CLAUS DERTINGER, Frankfurt
Die klassischen Marktsegmente im Kreditgewerbe werden aufbrechen, neue Mitbewerber, vor allem Versicherungsgesellschaften, werden traditionelle Bankprodukte und Dienstleistungen anbieten, und die Banken werden sich in neue Geschäftssparten vorwagen. Dadurch wird sich der Wettbewerb am Bankenmarkt in der Bundesrepublik weiter verschärfen. Das ist der Kern einer Studie, die von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Arthur Andersen & Co. GmbH, Frankfurt, in Zusammenarbeit mit dem Lehrstuhl für Kreditwirtschaft an der Universität Hohenheim erstellt wurde und die sich auf die Antworten der 80 größten Institute aus dem Bereich der privaten Banken, der genossenschaftlichen Institute und der Sparkassen stützt.

Mit den Befragungsergebnissen, die in der von der weltweit tätigen Arthur Andersen & Co. durchgeführten Studie „The Decade of Change – Banking in Europe – the next ten years“ veröffentlicht wurde, sollen vor allem kleine und mittlere Banken dazu angeregt werden, ihre Marktstrategie dahingehend zu überprüfen, ob sie den Erfordernissen des Strukturwandels genügt.

Die Studie geht davon aus, daß die Zahl der großen nationalen Auslandsbanken weiter zunimmt und daß sich die Zahl der im traditionellen Geschäft tätigen deutschen Banken nicht wesentlich verändern wird. Vielmehr spreche dafür, daß Nichtbanken in traditionelle Bankmärkte wie das Depostengeschäft und den Konsumentenkredit eindringen und daß auf Spezialmärkten wie dem Merchant- und Investment-Banking tätige Institute ihre Angebotspalette verbreitern.

Zu direkten Wettbewerbern der Banken, so die Studie, werden vor allem Versicherungsgesellschaften, die künftig die volle Bankdienstleistungspalette einschließlich laufender Konten für Verbraucher anbieten. Die Einzelhandelsunternehmen werden dagegen, anders als sonst in Europa, wegen der großen Bankbeteiligungen an diesen Unternehmen keinen nennenswerten Anteil am Pri-

vatkündengeschäft erringen. Größere Erfolge billigt ihnen die Studie nur im Kreditkarten- und Teilzahlungsfiananzierungsgeschäft zu. Außerdem werde die Bundespost erfolgreich in neue Sparten wie das Home Banking und den Personalkredit eindringen. Zugleich wird erwartet, daß ausländische Broker, Kreditkartenorganisationen und Merchant-Banken dazu übergehen, Full-Service-Finanzberatung und Anlagenmanagement anzubieten.

Überhaupt rechnen die Befragten damit, daß Finanzdienstleistungen

Anzeige

VGGZ

VERMögensVERWALTUNGSGESELLSCHAFT ZÜRICH

Wenn auch Sie unsere

Börsenfavoriten 1986

kennentern wollen, bestellen Sie noch heute ein Probeabonnement der seit 28 Jahren erscheinenden „Brieft an Kapitalanleger“ (6 Mt. DM 70.-)

VGGZ, Schulhausstr. 26, 8027 Zürich

für Banken, Broker und Finanzvermittler immer wichtiger werden und daß sich die Nachfrage der Kunden vom traditionellen Kredit- und Einlagegeschäft zum nicht bilanzwirksamen Geschäft verlagert, wobei das Wertpapier- und Versicherungsgeschäft als am aussichtsreichsten hervorgehoben werden.

Im Konsumentenkreditgeschäft wird neben dem Zins die Qualität der persönlichen Beratung und die Schnelligkeit als besonders wichtig genannt. Das Manko neuer Anbieter sei trotz niedrigerer Zinsen und Gebühren die geringere Service- und Beratungsqualität und das Fehlen anderer Bankdienste. Auch im Firmengeschäft werde professionelle Beratung immer bedeutsamer, weil große Unternehmen unter Umgehung der Banken direkt an die Geldmärkte herantreten.

GESAMTMETALL / Trotz des 116-Streits setzen die Arbeitgeber auf Gemeinsamkeit

Dringlicher Appell an das „Wir-Gefühl“

THOMAS LINKE, Bonn
Die zeitliche Überschneidung der Ereignisse ist zufällig – aber nicht unerwünscht. Als der Gesamtverband der metallindustriellen Arbeitgeberverbände (Gesamtmetail) im letzten Herbst seine Informationskampagne „Weiter so“ und „Lohnvernunft '86“ plante, war die inzwischen stürmische Polemik um den Paragraphen 116 des Arbeitsförderungssetzes noch ein laues Lüftchen.

Inzwischen hat die 116-Radikalisierung sogar vor der Forderung nach einem Generalstreik nicht haltgemacht – und dennoch sprechen die Metallarbeiter in der laufenden Anzeigen- und Plakataktion von Anfang Januar bis Mitte März von „gemeinsamen Leistungen der Unternehmer und ihrer Mitarbeiter“ und

„gemeinsamen Aufgaben der Tarifpartner“. Als würde es inzwischen keine Arbeitsniederlegungen geben, die – obwohl der Gesetzgeber gemeint ist – sich gegen die Arbeitgeber richten, haben die Gesamtmetaller das „wir“ in den Mittelpunkt der Werbekampagne gestellt: „Wir haben wieder mehr zu tun“, „Wir haben 218 000 Beschäftigte mehr“.

Das „wir“ kommt auch in der Streuung der Anzeigen zum Ausdruck. In der „Managerlektüre“ Handelsblatt, in der WELT und der Frankfurter Allgemeinen Zeitung wird die Gemeinsamkeit ebenso verkündet wie in den Boulevardblättern Bild und Express. „Zielgruppe sind alle Mitarbeiter im Betrieb, vom Arbeiter bis zur Führungskraft“, erklärt Gesamtmetall-Presseschef Werner Riek die Platzierung der Anzeigen. Das Gemeinsame soll herausgestellt werden und nicht die Meinungsverschiedenheiten, von denen es natürlich auch genug gäbe, meint Werner Stumpfe, Präsident des Arbeitgeberverbandes Gesamtmetall, zum Tenor der Kampagne.

Dieser Aufwand ist nach Meinung von Werner Riek unbedingt nötig, „denn kein Verband kann es sich auf Dauer leisten, nur mit den durch die Redaktionen transportierten Informationen und Argumentationen Politik zu machen“. Daß die Arbeitgeber

dabei insbesondere durch die öffentlich-rechtlichen Medien benachteiligt werden, sieht für Riek fest, doch dies sei nicht der Hauptgrund für diese Kampagne. Stimulierend habe sich ausgewirkt, daß die erste längere Informationsaktion der Gesamtmetaller anlässlich der Auseinandersetzung um die Arbeitszeitverkürzung ein voller Erfolg geworden sei. „Vorher hatten wir immer nur mal ad hoc Anzeigen geschaltet.“

Um das „Weiter so“ in die Tat umzusetzen, muß nach Meinung der Metallarbeiter eine wichtige Voraussetzung erfüllt sein: „Lohnvernunft '86“. Nur so, hieß es in zwei weiteren Anzeigen- und Plakatserien, „gibt es noch mehr Arbeitsplätze“ und „stimmt der Geldwert“ auch weiterhin. Was für viele banal klingt, hat für Metallarbeiterpräsident Werner Stumpfe eine wichtige Funktion: „Es geht uns bei der Anzeigenkampagne darum, deutlich zu machen, daß die Grundregeln der Volkswirtschaft funktionieren, daß nämlich Zurückhaltung bei den Kosten zu mehr Investitionen führt, und mehr Investitionen mehr Arbeitsplätze bringen.“

Die offensive Darstellung der einfachen ökonomischen Sachverhalte kommt beim Empfänger an. Das beweisen täglich bis zu 70 Briefe, die auf den Tisch von Gesamtmetall-Presseschef Werner Riek flattern. Die meisten sind positiv und fragen, wieso wir erst jetzt so etwas bringen oder wollen von uns detailliertere Informationen“, erklärt Riek. Den größten Erfolg sieht der Presseschef aber darin, daß die Stuttgarter IG Metall in einer Veröffentlichung das Motiv der Arbeitgeber „Lohnvernunft '86“ übernommen hat, wenn auch mit einem anderen Verständnis von Lohnvernunft: „Mehr Kaufkraft“.

Einen Nachholbedarf in Sachen „Kaufkraft“ sieht Gesamtmetall-Präsident Stumpfe nicht. „Wenn man die Kosten der Tarifverhandlungen und die Kosten der Arbeitszeitverkürzung addiert, dann sieht man, daß die Gesamtkosten der Tarifabschlüsse auch in den letzten beiden Jahren hoch waren.“ Daß die nächste Lohnrunde – wie in der Kampagne beschworen – in trauter Gemeinsamkeit verläuft, glaubt wohl auch Stumpfe nicht. Die Auseinandersetzung um den 116 wird seiner Meinung nach Wirkung zeigen: „Ich glaube, daß insbesondere die IG Metall ein Klima geschaffen hat, das einer rationalen und vernünftigen Verhandlung entgegensteht.“

Aggressive Vorwürfe mußte Gesamtmetall auch wegen der laufenden Kampagne einstecken. Unter dem Motto „Für solche Propaganda habt ihr Kapitalisten Geld“ machten einige Briefschreiber ihrem Ärger über die Arbeitgeber-Aktion Luft. Schade findet es Riek nur, daß er auf diese kritischen Zuschriften nicht wie auf alle die anderen auch antworten kann – sie kommen fast immer anonym.



FOTO: THOMAS LINKE

Der INTERNATIONALE RENTENFONDS des DIT. Eine Anlage, die Ihnen 4 Vorteile bietet.

1. Der Name „Deutscher Investment-Trust“ und 4 Milliarden DM Fondsvermögen im INTERNATIONALEN RENTENFONDS stehen für eine professionelle Anlage.
2. Das Schwergewicht auf US-Dollar-Anleihen erster Adressen und hervorragende Anlageergebnisse sind eine gute Basis für weitere Erfolge dieses Fonds.
3. Amerikanische Anleihen bieten z.B. gegenüber deutschen Papieren einen Rendite-vorteil von mehr als 2%.
4. Kurssteigerungen festverzinslicher Papiere, die sich bei weiteren Zinsrückgängen

ergeben, vergrößern zusätzlich Ihre Chancen. Gewinn für Sie.

Ihre Anteile verwahren wir für Sie kostenlos. Auf Wunsch liefern wir sie Ihnen auch aus.

Sprechen Sie mit einem unserer Wertpapierberater.

In Berlin: BHI

PIERBURG

Mehrheit bei der Rheinmetall

n. Stuttgart

Bei der Pierburg-Gruppe, Neuss, dem bedeutenden Hersteller von Vergasern, sind die Besitzverhältnisse nunmehr neu geordnet worden. Danach hat die Rheinmetall Berlin AG, Düsseldorf, 80 Prozent des Kapitals der Pierburg-Gruppe übernommen, während die Robert Bosch GmbH, Stuttgart, wie bisher mit 20 Prozent an Pierburg beteiligt bleibt. Nach einer gemeinsamen Erklärung ist der Zusammenschluß beim Bundeskartellamt in Berlin angemeldet worden.

Der bisherige Hauptgesellschafter Jürgen Pierburg werde aus der Geschäftsführung der Pierburg-Gruppe ausscheiden, während Bernd Pierburg auch weiterhin der Geschäftsführung der Gruppe gehörenden Deutsche Vergaser Gesellschaft mbH & Co. KG, Berlin, angehören werde. Rheinmetall übernimmt die unternehmerische Führung der Pierburg-Gruppe. Außerdem vereinbarten Rheinmetall und Bosch für Pierburg eine technisch-industrielle Zusammenarbeit. Demzufolge wird Pierburg künftig zusätzlich zum bisherigen Produktprogramm ein eigenständiges Benzin-Einspritzsystem entwickeln, fertigen und vertreiben.

ADIG INVESTMENT / Von der freundlichen Aktienmarktentwicklung profitiert - Adifonds mit bestem Ergebnis

Rentenfonds bleiben in der Gunst der Anleger

DANKWARD SEITZ, München

Als einen "guten Schritt nach vorn" bewertet die Adig Allgemeine Deutsche Investment-GmbH, München/Frankfurt, das Ende 1985 vom EG-Ministerrat verabschiedete Richtlinien-Paket zur Harmonisierung der Rechtsvorschriften für Wertpapierfonds sowie deren Einbeziehung in die Liberalisierung des Kapitalverkehrs. Längerfristig wird dies nach Ansicht von Adig-Geschäftsführer Hans-Dieter auf der Sprünge zu einer kräftigen Belebung des Investmentwesens in der EG führen. Bislang war es für Investmentgesellschaften nämlich praktisch unmöglich, Anteile in einem fremden EG-Land zu vertreiben.

Gesetzesnovellierung nötig

Danach wird auch die Bundesregierung gezwungen, bis spätestens zum 1. Oktober 1989 das aus dem Jahr 1957 stammende deutsche Gesetz über Kapitalanlagegesellschaften (KAGG) diesen Richtlinien anzupassen. Dennoch hält man bei Adig eine teilweise Novellierung des KAGG zu einem früheren Zeitpunkt für dringend notwendig. Auf der Sprünge: "Sie duldet keinen längeren Auf-

schub." Vor allem sollten dabei folgende Punkte geändert werden:

- Beseitigung der Genehmigungspflicht beim Überschreiten der Anlagegrenze von fünf Prozent; höchstens Anzeigepflicht.
- Anhebung der Nennkapitalgrenze auf zehn Prozent. Denn bisher ist es Investmentfonds nur gestattet, beispielsweise Aktien eines Unternehmens nur bis zu fünf Prozent seines Grundkapitals zu erwerben, was bei kleinen Neumissionen schnell erreicht ist.
- Nichtanwendung der Konzernklausel auf Pfandbriefe und öffentliche Anleihen sowie auf Wertpapiere öffentlicher Emittenten.
- Erlaubnis zur Teilnahme an Optionsgeschäften, die Wertpapiere zum Gegenstand haben. Dies zumal auch, weil die EG-Richtlinie vorsieht, daß die jeweiligen Mitgliedstaaten dies den Gesellschaften gestatten können.

Als "zufriedenstellend" bezeichnet Adig-Geschäftsführer Paul Labatzki die Geschäftsentwicklung in den ersten sechs Monaten des Geschäftsjahres 1985/86 (30. 6.). Insgesamt konnte für die mittlerweile zwölf Fonds - am 1. Oktober wurde der Victoriant-Adig neu aufgelegt -

ein Mittelzufluß von netto 1,25 (1,13) Mrd. DM verbucht werden. Fast ausschließlich flossen diese Gelder den Rentenfonds zu, und zwar fast unverändert 1,25 Mrd. DM. Spitzenreiter war hier wiederum der Adirenta mit 709 (509) Mill. DM; der neue Victoria kam auf 33 Mill. DM. Während hingegen die Aktienfonds noch einen Nettozufluß von 14,1 (minus 98) Mill. DM verbuchten, ergab sich bei den gemischten Fonds nochmals ein Rückgang um 18,7 (20,6) Mill. DM.

Bezüglich der Wertentwicklung der Fonds konnte vor allem bei denjenigen mit Anlage Schwerpunkt Deutschland, so Labatzki, die freundliche Aktienmarktentwicklung voll genutzt werden. Das beste Ergebnis erzielte der Adifonds mit plus 31,3 Prozent vor dem Fondak mit 29,6 Prozent.

Marktanteil gewachsen

Die übrigen Fonds erzielten Zuwächse zwischen 24,6 Prozent (Adirenta) und 1,4 Prozent (Adirenta). Unter dem Kursrückgang des US-Dollar hatte der Fondrent zu leiden (minus 4,5 Prozent). Alles in allem verwaltete die Adig Ende 1985 ein Fondsvermögen von 11,2 Mrd. DM -

ein Plus von 14,3 Prozent gegenüber Ende Juni 1985. Damit erhöhte sich ihr Marktanteil auf insgesamt 22,6 (22,4) Prozent.

Relativ zuversichtlich beurteilt man bei der Adig noch die weitere Entwicklung an den Aktien- und Rentenmärkten. Dies vor allem vor dem Hintergrund, so Geschäftsführer Lutz Wille, daß die wirtschaftlichen Perspektiven der Bundesrepublik derzeit "hervorragend" sind und der Konjunkturzyklus auch über 1986 hinaus Bestand haben dürfte. So hätten auch die Zinsen gegenwärtig "noch Luft nach unten". Zudem dürfte der US-Dollar mit Kursen um 2,30 DM inzwischen den größten Teil seines Kursrückgangs hinter sich haben.

Aus alledem dürften sich für den Rentenfonds keine größeren Belastungen ergeben. Und am Aktienmarkt geben die fundamentalen Daten weiteren Spielraum für Kursphantasie. Doch hohe Kurse verlocken immer wieder einmal zu Gewinnmitnahmen. "Timing und selektive Auswahl" dürften zunehmend wieder im Vordergrund stehen. Es zeige sich inzwischen schon wieder, daß das Geschäft zunehmend "professioneller" werde.

WEIDMÜLLER / Marktführer bei Leitungsverbindern

Kapazität wird ausgebaut

dos, Detmold

weitest führende Stellung ausgebaut werden.

Die Weidmüller-Gruppe in Detmold, Marktführer auf dem Gebiet der elektrischen und elektronischen Verbindungstechnik, hat 1985 die hohen Zuwachsraten des Vorjahres wieder erreicht. Nach Angaben des Unternehmens stieg der Gruppenumsatz um 19 (24) Prozent auf 481 (411) Mill. DM. Zur Ertragsentwicklung werden keine Zahlen genannt. Immerhin äußert sich Geschäftsführer Uwe Schäkel auch in dieser Hinsicht "zufrieden". Das Ergebnis habe mit dem Umsatzwachstum Schritt gehalten. Innerhalb der Gruppe wurden 26 (24) Mill. DM investiert. Beschäftigt wurden 3450 (3100) Mitarbeiter, davon 1200 in Heimarbeits.

Die Stammesgesellschaft C. A. Weidmüller GmbH & Co. verzeichnete im Berichtsjahr ein Umsatzplus von 17 (25) Prozent auf 244 (206) Mill. DM. Der Exportanteil lag bei unverändert 52 Prozent. Die Preise stiegen im Durchschnitt um 2,8 Prozent. Vor allem die noch jungen Produktbereiche Elektronik, Steckverbinder und Werkzeuge, auf die 71 Mill. DM oder 29 (24) Prozent des Umsatzes entfielen, trugen das Wachstum. Aber auch bei Leitungsverbindern konnte die

Inzwischen hat Weidmüller in Bad-Niedernah die Produktion von berührungsfreien Sensoren für den Einsatz in Robotern aufgenommen. Ein neuer Standort wird auch für den expandierenden Elektronik-Bereich gesucht. Schäkel rechnet damit, daß der Umsatz auch im laufenden Jahr zweistellig wachsen wird. Die Personalplanung sehe eine Aufstockung um 100 Mitarbeiter vor.

Die zuversichtliche Beurteilung der künftigen Entwicklung schlägt sich in dem Investitionsprogramm für 1986 und 1987 nieder. Innerhalb der Gruppe will Weidmüller rund 100 Mill. DM investieren; rund die Hälfte davon entfällt auf die Stammesgesellschaft. Jeweils ein Drittel der Gesamtsumme betreffen den Ausbau maschineller Kapazitäten, die Einführung neuer Techniken und bauliche Maßnahmen. Finanzieren will Weidmüller die Investitionen vor allem aus Eigenmitteln. Dies sagt ebenso wie die im vergangenen Jahr auf 2,8 (2,2) Mill. DM erhöhte Ergebnisbeteiligung für die Stammesgesellschaft einiges über die Ertragskraft des Familienunternehmens aus.

Angebot zum Bezug der neuen Aktien aus der Kapitalerhöhung 1986 und der 6 1/2 % Optionsanleihe von 1986/1996

Wertpapier-Kenn-Nummern: 804 610, 804 611, 804 615, 804 617, 804 619, 471 582, 472 006, 473 820 und 473 822

Der Vorstand hat mit Zustimmung des Aufsichtsrats beschlossen, von der ihm durch Hauptversammlungsschluß vom 10. Mai 1985 erteilten Ermächtigung (genehmigtes Kapital) teilweise Gebrauch zu machen und das Grundkapital um DM 100.000.000,- auf DM 1.237.996.350,- durch Ausgabe von Stück 2.000.000 neuen, auf den Inhaber lautenden Aktien im Nennbetrag von je DM 50,- mit voller Gewinnberechtigung für das Geschäftsjahr 1986 zu erhöhen. Die neuen Aktien sind zum Ausgabezeitpunkt von DM 330,- je Aktie im Nennbetrag von DM 50,-, von der Bayerischen Hypothek- und Wechsel-Bank Aktiengesellschaft, München, mit der Verpflichtung gezeichnet worden, den Aktionären - insoweit unter Ausschluss des gesetzlichen Bezugsrechtes der Aktionäre - den Inhabern von Optionsanleihen aus der 4 % DM Optionsanleihe von 1983/1990, der US-S Floating Rate Optionsanleihe von 1983/1993, der 8 % DM Optionsanleihe von 1984/1992 und der US-S Floating Rate Optionsanleihe von 1984/1992 der Dresdner Finance B.V., Amsterdam, neue Aktien im Verhältnis 14:1 zu den Ausgabebedingungen zum Bezug anzubieten. Der zum Bezug nicht benötigte Spitzenbetrag wird nach Weisung des Vorstandes verwertet. Die Durchführung der Kapitalerhöhung ist in das Handelsregister eingetragen worden.

Der Vorstand hat ferner beschlossen, von der ihm durch Hauptversammlungsschluß vom 10. Mai 1985 erteilten Ermächtigung Gebrauch zu machen und eine 6 1/2 % Optionsanleihe im Betrag von DM 400.000.000,- auszugeben. Die Optionsanleihe wird durch den Vorstand der Dresdner Bank AG, München, mit der Verpflichtung gezeichnet worden, den Aktionären und den Inhabern von Optionsanleihen aus den vorgenannten Optionsanleihen der Dresdner Finance B.V. im Verhältnis 17:5 zum Ausgabezeitpunkt von 130% zum Bezug anzubieten. Der bei dem Bezug verbleibende Spitzenbetrag wird nach Weisung des Vorstandes verwertet. Die Optionsanleihe hat folgende Ausstattung:

Emissionsbetrag:	DM 400.000.000,-
Stückelung:	Die Anleihe ist eingeteilt in auf den Inhaber lautende, untereinander gleichberechtigte Teilschuldverschreibungen im Nennbetrag von je DM 1000,-
Verzinsung:	Die Teilschuldverschreibungen werden vom 18. März 1986 an mit 6 1/2 % jährlich verzinst. Die Zinsen sind nachträglich am 18. März eines jeden Jahres, erstmals am 18. März 1987, zur Zahlung fällig.
Laufzeit:	Die Laufzeit der Anleihe beträgt längstens 10 Jahre.
Ausgabekurs:	Der Ausgabezeitpunkt für die Teilschuldverschreibungen beträgt 130%.
Rückzahlung am Ende der Laufzeit:	Die Teilschuldverschreibungen werden spätestens am 18. März 1996 zur Rückzahlung zum Nennbetrag fällig.
Optionsanleihe:	Jeder Teilschuldverschreibung im Nennbetrag von DM 1000,- sind zwei Inhaber-Optionscheine mit der Berechtigung zum Bezug von einer und von vier Inhaberkonten, also insgesamt fünf Inhaberkonten der Dresdner Bank AG im Nennbetrag von je DM 50,- beigegeben. Die Optionscheine können ab dem 18. April 1986 von den Teilschuldverschreibern abgetrennt und übertragen werden.
Optionspreis:	Der Optionspreis je Aktie im Nennbetrag von DM 50,- beträgt DM 380,-.
Optionsrecht:	Die Inhaber der Optionscheine sind berechtigt, die auf den Optionscheinen angegebene Anzahl von Inhaberkonten zum Optionspreis von DM 380,- je Aktie im Nennbetrag von DM 50,- zu beziehen. Aktien, die aufgrund des Optionsrechtes erworben werden, sind für das Geschäftsjahr dividendenberechtigt, in dem die Optionsanleihe wirksam wird.
Optionsfrist:	Das Optionsrecht kann vom 18. April 1986 bis zum 18. März 1996 ausübt werden mit Ausnahme bestimmter, in § 2 der Optionsbedingungen näher genannter Zeiträume.
Verwässerungsschutz:	Sofern die Dresdner Bank AG bis zum 18. März 1996 unter Einräumung eines unmittelbaren oder mittelbaren Bezugsrechtes an ihre Aktionäre ihr Grundkapital erhöht oder Schuldverschreibungen oder Genußrechte mit Wandel- oder Optionsrechten auf Aktien begibt, wird gemäß § 7 der Optionsbedingungen entweder der Optionspreis ermäßigt oder den Inhabern der Optionscheine ein Bezugsrecht eingeräumt.
Bedingtes Kapital:	Zur Sicherung des Optionsrechtes besteht ein bedingtes Kapital in Höhe von DM 100.000.000,-.
Wertpapier-Kenn-Nr.:	Teilschuldverschreibungen mit Optionscheinen: 390 998 Teilschuldverschreibungen ohne Optionscheine: 390 999 Optionscheine: 804 620

Wir bitten unsere Aktionäre sowie die Inhaber von Optionsanleihen aus den vorgenannten Optionsanleihen der Dresdner Finance B.V., Amsterdam, ihre Bezugsrechte auf die neuen Aktien und die Optionsanleihe zur Vermeidung des Ausschlusses in der Zeit

vom 3. bis 17. März 1986 einschließlich bei einer Bezugsstelle während der üblichen Schaltstunden auszuüben.

Bezugsstellen sind in der Bundesrepublik Deutschland einschließlich Berlin (West): Dresdner Bank AG, Frankfurt am Main, mit sämtlichen Niederlassungen Bank für Handel und Industrie AG, Berlin

in Bayern: Bayerische Hypothek- und Wechsel-Bank AG, München
Bayerische Vereinsbank AG, München
Berliner Bank AG, Berlin
Berliner Handels- und Frankfurter Bank, Frankfurt am Main - Berlin
Bankhaus Rauschel & Co., München
Verkehrs- und Wechselbank AG, Hamburg

in Belgien: Banque Bruxelles Lambert S.A., Brüssel

in Frankreich: Banque Nationale de Paris, Paris
Banque Paribas, Paris
Banque de l'Industrie et du Commerce, Paris

in Großbritannien: Barclays Bank PLC, London
Dresdner Bank AG London Branch, London

in Italien: Banca Nazionale del Lavoro, Rom
Dresdner Bank AG Sede di Milano, Mailand

in Luxemburg: Banque Internationale à Luxembourg S.A., Luxemburg
Compagnie Luxembourgeoise de la Dresdner Bank AG - Dresdner Bank International, Luxemburg

in den Niederlanden: Algemene Bank Nederland N.V., Amsterdam

in Österreich: Österreichische Länderbank AG, Wien

in der Schweiz: Schweizerische Bankgesellschaft, Zürich
Schweizerische Kreditanstalt, Zürich
Schweizerischer Bankverein, Basel
Schweizerische Volksbank, Bern
Dresdner Bank (Schweiz) AG, Zürich

in Spanien: Dresdner Bank AG Sucursal de Madrid, Madrid und Barcelona

Als Bezugsrechtswert für die neuen Aktien dient der Gewinnanteil der Aktie 45 der Aktien sowie der Legitimationsschein A zu den Optionsanleihen (jeweils Wertpapier-Kenn-Nr. 804 618) aus den vorgenannten Optionsanleihen. Gegen Einreichung dieses Gewinnanteilscheins oder dieses Legitimationsscheins kann entsprechend dem Bezugsverhältnis 14:1 auf je 14 Aktien im Nennbetrag von DM 50,- oder Optionscheine, die zum Bezug von 14 Aktien zu je DM 50,- berechnen, eine neue Aktie über DM 50,- zum Ausgabezeitpunkt von DM 330,- börsennotierte Aktien erworben werden. Auch die gemeinsame Verwendung von Bezugsrechten aus Aktien und Optionsanleihen ist möglich. Der Ausgabezeitpunkt für die neuen Aktien ist bei der Bezugsanmeldung, spätestens jedoch am letzten Tag der Bezugsfrist zu zahlen.

Die neuen Aktien (Wertpapier-Kenn-Nr. 804 611) werden den Aktionären aufgrund einer bei der Frankfurter Kassenverein AG hinterlegten Globalurkunde im Giroverkehr zur Verfügung gestellt. Ein Ausdruck von neuen Aktienurkunden ist zur Zeit nicht vorgesehen. Es werden auf Anforderung hin nach der am 16. Mai 1986 stattfindenden Hauptversammlung - nach Zahlung der Dividende für das Geschäftsjahr 1985 auf Gewinnanteilschein Nr. 47 - alte Aktienurkunden mit Gewinnanteilschein Nr. 48 bis 50 und Erneuerungsscheine zur Verfügung gestellt. Bis zu diesem Zeitpunkt können Ansprüche auf Auslieferung von Einzelurkunden nicht geltend gemacht werden.

Die Ausübung des Bezugsrechtes auf die Optionsanleihe wird durch den Erfolg der Einreichung des Gewinnanteilscheins Nr. 46 der Aktien sowie des Legitimationsscheins B zu den Optionsanleihen (jeweils Wertpapier-Kenn-Nr. 804 618) aus den vorgenannten Optionsanleihen entsprechend dem Bezugsverhältnis 17:5, d. h. auf je 58 Aktien im Nennbetrag von DM 50,- oder Optionscheine, die zum Bezug von 58 Aktien zu je DM 50,- berechnen, kann eine Optionsanleihe zum DM 1000,- zum Kurs von 130% börsennotierte Aktien erworben werden. Auch die gemeinsame Verwendung von Bezugsrechten aus Aktien und Optionsanleihen ist möglich. Der Ausgabezeitpunkt für die Optionsanleihe wird durch den Erfolg der Einreichung des Gewinnanteilscheins Nr. 46 der Aktien sowie des Legitimationsscheins B zu den Optionsanleihen (jeweils Wertpapier-Kenn-Nr. 804 618) aus den vorgenannten Optionsanleihen entsprechend dem Bezugsverhältnis 17:5, d. h. auf je 58 Aktien im Nennbetrag von DM 50,- oder Optionscheine, die zum Bezug von 58 Aktien zu je DM 50,- berechnen, kann eine Optionsanleihe zum DM 1000,- zum Kurs von 130% börsennotierte Aktien erworben werden. Auch die gemeinsame Verwendung von Bezugsrechten aus Aktien und Optionsanleihen ist möglich. Der Ausgabezeitpunkt für die Optionsanleihe wird durch den Erfolg der Einreichung des Gewinnanteilscheins Nr. 46 der Aktien sowie des Legitimationsscheins B zu den Optionsanleihen (jeweils Wertpapier-Kenn-Nr. 804 618) aus den vorgenannten Optionsanleihen entsprechend dem Bezugsverhältnis 17:5, d. h. auf je 58 Aktien im Nennbetrag von DM 50,- oder Optionscheine, die zum Bezug von 58 Aktien zu je DM 50,- berechnen, kann eine Optionsanleihe zum DM 1000,- zum Kurs von 130% börsennotierte Aktien erworben werden. Auch die gemeinsame Verwendung von Bezugsrechten aus Aktien und Optionsanleihen ist möglich. Der Ausgabezeitpunkt für die Optionsanleihe wird durch den Erfolg der Einreichung des Gewinnanteilscheins Nr. 46 der Aktien sowie des Legitimationsscheins B zu den Optionsanleihen (jeweils Wertpapier-Kenn-Nr. 804 618) aus den vorgenannten Optionsanleihen entsprechend dem Bezugsverhältnis 17:5, d. h. auf je 58 Aktien im Nennbetrag von DM 50,- oder Optionscheine, die zum Bezug von 58 Aktien zu je DM 50,- berechnen, kann eine Optionsanleihe zum DM 1000,- zum Kurs von 130% börsennotierte Aktien erworben werden. Auch die gemeinsame Verwendung von Bezugsrechten aus Aktien und Optionsanleihen ist möglich. Der Ausgabezeitpunkt für die Optionsanleihe wird durch den Erfolg der Einreichung des Gewinnanteilscheins Nr. 46 der Aktien sowie des Legitimationsscheins B zu den Optionsanleihen (jeweils Wertpapier-Kenn-Nr. 804 618) aus den vorgenannten Optionsanleihen entsprechend dem Bezugsverhältnis 17:5, d. h. auf je 58 Aktien im Nennbetrag von DM 50,- oder Optionscheine, die zum Bezug von 58 Aktien zu je DM 50,- berechnen, kann eine Optionsanleihe zum DM 1000,- zum Kurs von 130% börsennotierte Aktien erworben werden. Auch die gemeinsame Verwendung von Bezugsrechten aus Aktien und Optionsanleihen ist möglich. Der Ausgabezeitpunkt für die Optionsanleihe wird durch den Erfolg der Einreichung des Gewinnanteilscheins Nr. 46 der Aktien sowie des Legitimationsscheins B zu den Optionsanleihen (jeweils Wertpapier-Kenn-Nr. 804 618) aus den vorgenannten Optionsanleihen entsprechend dem Bezugsverhältnis 17:5, d. h. auf je 58 Aktien im Nennbetrag von DM 50,- oder Optionscheine, die zum Bezug von 58 Aktien zu je DM 50,- berechnen, kann eine Optionsanleihe zum DM 1000,- zum Kurs von 130% börsennotierte Aktien erworben werden. Auch die gemeinsame Verwendung von Bezugsrechten aus Aktien und Optionsanleihen ist möglich. Der Ausgabezeitpunkt für die Optionsanleihe wird durch den Erfolg der Einreichung des Gewinnanteilscheins Nr. 46 der Aktien sowie des Legitimationsscheins B zu den Optionsanleihen (jeweils Wertpapier-Kenn-Nr. 804 618) aus den vorgenannten Optionsanleihen entsprechend dem Bezugsverhältnis 17:5, d. h. auf je 58 Aktien im Nennbetrag von DM 50,- oder Optionscheine, die zum Bezug von 58 Aktien zu je DM 50,- berechnen, kann eine Optionsanleihe zum DM 1000,- zum Kurs von 130% börsennotierte Aktien erworben werden. Auch die gemeinsame Verwendung von Bezugsrechten aus Aktien und Optionsanleihen ist möglich. Der Ausgabezeitpunkt für die Optionsanleihe wird durch den Erfolg der Einreichung des Gewinnanteilscheins Nr. 46 der Aktien sowie des Legitimationsscheins B zu den Optionsanleihen (jeweils Wertpapier-Kenn-Nr. 804 618) aus den vorgenannten Optionsanleihen entsprechend dem Bezugsverhältnis 17:5, d. h. auf je 58 Aktien im Nennbetrag von DM 50,- oder Optionscheine, die zum Bezug von 58 Aktien zu je DM 50,- berechnen, kann eine Optionsanleihe zum DM 1000,- zum Kurs von 130% börsennotierte Aktien erworben werden. Auch die gemeinsame Verwendung von Bezugsrechten aus Aktien und Optionsanleihen ist möglich. Der Ausgabezeitpunkt für die Optionsanleihe wird durch den Erfolg der Einreichung des Gewinnanteilscheins Nr. 46 der Aktien sowie des Legitimationsscheins B zu den Optionsanleihen (jeweils Wertpapier-Kenn-Nr. 804 618) aus den vorgenannten Optionsanleihen entsprechend dem Bezugsverhältnis 17:5, d. h. auf je 58 Aktien im Nennbetrag von DM 50,- oder Optionscheine, die zum Bezug von 58 Aktien zu je DM 50,- berechnen, kann eine Optionsanleihe zum DM 1000,- zum Kurs von 130% börsennotierte Aktien erworben werden. Auch die gemeinsame Verwendung von Bezugsrechten aus Aktien und Optionsanleihen ist möglich. Der Ausgabezeitpunkt für die Optionsanleihe wird durch den Erfolg der Einreichung des Gewinnanteilscheins Nr. 46 der Aktien sowie des Legitimationsscheins B zu den Optionsanleihen (jeweils Wertpapier-Kenn-Nr. 804 618) aus den vorgenannten Optionsanleihen entsprechend dem Bezugsverhältnis 17:5, d. h. auf je 58 Aktien im Nennbetrag von DM 50,- oder Optionscheine, die zum Bezug von 58 Aktien zu je DM 50,- berechnen, kann eine Optionsanleihe zum DM 1000,- zum Kurs von 130% börsennotierte Aktien erworben werden. Auch die gemeinsame Verwendung von Bezugsrechten aus Aktien und Optionsanleihen ist möglich. Der Ausgabezeitpunkt für die Optionsanleihe wird durch den Erfolg der Einreichung des Gewinnanteilscheins Nr. 46 der Aktien sowie des Legitimationsscheins B zu den Optionsanleihen (jeweils Wertpapier-Kenn-Nr. 804 618) aus den vorgenannten Optionsanleihen entsprechend dem Bezugsverhältnis 17:5, d. h. auf je 58 Aktien im Nennbetrag von DM 50,- oder Optionscheine, die zum Bezug von 58 Aktien zu je DM 50,- berechnen, kann eine Optionsanleihe zum DM 1000,- zum Kurs von 130% börsennotierte Aktien erworben werden. Auch die gemeinsame Verwendung von Bezugsrechten aus Aktien und Optionsanleihen ist möglich. Der Ausgabezeitpunkt für die Optionsanleihe wird durch den Erfolg der Einreichung des Gewinnanteilscheins Nr. 46 der Aktien sowie des Legitimationsscheins B zu den Optionsanleihen (jeweils Wertpapier-Kenn-Nr. 804 618) aus den vorgenannten Optionsanleihen entsprechend dem Bezugsverhältnis 17:5, d. h. auf je 58 Aktien im Nennbetrag von DM 50,- oder Optionscheine, die zum Bezug von 58 Aktien zu je DM 50,- berechnen, kann eine Optionsanleihe zum DM 1000,- zum Kurs von 130% börsennotierte Aktien erworben werden. Auch die gemeinsame Verwendung von Bezugsrechten aus Aktien und Optionsanleihen ist möglich. Der Ausgabezeitpunkt für die Optionsanleihe wird durch den Erfolg der Einreichung des Gewinnanteilscheins Nr. 46 der Aktien sowie des Legitimationsscheins B zu den Optionsanleihen (jeweils Wertpapier-Kenn-Nr. 804 618) aus den vorgenannten Optionsanleihen entsprechend dem Bezugsverhältnis 17:5, d. h. auf je 58 Aktien im Nennbetrag von DM 50,- oder Optionscheine, die zum Bezug von 58 Aktien zu je DM 50,- berechnen, kann eine Optionsanleihe zum DM 1000,- zum Kurs von 130% börsennotierte Aktien erworben werden. Auch die gemeinsame Verwendung von Bezugsrechten aus Aktien und Optionsanleihen ist möglich. Der Ausgabezeitpunkt für die Optionsanleihe wird durch den Erfolg der Einreichung des Gewinnanteilscheins Nr. 46 der Aktien sowie des Legitimationsscheins B zu den Optionsanleihen (jeweils Wertpapier-Kenn-Nr. 804 618) aus den vorgenannten Optionsanleihen entsprechend dem Bezugsverhältnis 17:5, d. h. auf je 58 Aktien im Nennbetrag von DM 50,- oder Optionscheine, die zum Bezug von 58 Aktien zu je DM 50,- berechnen, kann eine Optionsanleihe zum DM 1000,- zum Kurs von 130% börsennotierte Aktien erworben werden. Auch die gemeinsame Verwendung von Bezugsrechten aus Aktien und Optionsanleihen ist möglich. Der Ausgabezeitpunkt für die Optionsanleihe wird durch den Erfolg der Einreichung des Gewinnanteilscheins Nr. 46 der Aktien sowie des Legitimationsscheins B zu den Optionsanleihen (jeweils Wertpapier-Kenn-Nr. 804 618) aus den vorgenannten Optionsanleihen entsprechend dem Bezugsverhältnis 17:5, d. h. auf je 58 Aktien im Nennbetrag von DM 50,- oder Optionscheine, die zum Bezug von 58 Aktien zu je DM 50,- berechnen, kann eine Optionsanleihe zum DM 1000,- zum Kurs von 130% börsennotierte Aktien erworben werden. Auch die gemeinsame Verwendung von Bezugsrechten aus Aktien und Optionsanleihen ist möglich. Der Ausgabezeitpunkt für die Optionsanleihe wird durch den Erfolg der Einreichung des Gewinnanteilscheins Nr. 46 der Aktien sowie des Legitimationsscheins B zu den Optionsanleihen (jeweils Wertpapier-Kenn-Nr. 804 618) aus den vorgenannten Optionsanleihen entsprechend dem Bezugsverhältnis 17:5, d. h. auf je 58 Aktien im Nennbetrag von DM 50,- oder Optionscheine, die zum Bezug von 58 Aktien zu je DM 50,- berechnen, kann eine Optionsanleihe zum DM 1000,- zum Kurs von 130% börsennotierte Aktien erworben werden. Auch die gemeinsame Verwendung von Bezugsrechten aus Aktien und Optionsanleihen ist möglich. Der Ausgabezeitpunkt für die Optionsanleihe wird durch den Erfolg der Einreichung des Gewinnanteilscheins Nr. 46 der Aktien sowie des Legitimationsscheins B zu den Optionsanleihen (jeweils Wertpapier-Kenn-Nr. 804 618) aus den vorgenannten Optionsanleihen entsprechend dem Bezugsverhältnis 17:5, d. h. auf je 58 Aktien im Nennbetrag von DM 50,- oder Optionscheine, die zum Bezug von 58 Aktien zu je DM 50,- berechnen, kann eine Optionsanleihe zum DM 1000,- zum Kurs von 130% börsennotierte Aktien erworben werden. Auch die gemeinsame Verwendung von Bezugsrechten aus Aktien und Optionsanleihen ist möglich. Der Ausgabezeitpunkt für die Optionsanleihe wird durch den Erfolg der Einreichung des Gewinnanteilscheins Nr. 46 der Aktien sowie des Legitimationsscheins B zu den Optionsanleihen (jeweils Wertpapier-Kenn-Nr. 804 618) aus den vorgenannten Optionsanleihen entsprechend dem Bezugsverhältnis 17:5, d. h. auf je 58 Aktien im Nennbetrag von DM 50,- oder Optionscheine, die zum Bezug von 58 Aktien zu je DM 50,- berechnen, kann eine Optionsanleihe zum DM 1000,- zum Kurs von 130% börsennotierte Aktien erworben werden. Auch die gemeinsame Verwendung von Bezugsrechten aus Aktien und Optionsanleihen ist möglich. Der Ausgabezeitpunkt für die Optionsanleihe wird durch den Erfolg der Einreichung des Gewinnanteilscheins Nr. 46 der Aktien sowie des Legitimationsscheins B zu den Optionsanleihen (jeweils Wertpapier-Kenn-Nr. 804 618) aus den vorgenannten Optionsanleihen entsprechend dem Bezugsverhältnis 17:5, d. h. auf je 58 Aktien im Nennbetrag von DM 50,- oder Optionscheine, die zum Bezug von 58 Aktien zu je DM 50,- berechnen, kann eine Optionsanleihe zum DM 1000,- zum Kurs von 130% börsennotierte Aktien erworben werden. Auch die gemeinsame Verwendung von Bezugsrechten aus Aktien und Optionsanleihen ist möglich. Der Ausgabezeitpunkt für die Optionsanleihe wird durch den Erfolg der Einreichung des Gewinnanteilscheins Nr. 46 der Aktien sowie des Legitimationsscheins B zu den Optionsanleihen (jeweils Wertpapier-Kenn-Nr. 804 618) aus den vorgenannten Optionsanleihen entsprechend dem Bezugsverhältnis 17:5, d. h. auf je 58 Aktien im Nennbetrag von DM 50,- oder Optionscheine, die zum Bezug von 58 Aktien zu je DM 50,- berechnen, kann eine Optionsanleihe zum DM 1000,- zum Kurs von 130% börsennotierte Aktien erworben werden. Auch die gemeinsame Verwendung von Bezugsrechten aus Aktien und Optionsanleihen ist möglich. Der Ausgabezeitpunkt für die Optionsanleihe wird durch den Erfolg der Einreichung des Gewinnanteilscheins Nr. 46 der Aktien sowie des Legitimationsscheins B zu den Optionsanleihen (jeweils Wertpapier-Kenn-Nr. 804 618) aus den vorgenannten Optionsanleihen entsprechend dem Bezugsverhältnis 17:5, d. h. auf je 58 Aktien im Nennbetrag von DM 50,- oder Optionscheine, die zum Bezug von 58 Aktien zu je DM 50,- berechnen, kann eine Optionsanleihe zum DM 1000,- zum Kurs von 130% börsennotierte Aktien erworben werden. Auch die gemeinsame Verwendung von Bezugsrechten aus Aktien und Optionsanleihen ist möglich. Der Ausgabezeitpunkt für die Optionsanleihe wird durch den Erfolg der Einreichung des Gewinnanteilscheins Nr. 46 der Aktien sowie des Legitimationsscheins B zu den Optionsanleihen (jeweils Wertpapier-Kenn-Nr. 804 618) aus den vorgenannten Optionsanleihen entsprechend dem Bezugsverhältnis 17:5, d. h. auf je 58 Aktien im Nennbetrag von DM 50,- oder Optionscheine, die zum Bezug von 58 Aktien zu je DM 50,- berechnen, kann eine Optionsanleihe zum DM 1000,- zum Kurs von 130% börsennotierte Aktien erworben werden. Auch die gemeinsame Verwendung von Bezugsrechten aus Aktien und Optionsanleihen ist möglich. Der Ausgabezeitpunkt für die Optionsanleihe wird durch den Erfolg der Einreichung des Gewinnanteilscheins Nr. 46 der Aktien sowie des Legitimationsscheins B zu den Optionsanleihen (jeweils Wertpapier-Kenn-Nr. 804 618) aus den vorgenannten Optionsanleihen entsprechend dem Bezugsverhältnis 17:5, d. h. auf je 58 Aktien im Nennbetrag von DM 50,- oder Optionscheine, die zum Bezug von 58 Aktien zu je DM 50,- berechnen, kann eine Optionsanleihe zum DM 1000,- zum Kurs von 130% börsennotierte Aktien erworben werden. Auch die gemeinsame Verwendung von Bezugsrechten aus Aktien und Optionsanleihen ist möglich. Der Ausgabezeitpunkt für die Optionsanleihe wird durch den Erfolg der Einreichung des Gewinnanteilscheins Nr. 46 der Aktien sowie des Legitimationsscheins B zu den Optionsanleihen (jeweils Wertpapier-Kenn-Nr. 804 618) aus den vorgenannten Optionsanleihen entsprechend dem Bezugsverhältnis 17:5, d. h. auf je 58 Aktien im Nennbetrag von DM 50,- oder Optionscheine, die zum Bezug von 58 Aktien zu je DM 50,- berechnen, kann eine Optionsanleihe zum DM 1000,- zum Kurs von 130% börsennotierte Aktien erworben werden. Auch die gemeinsame Verwendung von Bezugsrechten aus Aktien und Optionsanleihen ist möglich. Der Ausgabezeitpunkt für die Optionsanleihe wird durch den Erfolg der Einreichung des Gewinnanteilscheins Nr. 46 der Aktien sowie des Legitimationsscheins B zu den Optionsanleihen (jeweils Wertpapier-Kenn-Nr. 804 618) aus den vorgenannten Optionsanleihen entsprechend dem Bezugsverhältnis 17:5, d. h. auf je 58 Aktien im Nennbetrag von DM 50,- oder Optionscheine, die zum Bezug von 58 Aktien zu je DM 50,- berechnen, kann eine Optionsanleihe zum DM 1000,- zum Kurs von 130% börsennotierte Aktien erworben werden. Auch die gemeinsame Verwendung von Bezugsrechten aus Aktien und Optionsanleihen ist möglich. Der Ausgabezeitpunkt für die Optionsanleihe wird durch den Erfolg der Einreichung des Gewinnanteilscheins Nr. 46 der Aktien sowie des Legitimationsscheins B zu den Optionsanleihen (jeweils Wertpapier-Kenn-Nr. 804 618) aus den vorgenannten Optionsanleihen entsprechend dem Bezugsverhältnis 17:5, d. h. auf je 58 Aktien im Nennbetrag von DM 50,- oder Optionscheine, die zum Bezug von 58 Aktien zu je DM 50,- berechnen, kann eine Optionsanleihe zum DM 1000,- zum Kurs von 130% börsennotierte Aktien erworben werden. Auch die gemeinsame Verwendung von Bezugsrechten aus Aktien und Optionsanleihen ist möglich. Der Ausgabezeitpunkt für die Optionsanleihe wird durch den Erfolg der Einreichung des Gewinnanteilscheins Nr. 46 der Aktien sowie des Legitimationsscheins B zu den Optionsanleihen (jeweils Wertpapier-Kenn-Nr. 804 618) aus den vorgenannten Optionsanleihen entsprechend dem Bezugsverhältnis 17:5, d. h. auf je 58 Aktien im Nennbetrag von DM 50,- oder Optionscheine, die zum Bezug von 58 Aktien zu je DM 50,- berechnen, kann eine Optionsanleihe zum DM 1000,- zum Kurs von 130% börsennotierte Aktien erworben werden. Auch die gemeinsame Verwendung von Bezugsrechten aus Aktien und Optionsanleihen ist möglich. Der Ausgabezeitpunkt für die Optionsanleihe wird durch den Erfolg der Einreichung des Gewinnanteilscheins Nr. 46 der Aktien sowie des Legitimationsscheins B zu den Optionsanleihen (jeweils Wertpapier-Kenn-Nr. 804 618) aus den vorgenannten Optionsanleihen entsprechend dem Bezugsverhältnis 17:5, d. h. auf je 58 Aktien im Nennbetrag von DM 50,- oder Optionscheine, die zum Bezug von 58 Aktien zu je DM 50,- berechnen, kann eine Optionsanleihe zum DM 1000,- zum Kurs von 130% börsennotierte Aktien erworben werden. Auch die gemeinsame Verwendung von Bezugsrechten aus Aktien und Optionsanleihen ist möglich. Der Ausgabezeitpunkt für die Optionsanleihe wird durch den Erfolg der Einreichung des Gewinnanteilscheins Nr. 46 der Aktien sowie des Legitimationsscheins B zu den Optionsanleihen (jeweils Wertpapier-Kenn-Nr. 804 618) aus den vorgenannten Optionsanleihen entsprechend dem Bezugsverhältnis 17:5, d. h. auf je 58 Aktien im Nennbetrag von DM 50,- oder Optionscheine, die zum Bezug von 58 Aktien zu je DM 50,- berechnen, kann eine Optionsanleihe zum DM 1000,- zum Kurs von 130% börsennotierte Aktien erworben werden. Auch die gemeinsame Verwendung von Bezugsrechten aus Aktien und Optionsanleihen ist möglich. Der Ausgabezeitpunkt für die Optionsanleihe wird durch den Erfolg der Einreichung des Gewinnanteilscheins Nr. 46 der Aktien sowie des Legitimationsscheins B zu den Optionsanleihen (jeweils Wertpapier-Kenn-Nr. 804 618) aus den vorgenannten Optionsanleihen entsprechend dem Bezugsverhältnis 17:5, d. h. auf je 58 Aktien im Nennbetrag von DM 50,- oder Optionscheine, die zum Bezug von 58 Aktien zu je DM 50,- berechnen, kann eine Optionsanleihe zum DM 1000,- zum Kurs von 130% börsennotierte Aktien erworben werden. Auch die gemeinsame Verwendung von Bezugsrechten aus Aktien und Optionsanleihen ist möglich. Der Ausgabezeitpunkt für die Optionsanleihe wird durch den Erfolg der Einreichung des Gewinnanteilscheins Nr. 46 der Aktien sowie des Legitimationsscheins B zu den Optionsanleihen (jeweils Wertpapier-Kenn-Nr. 804 618) aus den vorgenannten Optionsanleihen entsprechend dem Bezugsverhältnis 17:5, d. h. auf je 58 Aktien im Nennbetrag von DM 50,- oder Optionscheine, die zum Bezug von 58 Aktien zu je DM 50,- berechnen, kann eine Optionsanleihe zum DM 1000,- zum Kurs von 130% börsennotierte Aktien erworben werden. Auch die gemeinsame Verwendung von Bezugsrechten aus Aktien und Optionsanleihen ist möglich. Der Ausgabezeitpunkt für die Optionsanleihe wird durch den Erfolg der Einreichung des Gewinnanteilscheins Nr. 46 der Aktien sowie des Legitimationsscheins B zu den Optionsanleihen (jeweils Wertpapier-Kenn-Nr. 804 618) aus den vorgenannten Optionsanleihen entsprechend dem Bezugsverhältnis 17:5, d. h. auf je 58 Aktien im Nennbetrag von DM 50,- oder Optionscheine, die zum Bezug von 58 Aktien zu je DM 50,- berechnen, kann eine Optionsanleihe zum DM 1000,- zum Kurs von 130% börsennotierte Aktien erworben werden. Auch die gemeinsame Verwendung von Bezugsrechten aus Aktien und Optionsanleihen ist möglich. Der Ausgabezeitpunkt für die Optionsanleihe wird durch den Erfolg der Einreichung des Gewinnanteilscheins Nr. 46 der Aktien sowie des Legitimationsscheins B zu den Optionsanleihen (jeweils Wertpapier-Kenn-Nr. 804 618) aus den vorgenannten Optionsanleihen entsprechend dem Bezugsverhältnis 17:5, d. h. auf je 58 Aktien im Nennbetrag von DM 50,- oder Optionscheine, die zum Bezug von 58 Aktien zu je DM 50,- berechnen, kann eine Optionsanleihe zum DM 1000,- zum Kurs von 130% börsennotierte Aktien erworben werden. Auch die gemeinsame Verwendung von Bezugsrechten aus Aktien und Optionsanleihen ist möglich. Der Ausgabezeitpunkt für die Optionsanleihe wird durch den Erfolg der Einreichung des Gewinnanteilscheins Nr. 46 der Aktien sowie des Legitimationsscheins B zu den Optionsanleihen (jeweils Wertpapier-Kenn-Nr. 804 618) aus den vorgenannten Optionsanleihen entsprechend dem Bezugsverhältnis 17:5, d. h. auf je 58 Aktien im Nennbetrag von DM 50,- oder Optionscheine, die zum Bezug von 58 Aktien zu je DM 50,- berechnen, kann eine Optionsanleihe zum DM 1000,- zum Kurs von 130% börsennotierte Aktien erworben werden. Auch die gemeinsame Verwendung von Bezugsrechten aus Aktien und Optionsanleihen ist möglich. Der Ausgabezeitpunkt für die Optionsanleihe wird durch den Erfolg der Einreichung des Gewinnanteilscheins Nr. 46 der Aktien sowie des Legitimationsscheins B zu den Optionsanleihen (jeweils Wertpapier-Kenn-Nr. 804 618) aus den vorgenannten Optionsanleihen entsprechend dem Bezugsverhältnis 17:5, d. h. auf je 58 Aktien im Nennbetrag von DM 50,- oder Optionscheine, die zum Bezug von 5

Here

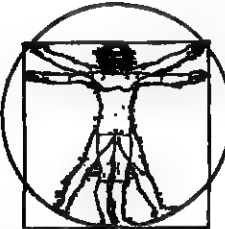
NOTIZEN

Giotto kehrt zurück

Paris (rtr) - Die von Europa zur Beobachtung des Kometen „Halley“ entsandte Sonde „Giotto“ hat nach Auskunft der Europäischen Raumfahrtbehörde (ESA) beste Chancen für eine heile Rückkehr nach der für den 18. März erwarteten Begegnung mit dem Kometen. Wie die ESA gestern mitteilte, haben Tests am 11. und 13. Februar das einwandfreie Funktionieren der Sonde bestätigt, die als einzige von fünf weiteren bis auf 500 Kilometer an den Eiskern des Kometen herankommen soll.

Pseudo-Krupp

Köln (dpa) - Das Gesundheitsamt der Stadt Köln will jetzt in Massenuntersuchungen an sechs-jährigen Kölner Kindern klären, ob ein Zusammenhang zwischen Pseudo-Krupp und chronischer



Bronchitis mit Luftverschmutzung und Umweltbelastungen besteht. Wie der Kölner Gesundheitsdezernent Lothar Ruchmeier am Montag berichtete, können Eltern von Schulanfängern von Anfang März an bei den üblichen Einschulungsuntersuchungen zusätzlich und freiwillig einen entsprechenden Fragebogen ausfüllen.

Wieder mehr Seehunde

Hamburg (dpa) - Der Bestand an Seehunden in der Deutschen Bucht und den Mündungsgebieten von Elbe und Weser hat erfreulicherweise wieder zugenommen. Dort leben heute etwa 5000 Tiere. Wenn künftig Teile des „Nationalparks Wattenmeer“ für die Öffentlichkeit gesperrt werden, dürfte sich dies zusätzlich günstig für die weitere Vermehrung dieser bedrohten Tiere auswirken, die für die Aufzucht ihrer Jungen vor allem Ruhe brauchen.

Die Ergebnisse des Vorbeiflugs von „Voyager 2“ am Uranus, bei dem sich die Sonde am 24. Januar dem Planeten bis auf 81 000 Kilometer näherte, haben die Astronomen in Aufregung versetzt. Die

Fotos und Messungen enthüllen nicht nur die ungewöhnlichen Eigenschaften des Uranus und seiner fünf bisher bekannten Monde, sondern zeigen auch zwei neue Ringe und zehn weitere Monde.

Zwei „Schäfermonde“ hüten eine gut erzogene Herde von Ringen

dpa/DW, Pasadena

Die Wissenschaftler im Jet Propulsion Laboratory in Pasadena (Kalifornien) haben jetzt ein erstes Fazit der verblüffenden Funde über den Planeten Uranus gezogen. Während die Raumsonde „Voyager 2“ bereits zum Neptun weiterfliegt, den sie am 24. August 1989 - zwölf Jahre nach ihrem Start von der Erde - erreichen wird, haben die Forscher alle Hände voll zu tun, die große Menge der gewonnenen Daten auszuwerten.

Obwohl viele von den früheren Erkenntnissen aus diesem Planeten bestätigt wurden, fanden die Forscher eine Unzahl von Eigenheiten und neuen Rätseln. Die Ergebnisse deuten auf einen heißen, elektrisch geladenen Ozean unter einer Gaswolke aus Wasserstoff und Helium mit Tiefsttemperaturen von minus 180 Grad Celsius hin. In den über die Oberfläche jagenden orangefarbenen Wolken wurden Windgeschwindigkeiten bis zu 320 Stundenkilometern registriert.

Eine Besonderheit von Uranus ist die starke Neigung seiner Rotationsachse gegen die Ebene der Umlaufbahn, sie beträgt fast 90 Grad. Im Gegensatz zu den anderen Planeten (mit Ausnahme des Pluto) rollt Uranus also mit der Rotationsachse praktisch auf seiner Umlaufbahn. Im Abstand von ca. 42 Jahren (der Hälfte der Umlaufzeit) zeigt daher jeweils eine seiner Pole für kurze Zeit genau in Richtung Sonne.

Aus ungeklärten Gründen ist die obere Atmosphäre über dem der Sonne abgewandten Pol etwas wärmer als über dem Gegenpol, der in den vergangenen Jahren in Sonnenlicht getaucht war. Kurios ist auch ein „kalter Krater“ am Planeten, der in etwa 20 bis 40 Grad Breite vom Äquator verläuft. Eine unbekannte heiße Quelle als Wärmepender nur für bestimmte Zonen könnte nach Annahme der Forscher die Ursache sein. Überraschend war nicht zuletzt das bei Uranus gefundene Magnetfeld mit einer 55-Grad-Neigung zur Rotationsachse. Es wird möglicherweise durch einen Dynamoeffekt von

den Trägern elektrischer Ladung im erwärmten Ozean oder von einem rotierenden heißen Kern im Innern erzeugt. Der Planet dreht sich offenbar in 16,8 Stunden einmal um sich selbst. Mit der gleichen Geschwindigkeit rotiert auch das Magnetfeld. Dieses bewegt zugleich die elektrisch geladenen Staubteilchen in dem Ringsystem.

Zwei Monde umrahmen den äußersten Ring

Zusätzlich zu den bisher bekannten neun Ringen entdeckte Voyager jetzt zwei weitere (siehe Kasten). Die Bilder zeigen zudem, daß der Raum zwischen ihnen mit Staub gefüllt ist, der - bei sehr genauer Betrachtung - wiederum ringförmige Strukturen bildet. Eine Sensation ist die Entdeckung von zwei kleinen Monden, die den äußersten Ring (Epsilon) einrahmen (Foto unten). Sie besitzen einen Durchmesser von 30 bzw. 40 Kilometern und sind von der Erde aus unsichtbar. Ihre Existenz war aber auf

Grund theoretischer Berechnungen schon 1977 vorausgesagt worden. Ohne diese sogenannten „Schäfermonde“ könnten die Ringe gar nicht stabil sein: Die Milliarden von Felsbrocken, aus denen sie sich zusammensetzen, kollidieren nämlich ständig miteinander. Dies muß über kurz oder lang dazu führen, daß das Ringmaterial sich über eine große Fläche verstreut. Die Gravitation der beiden Monde zwingt die Partikel aber in einen engen Ring, der - im Fall von Epsilon - nur etwa 36 Kilometer breit ist und einen scharfen Rand besitzt. Die genauen physikalischen Abläufe kennt man bislang noch nicht, man erhofft sich aber am Hand der Voyager-Messungen eine endgültige Aufklärung. Auch die anderen Ringe des Uranus müssen von solchen Monden begleitet sein, doch sind sie offenbar so klein, daß sie auch auf den Bildern von Voyager (noch) nicht entdeckt werden konnten.

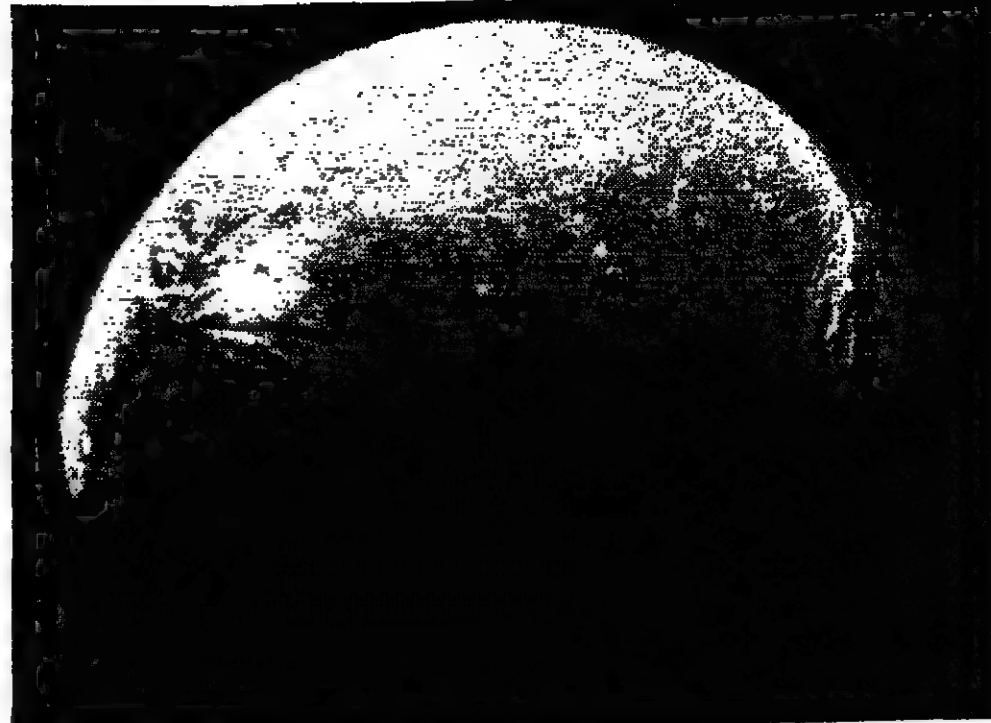
Im Gegensatz zu den Ringen des Saturn, in denen kleine Teilchen (Größen von einem Zentimeter bis zu einem Meter) vorherrschen, bestehen



Die Gravitation der zwei Monde (Kreise) zwingt die Ringpartikel in ihre enge Schale. FOTO: NASA/JPL

Monde und Ringe

Oberon: Durchmesser: 1630 km, Abstand von Uranus: 586 000 km, entdeckt: 1787
Titania: 1600 km, 438 000 km, 1787
Umbriel: 1110 km, 267 000 km, 1801
Ariel: 1330 km, 192 000 km, 1851
Miranda: 400 km, 130 000 km, 1948
8 kleine Monde: entdeckt von „Voyager 2“
Mond 1986U8: Äußerer „Schäfermond“ des Rings Epsilon
Ring Epsilon: ca. 36 km, 55 000 km, 1977
Mond 1986U7: Innerer „Schäfermond“ des Rings Epsilon
Ring 10: entdeckt von „Voyager 2“
Ringe Delta, Gamma, Eta, Beta, Alpha, 4, 5, 6: 1-7 km Durchmesser, entdeckt 1977
Ring 11: entdeckt von „Voyager 2“



Dieses Bild des Mondes Ariel zeigt eine zerkürrte Oberfläche mit zahlreichen Kratern, die etwa fünf bis zehn Kilometer Durchmesser besitzen, sowie ein Muster aus Gräben und Falten. Das Bild ist aus vier Aufnahmen zusammengesetzt, die Voyager am 24. Januar aus einer Entfernung von 130 000 Kilometern aufgenommen hat. FOTO: APF

die von Uranus aus relativ großen Brocken. Der Grund dafür liegt möglicherweise in der Konsistenz dieser Partikel. Man vermutet, daß sie aus einem Methan-Polymer bestehen. Kleine Partikel könnten somit bei Kollisionen leicht mit größeren „verkleben“ und damit auf Dauer ganz verschwinden. Für die Entstehung des Polymers wird ein Strahlungsgürtel verantwortlich gemacht, den Voyager entdeckt hat und der offenbar durch das intensive Magnetfeld des Planeten geformt wird. Das ungewöhnliche Material der Partikel soll auch für das dunkle Erscheinungsbild des Uranus-Rings verantwortlich sein, das sich deutlich von den hellen Ringen des Saturn unterscheidet.

Zwischen dem Epsilon-Ring und dem Mond Miranda, der bislang für den innersten Satelliten gehalten wurde, entdeckte Voyager acht weitere kleine Monde, die ebenfalls sehr dunkel sind. Über ihre Eigenschaften ist aber bisher kaum etwas bekannt geworden.

Die Bilder von den fünf äußeren großen Monden enthüllen, daß diese zu den ungewöhnlichsten Mitgliedern der „planetaren Gesellschaft“ gezählt werden können. Der Mond Miranda etwa vereint nach Ansicht des Voyager-Geologen Dr. Laurence Soderblom fast alle bizarren Erscheinungen unseres Sonnensystems auf sich.

Miranda hat die Form einer „mühsamen“ Kugel mit einer Ausbeulung an der einen und einer Abflachung an der anderen Seite. Er zeichnet sich durch mindestens zehn ver-

schiedene Oberflächenformationen aus: Gebirge, Gletscher, gradlinige reibbahnähnliche Strukturen, tiefe canyonsähnliche Einschnitte, Klippen wie aus geflochtenen Seilen gedreht und Krater, all das findet man auf diesem Sonderling des Sonnensystems. Manche der Formationen auf dem Mond-Winzling von nur 400 Kilometer Durchmesser hätten die Forscher eher einem größeren Himmelskörper mit entsprechend stärkeren Gravitations- und thermodynamischen Kräften zugeordnet. 25 Kilometer hohe Erhebungen und 16 Kilometer tiefe Einkerbungen besitzt dieser Mond, der allen anderen Mitwirkenden am Uranus die Schau gestohlen hat.

Miranda und seine Vettern bergen noch viele Rätsel

Hatte oder hat dieser Mond einen heißen Kern, der mit seiner aus dem Inneren geschleuderten Materie diese Oberflächenvielfalt hervorbringen konnte? Oder sollten Gezeitenkräfte am Uranus diese Deformationen bewerkstelligt haben, so fragen sich die Wissenschaftler.

Ebenso wie bei Miranda scheint es beim Nachbarmond Ariel mehr geologische Aktivität als vermutet gegeben zu haben. Krater von fünf bis zehn Kilometer Durchmesser und größere Verwerfungen auf so großer Distanz ist mit dem Versuch eines Golfers zu vergleichen, über 1-500 Kilometer hinweg ins Loch zu treffen.

mit einer möglicherweise aus den Tagen seiner Entstehung bewahrten Oberfläche erwies sich Umbriel als der dunkelste aller Uranus-Monde. Er hat anscheinend nicht den geologischen Aufbau erlebt, der so markante Merkmale auf der Oberfläche seines kleineren Vetters Miranda hinterließ.

Titania, der nach außen nächste Uranus-Mond, ist nach dem Voyager-Befund mit Kratern übersät und von spektakulären Verwerfungen - 2000 Kilometer lang und 80 Kilometer breit - als Ursache unbekannter geologischer Aktivitäten geprägt. Auf Oberon, dem letzten und größten der schon bekannten Monde, sah Voyager-Geologe Soderblom ein mächtiges Einschlagsgebiet aus grauer Vorzeit mit einer dunklen Substanz ausgekleidet. Dynamische Prozesse mit Strömen möglicherweise vulkanischen Ursprungs könnten Soderblom zufolge nach den Einschlägen die dunkle Beschichtung verursacht haben.

Voyager 2 ist inzwischen von den Navigatoren im amerikanischen Jet Propulsion Laboratory (Labor für Strahltriebwerke) in Pasadena mit Hilfe der Gravitation des Uranus minuziös auf Kurs zu seinem letzten Ziel im Sonnensystem gebracht. Die Reise zum Planeten Neptun und zu dessen großen Mond Triton ist 4,8 Milliarden Kilometer weit. Das Unterfangen eines Zielschusses auf so große Distanz ist mit dem Versuch eines Golfers zu vergleichen, über 1-500 Kilometer hinweg ins Loch zu treffen.

Diese Woche

Vergleichstest

Ist der Golf 16 Ventiler wirklich besser als der GTI?

Peter Glodschey, Chefredakteur von AUTO-BILD, Test-Kilometer-Millionär, hat den Neuen von VW auf Herz und Nieren geprüft. Was er besser kann als der normale GTI, lesen Sie in seinem Bericht.



Neu

Mercedes Allrad
Jedes Rad denkt mit



AUTO-BILD fuhr exklusiv den Kombi mit dem neuen Allrad-System 4-Matic. Unglaublich, was das Auto alles kann!

Signale können Leben retten

Handzeichen-ABC für Autofahrer, exklusiv entwickelt mit Sprachwissenschaftler Professor Siegmund Prillwitz. Jede Woche 3 neue Zeichen zum Lernen und Sammeln.

Warum Herr Flügel sein Auto zersägte

Story der Woche: Auf welche Idee ein Unfallflüchtiger kommen kann: Lesen Sie, wie Herr Flügel aus Angst sein Auto zersägte und wie die Polizei das „Auto-Puzzle“ schließlich fand.

Die Zeitung rund ums Auto

Statt 1,- DM nur 30 Pf.

Europäische Universität bietet Ihnen die Möglichkeit zu **Doktorieren** Real- und od. abgeschl. Lehre Voraussetzung: Von deutschen Behörden anerkannt. Zuschr. u. E 8928 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Die **KVZ Kraftfahrzeug-Vermittlungszentrale (EDV)** sucht noch für mehrere Handwerkskammerbezirke selbstständig arbeitende Geschäftsstellenleiter für den Aufbau der Organisation (evtl. auch nebenberuflich) **Ruf 91 52 - 1 06 00**

Existenz- u. Aufbaubehaltung Versicherungsberatung Finanzierungsberatung Import- u. Export-Beratung Unternehmensberatung Immobilienberatung VWK Unternehmens- und Wirtschaftsberatung **Regierung 2 465 Gelsenkirchen**

Wer sucht Partner oder gibt aus Altersgründen ausstehende Handelsvertretung ab? Kaufmann, 45 Jahre, ledig, unabhängige (Postleitzahl 39) wünsch! Kontaktaufnahme unter H 8863 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

mach mit ...



Aktion Saubere Landschaft e. V. Godesberger Straße 17, 5300 Bonn

008429 853418

Schmeckt Ihnen diese Karriere?

Liegen Ihre Erfolge als Verkaufsprofi im Bereich Konsumgüter, Food, Markenartikel? Wollen Sie als Mann der harten Praxis Ihren beruflichen Aufstieg langfristig absichern? Ein bundesweit tätiges, dynamisches Unternehmen hat als Verkaufsgebiete die Postleitzonen 2 und Teile von 3 und 4 zu vergeben. In Ihrem Gebiet betreiben Sie völlig selbstständig den Großverbraucher- und Gastronomie-Fachhandel. Diese und viele andere interessanten Stellenangebote finden Sie am Samstag, 1. März, im großen Stellenanzeiger der WELT. Nutzen Sie alle Ihre Berufs-Chancen. Kaufen Sie sich die WELT Nächsten Samstag. Jeden Samstag.

Zum Glück - nie zu weit



Die Spielbanken in Nordrhein-Westfalen und Bremen laden ein:

Internationales Spielcasino Aachen

Spielcasino Bad Oeynhausen

Spielbank Hohensyburg DORTMUND

Spielbank Bremen Böttcherstraße

Handelsagentur oder freie Handelsvertreter

Raum Norddeutschland, für Gebrauchsgüter und Zierkeramik bei lukrativer Provision gesucht.

Zuschr. u. W 8916 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Selbst. Kfm. (Ing.)

sucht Fertigungsbetrieb zwecks Übernahme oder Beteiligung. Raum Norddeutschland bevorzugt. Angeh. u. K 8884 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Zu verk. weiterverarbeitender Erfolgsartikel (Patentanmeldung liegt vor) DM 60 000,- plus Royalties + Gewinnprozent für 86: DM 180 000,- Ausk. Tel. 00 31 - 18 35 44 30

Ölgemälde

für Wiederverkäufer DM 50,-, 70,-, 100,-. Mustergemälde gegen VR-Scheck oder bar. IN PETRO Stuttgart Str. 16, 7033 Herrenberg

Tel. 02 01 / 48 00 24

DM 4,70! 1000 Kunden sind p. a. besucht und so mehr Umsatz bringt. Fragen Sie an bei CADICS, Niederwiesing Str. 49, 43 Essen 15.

F. Kämpfers Untersuchung über das politische Plakat

Mit Kitcheners fing es an

Schlage die Weißen mit dem roten Keil. El Lissitzkys berühmtes surrealistisches Plakat von 1920 für die sowjetische Westfront zielt den Umschlag des Buches „Der rote Keil“, mit dem Frank Kämpfer, Ordinarium für Osteuropäische Geschichte an der Universität Münster, „Das politische Plakat - Theorie und Geschichte“ darzustellen verspricht. Der Untertitel greift damit allerdings zu hoch.

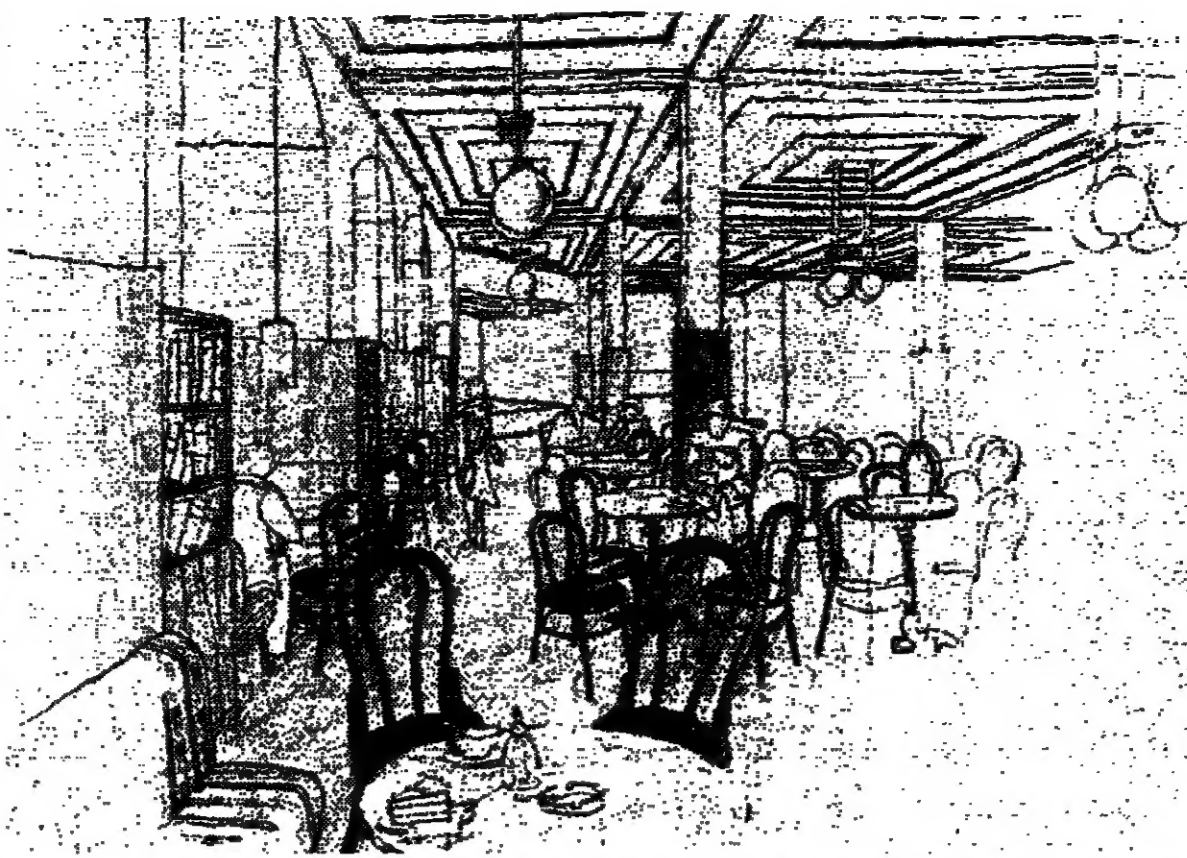


Im ersten Teil befaßt sich Kämpfer mit dem politischen Plakat als historischer Quelle, mit Publizistik, Semiotik, Informatik und Psychologie, mit der Sprache der Plakate und der Aussage ihrer Bilder. Insgesamt ist dieser Teil schwer verdäuliches Lese-futter für interessierte Laien, denen auch manche der insgesamt 401 Fußnoten des ganzen Buches mehr als Fußnoten vorkommen dürften.

Kitcheners erfunden wurde. Außerdem ist Uncle Sam nur eine von vielen Variationen (oder soll man sagen: Plagiaten?) in Ost und West bis hin zum Zweiten Weltkrieg.

Höchst lesenswert ist Kämpfers Darstellung der russisch-sowjetischen Plakatpropaganda vom Ersten Weltkrieg über die Revolutionen des Jahres 1917 und den Bürgerkrieg bis hin zu Lenins „Neuer Ökonomischer Politik“, eingeschlossen Kampagnen gegen Deserteure und Bummelanten, für höhere Produktivität und modernere Methoden in Industrie und Landwirtschaft, für die Gleichstellung der Frau - kurzum gegen „Das Alte“, für „Das Neue“.

Die 148 Abbildungen des Bandes sind von unterschiedlichem Aussage-wert, bedingt durch die Verkleinerung von Plakaten (über deren tatsächliches Format sich der Autor völlig ausschweift) auf die Größe einer ganzen, halben oder viertel Buchseite. Trotzdem hat das Buch seine Meriten. Es erweist sich als eine gründliche Abhandlung über die sowjetische Plakatkunst.



Wiener Atmosphäre: Mitte März wird im Centre Pompidou ein Kaffeehaus installiert

Centre Pompidou in Paris: „Wien 1880-1938 - Die fröhliche Apokalypse“

Eine Sachertorte macht die Sache rund

Nun darf auch Paris an Wiens große Zeit um die Jahrhundertwende teilhaben, nachdem zuvor Hamburg das „Experiment Weltuntergang“ vorgeführt und Wien selbst sich zwischen „Traum und Wirklichkeit“ bewegt hat. Im Pariser Centre Pompidou geht es nun um „Wien 1880-1938 - Die fröhliche Apokalypse“. Die Ausstellung steht in der Tradition der Mammutunternehmen „Paris-Berlin“, „Paris-Moskau“ usw., mit denen sich das neugegründete Centre Pompidou Ende der 70er Jahre internationales Renommee erwarb. 1980 begann man, „Paris-Wien“ zu planen, stellte aber bald fest, daß die Kulturbeziehungen zwischen beiden Metropolen um die Jahrhundertwende zu unbedeutend waren, um einen solchen Titel zu rechtfertigen.

Als Klimt in Wien gefeiert wurde, erregten in Paris die Fauves und die Kubisten Aufsehen. Zwar waren Freud, Musil oder Mahler seit langem an der Seine bekannt, aber ohne Einfluß. So entdeckt das französische Publikum erst jetzt die Zusammenhänge einer mitteleuropäischen Kul-turepoche, aus der es bisher nur Aus-schnitte aufgenommen hatte.

Die Ausstellung ist vortrefflich plazi-ert, weil Frankreich derzeit von einer „viennomanie“, einer Wien-Begeisterung, überflutet wird, die von einer Übersetzungs- und Editions-welle österreichischer Autoren genährt wird. Ab 13. März wird man sich im Centre Pompidou sogar in ein nachgebautes „original Wiener Kaffeehaus“ setzen können, um sich mit Sachertorte und Einspänner in Wien-Stimmung zu versetzen.

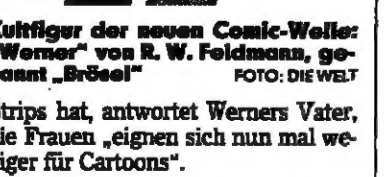
Star der neuen deutschen Comic-Szene: „Werner“

Wo bleiben die Frauen?

Er habe, sagt er ohne nachzudenken auf die WELT-Frage, wie er denn auf die Idee zu diesem Beitrag kam, Brüssel erstes „Werner“-Buch zerschmettert und dann auch noch verblüfft festgestellt, daß besagtes Buch seit über einem Jahr landauf landab die Buch-Bestsellerlisten okkupiert. Dann habe er sich das Phä-nomen etwas genauer angesehen, und heraus kam die Erkenntnis: „Es gibt eine neue deutsche Comic-Szene.“ Und ebendiese fröhliche Botschaft wird Regisseur/Autor Ulrich Leinweber zusammen mit Co-Autorin Ebba Geisler im neuen „Schüler-Express“ all denen kund tun, die das noch nicht bemerkt haben.

Darmstädter Dozentin Frau Dr. Heller vertritt, die zum Beispiel für „Petrus“ und „Brigitte“ nicht gar so galie-bitter-dogmatische Frauenthemen aufgreift.

Einsamer Star der neuen Comic-Szene dürfte freilich Brüssel sein, der Erfinder von „Werner“, einer schier irrwitzigen Langnese, die in Stadtmagazinen und mittlerweile über 600 000 verkauften vier Büchern (soeben erschien das fünfte) zur wahrhaftigen Kultfigur geworden ist. Werners Ge-bärer ist in Wirklichkeit der Kieler Rötger Werner Feldmann, 35, der seinen Helden alles andere als sanftmütig in der Welt umherkariolen läßt.



Kultfigur der neuen Comic-Welle: „Werner“ von R. W. Feldmann, genannt „Brüssel“

Auf die Frage, warum Brüssel Feld-mann so wenig weibliches in seinen Strips hat, antwortet Werners Vater, der Herr knattert nämlich mit Vorliebe auf seinem Horex-Feuerstuhl durch die Gegend, säuft ein „Flasch Bier“ nach'm andern, drischt gern Skat und bringt mit seiner „coolen“ Art, seiner so herrlich himmlisch winkenden Schlitzbühigkeit vor allem Behörden und deren Vasallen auf die Palme - undogmatisch, allemal auf Jux gepolt und gegen allzu dreistes Spielertum.

Und womit erklärt sich Ulrich Leinweber letztendlich das Faible für Comics? „Sie kommen den Sehgewohnheiten vor allem der Jüngeren entgegen“, sagt er. Das beständige auch kürzlich ein Zwölfjähriger bei einer Umfrage: „Ich mag Comics, weil es nicht nur Wörter sind, sondern auch Bilder. Man kann sich alles besser vorstellen.“ Spricht so die Comput-Bildschirm-Video-Generation von morgen? ALEXANDER SCHMITZ

KRITIK

Kommissar unter Mordverdacht

Sollten Deutschlands Kriminal-Kommissare so tollpatschig und sträflich dumm sein wie Kommissar Lutz vom Tatort in „Einem sah den Mörder“ (ARD), müßte man sie schnellstens in die Kantine versetzen. Dabei sah es zu Beginn des Stuttgarter „Tatort“-Beitrages nach einem intelligenten Krimi aus.

Der Fall: Die 33jährige Lisa Kern, Frau eines Generalvertreter, wird in ihrer Wohnung erschossen aufgefunden. Als Kommissar Lutz die Untersuchungen aufnimmt, behauptet ein Zeuge, ihn zur Tatzeit beim Betreten der Mordwohnung gesehen zu haben. So stellt sich ein verächtliches Paar über: der Jäh verwitwete Generalvertreter und dessen zwielichtige Sekretärin. Die waren es denn natürlich auch.

Mit diesem Krimi ohne echte Spannung (Buch: Fritz Eckhardt) nahm der Schauspieler Werner Schumacher - nach 16 „Tatort“-Jahren - Abschied vom TV-Polizeidienst. Sein Kommentar: „Man sollte aufhören, wenn es am schönsten ist.“ Es wäre diesem jetzt in München theaterspielenden Schauspieler zu gönnen gewesen, daß er sich in seiner letzten „Tatort“-Rolle als Verdächtiger nicht dümmer benehmen mußte, als selbst die Polizei erlaubt. Schumachers Nachfolger Horst Michael Neutze sind bessere Drehbücher zu wün-schen. GÜNTHER RUDOLF

Gnadenbrot für Otto John?

Der Bundespräsident soll dreißig Jahre nach der Tat einen 1956 wegen Landesverrat rechtskräftig zu vier Jahren Haft Verurteilten begnadigen. Wenn eine so außergewöhnliche Forderung auch noch von dem ehemaligen Bundesverfassungsrichter Martin Hirsch erhoben und begründet wird, dann lohnt es sich schon, den Mann vorzustellen: Otto John, einst Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, jetzt 80 Jahre alt und im selbstgewählten Exil in Österreich.

stoph Maria Fröhders Film Der Mann, der aus dem Westen kam aus der ARD-Serie „Rück-Sichten“, die sich mit der Affäre Otto John beschäftigt, brachte kein Licht in die vergangenen trüben Vorgänge. Dements war John nach Ost-Berlin gekommen und bereits vier Tage später mit Anti-Bonn-Bekundungen im „DDR“-Fernsehen präsentiert worden. Es war eine wichtige Bemerkung des ehemaligen Verfassungsschutz-Präsidenten Richard Meier, daß man aus solcher Abfolge wohl auf die Freiwilligkeit des zeitweiligen Übertritts schließen könnte, die von John immer bestritten worden war.

Doch der Satz ging unter in den zahlreichen nicht immer sachdienlichen Auskünften des unübersichtlich groß werdenden Personals der Affäre „Gnadenbrot“ für John also, wie es der ehemalige Dienstherr und Bundesinnenminister Gerhard Schröder vorschlug? Fraglich, ob sich angesichts des abgeklärten Stoffes heute noch eine Debatte darüber entzünden kann.

EBERHARD NITSCHKE

Ein Haus, das keiner will

Es geht ja eine lange Zeit mit recht-eigenen Dingen zu in Joachim Roer-ings Fernsehkomödie Gretchenens Faust (ZDF). Das Haus war vom Munde abgespart und ehrlich bezahlt. Einem Verkauf stand also nichts im Wege - sieht man einmal von den Marktbedingungen ab. Die Lösung, die Roering einfand, ist jedoch nicht gerade neu: Wenn kein Käufer sich findet, muß eben die Versicherung her. Doch Drehbuchautor und Regisseur Joachim Roering verließ beim Griff nach nicht mehr Legalem den Raum des Wahrscheinlichen.

Gewiß: Daß die Versicherung den Braten - oder richtiger: Lunte - riecht, hatte sein Spiel noch berücksich-tigt. Ob beide sich freilich bei offensichtlicher Brandstiftung mit bauernschlauem Antworten zufrieden geben, ist mehr als zweifelhaft. So war denn nicht nur dem gewissenhaften Bürger, sondern auch dem auf dramaturgische Stichhaltigkeit Be-dachten etwas flau ums Herz.

Immerhin entschädigte mancher hübsche Einfall - so das mimisch so begabte Gemälde des verbliebenen Ehemannes - und die Schauspieler, vor allem Bruni Löbel als Gretchen und Hans Korte als schlitzohriger Makler, für die vielen Unstimmigkeiten. Offensichtlich wußte das ZDF genau, warum es diese Art „Unterhaltung“ so spät ins Programm nahm.

KATHRIN BERGMANN

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

11.00 Sonntagsmagazin	11.00 WDR
11.15 ZDF-Live	11.20 NDR
11.30 ZDF-Live	11.30 NDR
11.45 ZDF-Live	11.45 NDR
12.00 ZDF-Live	12.00 NDR
12.15 ZDF-Live	12.15 NDR
12.30 ZDF-Live	12.30 NDR
12.45 ZDF-Live	12.45 NDR
13.00 ZDF-Live	13.00 NDR
13.15 ZDF-Live	13.15 NDR
13.30 ZDF-Live	13.30 NDR
13.45 ZDF-Live	13.45 NDR
14.00 ZDF-Live	14.00 NDR
14.15 ZDF-Live	14.15 NDR
14.30 ZDF-Live	14.30 NDR
14.45 ZDF-Live	14.45 NDR
15.00 ZDF-Live	15.00 NDR
15.15 ZDF-Live	15.15 NDR
15.30 ZDF-Live	15.30 NDR
15.45 ZDF-Live	15.45 NDR
16.00 ZDF-Live	16.00 NDR
16.15 ZDF-Live	16.15 NDR
16.30 ZDF-Live	16.30 NDR
16.45 ZDF-Live	16.45 NDR
17.00 ZDF-Live	17.00 NDR
17.15 ZDF-Live	17.15 NDR
17.30 ZDF-Live	17.30 NDR
17.45 ZDF-Live	17.45 NDR
18.00 ZDF-Live	18.00 NDR
18.15 ZDF-Live	18.15 NDR
18.30 ZDF-Live	18.30 NDR
18.45 ZDF-Live	18.45 NDR
19.00 ZDF-Live	19.00 NDR
19.15 ZDF-Live	19.15 NDR
19.30 ZDF-Live	19.30 NDR
19.45 ZDF-Live	19.45 NDR
20.00 ZDF-Live	20.00 NDR
20.15 ZDF-Live	20.15 NDR
20.30 ZDF-Live	20.30 NDR
20.45 ZDF-Live	20.45 NDR
21.00 ZDF-Live	21.00 NDR
21.15 ZDF-Live	21.15 NDR
21.30 ZDF-Live	21.30 NDR
21.45 ZDF-Live	21.45 NDR
22.00 ZDF-Live	22.00 NDR
22.15 ZDF-Live	22.15 NDR
22.30 ZDF-Live	22.30 NDR
22.45 ZDF-Live	22.45 NDR
23.00 ZDF-Live	23.00 NDR
23.15 ZDF-Live	23.15 NDR
23.30 ZDF-Live	23.30 NDR
23.45 ZDF-Live	23.45 NDR
24.00 ZDF-Live	24.00 NDR
24.15 ZDF-Live	24.15 NDR
24.30 ZDF-Live	24.30 NDR
24.45 ZDF-Live	24.45 NDR
25.00 ZDF-Live	25.00 NDR
25.15 ZDF-Live	25.15 NDR
25.30 ZDF-Live	25.30 NDR
25.45 ZDF-Live	25.45 NDR
26.00 ZDF-Live	26.00 NDR
26.15 ZDF-Live	26.15 NDR
26.30 ZDF-Live	26.30 NDR
26.45 ZDF-Live	26.45 NDR
27.00 ZDF-Live	27.00 NDR
27.15 ZDF-Live	27.15 NDR
27.30 ZDF-Live	27.30 NDR
27.45 ZDF-Live	27.45 NDR
28.00 ZDF-Live	28.00 NDR
28.15 ZDF-Live	28.15 NDR
28.30 ZDF-Live	28.30 NDR
28.45 ZDF-Live	28.45 NDR
29.00 ZDF-Live	29.00 NDR
29.15 ZDF-Live	29.15 NDR
29.30 ZDF-Live	29.30 NDR
29.45 ZDF-Live	29.45 NDR
30.00 ZDF-Live	30.00 NDR
30.15 ZDF-Live	30.15 NDR
30.30 ZDF-Live	30.30 NDR
30.45 ZDF-Live	30.45 NDR
31.00 ZDF-Live	31.00 NDR
31.15 ZDF-Live	31.15 NDR
31.30 ZDF-Live	31.30 NDR
31.45 ZDF-Live	31.45 NDR
32.00 ZDF-Live	32.00 NDR
32.15 ZDF-Live	32.15 NDR
32.30 ZDF-Live	32.30 NDR
32.45 ZDF-Live	32.45 NDR
33.00 ZDF-Live	33.00 NDR
33.15 ZDF-Live	33.15 NDR
33.30 ZDF-Live	33.30 NDR
33.45 ZDF-Live	33.45 NDR
34.00 ZDF-Live	34.00 NDR
34.15 ZDF-Live	34.15 NDR
34.30 ZDF-Live	34.30 NDR
34.45 ZDF-Live	34.45 NDR
35.00 ZDF-Live	35.00 NDR
35.15 ZDF-Live	35.15 NDR
35.30 ZDF-Live	35.30 NDR
35.45 ZDF-Live	35.45 NDR
36.00 ZDF-Live	36.00 NDR
36.15 ZDF-Live	36.15 NDR
36.30 ZDF-Live	36.30 NDR
36.45 ZDF-Live	36.45 NDR
37.00 ZDF-Live	37.00 NDR
37.15 ZDF-Live	37.15 NDR
37.30 ZDF-Live	37.30 NDR
37.45 ZDF-Live	37.45 NDR
38.00 ZDF-Live	38.00 NDR
38.15 ZDF-Live	38.15 NDR
38.30 ZDF-Live	38.30 NDR
38.45 ZDF-Live	38.45 NDR
39.00 ZDF-Live	39.00 NDR
39.15 ZDF-Live	39.15 NDR
39.30 ZDF-Live	39.30 NDR
39.45 ZDF-Live	39.45 NDR
40.00 ZDF-Live	40.00 NDR
40.15 ZDF-Live	40.15 NDR
40.30 ZDF-Live	40.30 NDR
40.45 ZDF-Live	40.45 NDR
41.00 ZDF-Live	41.00 NDR
41.15 ZDF-Live	41.15 NDR
41.30 ZDF-Live	41.30 NDR
41.45 ZDF-Live	41.45 NDR
42.00 ZDF-Live	42.00 NDR
42.15 ZDF-Live	42.15 NDR
42.30 ZDF-Live	42.30 NDR
42.45 ZDF-Live	42.45 NDR
43.00 ZDF-Live	43.00 NDR
43.15 ZDF-Live	43.15 NDR
43.30 ZDF-Live	43.30 NDR
43.45 ZDF-Live	43.45 NDR
44.00 ZDF-Live	44.00 NDR
44.15 ZDF-Live	44.15 NDR
44.30 ZDF-Live	44.30 NDR
44.45 ZDF-Live	44.45 NDR
45.00 ZDF-Live	45.00 NDR
45.15 ZDF-Live	45.15 NDR
45.30 ZDF-Live	45.30 NDR
45.45 ZDF-Live	45.45 NDR
46.00 ZDF-Live	46.00 NDR
46.15 ZDF-Live	46.15 NDR
46.30 ZDF-Live	46.30 NDR
46.45 ZDF-Live	46.45 NDR
47.00 ZDF-Live	47.00 NDR
47.15 ZDF-Live	47.15 NDR
47.30 ZDF-Live	47.30 NDR
47.45 ZDF-Live	47.45 NDR
48.00 ZDF-Live	48.00 NDR
48.15 ZDF-Live	48.15 NDR
48.30 ZDF-Live	48.30 NDR
48.45 ZDF-Live	48.45 NDR
49.00 ZDF-Live	49.00 NDR
49.15 ZDF-Live	49.15 NDR
49.30 ZDF-Live	49.30 NDR
49.45 ZDF-Live	49.45 NDR
50.00 ZDF-Live	50.00 NDR
50.15 ZDF-Live	50.15 NDR
50.30 ZDF-Live	50.30 NDR
50.45 ZDF-Live	50.45 NDR
51.00 ZDF-Live	51.00 NDR
51.15 ZDF-Live	51.15 NDR
51.30 ZDF-Live	51.30 NDR
51.45 ZDF-Live	51.45 NDR
52.00 ZDF-Live	52.00 NDR
52.15 ZDF-Live	52.15 NDR
52.30 ZDF-Live	52.30 NDR
52.45 ZDF-Live	52.45 NDR
53.00 ZDF-Live	53.00 NDR
53.15 ZDF-Live	53.15 NDR
53.30 ZDF-Live	53.30 NDR
53.45 ZDF-Live	53.45 NDR
54.00 ZDF-Live	54.00 NDR
54.15 ZDF-Live	54.15 NDR
54.30 ZDF-Live	54.30 NDR
54.45 ZDF-Live	54.45 NDR
55.00 ZDF-Live	55.00 NDR
55.15 ZDF-Live	55.15 NDR
55.30 ZDF-Live	55.30 NDR
55.45 ZDF-Live	55.45 NDR
56.00 ZDF-Live	56.00 NDR
56.15 ZDF-Live	56.15 NDR
56.30 ZDF-Live	56.30 NDR
56.45 ZDF-Live	56.45 NDR
57.00 ZDF-Live	57.00 NDR
57.15 ZDF-Live	57.15 NDR
57.30 ZDF-Live	57.30 NDR
57.45 ZDF-Live	57.45 NDR
58.00 ZDF-Live	58.00 NDR
58.15 ZDF-Live	58.15 NDR
58.30 ZDF-Live	58.30 NDR
58.45 ZDF-Live	58.45 NDR
59.00 ZDF-Live	59.00 NDR
59.15 ZDF-Live	59.15 NDR
59.30 ZDF-Live	59.30 NDR
59.45 ZDF-Live	59.45 NDR
60.00 ZDF-Live	60.00 NDR
60.15 ZDF-Live	60.15 NDR
60.30 ZDF-Live	60.30 NDR
60.45 ZDF-Live	60.45 NDR
61.00 ZDF-Live	61.00 NDR
61.15 ZDF-Live	61.15 NDR
61.30 ZDF-Live	61.30 NDR
61.45 ZDF-Live	61.45 NDR
62.00 ZDF-Live	62.00 NDR
62.15 ZDF-Live	62.15 NDR
62.30 ZDF-Live	62.30 NDR
62.45 ZDF-Live	62.45 NDR
63.00 ZDF-Live	63.00 NDR
63.15 ZDF-Live	63.15 NDR
63.30 ZDF-Live	63.30 NDR
63.45 ZDF-Live	63.45 NDR
64.00 ZDF-Live	64.00 NDR
64.15 ZDF-Live	64.15 NDR
64.30 ZDF-Live	64.30 NDR
64.45 ZDF-Live	64.45 NDR
65.00 ZDF-Live	65.00 NDR
65.15 ZDF-Live	65.15 NDR
65.30 ZDF-Live	65.30 NDR
65.45 ZDF-Live	65.45 NDR
66.00 ZDF-Live	66.00 NDR
66.15 ZDF-Live	66.15 NDR
66.30 ZDF-Live	66.30 NDR
66.45 ZDF-Live	66.45 NDR
67.00 ZDF-Live	67.00 NDR
67.15 ZDF-Live	67.15 NDR
67.30 ZDF-Live	67.30 NDR
67.45 ZDF-Live	67.45 NDR
68.00 ZDF-Live	68.00 NDR
68.15 ZDF-Live	68.15 NDR
68.30 ZDF-Live	68.30 NDR
68.45 ZDF-Live	68.45 NDR
69.00 ZDF-Live	69.00 NDR
69.15 ZDF-Live	69.15 NDR
69.30 ZDF-Live	69.30 NDR
69.45 ZDF-Live	69.45 NDR
70.00 ZDF-Live	70.00 NDR
70.15 ZDF-Live	70.15 NDR
70.30 ZDF-Live	70.30 NDR
70.45 ZDF-Live	70.45 NDR
71.00 ZDF-Live	71.00 NDR
71.15 ZDF-Live	71.15 NDR
71.30 ZDF-Live	71.30 NDR
71.45 ZDF-Live	71.45 NDR
72.00 ZDF-Live	72.00 NDR
72.15 ZDF-Live	72.15 NDR
72.30 ZDF-Live	72.30 NDR
72.45 ZDF-Live	72.45 NDR
73.00 ZDF-Live	73.00 NDR
73.15 ZDF-Live	73.15 NDR
73.30 ZDF-Live	73.30 NDR
73.45 ZDF-Live	73.45 NDR
74.00 ZDF-Live	74.00 NDR
74.15 ZDF-Live	74.15 NDR
74.30 ZDF-Live	74.30 NDR
74.45 ZDF-Live	74.45 NDR
75.00 ZDF-Live	75.00 NDR
75.15 ZDF-Live	75.15 NDR
75.30 ZDF-Live	75.30 NDR
75.45 ZDF-Live	75.45 NDR
76.00 ZDF-Live	76.00 NDR
76.15 ZDF-Live	76.15 NDR
76.30 ZDF-Live	76.30 NDR
76.45 ZDF-Live	76.45 NDR
77.00 ZDF-Live	77.00 NDR
77.15 ZDF-Live	77.15 NDR
77.30 ZDF-Live	77.30 NDR
77.45 ZDF-Live	77.45 NDR
78.00 ZDF-Live	78.00 NDR
78.15 ZDF-Live	78.15 NDR
78.30 ZDF-Live	78.30 NDR
78.45 ZDF-Live	78.45 NDR
79.00 ZDF-Live	79.00 NDR
79.15 ZDF-Live	79.15 NDR
79.30 ZDF-Live	79.30 NDR
79.45 ZDF-Live	79.45 NDR
80.00 ZDF-Live	80.00 NDR
80.15 ZDF-Live	80.15 NDR
80.30 ZDF-Live	80.30 NDR
80.45 ZDF-Live	80.45 NDR
81.00 ZDF-Live	81.00 NDR
81.15 ZDF-Live	81.15 NDR
81.30 ZDF-Live	81.30 NDR
81.45 ZDF-Live	81.45 NDR
82.00 ZDF-Live	

Erst geklaut, dann gespießt

ebli. - Weib gib acht auf dein Kind! Mann gib acht auf dein Pferd! Das ist keine neue Folge des TV-Dauerbrenners „Die Kripo rät“, das ist ein Zitat aus dem „Zigeunerbaron“, Operette von Johann Strauß. Es singt Saffi, ein Zigeunermädchen. Und sie warnt vor ihrer Überlieferung so eine Art menschliches Pendant zur sprichwörtlich diebischen Elster.

Gegen die Aufführung des „Zigeunerbaron“ am Staatstheater Oldenburg hat jetzt der Arbeitskreis Sinti Weser-Ems protestiert, jedenfalls gegen das an der Aufführung, was die Betroffenen als Darstellung ihrer Operetten-Vorfahren als umherziehende Gaukler verstehen. Was würden die erst sagen, wenn sie in Verdis „Troubadour“ gingen, wo eine Zigeunerin sich damit brüht, ein Kind von fremden Leuten ins Lagerfeuer geworfen zu haben! Oder in der „Carmen“, wo zwar behauptet wird, daß die Liebe vom Zigeuner stamme, aber der Roma-Dame auch das Messer sehr locker sitzt!

Man hatte ja bereits des längeren damit gewarnt, daß die Sinti und Roma bei ihrem Feldzug gegen das Wort „Zigeuner“ auch irgendwann bei jenen Kunst- und Kulturwerken anlangen müßten, die das Klischeebild vom geigenen, liebenden, klauenenden Völkchen immer wieder zementieren. Wir hatten uns darauf eingestellt, zu Sinti-Liedern von Brahms, Liszt und Dvořák eingeladen zu werden, auch auf Premieren des Sinti-Baron. Wir hätten zugestimmt, daß die Liebe von den Roma stammt, aber die Forderung, die Stücke nun so umzuschreiben, daß die Messer nicht mehr zum Stechen, sondern zum Schneiden von Rosenkränzen benutzt werden und aus Pferdedieben brave Knechte werden, die mit der gefüllten Lohntüte heimkommen, das wird wirklich schwierig.

Während ich das schreibe, sitzen die Redaktionskollegen in der Kantine und essen Zigeunerspieß. Was der Koch sich damit noch einhandeln mag!

Platte: Zelenkas Requiem

Bachs böhmischer Bruder

Jan Dismas Zelenka (1679-1745), der böhmisch-katholische Zeitgenosse Johann Sebastian Bachs, ist musikhistorisch sicher eine Neuentdeckung, und sein Requiem c-Moll ist es auch. Denn nicht erst mit Bachs Söhnen ist jener empfindsame, geradezu meditative Stil neuer Einfachheit angekommen, auf dem die Klassik Haydns und Mozarts erwuchs, sondern er wurde bereits von Bachs sechs Jahre älteren Zeitgenossen im selben Kurfürstentum Sachsen und am königlich polnischen Hof praktiziert. „Unbekannt“ ist Zelenka für diesen Umkreis nicht: Jedem Dresdner Katholiken wird er ein Begriff sein, weil seine Messen dort Jahr für Jahr in der Hofkirche gesungen werden.

Bach soll diesen Hofkompositur-Kollegen hoch geschätzt haben, ohne ihm natürlich kompositorisch zu folgen, jedenfalls ohne sich in seinem Kontrapunkt irremachen zu lassen. Oder könnte die Innigkeit bestimmter Arien der Matthäus-Passion oder des Weihnachtsoratoriums etwas mit diesem abseitigen Stilverbund zu tun haben? Könnte dieses sogar das Rätsel um Bachs Lukas-Passion lösen? Sie liegt ja nun einmal in seiner Handschrift vor, aber die Bachforscher sehen sie gleichwohl als unecht an, eben weil sie so wenig nach Bach klingt und mehr nach Zelenka.

Aber noch bedeutsamer stellt sich die Frage, was „Böhmisch“ in diesem Zusammenhang damals musikalisch bedeutete. Die „Mannheimer Schule“ ging hiervon aus, Bach erlebte hier seine größten Opernfolge. Dabei war es ein tragisch geknechtetes Land, dem man militärisch seinen Hussitenlauben ausgetrieben, dessen Adel man vernichtet oder verjagt hatte, das in den Stand eines Bauern- und Analphabetenlandes zurückfiel, dessen Sprache erst im 19. Jahrhundert beinahe künstlich wiedererweckt werden mußte. Von daher vertrieben kamen die „Böhmischen Brüder“ letztlich als Keimzelle des deutschen Pietismus nach Herrnhut. Aus diesem Land also kamen derartige musikalische Energien, die es zeitweise zum „Konservatorium Europas“ machten. Musik als Vision einer besseren Welt?

Diese Platte wirft lauter Fragen auf, die nicht beantwortet werden, ebensowenig wie der heilige Nepomuk das Beichtgeheimnis brach und deswegen ersäuft wurde. Diese schöne meditative Sprache wird schwerelos gestaltet von Brigitte Fournier, Sopran, Brigitte Balleys, Alt, Kenzo Ishii, Tenor, Nikolaus Tiller, Baß, und dem Berner Kammerchor und -orchester unter Leitung von Jörg Ewald Dähler. Berner Bescheidenheit hat hier ihren Sinn (Claves D 8501).

DETLEF GOJOWY

Zur Uraufführung der Oper „Die Weiße Rose“: Interview mit Udo Zimmermann

Monologe vor dem Schafott

Der 42jährige Dresdner Udo Zimmermann ist einer der am meisten aufgeführten Komponisten der Gegenwart. Er wurde durch seine Opern „Levins Mühle“, „Der Schuhu“ und „Die fliegende Prinzessin“ und „Die wundersame Schustersfrau“ bekannt. Er ist Ordinarius an der Dresdner Musikhochschule, ordentliches Mitglied der Akademie der Künste in der „DDR“ und der Akademie der Freien Künste in Hamburg. In Hannover kam gerade sein Orchesterstück „Mein Gott, wer trommelt denn da?“ zur Uraufführung (vergl. WELT v. 20. Febr.). In Hamburg wird übermorgen seine Kammeroper „Die weiße Rose“ uraufgeführt. Die WELT sprach mit dem Komponisten über sein jüngstes Werk.

WELT: Herr Zimmermann, vor rund 20 Jahren schrieb Sie bereits eine „Weiße Rose“. Weshalb die erneute Hinwendung zu diesem Stoff?

Zimmermann: Beim ersten Anlauf ging es mir vor allem um ein Stück Vergangenheitsbewältigung, um die Auseinandersetzung mit einer Zeit, die ich nicht selbst erlebt hatte, die aber als Vergangenheit für uns, die deutsche Nachkriegsgeneration, ein böses Erbe und eine verpflichtende Aufgabe zugleich bedeuten mußte. Ich habe das mutige Handeln der Widerstandsgruppe Weiße Rose gegen den Faschismus, besonders aber die Haltungen der Geschwister Scholl, immer bewundert und versucht, ihr Handeln zu verstehen.

Die neue „Weiße Rose“ will am historischen Beispiel Fragen der Gegenwart dinsten. Heute geht es um mehr als politischen Widerstand, heute geht es um Widerstand des Geistes und um die Frage: wie



Die Dramaturgie muß szenische Offenheit für Poesie, Traum und Utopie garantieren. Udo Zimmermann FOTO: GISO LÖWE

Bonn: Das Cleveland Orchestra unter Dohnányi

Klänge der Zauberpfeife

Die Europa-Tournee, die das Cleveland-Orchestra derzeit unter seinem Chefdirigenten Christoph von Dohnányi absolviert, gleicht schon fast einem Triumphzug. Ob beim Start im Münchner Gästehaus oder in der Bonner Beethovenhalle: Das Publikum ist rundum fasziniert von der Spielkultur dieses Ensembles. Das gibt es, auch unter amerikanischen Elitestrainern, nur einmal.

Dabei reden die Clevelandler dem Publikum durchaus nicht nach dem Mund. Sie spielen Charles Ives' rätselhaftes Fünf-Minuten-Stück „The Unanswered Question“. Sie lieben sich dazu in München vernehmen mit Mendelssohns so schwer und undankbar aufzuführender „Italienischer“ und mit Schumanns so sperriger Zweiter. Sie packen in Bonn Mozarts Oboenkoncert dazu und gar Bruckners Dritte. Das sind fürwahr kleine orchestrale Show-Programme, jene Crowd-Pleaser, ohne die eine Tournee doch angeblich nicht laufen soll. Das sind Programme von geordneter Strenge.

Ins Fäustchen lachen über diesen Riesenerfolg wird sich Christoph von Dohnányi. Als sich, Anfang der Achtziger Jahre, herumsprach, daß die Clevelandler sich als Nachfolger des bei ihnen eher glücklosen Lorin Maazel einen deutschen Chef ausgesucht hätten, dessen Name aber partout nicht durchschlagen wollte, da brach hier das große Kopferbrechen aus: Tannstedt? Sawallisch? Gielen? Auf Dohnányi kam keiner. Der war zwar hier zügig die Karriereleiter hinaufgestiegen, von Lübeck über Kassel zum WDR nach Köln, dann Chef der Frankfurter und schließlich der Hamburger Oper, aber vom Charisma des ganz großen Dirigenten scheint er doch damals wenig verbreitet zu haben. Oder lag das nur daran, daß er mit seiner kühlen, überlegenen Art bei seinen deutschen Orchestern mehr zähneknirschende Folgsamkeit als Einsatz erwirkte? Auch für seinen Hamburger Abschied waren damals Differenzen mit dem Orchester einer Hauptgründe.

leben, mit welchen politischen und weltanschaulichen Haltungen? Mit welcher Einstellung gegenüber Opportunismus und Tatbereitschaft? Sophie und Hans Scholl wurde die Todesgefahr zum Kriterium ihres Lebenswillens. Sie wären am Gefühl der Schande innerlich zugrunde gegangen, wenn sie nicht das Todeswagnis als einzige ehrliche Lebensmöglichkeit auf sich genommen hätten.

WELT: Nach verschiedenen Verfilmungen des Stoffes mußten Sie doch für das musikalische Theater neue Ansatzpunkte finden.

Zimmermann: Natürlich. Es konnte auf keinen Fall darum gehen, eine dramatische Vorlage zu musikalisieren, sondern mehr um Motivation als um Handlung. Aber dies kann eigentlich nur das Stück selbst glaubhaft machen, da nützen noch so gute theoretische Absichtserklärungen nichts. Die Dramaturgie mußte sich, das kann ich vielleicht zu Ihrer Frage sagen, von aller Opernkonvention entfernen, mußte szenische Offenheit für Poesie, Traum und Utopie garantieren. Die Grenzen Realität und Irrealität sollten fließend bleiben und die lineare Handlungskausalität aufgehoben werden.

WELT: Führt das nicht in die multimediale Darstellungsweise?

Zimmermann: Auf jeden Fall bedeutet die ungewöhnliche Stückdramaturgie eine Herausforderung für das Inszenierungsteam. Aber es ist eine Herausforderung zur Disziplinierung der szenischen Mittel, zur Konzentration auf das Wesentliche von Figur und Situation. Und das heißt nichts anderes als Konzentration auf die innere Handlung. Ein Stück wird reduziert auf die Lage zweier junger Menschen eine Stunde vor der Hinrichtung. Alle ihre Erinnerungen an Erlebtes, ihre Zweifel, Hoffnungen und Ängste, die Rechtfertigung ihres Handelns, ereignet sich ausschließlich in und zwischen diesen beiden Figuren und dem dafür durch Musik und Szene strukturierten Raum.

WELT: Etwas Ähnliches versuchte Peter Hacks in „Ein Gespräch im Hause Stein...“ Läßt sich so etwas beim Musiktheater durchführen?

Zimmermann: Der Vergleich mit Peter Hacks ist richtig, wenn auch die psychologische und philosophische Dimension der Scholl-Geschichte tiefer liegt. Im Monologisieren versuchen zwei junge Menschen die Motivation einer getroffenen Gewissensentscheidung zwischen Leben und Tod. Dabei hilft kein psychopathischer Affekt wie beispielsweise im „Jakob Lenz“ von Wolfgang Rihm. Halluzinationen an der Grenze des Wahnsinns, lähe und hintergründige Stimmungswechsel zwischen Leben und Tod, das Überdenken der eigenen Situation im Angesicht des unmittelbaren bevorstehenden physischen Endes, dies bezeichnet schon eine Grenzsituation des Menschseins.

WELT: Ein Blick in Ihre Partitur vermittelt ein musikalisches Stenogramm szenischer Gesten. Die Zurücknahme auf wenige Secesschlä-

ge, Linien, Flächen und Farben tendiert nach dem musikalischen Kammerspiel. Mit welchen kompositorischen Mitteln arbeiten Sie?

Zimmermann: Die neue Arbeit, und hier stehe ich ja nicht allein, zeigt ein verführerisches Bild permutatorischen Spiels: experimentelle Klangtechnik, Zitatkomposition und Collage, stochastische Feldkomposition, programmierte Programmsynthese, Computermusik, periodisch-graduelle Musik usw. sind sozusagen die morphologischen Elemente.

Der reflektierte Umgang mit der vorgegebenen Strukturierung belebt die Situation und die Reaktion der Agierenden. Der psychophysische Zustand der beiden Personen zwingt noch vokale und instrumentale Reaktion auf die Zurücknahme zur Stille, zur Pause und zum Schweigen. Daneben stehen aber auch Ausbrüche von Angst und Verzweiflung, die zeigen, daß die Scholls keine Heiligen oder Märtyrer waren, sondern Menschen mit Ängsten, Zweifeln und Hoffnungen.

WELT: Das Libretto haben Sie zusammen mit Wolfgang Willaschek erarbeitet.

Zimmermann: Willaschek hat sich zwei Jahre lang intensiv mit den Quellen beschäftigt. Dabei entstanden viele Textvarianten. Besuche bei Inge Aicher-Scholl, das Studium der noch vorhandenen Briefe und Textaufzeichnungen, die Suche nach Texten auf geistigen Verwandten wie Tadeusz Rozewicz, Franz Fühmann, Dietrich Bonhoeffer oder Reinhold Schneider bis hin zu den Psalmen führten zu Verbesserungen und Ergänzungen.

WELT: Nach Hamburg kündigen bereits ein Dutzend weiterer Bühnen in Ost und West Inszenierungen an, zum Teil auch sehr kleine Häuser. Worauf führen Sie das große Interesse an Ihrem Stück zurück?

Zimmermann: Ich hoffe sehr, es ist zunächst und vor allem die Scholl-Geschichte, also der politische Aspekt des Stoffes. Sicher spielt auch die praktikable Besetzung - eine lyrische Sopranistin, ein Bariton und fünfzehn Instrumentalisten - eine Rolle.

WELT: Wird es auch eine „Weiße Rose“ mit dem Dirigenten Zimmermann geben?

Zimmermann: Ich dirigiere die „Weiße Rose“ im April in München. Im Herbst werde ich die Bielefelder Inszenierung von Heiner Bruns musikalisch betreuen.

WELT: Haben Sie über die „Weiße Rose“ und die „Sündflut“ hinaus schon konkrete Pläne?

Zimmermann: Ich diskutiere mit zwei Auftraggebern sehr ernsthaft neue Projekte: für die 250-Jahr-Feier der Deutschen Staatsoper in Berlin Ost (1992) eine Oper nach Franz Fühmann und eine weitere Oper nach Mozeks „Tango“ für eine große amerikanische Bühne.

HEINZ LUDWIG



Nach der Vorstellung in Hamburg der Triumphe in Cleveland: Der Dirigent Christoph von Dohnányi FOTO: PETER PETTSCH

Er wird ganz und gar österreichische Musik, herauswachsend aus der Tradition von Mozart und Schubert. Das Pathos, den Nebel, den Orgelschwall haben schon andere Dirigenten aus Bruckner herausgeholt. Das wurden dann schlanke, polyphone Interpretationen. Ein so bestreckendes Ergebnis wie Dohnányi haben sie nicht erzielt.

Natürlich liegt das an der Spielkultur dieser Musiker, die vor allem bei den Bläsern superb ist. Aber eine solche Finesse zu bewahren, das ist durchaus das Verdienst des Chefs. Den Solo-Oboisten John Mack auf einer solchen Tournee das Mozart-Konzert KV 314 vortragen zu lassen gehört dabei zu den aufmunternd-pädagogischen Maßnahmen. Mack ist ein ganz versierter Künstler, der seinen Part fließen läßt, dabei vom Orchester auf das zarteste gestützt wird, ohne daß dieser spiegelglatte Mozart einem irgendwie aus Herz ginge. Ein Konzert der Clevelandler appelliert erst einmal an den Verstand.

REINHARD BEUTH

Weitere Tournee-Stationen: 28. Febr. Berlin, 27. Febr. Hamburg, 28. Febr. Frankfurt-Hochst, 1. März Frankfurt.



Feinste Abstufungen auf ungekochtem Reispapier: „Alte Akzente“, Tuschmalerei von Song Di (1985) FOTO: WOLFGANG MORELL

Der chinesische Maler Song Di in Deutschland

Schwarz darf hell sein

Diese Malerei ist uns fremd. Nicht weil sie aus dem Fernen Osten kommt, sondern in ihrer Haltung. Sie ist gegenwärtig, ohne im Sujet oder Stil die Zeit herauszukehren, in der sie entstand. Sie ist neu, aber nicht auf Novitäten aus, traditionell, aber nicht konventionell.

In China gilt Song Di, 1945 in Shanghai geboren, jedoch seit 1963 in Peking lehnend und inzwischen lehrend, noch als junger Künstler. Wenn bei uns ein frugwürdiger Jugendkult nur den Jungen ein Kunstwerk, das alle Konventionen sprengt, zutraut, nennt China zum anderen Extrem, meint, weil die Kunst als Handwerk verstanden wird und Erfahrung und jahrzehntelange Übung als Voraussetzung des Gelingens gelten, nur das Alter sei zu Meisterwerken fähig. Deshalb wäre Song Di mit seinen 40 Jahren kaum für würdig befunden worden, sein Land in Deutschland zu vertreten, wäre er nicht von der Konrad-Adenauer-Stiftung eingeladen worden.

Seine Bilder, die ihre Tournee im Bonner Wissenschaftszentrum begannen und jetzt im Eitlinger Schloß gezeigt werden, entsprechen dem klassischen Stil chinesischer Malerei. Sie zeigen die Flußlandschaft bei Guilin, ein Bergdorf im Schnee, Berge im Nebel, dazu Blumen, Spatzen, eine ruhende Ente, die sich im Wasser spiegelt, einen Hahn aus breiten, grauschwarzen Pinselstrichen, nur die Augen und der Kamm in Rot dargelegt.

Song Di beherrscht die Kunst der

Tuschmalerei auf ungekochtem Reispapier, das die Farben verlaufen läßt und damit feinste Abstufungen erlaubt. Die chinesischen Maler kennen fünf Schwarz, Nuancen des Dunklen, bei denen die Beschreibung versagen muß und die sich nur der Anschauung erschließen. So gewinnt ein Bergmassiv Tiefe, werden die weiter hinten liegenden Gipfel jeweils einen Ton heller, sind aber noch immer schwarz.

Song Di genügt allerdings die Anlehnung der traditionellen Themen im Stil der alten Meister nicht, um Bilder zu malen, deren neue Handschrift nur der Kenner zu beurteilen vermag, dem der klassische Bilderschatz gegenwärtig ist. Song versucht beispielsweise, Themen westlicher Ölmalerie in die chinesische Wasserfarbentechnik zu übertragen, wenn er einen Vogelschwarm über einer weiten Landschaft malt, die ohne konkretes Profil nur aus verschiedenen, verlaufenden Brauntönen aufgebaut ist. Oder er verzichtet auf charakteristische Leere der Bildmitte, wie bei klassischen Kompositionen, und füllt die Bildfläche völlig aus, zum Beispiel mit großen Kieselsteinen nach dem Regen, auf denen zwei Elstern (Vogel, die in China das Glück symbolisieren) stehen.

Es sind Bilder der Ruhe, geprägt vom Selbstbewußtsein eines Malers, der sich seiner Mittel, seiner selbst und der Tradition seiner Kunst bewußt ist.

PETER DITTMAR

Bis 30. März: München; April: anschließend Berlin oder Hamburg.

Berliner Schaubühne mit „Phaidon“ von Platon

Die Puppen des Sokrates

Will man eine der stillsten, gedankenvollsten, ideenhaft ergründeten, zugleich aber auch zwei der exquisitesten Schauspielereisen erleben, die man in Berlin zur Zeit theatralisch erfahren kann - man muß bis ans Ende der Weststadt fahren, bis an den Rand des hier ganz unspektakulären Kreuzbergs. Der Kontrast ist schon fast bizarr.

Fast im Schatten der Mauer ist dort, wo die U-Bahn endet am Schleischen Bahnhof die alte Probenreimse der Berliner Schaubühne zu finden, ein kalter Handwerkschuppen. Hier hat man früher geprobt. Man tut es auswechslungsweise manchmal noch. Hier spielt man gelegentlich. Hier hat vor zwei Jahren Gruber seine Tschechow-Erfahrung mit „An der großen Mauer“ gezeigt.

Jetzt reist man dorthin, um des Sokrates Ende nach Platons Fassung des unsterblichen „Phaidon“ szenisch zu erleben. Wolf Redl, einer der besten und treuesten Protagonisten der Schaubühne, hat die Sternenschaue eingerichtet. Er führt Regie. Er selber spricht die Worte des so unverdrossen und tapfer scheitenden Sokrates. Jochen Tovote, zuerst noch das Buch in der Hand, liest die Introduction, später in glücklichem Austausch mit Sokrates gleich alle Stimmen seiner Abschied nehmenden Jünger.

Der Abend wird ergreifend. Unser eins sitzt mit rund einhundert anderen Lauschenden auf einem weiten, vierstöckigen Sitzpodest, der Raum vor uns ist von vornherein mit einem Halbdutzend kleinerer Tische und Stühle bestückt, an denen Menschenpuppen aus des Sokrates nachdenklichem Gefolge hocken. Ein Bett ist zu sehen. Auch darin liegt eine Puppenfigur auf leuchtendem Leinen. Platons große Endprosa - dramatisiert.

Aus dem schönen Programmheft hat man, falls man es noch nicht weiß (ich weiß es nicht), erfahren, daß sich schon der große Aufklärer und Bühnendramaturg Diderot mit dem Gedanken trug, den „Phaidon“ szenisch direkt auszubilden und zu einem Theaterstück zu machen. Er hat es nicht getan. Moses Mendelssohn hat ihn später seiner unterlassenen Halberzigkeit wegen bitter gerügt. Jetzt findet das gewagte Experi-

ment also statt. Man verläßt sich bei der Schaubühne auf die wunderbar stille und wörtlich eindringliche, alte Übersetzung von Schleiermacher. Diderots Projekt - jetzt wird es gewagt. Es gelingt erstaunlich. Plötzlich ist Wolf Redl, angetan im Sacko von heute, unter den stummen, menschenhohen Pappfiguren erschienen. Er figuriert die Worte des Sokrates mit einer wunderbar milden Eindringlichkeit. Er läßt den Humor der Weisheit hören. Er ergeht sich in gedanklichen Finten. Er foppt seine Jünger. Er tröstet sie. Er läßt sie zu seinem bitteren Ende immer wieder Erkenntnis kosten und die Lust am freien Denken in seiner eigentlich doch untröstlichen Staatsst.

Jochen Tovote, alle Fragen und Antworten seiner Jünger mit ruhiger Besorgtheit verlaufend, den Meister des Denkens immer neu zu Weisheit provozierend, dann aber zusehendschmerzhaft immer wieder die platonischen Übergänge epischer Art direkt aus dem Buch in der Hand lesend - Tovote setzt die Denkmäskine Sokrates ständig in Bewegung. Er fordert vom Meister, fragend, die großen Antworten des Sokrates. Er tut es wie aus der immer spannender werdenden Stille eines Mitleidenden. Er hält das andere Ende einer großen Dialektik fest in der Hand.

Man wohnt, wie hungrig, diesem großen Menschheitsgespräch lauschend, einer sehr abenteuerlichen und höchst belebenden, theatralischen Erfahrung bei. Platon - dramatisiert. „Des Sokrates Tod“ als stille, als eine gedankenhafte Tragödie. Der Abend, so umflort er dauernd ist, wirkt am Ende durch seine Gedankenfülle wie erlösend.

Hin und wieder fliegt ein großer Vorhang zwischen dem Publikum und die beiden tiefen Diskutanten der letzten Dinge: öffnet er sich neu, sind die stummen Pappfiguren in andere Positionen gebracht, ist der Bühnenraum sinnvoll verändert. Das Todesgespräch geht weiter. Sokrates, sterbend, siegt. Unsterblichkeit ist dramatisch belegt.

Die Aufnahme dieses Experimentes war, solange sie mit ihren 120 Minuten währte, fast atemlos. Der Beifall enorm.

FRIEDRICH LUFT

Nächste Aufführungen: 25. 2. 3. Karteninformation: 030 / 98 00 23.

JOURNAL

Strehlers Pläne für das Vieux-Colombier-Theater

schw. Paris Am 1. Juni wird das legendäre Theater Vieux-Colombier im Pariser Quartier Latin wieder eröffnet. In dem Gebäude befand sich seit 15 Jahren ein Nachtclub. Das neue Theater soll als drittes Haus der Comédie Française unter der Leitung von Giorgio Strehler eine internationale Schauspielschule beherbergen und Gastregisseure aus dem Ausland zur Verfügung stehen. Das Vieux-Colombier wurde 1913 gegründet und von Jacques Copeau geleitet. Von Claude bis Giraudoux wurden die Autoren des neuen Theaters dort aufgeführt. Seine wichtigsten Schauspieler waren Louis Jouvet und Charles Dullin. Strehler ist zudem für drei weitere Jahre als Leiter des Pariser Europa-theaters bestätigt worden.

Flucht und Vertreibung in der Literatur

DW. Bonn „Flucht und Vertreibung in der Nachkriegsliteratur“ sowie den „Formen ostdeutscher Kulturförderung“ behandelt der Forschungsbericht 51 der Konrad-Adenauer-Stiftung. In dem Band sind die Vorträge zusammengefaßt, die bei einer Tagung im September vorigen Jahres gehalten wurden. Sie unterscheiden zu einem, wie und von wem das Kriegsende in Schlesien, Ostpreußen, Pommern und dem Sudetenland als literarisches Thema aufgegriffen wurde, und stellen zum anderen dar, wie das kulturelle Leben der deutschen Ostgebiete, die unter polnischer Verwaltung stehen, gepflegt wird. Der Forschungsbericht kostet 14,80 Mark (Postfach 1365, 5047 Wesseling).

Komponistenpreis für Hausmusik gestiftet

dpa, Kassel/Frankfurt Einen Komponistenpreis für Hausmusik hat der Kasser Bärenreiter-Verlag ausgeschrieben. Die Ausschreibung soll alle zwei Jahre vergeben werden und neuen Komponisten gelten, die sowohl in Besetzung und Ensemblegröße wie auch in ihren technischen Anforderungen den Möglichkeiten von Laienmusikern gerecht werden. Der erste Preis beträgt 10 000 Mark.

Neuer Generalintendant für Nürnberger Bühnen

dpa, Nürnberg Burkhard Mauer ist vom Nürnberger Stadtrat zum ersten Generalintendanten der Städtischen Bühnen berufen worden. Bisher leitete ein Dreierdirektorium Schauspiel, Musiktheater und Verwaltung. Mauer tritt seinen Fünfjahresvertrag bereits am 1. März an. Der Theatermann arbeitete zuvor als Dramaturg in Bremen, Nürnberg, Bochum und Berlin. Zuletzt war er Chef dramaturg in München.

Neugriechisch an Frankreichs Oberschulen

AFP, Paris Neugriechisch wird künftig an den französischen Oberschulen wie Deutsch und Englisch als obligatorisches Wahlfach eingeführt. Das heißt, man kann Neugriechisch als erste Fremdsprache wählen und darin beim Abitur geprüft werden.

Rundgänge durch die Villa Adriana

DW. Rom Am Eingang der Villa Adriana bei Tivoli südlich von Rom wurde jetzt in einem Bauernhaus aus dem 16. Jahrhundert ein didaktisches Museum eingerichtet. In den Räumen erstreckt sich vom ersten, seitdem der großartige Palast- und Villenkomplex aus dem zweiten Jahrhundert n. Chr. Besuchern offensteht, ein vollständiges Bild von der Anlage mit ihren Gebäuden, Tempeln, Teichen, Nymphen, Theatern und Wirtschaftsgebäuden. Schaustafeln, Fotos und Rekonstruktionen empfehlen eine Reihe von Rundgängen, die vom Frühjahr an im ganzen Gelände entsprechend in Zahlen und Farben ausgeschüttet sein werden.

Übersicht über Museen in Niedersachsen

DW. Hannover Mehr als 300 Museen gibt es in Niedersachsen. Davon wurden 112 für den Sammelband „Museen in Niedersachsen“ ausgewählt, den der niedersächsische Minister für Wissenschaft und Kunst herausgegeben hat. Meinolf Trudtznick vom Niedersächsischen Landesmuseum in Hannover stellt darin nicht nur die großen und weithin bekannten Häuser wie das Herzog-Anton-Ulrich-Museum in Braunschweig, das Sprengel- oder Wilhelm-Busch-Museum in Hannover, das Roemer- und Pelizaeus-Museum in Hildesheim vor, sondern auch bemerkenswerte Spezialsammlungen wie das Wackemuseum in Cuxhaven, das Hubschrauber-Museum in Bückeburg oder das Pferdewerk in Verden. Der Band mit 316 Seiten und vielen farbigen Abbildungen (photografiert von Joachim Giesel) kostet im Buchhandel 73 Mark.

Die Seele des Hauses nimmt ihren Abschied

R.-M. BORNGÄSSER, Moskau
Sie hat die Revolution überdauert, überstand alle Modernisierungsversuche – doch nun im Zuge der Fortschrittspolitik im Lande Michail Gorbatschows scheint sie endgültig ausgedient zu haben: die „Litschurnaja“, die Etagenfrau in den Hotels hierzulande.

Sie ist so alt wie die Sitte, einer Dame galant die Hand zu küssen. Doch nun hat das Ministerium für Wohnung- und Kommunalwirtschaft beschlossen, daß in diesem Jahr die Stelle der Etagenfrau künftig eingespart werden soll. Schon sei der Anfang gemacht, jubelt die „Litschurnaja Gasetta“, seien doch im Hotel „Moskau“ bereits 130 „Stellen“ freigegeben. 150 000 Rubel würden so im Jahr eingespart werden.

Egal, ob in Leningrad, Jerewan in Moskau oder Archangelsk, wo immer der Gast in einem Hotel in der Sowjetunion logierte, er konnte die Deshurnaja nicht übersehen. Sie „thronte“ am strategisch wichtigsten Platz der Etage und konnte von ihrem Pult aus, ohne sich bewegen zu müssen, den Aufzug, die Treppe und die Flure überblicken. Denn alle Wege führten an ihrem Platz vorbei. Sie verteilte die Zimmerschlüssel und nahm sie wieder in Empfang.

Sie achtete drauf, daß Zimmer-Rechnungen pünktlich bezahlt und Telefon-Gebühren korrekt beglichen wurden, daß der Gast mit seinem Koffer vom Portier, der hier „Schweizer“ heißt, hinausgelassen wurde. Ein weiblicher Zerberus, die Deshurnaja, paßte sie doch auf, daß sich Gäste zweierlei Geschlechtes, die nicht zusammengehörten, nicht noch nach Mitternacht gemeinsam auf ihre Zimmer schleichen konnten.

Wodkaflaschen aus den Tiefen des Schreibtisches

Wenn ein Hotelgast froh, besorgte sie zusätzliche Wolldecken, ersetzte zerbrochene Zahnpflegeartikel und hatte für den verkaternden Gast nicht nur Mineralwasser, sondern auch diverse Pillen parat. Und in den derzeitigen „alkoholarmen“ Zeiten zauberte sie auch gegen entsprechende Rubel mal eine Flasche Wodka aus den Tiefen ihres Schreibtisches hervor. Kurzum diese „Diensthabende“ war die Seele des Hauses. Auch das Reinigungspersonal hörte auf ihr Kommando, falls jemand Klagen vorbringen sollte.

Nachts streckte sich die Deshurnaja hinter ihrem Tisch auf einem Sofa aus und hielt ihr Nickerchen. Doch mit halbem Ohr nahm sie auch noch den letzten Nachtbummler wahr, der sich zur späten oder gar frühen Stunde ins Hotel zurückbequimte. Diese älteren, meist fülligen Matronen, strahlten gleichermaßen Respekt wie Vertrauen aus.

Man fühlte sich als Gast bedient, wenn man zur späten Stunde die Deshurnaja am Ende der leeren dämmigen Korridore friedlich beim Schein ihrer Tischlampe lesen sah. Sie erschien so vertraut wie ein Gegenstand des täglichen Gebrauchs, gleich einer älteren Strickjacke, von der man sich, obgleich kein Staat da mit zu machen ist, um keinen Preis der Welt trennen würde. Der sowjetische Poet Jewgenij Jevtuschenko hat der Deshurnaja ein Gedicht gewidmet. In ihm beschreibt er, wie er nach Jahren wieder in ein Hotel kommt. Es ist inzwischen renoviert, modernisiert – doch sie sitzt noch immer auf ihrem angestammten Platz.

Die Realität aber geht über den Poeten hinweg. Bedarf es noch einer Deshurnaja, wenn elektronische „Aufpasser“ diese Funktion viel genauer und emotionsloser erfüllen?

Feminines Feuerwerk gegen das Diktat der Mode

Die Zeit der Zwiebel ist vorbei. Passé der Look des vielfachen Übereinander. Körperbewußtsein lautet das Stichwort für die Sommermode 1986. Und das bedeutet Pasten für die Damen, die allzu sichtbare Souvenirs fröhlicher Festtage auf den Hüften und sonstwo tragen.

Die internationale Garde der Modedesigner entdeckte wieder einmal den Ausgangspunkt ihres Schaffens, den weiblichen Körper. Beine, Busen, Taille – kurze knieumspielende Röcke, Korsagen vor allem für den Abend, breite Gürtel als wichtigste Accessoires betonen, was im Fachjargon „neue Feminität“ heißt.

Azzedine Alaïa, zweifach mit dem Mode-Oscar ausgezeichnet, gilt als einer ihrer Kreatoren. Signale aus dem Modemekka Paris für die Wende. Peu à peu vollzieht sie sich. Denn es ist nicht die Zeit modischer Revolutionen. Grundlegende Ideen überleben eine Saison. Neue Effekte kommen über eine Fülle von Innovationen, über Raffinesse in Stoffen, Farben und deren Kombinationen.

Effektiv mischen auch deutsche Designer mit. Ihre Eigenständigkeit in der modischen Interpretation des Zeitgeistes wird inzwischen international beachtet. Fachverkäufer aus aller Welt reisen jetzt auch nach Düsseldorf, München und – der „quicklebenden“ jungen Avantgarde wegen – nach Berlin, um dort deutsche Mode zu sehen und zu kaufen.

Sogar im eigenen Lande erobert sich deutsches Design einen Platz neben der Konkurrenz aus Frankreich, Italien und den USA. So stärkt zunehmend die „Handschrift“ eines Designers das Prestigeverlangen seiner Kundin. Man bekennt sich gleichsam zu seinem Modeschöpfer. No-names-Modelle haben wenig Chancen. Dieser Trend zeigte sich auch am Wochenende bei der „Deutschen Designer-Schau“ in Berlin, der Präsentation der Herbst/Winter-Mode 1986/87.

Doch während schon der neue Winter die Fachleute über die Laufstegen wirbelt, hält der Sommer in den Schaufenstern der Boutiquen Einzug. Sonnenfarben von Gelb-Orange bis Pink, Wassertöne von Nilgrün, Türkis bis Smaragd leuchten als Vorbote der warmen Jahreszeit.

Weiß mit Glanzeffekten spielt eine Hauptrolle bei dem von „Reise nach Indien“ inspirierten Kolonialstil. Ornamentale Blumendessins, Hosen unter wadenlangen Röcken und Tuniken sind typisch dafür. Erd-

töne bestimmen abstraktes Design afrikanischer Abstammung. Neben Klassikern, wie Marine und Schwarz, oft mit Glanz und Glitzer, sind Sandfarben mit von der Modepartie. Neben dem Gürtel sind üppige Ketten wichtigste Accessoires.

Die Silhouette ist körperbetont, schmal, Schultern bleiben zwar betont, sind aber runder und damit weiblicher. Das Dekolleté ist von der rückenöffnenden Offenheit. Die Röcke rutschen je nach Geschmack und passender Jacke von der Wade bis übers Knie. Jacken übrigens sind in phantasievollen Variationen vom strengen Blazer mit breitem Revers bis zum Schößchen-chenaille ein wichtiges Modethema. Enge Röcke haben (sehr praktisch) stets einen Schlitz. Und Kleider im Stil der dreißiger, vierziger und fünfziger Jahre feiern ein Comeback. Bei den Hosen dominiert die knöchelnahe Bundfaltenhose mit lässiger Hüftweite, Bermudas sind schenkellang oder bequemer nach Art der Kolonialherren. Sommer '86: ein frühliches feminines Feuerwerk der Kreativität, aus dem die Frau mit Lust am Kombinieren nach Geschmack und Geldbeutel ihre Persönlichkeit durch Kleidung unterstreicht. Erlaubt ist, was gefällt, eigene Phantasie gefragt. Modediktat ist eine Vokabel aus vergangenen Zeiten.

GABRIELE HERLYN



Farida in Lebensgefahr

Nach Pakistan entführt, obwohl Flughäfen informiert waren

hd, München

Ein vierjähriges Mädchen aus Kempten, das am Wochenende von seinem pakistanischen Vater in dessen Heimatland entführt wurde, schreibt vermutlich in Lebensgefahr. Farida R. leidet an Tuberkulose und muß unverzüglich behandelt werden.

Nach den bisherigen Ermittlungen wurde Farida von zwei türkischen Männern und einer Frau im Auftrag ihres Vaters Naumann R. (34) gewaltsam aus dem Bungalow ihrer Großeltern herausgeholt. Einer der drei hatte sich an der Haustür als Postbote ausgegeben, der ein Telegramm zu stellen wolle. Auf diese Weise gelangte das Trio in die Wohnung. Das alte Ehepaar wurde mit Handschellen an ein Bettgestell gefesselt. Erst eine halbe Stunde später hörten Nachbarn die verzweifelten Hilferufe und verständigten die Polizei.

Die Behörden reagierten unverzüglich.

lich, nachdem sie sich über den Tatbestand informiert hatten, hieß es. Alle Flughäfen der Bundesrepublik waren binnen 30 Minuten informiert, versicherte ein Oberkommissar. Dennoch konnte der Pakistani mit seinem Kind auf dem Frankfurter Flughafen unbehindert ein Flugzeug mit dem Ziel Islamabad besteigen. Wie es ihm gelang, die Ausreisekontrollen trotz des Fahndungsaufgebots der bayerischen Polizei zu passieren, soll in einer inzwischen eingeleiteten Untersuchung geklärt werden.

Faridas Mutter, Ingrid R., war bei der Scheidung vor zwei Jahren das Sorgerecht für ihre Tochter zugesprochen worden. Nach islamischem Recht ging es jedoch auf den Vater über. Die Chancen, das Mädchen in die Bundesrepublik Deutschland zurückzuholen, sind deshalb nach Angaben eines Sprechers des Auswärtigen Amtes „sehr gering“.

LEUTE HEUTE

Strategie

Was Ronald Reagan oder Clint Eastwood – der sich um den Bürgermeisterposten im kalifornischen Carmel bemüht – recht ist, ist einem Kollegen aus der Show-Branche nur billig. Nach „langen Gesprächen mit der Demokratischen Partei“ läßt Harry Belafonte mit dem Gedanken, seinen Namen bei den Kongresswahlen im Herbst auf den New Yorker Stimmzettel setzen zu lassen. „Mister Calypso“ stammt aus dem Schwarzenviertel Harlem und residiert heute in New Yorks vornehmer Upper Eastside. Kandidiert er tatsächlich, müßte der 58-jährige gegen den Republikaner Alfonso D'Amato antreten. Auf ein mögliches Duell freut er sich jetzt schon und verkündet auch gleich seine Wahlkampfstrategie: Bei Belafontes tollem Namen würde sich als beneideter Underdog anstellen, ließe D'Amato wissen. „Und das hat sicher seine Vorteile...“

„Bleifrei kein Problem“

Aktion von ADAC und Bundesinnenministerium gestartet

iz, München

Die Motoren von acht bis zehn Millionen der 26 Millionen in der Bundesrepublik zugelassenen PKWs tragen nach Ansicht des ADAC bleifreies Benzin. Wenn aber im Dezember erst 2,5 Prozent und im Januar fünf Prozent des getankten Sprits ohne Bleisatz war, dann liegt das – wie ADAC-Präsident Franz Stadler meint – an der „fast unerträglichen Unsicherheit vieler Kraftfahrer, ob ihr Fahrzeug tatsächlich und unschädlich den bleifreien Kraftstoff verträgt“.

Diese Ungewissheit soll jetzt durch eine bundesweite Aktion beendet werden, die gestern in München der Automobilclub gemeinsam mit dem Bundesinnenministerium und dem Zentralverband des Kraftfahrzeugwerbes ins Leben rief. Ab sofort wird jedes Fahrzeug, das entweder bei einem ADAC-Prüfstand oder einer

Kfz-Werkstätte vorgefahren wird, auf die Bleifrei-Verträglichkeit seines Motors überprüft. Bei einem positiven Befund wird eine kleine Plakette mit der Aufschrift „Bleifrei kein Problem“ auf das Seitenfenster über den Tankenfüllstutzen geklebt. Für die Startphase der Aktion sind drei Millionen Aufkleber gedruckt.

Präsident Stadler appellierte gestern an alle Autofahrer, die bleifrei tanken können, davon Gebrauch zu machen. Bereits mehr als jede vierte deutsche Tankstelle bietet bleifreies Sprit an, der durch eine Steuerbegünstigung seit Januar billiger als verbleiteter Kraftstoff ist. „Auch das Ausland zieht kräftig mit“, erklärte Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann, der von einer CSU-Vorstandssitzung herübergeleitet kam. „Es ist keine Utopie mehr, bleifrei von Norwegen nach Sizilien und von Spanien bis nach Ungarn zu fahren.“

40 Zentimeter Schnee auf den Autobahnen

DW, Bonn

Klirrende Kälte im Norden und stundenlange Schneefälle im Süden – der Februar 1986 ist einer der kältesten, die es in jüngster Zeit gegeben hat. In Kassel wurden in der Nacht zum Montag minus 25 Grad gemessen, seit Beginn der Wetteraufzeichnungen war es dort im Februar noch nie so eiskalt. Bei Nachttemperaturen um minus 20 Grad friert die Ostsee zu. Auf den meisten Kanälen fahren die Binnenschiffe nicht mehr. Zu allem Überflus schneite es seit Sonntagmorgen in Bayern und Baden-Württemberg. Bei 40 Zentimetern Schnee auf den Straßen und Autobahnen in Bayern erstarrte der Berufsverkehr in der weißen Pracht. In Freiburg wurde mit 40 Zentimetern die zweithöchste Schneedecke des Jahrhunderts gemessen. Den überforderten Bürgern habe die Meteorologen keine erhellenden Neuigkeiten zu bieten: Bis zum Wochenende bleibt es bitterkalt. Auch in der Schweiz haben ergiebige Schneefälle zu erheblichen Verkehrsbehinderungen geführt. In Basel fielen 24 Zentimeter Neuschnee, so viel wie seit 25 Jahren nicht mehr. Mehrere Hundert Autofahrer in Nordfrankreich mußten die Nacht zum Montag in Notquartieren verbringen. Feuerwehren und Gemeinden in der Bretagne und in den Gebieten rund um Paris stellten Turnhallen, Festäle und Gemeindegasthäuser zur Verfügung, um die in Schnee und Eis steckengebliebenen Wochenendheimkehrer vor einer Nacht auf der Straße zu bewahren.

FOTOS: DIE WELT



Pseudokrupp untersucht

dpa, Köln

Das Gesundheitsamt Köln will jetzt in Massenerhebungen an sechs-jährigen Kindern klären, ob ein Zusammenhang zwischen Pseudokrupp und chronischer Bronchitis mit Luftverschmutzung und Umwelteinflüssen besteht. Die Eltern von Schulanfängern sollen von Anfang März an bei den Einschulungsuntersuchungen freiwillig einen entsprechenden Fragebogen ausfüllen.

Bei Fest totgetrampelt

AP, Peking

Bei einem Laternenfest in der ostchinesischen Provinz Jiangsu sind am Wochenende 21 Menschen totgetrampelt worden. Nach Darstellung einer in Shanghai erscheinenden Zeitung ereignete sich der Zwischenfall am Freitagabend. Schätzungsweise zehntausend Menschen sollen an dem Fest teilgenommen haben.

„Satellit keine Gefahr“

dpa, Bonn

Die Gefahr, daß der offensichtlich außer Kontrolle geratene sowjetische Spionagesatellit „Kosmos 1714“ auf das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland abstürzen könnte, wird von zuständigen Stellen in Bonn als außerordentlich gering eingeschätzt. Das Innenministerium rechnet damit, daß der Satellit am Wochenende bei seinem Eintritt in die Erdatmosphäre abgeht.

Hunde fielen Mädchen an

dpa, Köln

Die Mutter eines neunjährigen Mädchens aus dem oberbergischen Nümbrecht, das am Freitagabend von drei Schäferhunden angefallen und schwer verletzt worden war, hat gegen den Hundehalter Strafanzeige gestellt. Die unbeaufsichtigten umherlaufenden Hunde hatten dem Mädchen daumengroße Fleischstücke aus Ober- und Unterschenkel herausgebissen sowie den Teil eines Ohres abgerissen. Das Kind wurde mehrere Stunden lang operiert.

WETTER: Kalt

Lage: Zwischen einem Hochkeil und einer Tiefdruckrinne liegt Deutschland weiterhin in einer kalten nordöstlichen Strömung.

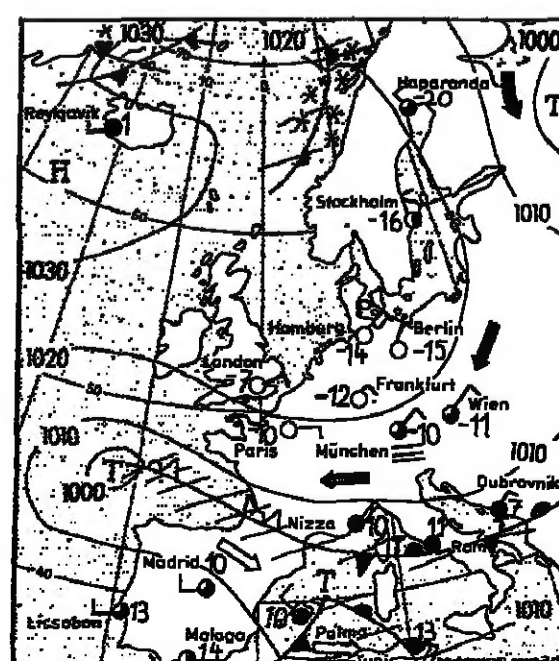
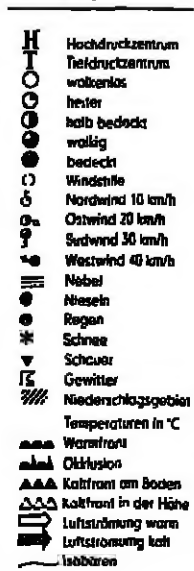
Vorhersage für Dienstag: Im Alpenvorland sowie stellenweise im Nordosten und Osten anfangs noch etwas Schneefall, sonst tagsüber meist heiter, nachts kalt. Temperaturen zwischen minus 2 und minus 8 Grad, Tiefstwerte in der Nacht zum Mittwoch zwischen minus 10 und minus

15 Grad, örtlich bis minus 20 Grad. Überwiegend schwacher, tagsüber in freien Lagen mäßiger Wind aus nordöstlichen Richtungen.

Weitere Aussichten: Noch winterlich kalt und weitgehend niederschlagsfrei.

Sonnenanfang am Mittwoch: 7.14 Uhr, Untergang: 17.56 Uhr, Mondanfang: 20.25 Uhr, Untergang: 8.13 Uhr (* in MEZ, zentraler Ort Kassel).

Vorhersagekarte für den 25. Feb., 7 Uhr



Temperaturen in Grad Celsius und Wetter vom Montag, 12 Uhr (MEZ):

Deutschland:	Paris	Faro
Berlin -4 bw	Genf 16 bw	16 bw
Bielefeld -4 bw	Mailand 15 bw	15 bw
Braunschweig -4 bd	Heidelberg 14 bw	14 bw
Bremen -4 bw	Hongkong 17 bw	17 bw
Darmstadt -4 bw	Isfahan 21 bw	21 bw
Dresden -3 bw	Kairo 21 bw	21 bw
Düsseldorf -4 bw	Kolumbien 21 bw	21 bw
Erfurt -11 bw	Konstantinopel 21 bw	21 bw
Essen -4 bw	Kopenhagen 4 bw	4 bw
Flensburg -11 bw	Köln 14 bw	14 bw
Frankfurt -4 bw	La Paz 18 bw	18 bw
Freiburg -4 bw	Leipzig 14 bw	14 bw
Garmisch -4 bw	London 8 bw	8 bw
Greifswald -4 bw	Los Angeles 15 bw	15 bw
Hamburg -4 bw	Madrid 10 bw	10 bw
Hannover -4 bw	Moskau 15 bw	15 bw
Kassel -4 bw	München 15 bw	15 bw
Köln -4 bw	Nairobi 21 bw	21 bw
Köln-Bonn -4 bw	Osaka 15 bw	15 bw
Konstanz -4 bd	Paris 14 bw	14 bw
Leipzig -4 bw	Prag 14 bw	14 bw
Limburg -4 bw	Reims 14 bw	14 bw
Mannheim -4 bw	Rosario 14 bw	14 bw
Münster -4 bw	Sankt Petersburg 14 bw	14 bw
Nürnberg -4 bw	Sankt Petersburg 14 bw	14 bw
Oberstdorf -4 bw	Sankt Petersburg 14 bw	14 bw
Potsdam -4 bw	Sankt Petersburg 14 bw	14 bw
Saarbrücken -4 bw	Sankt Petersburg 14 bw	14 bw
Stuttgart -4 bw	Sankt Petersburg 14 bw	14 bw
Tübingen -4 bw	Sankt Petersburg 14 bw	14 bw
Zugspitze -18 S	Sankt Petersburg 14 bw	14 bw
Ausland:		
Algier 18 bw		
Amsterdam 12 bw		
Athens 12 bw		
Barcelona 12 bw		
Belgrad 12 bw		
Bombay 27 bw		
Buenos Aires 27 bw		
Brüssel -2 bw		
Budapest -2 bw		
Buenos Aires 27 bw		
Campana 20 bw		
Dublin 12 bw		
Dublin 12 bw		
Dublin 12 bw		
Dublin 12 bw		

Schmeicheleinheiten für den Chef

ANDREAS THEYSEN, München

Sie sind die ungekrönten Könige, haben die Macht und grundsätzlich recht. Neuerungen blockieren sie ab, mit einem „Das haben wir schon immer so gemacht“ oder „Man muß in größeren Zusammenhängen denken“. Sie sind die Chefs, uneingeschränkte Alleinherrscher ihrer Abteilung. Ist ihnen wirklich nicht beizukommen?

16 Untergebene wissen es jetzt besser. In einem Psychologeseminar des Augsburger Kontaktstudiums Management mit dem Titel „Einfluß auf Vorgesetztenentscheidungen“ erfahren sie, daß der „Übermensch“ Chef manipulierbar ist – auch und vor allem durch die eigenen Mitarbeiter.

Ein Geflecht von recht raffinierten psychologischen Tricks macht's möglich. Mehr Gehalt oder mehr Mitarbeiter, ein größerer Etat, ein unterschriebener Urlaubsantrag oder eine genehmigte Dienstreise – für Angestellte, die sich ihrer Macht über den Chef bewußt sind, gibt es in solchen Fällen kaum mehr ein Problem.

Subtile Möglichkeiten, den Boß zu „beherrschen“

Psyche sezieren. Vorlieben und Ängste, Reizthemen und vor allem Spleens des Chefs zu kennen, ist für den „manipulierenden Mitarbeiter“ unerlässlich. Sieht der Vorgesetzte Vorgesetzte am liebsten in grünen Platemappen vorlegt, tut man ihm halt den Gefallen. Außerlichkeiten sind wichtig. Exponés werden grundsätzlich so gegliedert, wie es dem Chef gefällt; den Inhalt gestaltet der machtbewußte Untergebene freilich nach seinem Gusto: Denn welcher Vorgesetzte hat noch die Zeit, alles ganz genau zu lesen. Ein Seminarteilnehmer brachte die Methode auf einen knappen Nenner: „Seine Kategorien, aber meine Inhalte“.

Gute Kontakte zu Sekretärinnen oder zu engen Mitarbeitern des Chefs erleichtern die Analyse seiner Eigenheiten ungemein. Bernd Gasch, Psychologieprofessor an der Universität Dortmund, hat die Möglichkeiten des machtbewußten Mitarbeiters aufgelistet. Der Psychologe schult seit Jahren sowohl Chefs in punkto Führungseigenschaften als auch untergeordnete Mitarbeiter.

Auch ein Boß braucht seine „Schmeicheleinheiten“. Macht er einen Vorschlag, sollte dem Untergebenen dann und wann und wohlbedacht ein „Tolle Idee!“ herausrutschen. Bei der nächsten Anregung des Mitarbeiters wird sich der Vorgesetzte lobend entsinnen und den Vorschlag wohlwollend begutachten.

Mitunter sollte der „manipulierende Mitarbeiter“ auch in die Trickkiste

der Politiker greifen. Stichwort: gemeinsames Feindbild. Bei gleichem Ausbildungsstand empfiehlt sich etwa der Satz: „Wir Praktiker müssen doch gegen die Akademiker zusammenhalten.“ Ansonsten helfen auch Floskeln wie „Wir vom Vertrieb lassen uns nicht von den Marketing-Leuten überrumpeln.“

Nach dem Tennismatch läßt sich leichter reden

Nach Feierabend darf der zielstrebige Untergebene den Vorgesetzten nicht selbst überlassen. Er bemüht sich vielmehr um die Mitgliedschaft beispielsweise in dem Tennisclub, dem auch der Chef angehört. Das schafft Vertrautheit; und nach dem Match läßt sich dem Abteilungsleiter vielleicht das Zugeständnis abringen, zu dem er tagsüber im Büro nicht bereit war.

Nützen all diese Kniffe nicht, greift der Untergebene zu härteren Bandagen. Er weiß die Bedeutung des „Chefs vom Chef“ richtig einzuschätzen. So setzt er wenig entscheidungsfreudige Vorgesetzte mit einer Aktennotiz unter Druck, bei der in der Spalte „Zur Kenntnisnahme an“ der Name eines Vorstandsmitgliedes steht. Das ABC der Chefmanipulation ist freilich nicht für jedermann geeignet. Jeder muß selber wissen, erklärt Psychologe Gasch, „was er moralisch-ethisch vertreten kann“. Denn: „Der Zweck heiligt nicht alle Mittel.“

ZU GUTER LETZT

544 Sonstige Tiere

Vorbericht

Affen und Tiere aller Art, Tierparadies.

Wetter: Spandauerin, 45, möchte nicht mehr allein durchs Leben kreben.

Welcher Liebeswerte, große, schlauke Skorpion, Fisch, Scher-Mann möchte mich kennenlernen?

post, Berlin 11, Postfach 110 302

Aus der Berliner Morgenpost

Handwritten signature or note at the bottom of the page.